politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Hat die österreichische Wirtschaft
eine Zukunft ?

12

MITARBEITER DIESER NUMMER

Dr. Rupert DOLLINGER
Referent der Sozialpolitischen Abteilung der Bundeshandelskammer in Wien

Dr. Leopold J. DORFER
Kammeramtsdirektor der Handelskammer Steiermark

Dr. Janos EDER
Assistent am Hygiene-Institut der Universität Graz

Dr. Josef FALKINGER
Mitarbeiter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Oberösterreich, Linz

Eva Maria FLUCH
Studentin

Dipl.-Ing. Hans-Georg FUCHS
Wirtschaftslandesrat für Steiermark

Rupert FINK
Flugverkehrsleiter

Dr. Bernd Christian FUNK
Univ.-Prof. am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre an der Universität Graz

Ludwig KAPFER
Direktor des Josef-Krainer-Hauses

Günther KOGLER
Redakteur der Kleinen Zeitung, Graz

DDr. Peter KOLLER
Institut für Rechtsphilosophie an der Universität Graz

Mag. Dr. Helmut KUZMICS
Institut für Soziologie an der Universität Graz

Jürgen LABAN
Student

Dr. Wolfgang MARTELANZ
Information und Dokumentation der Handelskammer Graz

Werner MIEDL
Stellvertretender Stadtparteiobmann der ÖVP Graz

Dr. Gert NOVAK
Steirischer Wirtschaftsbunddirektor

Dr. Manfred PRISCHING
Institut für Soziologie an der Universität Graz

Peter SCHEIBENGRAF
Initiator des Projektes Wohn- und Arbeitsgemeinschaft für Behinderte in Graz

Dr. Michael STEINER
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik an der Universität Graz

Ing. Hans STOISSER
Steirischer Wirtschaftsbundobmann, Vizepräsident der Handelskammer

Dr. Gunther TICHY
Universitätsprofessor am Institut für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik an der Universität Graz

Dr. Ernst WUSTINGER
Organisationsreferent des Steirischen Wirtschaftsbundes

INHALT:

I. Einleitung

Manfred Prisching
Bemerkungen zur wirtschaftlichen Situation: Verlorene Sicherheiten und bleibende Hoffnungen 2

II. Markt und Staat

Josef Falkinger
Soziale Marktwirtschaft — Konzept der Zukunft? 5

Michael Steiner
Strukturpolitik und soziale Marktwirtschaft: Grenzen marktwirtschaftlicher und staatlicher Problemlösung 7

Wolfgang Martelanz
Macher oder Wächter? Zur Aufgabenverteilung von politischen und wirtschaftlichen Eliten in der sozialen Marktwirtschaft 14

Ernst Wustinger
Privatisierung 17

III. Recht und Wirtschaft

Bernd-Christian Funk
Vom Ordnungs- zum Wirtschaftsstaat: Probleme des Rechts und der Kontrolle im leistenden Staat 19

IV. Wirtschaftsstruktur

Gunther Tichy
Wege aus der Vergangenheit: Perspektiven der steirischen und österreichischen Wirtschaftsstruktur 26

Regionalstudie Obersteiermark: Gutachten im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung 29

V. Wirtschaftsprogramm und -politik

Rupert Dollinger
Konzepte der Krisenbewältigung: Der Wirtschaftsplan der ÖVP als Alternative zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung 36

Hans-Georg Fuchs
Aufgaben und Vorhaben der steirischen Wirtschaftspolitik 38

VI. Einzelbereiche und -probleme

Studien
Aichfeld, GM und Spikes 41

Peter Scheibengraf
Wirtschaft und Sozialarbeit 42

Eva Maria Fluch/Janos Eder/Werner Miedl
Umwelt und Wirtschaft 44

Jürgen Laban
Reallohnverluste 47

VII. Akteure und Institutionen

Leopold J. Dorfer
Handelskammer zwischen Markt und Staat 48

Hans Stoisser
Das Unternehmerbild in der Gesellschaft von heute 50

Gerd Novak
Mittelstand: Mitte der Gesellschaft, Motor des Fortschritts 52

VIII. Korruption

Peter Koller
Korruption ohne Kontrolle? Bemerkungen zu einem Buch 54

Briefe 56

Ex Libris 58

Glossen 62

politicum

12

September 1982 / 3. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:
Heft 2 „Kommunalpolitik"
Heft 3 „Modell Steiermark in Diskussion"
Heft 8 „Kunst und Politik"
Heft 9 „Familie und Politik"
Heft 10 „Sport und Politik"
Heft 11 „Partei in der Gesellschaft"

In Arbeit sind:
Heft 13 Österreich — Die Zweite Republik im Wandel
Heft 14 „Regionalpolitik"
Heft 15 „Bildung"
Heft 16 „Architektur"
Heft 17 „Die Steiermark und ihre Nachbarn"

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus. Bildungszentrum der ÖVP Steiermark.
Medieninhaber: ÖVP Steiermark
Ständige Redaktion: Herwig Hösele, Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Prisching
Redaktion dieser Nummer: Dr. Manfred Prisching
Grafische Gestaltung und Illustrationen: Georg Schmid
Hersteller: Fotosatz + Offsetdruck Klampfer OHG., Weiz
Für den Vertrieb verantwortlich: Ing. Karl Robausch und Helmut Wolf
Bestellungen an Josef-Krainer-Haus, Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

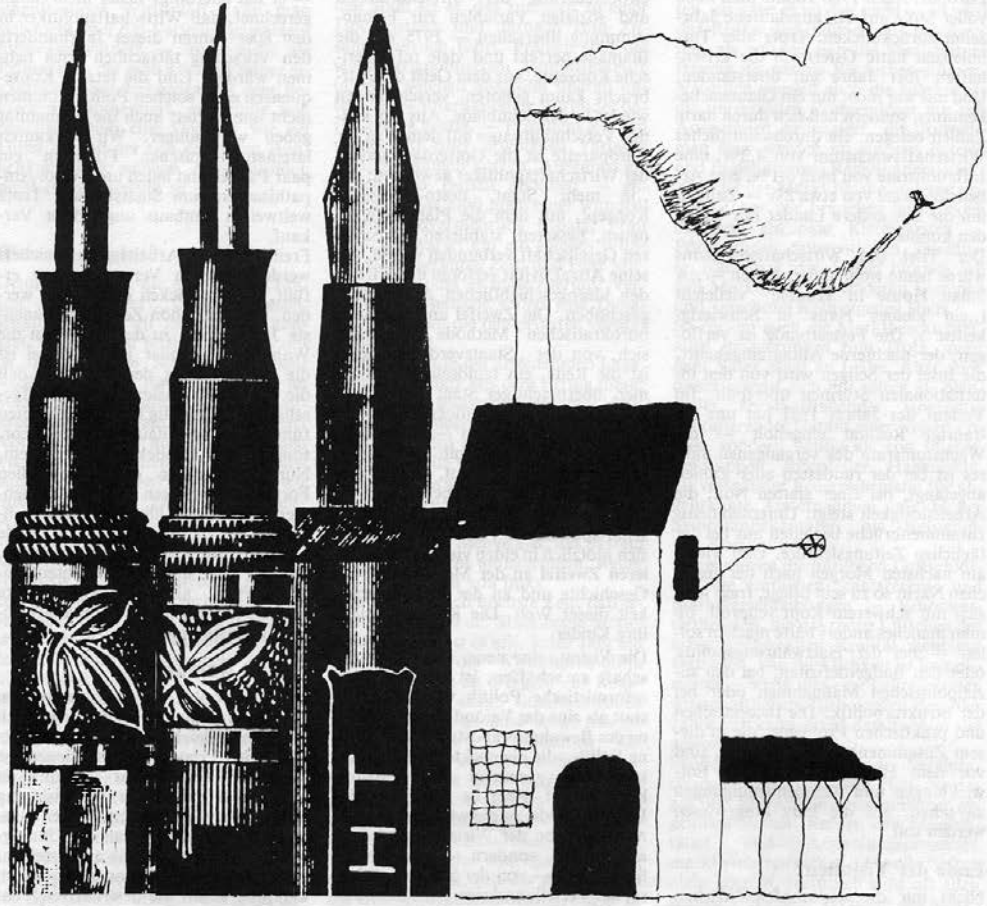
Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER,
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK,
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER,
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY,
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL,
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER,
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN,
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER,
Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER,
Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER,
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER.

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes: „politicum" versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark" vorgegeben sind.

EDITORIAL

In solchen krisenhaften Zeiten bedarf es keiner Begründung, wenn man sich mit wirtschaftlichen Fragen befaßt. Die aktuellen Probleme — von der Arbeitslosigkeit bis zum Budgetdefizit, von der Strukturpolitik bis zur Investitionsförderung, von den alten Industriegebieten bis zu den Innovationsanreizen — müssen allerdings vor dem Hintergrund prinzipieller Fragen unserer Wirtschaftsordnung abgehandelt werden: Fragen, deren nüchterne Behandlung nur jenen überflüssig scheint, die plakative, aber unverbindliche Sprüche über Markt und Staat bevorzugen, und jenen, die mit dem Verweis auf praktische Notwendigkeiten jedes grundsätzliche Denken ablehnen. Nichts aber, wie einst gesagt wurde, ist praktischer als eine gute Theorie. In diesem Sinne sollten auch die eher theoretisch-grundsätzlich und die eher pragmatisch-wirtschaftspolitisch orientierten Beiträge dieses Heftes, die zum Teil auf das im März 1982 im Josef-Krainer-Haus abgehaltene Wirtschaftspolitische Seminar zurückgehen, verstanden werden; sie spannen einen Bogen von den Vorzügen marktwirtschaftlicher Strukturen bis zu den Problemen der Obersteiermark, von den Erfordernissen staatlicher Steuerung bis zu den konkreten Förderungsmaßnahmen der steirischen Wirtschaftspolitik, von den rechtsstaatlichen Problemen des Interventionismus bis zu einigen weltanschaulichen Akzenten der Situationsbeurteilung. Denn einen sozialen Konsens über das langfristige politische Handeln in einer stagnierenden, wohlfahrtsstaatlichen, interventionistischen Wirtschaftsordnung gilt es erst zu entwickeln.



Manfred Prisching

VERLORENE SICHERHEITEN UND BLEIBENDE HOFFNUNGEN

Einleitende Bemerkungen zur wirtschaftlichen Situation

„A Small House in Order", „ein kleines Haus in Ordnung", so überschrieb das international bedeutendste Wirtschaftsjournal „Economist" Anfang 1979 einen Bericht über die österreichische Wirtschaft, der des Lobes voll war über die beeindruckende ökonomische Stabilität dieses kleinen Landes im Herzen Europas. Auch 1980 konnte man noch voller Stolz auf das abgelaufene Jahrzehnt zurückblicken: Trotz aller Turbulenzen hatte Österreich die krisenhaften 70er Jahre gut überstanden. Und das war nicht nur ein Glaubensbekenntnis, sondern ließ sich durch harte Zahlen belegen: ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 4,3%, eine Inflationsrate von bloß 6,1%, eine Arbeitslosenrate von etwa 2% — Zahlen, um die uns andere Länder nur beneiden konnten.

Der Titel des Wirtschaftsmagazins würde heute wohl anders lauten — „A Small House in Trouble" vielleicht („ein kleines Haus in Schwierigkeiten"). Die Festesfreude ist verflogen, der nüchterne Alltag eingekehrt, die Insel der Seligen wird von den internationalen Stürmen überspült. Im Verlauf des Jahres 1981 hat uns die traurige Realität eingeholt — die Wachstumsrate des vergangenen Jahres ist bei der rundesten aller Zahlen angelangt, bei einer glatten Null; die Arbeitslosigkeit steigt; Unternehmenszusammenbrüche begleiten uns bei der täglichen Zeitungslektüre. Und wie es am nächsten Morgen nach der festlichen Nacht so zu sein pflegt, fragt man sich mit schwerem Kopf reuevoll, ob man manches anders hätte machen sollen — bei der Hartwährungspolitik oder den Budgetdefiziten, bei den sozialpolitischen Maßnahmen oder bei der Strukturpolitik. Die theoretischen und praktischen Probleme, die in diesem Zusammenhang auftauchen, sind vor dem Hintergrund sozialer Entwicklungen und Rahmenbedingungen zu sehen, auf die kurz hingewiesen werden soll.

Ende der Visionen?

Nicht nur die wirtschaftspolitischen Kennziffern haben sich verändert; auch das Gefühl, das uns angesichts der zukünftigen Entwicklung beschleicht, ist ein anderes. Erinnern wir uns an den sozialtechnokratischen Optimismus am Ende der 60er und am Anfang der 70er Jahre — die Gesellschaft habe man nun im Griff, wurde damals gesagt, man könne von der Grobsteuerung der wirtschaftlichen und sozialen Variablen zur Feinabstimmung übergehen — 1975 war die Blamage perfekt und viele reformerische Konzepte, aus dem Geist des Aufbruchs kaum geboren, verschwanden wieder in der Schublade. Aus der kleinen Verschnaufpause auf dem Weg zur Europareife ist die Götterdämmerung der Wirtschaftspolitiker geworden; das „je mehr Staat, desto besser"-Konzept, mit dem die Planung einer neuen, besseren, stabileren, gerechteren Gesellschaft verbunden wurde, hat seine Attraktivität verloren und wird in den ideengeschichtlichen Abstellraum geschoben. Die Zweifel an der staatsbürokratischen Methode verstärken sich, von der „Staatsverdrossenheit" ist die Rede, ein feindseliger, anonymer, übermächtiger Staat scheint den Elan der Bürger zu ersticken. Die konventionellen Strategien — so heißt es — können die Probleme nicht lösen, sondern nur verschleiern, können den Zahltag nur hinausschieben.

Die nüchterne Beurteilung einer wirtschaftspolitischen Planung verwandelt sich plötzlich in einen viel **fundamentaleren Zweifel** an der Machbarkeit der Geschichte und an der Beherrschbarkeit dieser Welt. Die Reform entläßt ihre Kinder.

Die Vision, eine neue, bessere Gesellschaft zu schaffen, ist verflogen; die reformistische Politik wird heute — statt als eine der Veränderung — als eine des Bewahrens apostrophiert, als eine Politik, die die nackte Einfallslosigkeit zum gesunden Pragmatismus hochstilisiert. Eher ist heute von der Krise die Rede, in die wir geraten sind, nicht nur von der Wirtschaftskrise im allgemeinen, sondern — fein säuberlich zerlegt — von der Stagnationskrise, der Verteilungskrise, der Finanzkrise, der Steuerungskrise, der Legitimationskrise, der Rationalitätskrise, der Kulturkrise.

Aufschwung...

Umringt vom zerbröckelnden Gemäuer der politischen Wachstumsbastionen, hält man Ausschau nach der Wirtschaftsbelebung. Aber nirgendwo gibt es Anzeichen für einen Boom, für eine neue Hochkonjunktur, die die Arbeitslosigkeit reduziert, einen Inflationsschub verhindert und das öffentliche Defizit saniert — eher das Gegenteil ist wahrscheinlich. In einer solchen Situation wächst die Gefahr politischer Panikreaktionen, um möglichst rasch aus der Misere zu kommen, ehe sie zur Dauermisere wird.

John Maynard Keynes, dem wir das Konzept der staatlichen Ankurbelungspolitik verdanken, hat seinerzeit ironisch gemeint, daß man letztlich zum Zwecke der Wirtschaftsbelebung auch Löcher aus der Erde ausheben und sie wieder zuschütten lassen könne — er hat allerdings sicher nicht damit gerechnet, daß Wirtschaftspolitiker in den 80er Jahren dieses Jahrhunderts den Vorschlag tatsächlich ernst nehmen würden. Und die letzten Konsequenzen einer solchen Politik kommen nicht unerwartet: auch die Humanität geben wir billiger. Wir verkaufen lateinamerikanischen Folterern ein paar Panzer und laden uns Terrorsympathisanten zum Staatsbesuch. Trotz weltweiten Umbaus ungestörter Verkauf.

Freilich müssen Arbeitsplätze gesichert werden, müssen Versprechungen erfüllt, soziale Lücken geschlossen werden. Wer hat schon Zeit, an das nächste Jahrhundert zu denken, wenn die Wahljahre einander jagen. Dabei ist die Anerkennung der Tatsache, daß die Verhaltensmuster der Wegwerfgesellschaft langfristig in Schwierigkeiten führen, keine Glaubensfrage mehr, sondern ein intellektuelles Problem. Nur Dogmatiker des industriellen Fortschritts weigern sich wahrzunehmen, was in unzähligen Studien nachzulesen ist: daß wir zwar nicht gerade unsere eigene Großmutter verkaufen, um uns über manche Einsichten hinwegzuretten, aber immerhin unsere Enkel. Auch die Moral der Status-quo-Irrationalisten gibt es.

...und Romantik

Die Philosophie der makrobiotischen Sekten wird die Welt allerdings auch nicht ins Gleichgewicht bringen, die Flucht ins Private — zum Biogemüse und zum Holzhacken — hilft da nichts. Der Prozeß der Technisierung muß fortgeführt werden, wobei angemerkt werden muß, daß die Unmöglichkeit, aus der Technik auszusteigen, nicht bedeutet, daß man nicht darum kämpfen kann, die destruktiven Ten-

denzen der Technik zu neutralisieren. Ohne das fürchterliche Wort vom „qualitativen Wachstum", das meist von pfiffigen Politikern dazu verwendet wird, um desto ungestörter weiterzumachen wie bisher, ohne dieses fürchterliche Wort geht es wohl nicht — es besagt nichts anderes, als daß wir uns nicht nur Gedanken machen sollen, wieviel wir produzieren, sondern auch darüber, was wir produzieren. Bedauerlicherweise ist die neue Selbstbesinnung meist mit ungenierter Unkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge gepaart; und mancherlei Skurrilitäten lassen sich nicht leugnen. Wenn leichthin gesagt wird, daß wir nunmehr an der Sättigung unserer Bedürfnisse angekommen sind, so mag dies zwar für den Mittelstandsbürger gelten, der seine drei geförderten Wohnungen als Kapitalanlage hütet; nicht aber gilt es für den Arbeitslosen aus der Mur-Mürz-Furche, für den Kleingewerbetreibenden und seine 60-Stunden-Woche und für den abgerackerten Nebenerwerbsbauern. Gerade in einer stagnierenden Wirtschaft kann man sich nicht über das Verteilungsproblem hinwegschwindeln — auch nicht als Primararzt, der eine Kürzung seiner gigantischen Sonderbezüge mit dem Bemerken kommentiert, es handle sich heutzutage um eine Diktatur wie bei Hitler — und der sich der tiefen Peinlichkeit einer solchen Aussage noch nicht einmal bewußt ist.

Rien ne va plus?

Dennoch bleiben die drängenden Fragen auch in der „Übergangsgesellschaft", in der wir leben, recht konkret. Wo können Sozialleistungen ohne tiefgreifenden Schaden abgebaut werden? Wo ist Rationalisierung im Staatsapparat möglich? Welche Aufgaben kann der Staat wieder abgeben? Aber andererseits auch: Wie können wir die soziale Sicherheit über die Krisenzeiten hin retten? Wie können wir eine lebenswerte Umwelt erhalten? Wie können wir eine gerechte Verteilung sichern? Neokonservative Sturmangriffe, die endlich den Sozialstaat von vorn bis hinten aufrollen zu können glauben, müssen verhindert werden; aber nicht alles, was gut scheint und teuer ist, kann so unbeschwert in den Reformtornister gepackt werden wie weiland in der unzerstörbar scheinenden Hochkonjunktur. Was aber soll man wirklich tun?

Hinter der meist sterilen Aufgeregtheit der Parteipolitik verbirgt sich allerdings die blanke Ratlosigkeit, Trostworte und symbolische Aktionen müssen als Behandlungsersatz für die marode Wirtschaft herhalten. Das Land der Hämmer, zukunftsreich, ist ein wenig alt geworden, die kreislaufstützenden Spritzkuren bringen die alten Industriegebiete nicht mehr so recht auf die Beine. Die Liste der Schuldigen wird großzügig bemessen: die Ölscheichs, die letztendlich auf den Umstand aufmerksam geworden sind, daß sie ihr Öl nicht billigst verschleudern müssen; die Japaner, gegen deren dynamisches Imitationsgenie kein Kraut gewachsen scheint; die unterentwickelten Länder, von denen sich einige so weit entwickelt haben, daß sie zumindest Stahl und Textilien produzieren können; das zusammengebrochene Weltwährungssystem, weltweit gestiegene Unsicherheiten, Sättigungserscheinungen, die Dienstleistungsgesellschaft, eine Überforderung des Staates...

Warten auf Wunder

Aber ganz wird auch die Wirtschaftspolitik nicht entlastet — so wird auch die Meinung vertreten, die Krise sei durchaus programmiert gewesen; das geheime Doping der Wirtschaft durch den Staat sei es, das zunächst zu einer Hochleistung und darnach zum Zusammenbruch führt. Freilich sind die wirtschaftspolitischen Simplifikateure in einer solchen Situation überall unterwegs — internationale Vorbilder dafür gibt es genug. — Präsident Reagan wartet mit einer originellen Variante auf: Einnahmen kürzen, Ausgaben erhöhen und Defizit abbauen — ein Konzept, das bloß noch einer wunderbaren Geldvermehrung bedarf; Frau Thatcher wartet auf ein solches Wunder schon geraume Zeit; und Herr Mitterand versucht es andersherum: Verstaatlichte Betriebe sollen jene Dynamik entfalten, die den privaten versagt geblieben ist.

Österreich ist in der angenehmen Lage, vom Logenplatz aus dem Erfolg dieser Rezepturen gelassen zuzusehen. Wir lassen uns überraschen, aber wahrscheinlich wird es keine Überraschungen geben; alle werden mehr oder minder gut weiterwursteln. Das mag sogar ein recht beruhigendes Ergebnis sein — der Kapitalismus, die Marktwirtschaft hält eine ganze Menge aus, das System ist nicht so leicht umzubringen, weder von rechts noch von links.

Nun ist es freilich höchste Zeit, daß erkannt wird, daß der Staat keine Mode-Boutique ist, wo es gilt, jedes Jahr ein neues Design der Wirtschaftspolitik unter die Leute zu bringen. Als Reaktion auf das selige Staatsvertrauen folgt heute das genauso selige Marktvertrauen: der Mechanismus der Märkte — so werden wir belehrt — solle wieder in seine angestammten Rechte eingesetzt werden, dann wäre ein gerechter, leistungsfördernder, dynamischer Mechanismus garantiert. Man trägt wieder Markt, rosafarben und himmelblau, seit der Aufbruch in die Utopie abgeblasen wurde, ehe er so richtig begonnen hat.

Zu den liberalistischen Vorschlägen gehören die Reprivatisierung von Güterproduktionen und Dienstleistungen, der Abbau allzu großzügiger Sozialleistungen, die Verringerung einer Überproduktion an öffentlichen Gütern, der Abbau der Steuerbelastung usw. Märkte müssen, früher oder später, von selbst ins Gleichgewicht kommen — allenfalls auch auf Kosten einer „natürlichen" Arbeitslosigkeit.

Markt und Staat

Als hätte man nie etwas vom „Marktversagen" gehört, als könnten wir nicht traurige Konsequenzen ungesteuerten Wirtschaftens allenthalben in unserer Umwelt beobachten, als hätten wir nicht „vermachtete Märkte", als wäre die soziale Absicherung nicht tatsächlich eine der großen Errungenschaften dieses Jahrhunderts, als müsse der Staat nicht Voraussetzungen und Folgen der Produktion bearbeiten, als gäbe es all dies nicht — so wird das Risiko des Individuums beschworen, als würden sich die Staatsbürger freudig ins soziale Verderben stürzen. Natürlich werden auch die Märkte als die universellen Problemlöser nur mit Ausnahmen propagiert, die Ausnahmen aber werden im eigenen Betrieb und in der eigenen Region angesiedelt. Zwar ist der Markt für die anderen optimal, aber wir brauchen leider noch dringend ein paar Kleinigkeiten — Förderungen, Subventionen, Zuschüsse, Nachlässe usw. Lieber Florian, laß den Markt über die anderen kommen und verschone mein eigenes Haus.

So rücken auch die Marktbeschwörer, allen Beteuerungen zum Trotz, meist dem Vater Staat zu Leibe. Aber auch dieser erweist sich nur selten als planvoller, vorausschauender, langfristig kalkulierender Garant einer weisen Politik, sondern häufig als von Interessengruppen gebeutelter Habenichts, als verspäteter Feuerwehrmann für abgebrannte Unternehmen, als bloßer Symptombekämpfer, als Refugium von Korruptionisten...

So zerstieben die hübschen Luftschlösser, die einfachen Staatsrezepte und Marktverschreibungen — Schönwettertheorien, die das rauhe Lüftchen der krisengeschüttelten Realität nicht gut vertragen. Die Wirklichkeit ist komplizierter — wenn dies eine Lehre aus den wirtschaftlichen Turbulenzen der 70er Jahre sein kann, so ist damit schon viel gewonnen.

Säuberlich klassifizierende Vereinfachungen, die Markt und Plan, Aggregat und Einzelmaßnahme einander gegenüber stellen, werden den Flexibilitäten und Anpassungsprozessen marktwirtschaftlicher Gesellschaften nicht gerecht. Natürlich wird oft allzu schnell von einem Versagen des Mark-

tes auf die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe geschlossen, die — wie sich hinterher oft herausstellt — auch kein besseres (oder gar ein noch schlechteres) Ergebnis bringen. Auch vom „Staatsversagen" ist immer öfter die Rede, von den Ineffizienzen der Bürokratien, der Inflexibilität staatlicher Maßnahmen und so weiter, was nicht nur eine Sache der theoretischen Mode ist, sondern auch auf die Ernüchterung nach den Fehlschlägen hochgespannter Reformen zurückgeht. Aber das Wirtschaftsleben der westlichen Industriestaaten hat sich vom klassischen Modell eines auf die Erhaltung von Ruhe und Ordnung beschränkten Staates weit entfernt: durch die globale Regulierung der Wirtschaftstätigkeit und durch eine Fülle partieller Eingriffe auf Teilmärkte in verschiedenen Regionen und Branchen, durch Informationsbereitstellung über Technologien und Absatzmärkte, durch die Explorierung von Marktchancen, die Anbahnung internationaler Kooperationen, ja selbst durch die Produktinnovation. — Bei dem Verhältnis von Staat und Markt kommt man nicht mehr mit dem theoretischen Holzhammer zurecht, sondern nur noch mit Hilfe einer differenzierenden Analyse.

Analysen

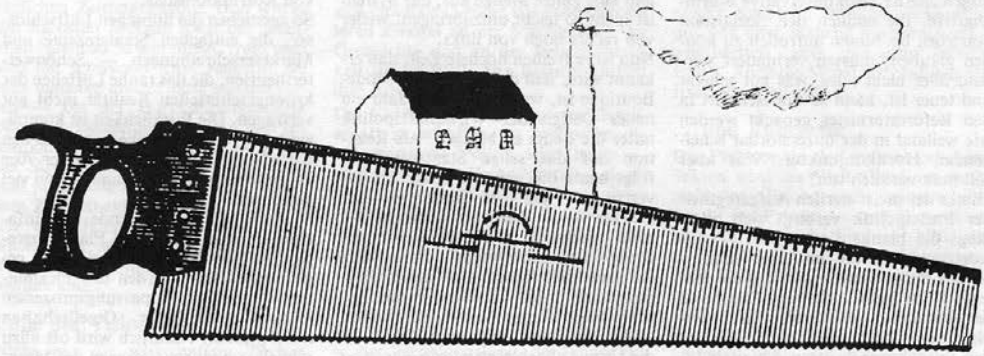
Solche Untersuchungen müssen allerdings auch bis in konkrete Bereiche der Wirtschaftspolitik vordringen; sie müssen klarlegen, wieso Österreich, im Wechselspiel zwischen keynesianischer Ankurbelung und Hartwährungspolitik, die 70er Jahre recht gut überstehen konnte, wie es zum traurigen Erbe dieses Jahrzehnts — zum Budgetdefizit und zum Leistungsbilanzdefizit — gekommen ist, und warum sich die wirtschaftlichen Verhältnisse heute weitaus anders darstellen als vor zehn Jahren. Sie müssen eine Gesamtbeschreibung der verschlechterten Steuerungsmöglichkeiten bieten, eine Strukturanalyse der österreichischen und steirischen Wirtschaft und eine Detailbetrachtung von Zahlungsbilanz, Geldpolitik, Staatsbudget usw. Dabei muß auch versucht werden, Ideologien, politische Befürchtungen und ökonomische Zweckmäßigkeiten voneinander zu trennen. — Wenn über die Probleme der alten Industriegebiete geklagt wird, ist zu berücksichtigen, daß sich weltweite **Umstrukturierungsprozesse** vollzogen haben, aber auch, daß der ÖVP in den 60er und der SPÖ in den 70er Jahren **Versäumnisse** vorzuwerfen sind. — Wenn heute über die Schuldenfinanzierung des Bundes durch die Notenbank gesprochen wird, muß die **ökonomische** Vertretbarkeit einer solchen Maßnahme geschieden werden von der **politischen** Befürchtung, raffgierige Politiker könnten sich nicht davor zurückhalten, sich allzu tief und immer wieder aus diesem unerschöpflichen Topf zu bedienen. — Wenn heute über die Probleme direkter oder indirekter Investitionsförderung gesprochen wird, sind die **ökonomischen** Pro- und Kontraargumente — etwa bezüglich der besseren Struktursteuerung, der höheren Effizienz, dem schwerpunktmäßigen Einsatz einer direkten Förderung — zu trennen von den **politischen** Gründen, die es jeder Oppositionspartei schwer machen, einer Geldvergabe mit vagen Kriterien durch die Mehrheit zuzustimmen, und von den **ideologischen**, die gegen eine bürokratische Zuteilung mobilisiert werden.

Diskussionen

Wie eine neue, unter qualitativ erwünschten Rahmenbedingungen vorangetriebene Dynamik unserer Wirtschaft ausgelöst werden kann, das möchten alle Staaten heute gerne wissen. Kein Beitrag zu dieser Frage ist von jenen Bürokraten zu erwarten, deren Weltbild auf die Größe eines Aktendeckels geschrumpft ist, und auch nicht von jenen, die vor lauter Visionen die Bodenhaftung verloren haben; wo **wir** uns daher zu tummeln haben, das ist **nicht** der faule Kompromiß der Mitte, der kleinste, der allerkleinste gemeinsame Nenner, sondern der einzig gangbare Weg einer besonnenen Argumentation, deren Orientierungsmarken in Richtung Innovation, Struktur, Ökologie, Technik, Information und so weiter deuten. Das besagt zunächst aber praktisch nichts. Diese Chiffren, diese leeren Begriffe haben wir mit Leben zu erfüllen, in einer Gesellschaft, in der wir hoffentlich gerne leben möchten.

Eine **öffentliche wirtschaftspolitische Diskussion**, in der Kompromisse plausibel gemacht werden können, ist vonnöten; sie könnte auch das weitverbreitete Unverständnis, das wirtschaftlichen Zusammenhängen entgegengebracht wird, mildern. An welchen Stellen **politisch-moralische Ideen durch ökonomische Sachverhalte begrenzt, an welchen Stellen ökonomische Möglichkeiten durch politische Mechanismen und moralische Prinzipien beschränkt werden**, das sind Fragen, die nur in einem sozialen Konsens vermittelt werden können, der auf dem Wissen um Gesetzmäßigkeiten und Handlungsspielräume aufbaut.

Die Zeit der einfachen Lösungen scheint vorbei zu sein — sie sind imponierend, aber falsch. Eine neue Spontaneität kann nicht die theoretische Bemühung ersetzen, und der alltägliche Pragmatismus kommt nicht ohne soziale Phantasie aus. Über langfristigen und anspruchsvollen Perspektiven soll nicht die Gegenwart verloren gehen, und die erforderliche Politik der kleinen Schritte darf nicht in provinzieller Kleinkariertheit enden. — Die Auswege aus solchen vertrackten Widersprüchlichkeiten sind nur in der mühseligen Detailarbeit konkretisierbar; eine Detailarbeit, die zudem unter dem dauernden Zeitdruck raschen sozialen Wandels steht. Das Mosaik von Markt und Staat, von Theorie und Praxis wird unvollständig bleiben.



Josef Falkinger

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT — KONZEPT DER ZUKUNFT?

Die Fragestellung lautet: „Soziale Marktwirtschaft — Konzept der Vergangenheit oder der Zukunft?" Ich möchte mich nicht mit Definitionen und Begriffserklärungen — Was ist das Wesen der Marktwirtschaft? Was ist Soziale Marktwirtschaft? — aufhalten.[1] Ich werde einfach einige Gedanken darlegen, die mir für die Frage nach einer zukunftstauglichen Wirtschaftsform wesentlich erscheinen und die zugleich wichtige Grundzüge des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft betreffen.

Der Markt als dezentraler Problemlöser

Grundsätzlich können wirtschaftliche Aktivitäten — die Befriedigung von Bedürfnissen, der Einsatz von Ressourcen, die Kreation neuer Möglichkeiten — eher zentral oder eher dezentral organisiert werden.[2] Ich halte dezentrale Organisationsformen für die besseren und ich glaube, daß sie gegenwärtig und für die Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen. Diesen Standpunkt werde ich unten noch konkreter ausführen.

Der Markt ist ein dezentrales Problemlösungssystem und als solches ein Konzept der Zukunft. Da auf eine Definition von Markt oder Marktwirtschaft verzichtet worden ist, muß es präziser heißen: Insofern der Markt ein dezentraler Problemlösungsmechanismus ist, hat er Zukunft, und umgekehrt: Wenn die Marktwirtschaft Zukunft haben will, muß sie den Aspekt der dezentralen Problemlösung in den Vordergrund stellen.

Warum ist eine dezentrale Organisation der Wirtschaft besser und warum gewinnt sie an Bedeutung? Diese Auffassung sollte noch konkretisiert werden. Die Güte der Organisationsform einer Wirtschaft mißt sich daran, wie gut sie mit den Problemen, die die Wirtschaft zu lösen hat, zurecht kommt. Welche Probleme hat also die Wirtschaft zu lösen?

Dezentrale Lösung des Allokationsproblems

Zum einen geht es in einer Wirtschaft darum, die vorhandenen Ressourcen — Grund und Boden (inklusive Rohstoffe und Umwelt), Kapital (Maschinen, Anlagen, Finanzierungsmittel) und Arbeit — im Rahmen der gegebenen technischen Möglichkeiten und des vorhandenen Wissensstandes so einzusetzen, daß die wirtschaftlich befriedigbaren Bedürfnisse und Wünsche der Menschen so gut wie möglich erfüllt werden.

Dies ist das Allokationsproblem, das Problem des optimalen Faktoreinsatz- bzw. Produktionsniveaus, der kostenminimalen bzw. outputmaximalen Faktorkombination, des optimalen Produktionsprogramms und der optimalen Aufteilung der Faktoren und Produkte unter den Interessenten. Die herkömmliche Argumentation pro und contra Markt bezieht sich vor allem auf diesen Problemkreis Allokation: Der Markt ist ein dezentraler Problemlösungsmechanismus für das Allokationsproblem, Angebot und Nachfrage, Möglichkeiten und Wünsche werden dezentral durch Wettbewerb und Tausch am Markt aufeinander abgestimmt. Dies ist die allgemein zur Rechtfertigung des Marktes gebräuchliche Sichtweise, die in der allzu perfekten Version der neoklassischen Welt des homo oeconomicus, wonach Markt und Wettbewerb vollkommen sein sollen und die Koordination durch Markt und Wettbewerb zu allseits optimalen Lösungen führt, zu Recht in Mißkredit geraten ist,[3] die jedoch in der bescheideneren Version, daß die dezentrale Koordination am Markt zwar sicher unvollkommen, aber jedenfalls besser und effizienter funktioniert als zentrale Koordinationssysteme wie Plan und Bürokratie, durchaus tauglich, aktuell und relevant für die Zukunft ist.

Dezentrale Lösung des Innovationsproblems

Aktueller als das Allokationsproblem und wichtiger für die Bewältigung der Zukunft scheint mir der andere große Problemkreis zu sein, mit dem Wirtschaft zu tun hat, nämlich das Innovationsproblem.

Es geht in einer Wirtschaft nicht nur um den Einsatz vorhandener Ressourcen für gleichbleibende Wünsche im Rahmen bekannter technischer Möglichkeiten. Die Welt ist nicht statisch, sie ändert sich: Neue Probleme tauchen auf und neue Wünsche, aber auch die Möglichkeiten ändern sich, neue Produkte werden entwickelt und neue Verfahren angewendet. Das Bewältigen von Änderungen und das Generieren von Neuerungen bildet die zweite wesentliche Gruppe von Problemen, die eine Wirtschaft zu lösen hat, — ich fasse sie unter dem Stichwort Innovationsproblem zusammen.[4]

Wenn man an die gegenwärtige Situation denkt und vor allem wenn man sich mit der Zukunft beschäftigt, ist dieser Problemkreis der Änderungen und Neuerungen der entscheidendere. Zahlreich sind die Herausforderungen, die bewältigt werden müssen. Man denke in eher herkömmlicher Manier an alles, was mit Strukturwandel angesprochen wird — Energie- und Rohstoffknappheit, Veränderung der internationalen Arbeitsteilung, Nachfrageverschiebungen —, man denke aber auch an die Probleme und Anliegen, die im alternativen Gedankengut aufgegriffen werden — soziale Widerstände gegen Großtechnologien, gegen Atom- und Rüstungsindustrie, steigende Sensibilität für Umweltprobleme, Sehnsucht nach mehr Menschlichkeit und Sinnhaftigkeit. Alle diese Änderungen, Probleme, Herausforderungen, Wünsche und Sehnsüchte benötigen zu ihrer Bewältigung bzw. Erfüllung Ideen, Einfälle, neues Wissen, neue Fähigkeiten und gute technische Lösungen, Erfindungsgeist, Phantasie und Kreativität.

Ich glaube, daß für die Mobilisierung von kreativen Fähigkeiten, für die Suche nach neuen Lösungsmöglichkeiten und bei der Prüfung der neuen Lösungen auf Tauglichkeit der dezentralen Organisationsform[5] ziemlich eindeutig der Vorzug zu geben ist, selbst dann, wenn man der Meinung wäre, das Allokationsproblem sollte planwirtschaftlich-zentral gelöst werden.

Dezentrale Organisation bedeutet in diesem Zusammenhang, daß alle berechtigt und aufgefordert sind, initiativ zu werden, Ideen einzubringen und Lösungen zu probieren, und daß aufgrund der Vielfalt der versuchten Lösungen diese miteinander verglichen und im Wettbewerb auf Tauglichkeit geprüft werden können. Ein zentrales System zur Lösung des Innovationsproblems wäre demgegenüber nur dann sinnvoll, wenn es ausgewählte Experten gäbe, denen besser als den anderen neue Lösungsmöglichkeiten einfallen und die richtiger als die anderen die Tauglichkeit von Lösungsmöglichkeiten beurteilen können, also unter der Fiktion der Expertokratie.

Auch diese Abwägung gilt nur, wenn der Anspruch entsprechend bescheiden bleibt: Selbstverständlich wäre auch ein perfektes dezentrales System eine Fiktion. Auch dezentrale Systeme lösen das Innovationsproblem unbefrie-

digend und fehlerhaft, aber eben besser als zentrale.
Wir könnten den dargelegten Gedankengang verkürzt folgendermaßen zusammenfassen: Das Innovationsproblem ist für die Zukunft von besonderer Relevanz. Die Lösung des Innovationsproblems erfordert vor allem Kreativität. Kreative Fähigkeiten werden besser durch dezentrale Systeme mobilisiert als durch zentrale und auch bei der Selektion tauglicher Lösungsverfahren sind jene diesen überlegen. Insofern der Markt ein dezentrales Problemlösungssystem für das Innovationsproblem darstellt, also insbesondere als dezentraler, schöpferischer Wettbewerb ist er ein Konzept der Zukunft. Oder wir könnten dies wieder anders herum so formulieren: Wenn die Marktwirtschaft Zukunft haben will, muß sie den Aspekt des dezentralen, schöpferischen Wettbewerbs zur Bewältigung neuer Herausforderungen — wobei diese umfassend und nicht nur engstirnig wirtschaftlich im herkömmlichen Sinn zu verstehen sind — im Auge haben.

Einige einfache Wahrheiten

Ich möchte nicht über den Markt als Konzept der Zukunft reden, indem ich nur die Probleme, die eine Wirtschaft zu lösen hat, speziell die Probleme der Zukunft, mit der Problemlösungskapazität des Marktes als eines dezentralen Systems vergleiche. Ich möchte auch auf einige einfache Wahrheiten hinweisen, die im Zusammenhang mit Markt und Marktwirtschaft immer schon Geltung hatten, die aber zum Teil in Vergessenheit geraten sind und zum Teil gegenwärtig und in Zukunft an Bedeutung gewinnen und die daher besonders bedacht werden müssen, wenn dem Konzept Markt der richtige Stellenwert zugeordnet werden soll.

Der Markt kann nicht alles

Eine solche einfache Wahrheit, die bekannt ist und auf die auch oben bereits hingewiesen worden ist, die aber extra zu betonen sich lohnt, wenn man sich mit dem Markt als Konzept der Zukunft beschäftigt, ist: Der Markt ist ein unvollkommenes Konzept. Auch der Markt der Zukunft wird unvollkommen sein und nur in seiner Unvollkommenheit ist der Markt als Konzept der Zukunft argumentierbar. (Unvollkommenheit ist nicht notwendig ein Makel, sie muß nur realistisch gesehen werden. Konzepte, die als perfekt hingestellt werden, sind von vornherein verdächtig.)
Mit Unvollkommenheit ist einerseits gemeint, daß es einen im herkömmlichen Sinn der Wettbewerbspolitik vollkommenen Markt oder vollkommenen Wettbewerb mit unendlich vielen, voll informierten Marktteilnehmern in einer Welt beliebig teilbarer und homogener Güter nicht gibt. Diese Unvollkommenheit beeinträchtigt allerdings nicht unbedingt die Tauglichkeit des Marktes, im Gegenteil.[6] Für die Lösung des Innovationsproblems durch schöpferischen Wettbewerb in einer ungewissen und sich ändernden Welt ist die Vorstellung der Unvollkommenheit eine Denknotwendigkeit.

Unvollkommenheit meint andererseits darüber hinaus, daß der Markt — egal ob es sich um im herkömmlichen wettbewerbspolitischen Sinn vollkommene oder unvollkommene, polypolistische, oligopolistische oder monopolistische Marktformen handelt — seine Funktionen nie vollkommen erfüllt, das heißt weder das Allokationsproblem noch das Innovationsproblem perfekt löst. Selbstverständlich tut dies auch kein anderes Konzept. Die einfache Wahrheit, auf die bereits hingewiesen worden ist und die noch einmal betont werden soll, ist lediglich: Auch wenn man den Markt für ein taugliches Konzept der Zukunft hält, darf man nicht so tun, als wäre er ein perfekter Problemlösungsmechanismus, er kann nur das im Vergleich zu anderen Konzepten bessere Konzept sein.

Schließlich und vor allem ist mit Unvollkommenheit gemeint: Der Markt kann nicht alles. Nicht für alle Probleme, auch nicht für alle wirtschaftlichen Probleme ist der Markt eine geeignete oder die einzige geeignete Organisationsform. Es gibt öffentliche Güter, die durch den Staat oder andere Öffentlichkeiten bereitgestellt werden müssen, Hilfe für Arme, Kranke und Schwache, für Kinder und Alte kann nicht über den Markt organisiert werden, dazu bedarf es solidarischer Gemeinschaften, die freilich nicht unbedingt mit dem Staat identisch sein müssen, und Eigenarbeit und Selbstorganisation sind zulässige organisatorische Alternativen zu marktlicher wie staatlicher Organisation.[7]

Wiederum soll dieser Hinweis auf eine Selbstverständlichkeit nur besagen: Auch wenn man den Markt für ein taugliches Konzept der Zukunft hält, darf man nicht so tun, als ob alles und jedes durch den Markt organisierbar und lösbar wäre. Beschwörungen des Marktes als Wundermittel sind unglaubwürdig und tun dem Konzept des Marktes nichts Gutes.
Die Redeweise von der Sozialen Marktwirtschaft kann so interpretiert werden, daß der Zusatz sozial genau diesen Sachverhalt zum Ausdruck bringt, daß neben dem Markt noch andere soziale Organisationsformen vonnöten sind. In diesem Sinn ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft auch für die Zukunft aussagekräftig.

Der Markt braucht Regeln und Normen. Ethik ist erlaubt.

Eine andere einfache Wahrheit, die betont werden soll, wenn von der Zukunft des Marktes die Rede ist, wäre: Markt bedeutet nicht „Alles ist erlaubt", der Markt braucht auch Regeln und Normen. Diese Regeln können zum einen die Form von Gesetzen, Institutionen und Bräuchen haben. Man könnte in diesem Fall von äußeren Regulativen sprechen, weil sie den handelnden Wirtschaftssubjekten vorgegeben sind.

Es gibt aber auch innere Regulative, soziale Einstellungen und ethische Haltungen, und es ist deren Bedeutung, auf die ich besonders hinweisen möchte.[8] Oft wird betont, der Markt habe mit Moral nichts zu tun, der Markt sei ein System, das auch mit Teufeln funktionieren würde. Das stimmt nicht ganz. Auch das Konzept des Marktes stellt ethische Anforderungen an seine Teilnehmer, zumindest auf der Ebene der Spielregeln. Ohne ein Mindestmaß an Ehrlichkeit, Vertragstreue, Anständigkeit kann Markt nicht gut funktionieren, die Spielregeln müssen eingehalten werden. Schon Adam Smith — der theoretische Begründer des Marktkonzeptes — hat die ethische Selbstbeschränkung und die soziale Bezogenheit des wirtschaftlichen Selbstinteresses analysiert. Mitgefühl, Gerechtigkeitssinn (fellow feeling) und die freiwillige Verpflichtung auf gemeinsame ethische Regeln (sense of duty) sind für Smith neben einem System von Gesetzen, deren Einhaltung durch staatliche Sanktionen garantiert sind, die angemessenen ethischen und sozialen Regulative des Selbstinteresses.[9]

Noch ein weiterer Hinweis scheint mir im Zusammenhang mit Markt und Moral wichtig. Es ist richtig, daß sich das Konzept des Marktes in die Wertvorstellungen der Teilnehmer inhaltlich nicht einmischt, sofern sie sich an die Spielregeln halten. Die verschiedenen Marktteilnehmer verfolgen innerhalb der Spielregeln ihr Selbstinteresse; über Gut und Böse, Schön oder Häßlich des konkret verfolgten Selbstinteresses wird nicht geurteilt. Diese Neutralität ist ja auch eines der starken Argumente für das Konzept Markt. Es stimmt aber selbstverständlich nicht — und doch trifft man mitunter auf diese Fehlassoziation —, daß nur schlechte, häßliche und unmoralische Interessen verfolgt werden dürfen. Natürlich dürfen nicht nur egoistische Monster ihre Interessen einbringen, auch altruistische Ziele und soziale Anliegen dürfen verfolgt werden — Schenken und Helfen sind nicht systemwidrig, natürlich ist auch das Anliegen „Einschränkung der Rüstungsgüterproduktion" ein zulässiges Interesse, das — entsprechend stark vertreten — zum Tragen kommen muß, so wie dies bei anderen Präferenzänderungen auch der Fall ist. Der Markt kann innerhalb der Spielre-

geln Schlechtes nicht verbieten, andererseits läßt er alles Gute zu.

Wirtschaft ist nicht alles

Keine letzte Wahrheit, aber eine ganz einfache Wahrheit zuletzt: Die Wirtschaft ist nicht alles. Nicht nur die Wirtschaft hat und löst Probleme. Es gibt viele andere wichtige Bereiche.
Vielleicht ist gerade dies zu bedenken wichtig, wenn man über die Zukunft nachdenkt, denn es hat sich eine gewisse Fixierung auf die Wirtschaft breitgemacht, die Wirtschaft als Problemlöser Nr. 1 und im Gegenschlag als Ärgernis Nr. 1, unabhängig davon, wie Wirtschaft im konkreten Fall organisiert ist, zu betrachten.
Menschliches Zusammenleben erschöpft sich aber nicht in wirtschaftlichen Relationen. Glück ist nicht ident mit maximalem wirtschaftlichen Erfolg!

Anmerkungen

*) Dieser Beitrag ist eine Ausarbeitung des anläßlich der gleichlautenden Podiumsdiskussion im Rahmen des wirtschaftspolitischen Seminars „Hat die österreichische Wirtschaft eine Zukunft" im März 1982 im Josef-Krainer-Haus vorgetragenen Statements.
1) Einen sehr guten Einblick in die aktuelle wirtschaftstheoretische Diskussion über Markt und Marktwirtschaft gibt E. Streissler, Ch. Watrin u. a. (Hg.), Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen, Tübingen, 1980.
2) Vor allem Hayek hat sich in vielen seiner Werke mit grundlegenden Fragen der Ordnung und Organisation von Gesellschaft und Wirtschaft befaßt. Vgl. z. B. F. A. Hayek, Verfassung der Freiheit, Tübingen, 1971.
3) Zur Kritik der neoklassischen Konzeption siehe die Beiträge von K. W. Rothschild, Kritik marktwirtschaftlicher Ordnungen als Realtypus, und E. Streissler, Kritik des neoklassischen Gleichgewichtsansatzes als Rechtfertigung marktwirtschaftlicher Ordnungen, in: Streissler, Watrin u. a. (Hg. 1980), a. a. O.
4) Ausführlich mit dem Problem einer sich ändernden und Neuerungen erfordernden wirtschaftlichen Welt beschäftigt sich z. B. J. Röpke, Strategie der Innovation, Tübingen, 1977.
5) Die dezentrale Organisationsform betrifft hier die grundsätzliche Ordnung der gesamten Wirtschaft. Probleme der Dezentralisierung auf betrieblicher Ebene — Flexibilitätsvorteile von kleineren Organisationseinheiten, Dezentralisierung von Großbetrieben zur Anhebung der Innovationsfähigkeit — werden in J. Falkinger, Größe und Kleinheit: Überlegungen zur simultanen Nutzung der Vorteile unterschiedlicher Organisationsgrößen, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 4/1981, behandelt.
6) Vgl. J. Röpke (1977), a. a. O. und E. Streissler, Kritik des neoklassischen..., a. a. O.
7) Zum Verhältnis von Markt, Staat und alternativen Organisationsformen insbesondere bei der Wahrnehmung wohlfahrtsstaatlicher Funktionen siehe J. Falkinger, Der Wohlfahrtsstaat und seine Alternativen, in: J. Höchtl (Hg.), Akzente, Argumente, Alternativen, Wien, 1980.
8) F. Hirsch hat sehr deutlich auf die grundlegende Bedeutung sozialer und ethischer Prinzipien für die Gestaltung einer Wirtschaft hingewiesen, egal ob diese Wirtschaft marktwirtschaftlich oder staatlich organisiert ist. Siehe F. Hirsch, Social limits to growth, London, 1977.
9) Vgl. A. Smith, Wohlstand der Nationen, München 1978. Würdigung des Werkes durch W. C. Recktenwald, S XXXV ff.

Michael Steiner

STRUKTURPOLITIK UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT:

Grenzen marktwirtschaftlicher und staatlicher Problemlösung

I

Wann immer die Worte soziale Marktwirtschaft, staatliche Eingriffe, Planung, Marktmechanismus fallen, läuft man Gefahr, mit politisch-ideologischen Etiketten versehen zu werden. Sehr schnell wird im Rahmen eines dichotomischen Weltbildes argumentiert, wobei zwischen den Polen (wie immer sie heißen mögen: Plan — Markt, Kapitalist — Sozialist, rechts — links) wenig Platz für Differenzierungen bleibt.
Der Gefahr voreiliger Etikettierungen kann man auf mehrere Weisen begegnen. Eine davon ist die historische Relativierung; der Hinweis, daß das Problem der wirtschaftlichen Gestaltung durch den Staat nicht erst neueren Datums sei, sondern eigentlich schon in früheren Zeiten umstritten war — nach dem Motto: Schon die alten Griechen... Und tatsächlich haben bereits diese zur Zeit des Perikles diskutiert, wieweit staatliches Eingreifen und Wirtschaften sinnvoll und notwendig sei. Perikles hat bekanntlich im 5. Jahrhundert den Kriegsschatz des delisch-attischen Bundes nach Athen gebracht und damit auch den Ausbau der Akropolis finanziert. Seine Gegner empfanden dies als unnotwendig, als Verschwendung, als unzulässiges Wirtschaften der öffentlichen Hand. Wie Perikles sich rechtfertigte, erzählt uns Plutarch: „Perikles machte dem Volk klar, solche Bauten brächten für die Zukunft ewigen Ruhm und während der Bauzeit allgemeinen Wohlstand. Denn sie schafften Arbeiten jeder Art und mannigfache Aufgaben, die jedes Handwerk belebten, jede Hand beschäftigten und damit fast der ganzen Stadt zu verdienen gäben, ihr zugleich zum Schmuck wie zur Nahrung. Er erwirkte die Zustimmung des Volkes zu gewaltigen Bauvorhaben und Plänen, die vielen Gewerben auf Jahre hinaus zu tun gaben... und den Wohlstand auf sozusagen alle Alters- und Berufsklassen verteilten und ausstreuten."[1]
Abgesehen von allzu offenkundigen Parallelen zu gegenwärtigen Monsterbauten, die zum Ruhme von Politikern errichtet werden sollen, ging es also bereits damals um die Frage, wieweit staatliches wirtschaftliches Handeln sinnvoll und notwendig ist; die Errichtung des Parthenon wurde denn auch von der Opposition als politisch unklug, als protzig, als zweckentfremdete Verschwendung der Mittel angegriffen.
Ein zweiter Weg, der Fragestellung die Ideologiebeladenheit etwas zu nehmen, ist, sie stärker ökonomisch (um nicht zu sagen: ökonomisch-technokratisch) zu beleuchten. Das ist ja auch das eigentliche Thema, das ohnehin bereits etwas technokratisch eingeschränkt ist: Was leistet der Markt, was leistet der Staat bei der Lösung der Probleme, die im Zuge strukturellen Wandels auftreten; wer ist eher imstande, diesen zu bewerkstelligen, zu bewältigen, herbeizuführen?
Prinzipiell stellt sich die Frage innerhalb einer marktwirtschaftlich orientierten Ordnung: in einer Gesellschaft, die von einem privaten Unternehmertum, in der sich auch verstaatlichte Industrien nach tauschwirtschaftlichen Prinzipien verhalten (müssen), ausgeht. Es geht also nicht darum, ob eine Planwirtschaft besser sei (eine Frage, über die sich sicherlich auch diskutieren ließe), sondern darum, ob und wieweit in einer durch Marktbeziehungen dominierten Wirtschaft staatliches Handeln notwendig ist.
In einem ersten Schritt geht es zunächst um die Frage, womit in einer Marktwirtschaft staatliches Handeln begründet werden kann, worin die Vorteile einer tauschwirtschaftlichen Ordnung liegen, und wo diese enden; vor allem auch zu zeigen, daß es eine klare Trennung privaten und öffentlichen Handelns gar nicht gibt. — In einem zweiten Teil soll auf die spezifischen Probleme der Strukturpolitik eingegangen werden: Vor allem was passiert, wenn Strukturbrüche stattfinden, wenn das in der Vergangenheit bewährte Handeln zur Lösung der Probleme der Gegenwart und der Zukunft nicht mehr ausreicht (und das heißt ja letztlich Strukturpolitik: von der Politik der Vergangenheit abgehen

und für zukünftige Situationen Weichen stellen). Weil Strukturpolitik immer auch sehr stark regionale Aspekte hat, Struktur- und Regionalpolitik sehr stark verquickt sind, sollen dabei auch die regionalpolitischen Konsequenzen des Strukturwandels berührt werden.

II

Der Markt ist — wie Johannes Messners Naturrecht hervorhebt — Organ eines sozialwirtschaftlichen Prozesses. Er besitzt gesellschaftsbildende Kräfte: Er schafft eine Tauschgemeinschaft.[2] Durch das Zusammenwirken vieler in der Tauschgemeinschaft wirkt die Marktwirtschaft als gesellschaftlicher Regelmechanismus. Die Spielregeln des Marktes und des Tausches haben dabei eine ganze Reihe von Vorteilen: Da die Marktwirtschaft als gesellschaftlicher Regelmechanismus wirkt, setzt sie — bis auf institutionelle Anfangsrahmenbedingungen — keine weiteren bewußten organisatorischen Fähigkeiten der Gesellschaftsmitglieder voraus. Tauschakte kommen zustande, ohne daß jedesmal ein Plan von oben diese gebietet. In diesem Sinn spart Marktwirtschaft Organisationsfähigkeit, die ein gesellschaftliches Ganzes betrifft. Sie ist somit eine geeignete Organisationsform für Großgruppen, in denen eine hierarchische Gesellschaftsgliederung nicht mehr existiert. Der Verlust einer hierarchischen Gesellschaftsordnung bedeutet gleichzeitig einen Verlust von Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeit. Dieser Verlust wird für Liberale mehr als aufgewogen durch den Abbau von persönlichen Abhängigkeiten — im historischen Vergleich ist die Marktwirtschaft eher eine machtnivellierende gesellschaftliche Organisationsform.[3] In diesem Sinn hatte auch Adam Smith seine marktwirtschaftlich orientierte Konzeption verstanden: Das Postulat der Verfügungsmacht des einzelnen über seine materiellen Güter gegen die Übermacht adeliger und hoheitlicher Marktbeschränkung. Daß er dabei betonte, daß dieses individuelle Handeln zu einem allgemeinen Nutzen führe, verstärkte seine Argumentation. Die Attraktivität eines „anonymen" Konkurrenzmarktes besteht darin, daß für dessen Funktionieren keine moralischen Fähigkeiten und Einstellungen verlangt werden. Sowohl die moralischen als auch die intellektuellen Funktionsvoraussetzungen sind besonders anspruchslos. Damit eignet er sich besonders als Organistionsform für anonyme Großgruppen, in denen mit der Verdünnung des gegenseitigen Bekanntheitsgrades eine Abnahme des Solidaritätsgefühls verbunden ist. Damit werden auch die Grenzen eines in den letzten Jahren wieder betonten Trends zur Selbsthilfe in Kleingruppen deutlich: Sie sind auf Überschaubarkeit angewiesen, in der Liebe und Zuneigung (und damit natürlich auch wieder Abhängigkeit) möglich ist. Das heißt allerdings, daß das „moralische Gefühl", das in augenscheinlichem Kontrast zu der „egoistischen Ordnung" des Marktes steht, eine „gute Gesellschaft bestenfalls in einem persönlichen Umkreis erzeugt. Je größer und entwickelter, je arbeitsteiliger die Volkswirtschaft ist, desto größer werden die nationalen und internationalen Abhängigkeiten, desto notwendiger die Kooperation mit denen, die man nicht kennt, auf die sich das „moralische Gefühl" demgemäß nicht ausdehnt.[4] Übertrieben ausgedrückt, läßt der geringe moralische Anspruch eine Marktwirtschaft selbst unter Teufeln funktionsfähig erscheinen (was nicht heißt, daß sie nicht besser funktionieren könnte, wenn in ihr lauter Engel hausen).

Der geringe intellektuelle Anspruch, den eine Marktwirtschaft stellt, besteht darin, daß im wesentlichen keine anderen Informationen als die Preissignale des Marktes gebraucht und beachtet werden müssen. Dieser geringe intellektuelle Anspruch bedeutet in ökonomischer Hinsicht, daß die Ressourcenbeanspruchung durch Transaktions-, insbesonders Informationskosten minimiert wird; um Produktionspläne und Konsumpläne zu verwirklichen, reicht — zumindest im Idealfall — nur die Information über Preise.

Diese ökonomische Effizienz des Marktes, die von Wirtschaftswissenschaftlern in den letzten beiden Jahrhunderten immer wieder behauptet wurde, war jedoch gleichzeitig immer wieder auch theoretisch umstritten; ebenso hat sich in der Realität ein sehr starker staatlicher Anteil am Wirtschaftsgeschehen entwickelt, der gar nicht in das so schöne Idealbild einer funktionierenden Marktwirtschaft passen will. Ökonomisch werden staatliche Wirtschaftsaktivitäten damit begründet, daß der Marktmechanismus bei der Hervorbringung gewisser Güter versagt: Es gibt Faktoren, die „der Natur der Sache nach" eine rein marktwirtschaftliche Ideallösung unmöglich machen. Im wesentlichen handelt es sich um drei Problemgruppen: Steigende Erträge, Kollektivgüter, externe Effekte.[5]

Die Erreichung des Optimums erfordert einen Markt mit atomistischer Konkurrenz; es muß viele kleine Anbieter geben, die den Marktpreis nicht zu beeinflussen imstande sind. Mit Konkurrenz ist hier gemeint, daß sowohl der Zwang als auch die Bereitschaft bestehen, Bereiche aufzusuchen, wo (gerade noch) Profite gemacht werden können und dazu die Kosten möglichst niedrig gehalten werden sollten. Dieser Drang, die Kosten möglichst niedrig zu halten, hat zu kostensenkenden Massenproduktionen geführt — eine Tendenz, die das Vordringen großer und marktbeherrschender Firmen in weiten Bereichen der Wirtschaft begünstigt hatte. Überwiegen solche steigenden Erträge (was das Spiegelbild fallender Durchschnittskosten ist), bringt der Markt von sich aus kein allokatives Optimum zustande — es bilden sich Oligopole und Monopole, die den theoretischen Optimalbedingungen nicht entsprechen. In diesem Sinn wird von einem Marktversagen aufgrund der Struktur oder der fehlenden Anreize (weil für die meisten keine Gewinne gemacht werden können) gesprochen.

Vollkommen versagt der Markt, wenn es um das Angebot kollektiver (öffentlicher) Güter geht. Diese sind durch zwei Eigenschaften gekennzeichnet: Auf sie ist weder das Ausschluß- noch das Rivalitätsprinzip anwendbar — sobald ein Kollektivgut einmal existiert, kann es von jedermann konsumiert werden; der Konsum des einen beeinträchtigt den der anderen nicht. Beim tauschmäßigen Erwerb eines Autos ist sehr leicht sicherzustellen, daß es nur vom Käufer benutzt werden kann; eine Benützung durch andere Personen macht unter normalen Umständen eine Benützung des Käufers unmöglich. Anders bei einem typischen Kollektivgut wie nationale Sicherheit: Dieses kann nur für alle gleichzeitig erstellt werden und wird nicht dadurch für andere ausgeschlossen, daß es von einer Person „konsumiert" wird. Da bei Gütern dieser Art ein Ausschluß nicht möglich ist und daher Preise auf freiwilliger Basis nicht eingehoben werden können, würde der Markt diese Güter nicht bereitstellen. Für die Bereitstellung müssen öffentliche und/oder politische Mechanismen eingesetzt werden. Das Problem ist insofern von großer praktischer Relevanz, da im täglichen Leben viele Güter vorkommen, die zwar prinzipiell privat erstellbar wären, aus Gründen der allgemeinen Wirtschaftlichkeit, der Vereinfachung und als Folge außerökonomischer Zielsetzungen analog zu öffentlichen behandelt werden: Straßen, Schulen, Spitäler etwa.

Eine letzte Form von Marktversagen ist durch das Vorliegen sogenannter „externer Effekte" gegeben: Diese liegen dann vor, wenn in die Produktion oder die Konsumtion von Gütern Nutzen und Kosten eingehen, die im Preis nicht enthalten sind; stellt man allein auf den Preis ab, wird entweder zu viel oder zu wenig produziert. Das Problem externer Effekte ist in letzter Zeit vor allem durch Umweltaspekte deutlich geworden: Beispielsweise erzeugen

der Rauch, die Abwässer und der Lärm von Fabriken Kosten, die nicht in den Preis der dort erzeugten Güter eingehen. Für die Effizienz einer marktwirtschaftlichen Ordnung stellt sich damit das Problem, daß nicht optimal produziert wird: Gehen nicht alle Kosten in den Preis ein, wird zu viel von dem betreffenden Gut hergestellt (was zu der Frage geführt hat, wer der eigentliche „Verursacher" ist: der Produzent, der das Gut zu billig herstellt oder der Konsument, der das zu billige Gut nachfragt). Externe Effekte sind zum Teil unvermeidlich, werden aber durch marktwirtschaftliche Ordnungen verstärkt, da in ihr jedes einzelne Wirtschaftssubjekt motiviert ist, sein Ergebnis zu optimieren und daher Kosten, die es verursacht, für die es aber nicht aufkommen muß, unberücksichtigt läßt. (Natürlich gibt es auch den entgegengesetzten Fall von nicht berücksichtigtem Nutzen, beispielsweise die Aufforstung, die nicht nur Holz liefert, sondern auch durch die Erhöhung der Produktivität der umliegenden Landwirtschaft positive externe Effekte erzeugt.)

In allen drei Fällen wird deutlich, daß dem marktwirtschaftlichen Prozeß allein keine optimale Nutzung der Ressourcen gelingen kann. Bei Kollektivgütern fällt der Markt überhaupt aus, bei steigenden Erträgen sinkt die Zahl der verbleibenden Firmen unter das Niveau, das zu einer optimalen Allokation notwendig ist, bei externen Effekten ist selbst bei „marktgerechtem" Verhalten aller Teilnehmer das Ergebnis suboptimal. Der Markt allein ist also nicht imstande, eine effiziente Wirtschaftsordnung zu bewerkstelligen — es sind gewisse komplementäre staatliche Eingriffe und Aktivitäten notwendig.

Nun sind, und darauf haben so unterschiedliche Leute wie F. A. Hayek und N. Elias hingewiesen, Organisationsprinzipien (auch ihre Mischformen) das Ergebnis historischer Prozesse im politischen Abstimmungsbereich und nicht etwa das Ergebnis einer bewußten Planung, geschweige denn eines Optimierungskalküls. Welche Mischformen haben sich bei uns im Laufe der Geschichte entwickelt, wie schaut der empirische Befund hinsichtlich der Bedeutung des Staates aus?

Einer der dominanten Züge war der ständig wachsende Anteil des Staates an der wirtschaftlichen Wertschöpfung, was von dem Kathedersozialisten A. Wagner bereits am Ende des vorigen Jahrhunderts etwas unpräzise als „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben" bezeichnet wurde. Meistens wird damit ein funktionaler Zusammenhang zwischen der Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am BNP) und dem Pro-Kopf-Einkommen gemeint. Sieht man von nicht unwesentlichen Meßproblemen ab (werden nominelle oder reale Größen herangezogen, was versteckt sich inhaltlich hinter den Staatsausgaben[6]), so zeigt sich, daß 1977 der Staatsanteil in Österreich real bei etwa 34% lag (vergleichsweise lag die reale Staatsquote in der BRD bei 38%, in Frankreich ebenfalls bei 38%, in Schweden bei 48%, in den USA bei 29%), daß der stärkste Anstieg in den Jahren 1950 bis 1970 zu verzeichnen war und daß er seither stark abgenommen hat — möglicherweise hat der öffentliche Sektor in einigen Ländern bereits einen Höhepunkt überschritten.

Allerdings, und damit wird die Frage nach der Rolle des Staates über diese Meßgrößen hinaus schon schwieriger zu beantworten, ergibt sich diese ja nicht nur nach der Höhe der Ausgaben: Zunehmend sind staatliche Eingriffe in der Form von Regulierungen zu verzeichnen — Eingriffe, die dem Staat selbst keine direkten Kosten verursachen (und damit nicht als Ausgaben aufscheinen), die aber den marktwirtschaftlichen Prozeß trotzdem ganz wesentlich beeinflussen.

Beispielsweise können staatliche Zahlungen für Behinderte (was direkt Staatsausgaben bedeutet) ersetzt werden durch eine gesetzliche Verpflichtung von Unternehmen, Behinderten eine gewisse Anzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung zu stellen (was denselben Effekt hat, den Staat jedoch nichts kostet). Das zeigt, daß staatliche Tätigkeiten bei gleichbleibendem Einfluß ganz unterschiedliche ausgabenwirksame Formen annehmen können. Ganz nebenbei angemerkt können solche regulierenden, keine staatlichen Ausgaben schaffenden Eingriffe natürlich beträchtliche volkswirtschaftliche Kosten erzeugen — direkte Kosten der intervenierenden Bürokratie; Belastungen des privaten Sektors durch die Befolgung der Auflagen, Gebote und Verbote; „induzierte" Kosten der Regulierung, wenn etwa Unternehmen zur Vermeidung der Regulierungen „defensive Forschung" betreiben.[7]

Ein weiterer Punkt sei in diesem kursorischen Überblick über das problematische Verhältnis von Markt und Staat (oder sagen wir besser: von öffentlicher und privater Wirtschaftsleistung) noch erwähnt: Die Tatsache, daß es nicht nur Marktversagen, sondern ja auch Staatsversagen gibt. War in der theoretischen Diskussion lange Zeit die Frage, was der Markt nicht kann, dominierend, so hat sich in letzter Zeit (sicherlich auch von einer breiten Meinung getragen) die Theorie damit beschäftigt, welche Fehlentwicklungen stattfinden, wenn Entscheidungen dem politischen Prozeß übertragen werden. Es ist beileibe nicht gesagt, daß dort, wo der Markt nicht effizient oder gerecht ist, dies automatisch der Staat ist.

Auch diese Kritik kann zunächst im Rahmen einer ökonomischen Effizienzanalyse vorgenommen werden — vor allem geht es um den verschwenderischen Umgang mit Steuergeldern (wer kennt hier nicht eine Vielzahl von Beispielen), den zu hohen Preis staatlicher Leistungserstellung, die mangelnde Effizienz eines bürokratischen Apparates, die geringe (oft unmögliche) Erfolgskontrolle, die Unüberschaubarkeit des Budgetmechanismus (wer ist imstande, die Folgekosten vieler öffentlicher Investitionen zu errechnen). Die Analyse könte aber noch weitergehen und etwas stärkeren politökonomischen Charakter gewinnen. Einige Stichworte mögen genügen: Es geht nicht nur um die Unwirtschaftlichkeit im Staatssektor, sondern auch um die Unwirtschaftlichkeit des Staatssektors; gemeint ist damit die Diskrepanz zwischen Aufwendungen und erzielten Wirkungen. Zwei Beispiele mögen dies illustrieren:[8]

Eine der ältesten Staatsfunktionen ist die der inneren Sicherheit (wie oben erwähnt, ein typisches kollektives Gut) — trotzdem hat die Kriminalität ständig zugenommen. Obwohl die Ausgaben für Sicherheit überproportional steigen (vorsichtig geschätzt werden durchschnittlich etwa zwei Prozent des Bruttonationalprodukts dafür ausgegeben), sinken die Aufklärungsraten. Damit ist über die Ursachen dieser Form von Staatsversagen — steigende Ausgaben mit geringer werdender Wirkung — noch wenig gesagt. Offensichtlich ist nur, daß Staat und Gesellschaft ihre Mittel auf vorhandene Kriminalität konzentrieren; auch die Vernachlässigung des Abbaues kriminalitätsträchtiger Sozialstrukturen fällt unter den Begriff des Staatsversagens.

Ähnliches begegnet uns im Gesundheitswesen: Hier ist die Diskrepanz zwischen Aufwendungen und erzielten Wirkungen nicht ganz so spektakulär wie bei der Kriminalitätsbekämpfung, jedoch sind das Ausgabenniveau und sein Anstieg beträchtlich (über zehn Prozent des Bruttonationalprodukts machen die Gesundheitskosten aus). Angesichts dieses hohen Anteils ist es erstaunlich, wie wenig Gesundheit mit diesem gewaltigen ökonomischen Potential „erkauft" wurde — sowohl die Arbeitsunfähigkeitsfälle als auch die Krankenhausfälle haben zugenommen.

III.

Bisher war die Frage nach dem Verhältnis von Markt und Staat in einem statischen Rahmen gestellt: Was sind die Vorzüge des Markts, in welchen Fällen liegt Marktversagen vor, welche Formen kann das komplementäre Staatsversagen annehmen? Wird das allgemeine Problem von Grenzen marktwirtschaftlicher und staatlicher Problemlösung auf die Frage des

strukturellen Wandels verengt, bedeutet dies eine Ausdehnung des zeitlichen Horizonts: Strukturprobleme lösen heißt, Information über zukünftige Märkte gewinnen müssen — die für den Wandel von Strukturen notwendigen Investitionen müssen heute vorgenommen werden und ermöglichen erst übermorgen Absatzchancen.

Das Ausmaß der Strukturprobleme (von Österreich, der Steiermark) wurde bereits oftmals ausgeführt und braucht in diesem Rahmen wohl kaum erläutert werden. Vielfache Erklärungen werden dafür geboten: Der gestiegene Ölpreis (die bösen Scheichs), die hohe Zinspolitik (die bösen Amerikaner), die hohen Steuern (die bösen Politiker), die hohen Löhne (die bösen Gewerkschafter).

Solange man diese Probleme personifiziert, bleibt man jedoch an der Oberfläche hängen: Strukturprobleme sind Ausdruck eines tiefergreifenden Strukturbruches, aus dem wir noch nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen haben.[9] Dieser Strukturbruch kommt durch das gleichzeitige Zusammentreffen von drei Entwicklungen zustande: Durch das Ende des Aufholprozesses Europas gegenüber den Vereinigten Staaten, durch die neue internationale Arbeisteilung, durch die Änderungen in den Preis- und Wechselkursstrukturen, wie sie zu Beginn der 70er Jahren eingesetzt haben. Diese Veränderungen zwingen zu einer Änderung des wirtschaftlichen Verhaltens. Strukturbruch heißt dabei eine Veränderung der Verhaltensweisen, die nicht vorübergehend ist, wo die Verhaltensweisen der Vergangenheit nicht ausreichen, wo der Versuch des „Durchtauchens" durch die Probleme ein langsames Ertrinken zur Folge haben würde.

Strukturbrüche müssen stets zu Entscheidungsunsicherheit und steigender Fehlerhäufigkeit führen, weil die rasche und richtige Anpassung von Entscheidungsregeln an neue Voraussetzungen ein allgemeines Problem ist (nicht nur für Unternehmer und Politiker, sondern auch für Wissenschaftler, die ja bekanntlich für die meisten Phänomene auch erst im Nachhinein Erklärungen haben und erst dann genau analysieren können, was hätte getan werden müssen). Für das Fehlverhalten bei Strukturbrüchen hat sich auch eine entsprechende Theorie gefunden — die Theorie der begrenzten Rationalität. Demzufolge beruht das Entscheidungsverhalten nicht auf der Wirklichkeit, sondern auf einem radikal vereinfachten Abbild dieser Wirklichkeit; bei starken Änderungen dauert es sehr lange, bis das herkömmliche Denkmodell verlassen wird — und dies sowohl von Unternehmern, von Politikern, von Wissenschaftern.

Gerade diese Problematik wirft aber die Frage auf, wer es eher schafft, das herkömmliche Denkmodell zu verlassen: Der Markt (und damit der Unternehmer — man muß ja aufpassen, den Markt nicht zu unpersönlich zu sehen; der Unternehmer ist das zentrale personelle Element einer Wirtschaft im Gegensatz zur mystischen Unperson „Markt") oder die Wirtschaftspolitik (auch hier ist wiederum das personelle Element zu beachten — der Politiker, der Beamte, last not least der beratende Wissenschaftler).

Allgemein gilt ein starkes a-priori für den Markt — es wird angenommen, daß die großen Vorteile der Marktwirtschaft auf dynamischen Gebiet liegen. Hayek hat darauf hingewiesen, daß der Markt das optimale Entdeckungsverfahren ist. Die dynamische Rolle des Unternehmers wurde in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur ja vielfach betont: Von Marshall, Schumpeter, nicht zuletzt von Karl Marx.

Trotzdem gibt es zahlreiche Gründe, warum der Markt allein nicht imstande ist, diesen Suchprozeß für die Zukunft zu bewältigen:[10]

- Preissignale sorgen für Effizienz und optimale Allokation nur für kurzfristige und mittelfristige Zeiträume, sie sind nicht imstande, Knappheiten zu signalisieren, die möglicherweise in 20 oder 30 Jahren auftreten werden und ein entsprechendes Verhalten bereits heute auszulösen.
- Der Strukturwandel würde zu langsam vor sich gehen, weil er mit externen Effekten verbunden ist, von der der einzelne Unternehmer kurzfristig nichts spürt. So verursacht das Heranziehen, das Ausbilden von qualifizierten Arbeitskräften kurzfristig zunächst Kosten, die aus der Kalkulationssituation des Unternehmens sich nicht rentieren, für die Bewältigung strukturellen Wandels langfristig jedoch notwendig sind.
- Der Umstieg von herkömmlichen Produkten auf technologieintensive setzt Informationen voraus, die für den einzelnen zu teuer kommen mögen, die er nicht zu leisten imstande ist — hier setzen die Größenvorteile ein, die die Wirtschaftspolitik (oder irgendeine andere kollektive Organisation) nur zu leisten imstande ist.
- Die marktmäßige Anpassung erzeugt hohe soziale Kosten, die individuell nicht zu lösen sind und die Einzelpersonen auch nicht aufgebürdet werden können.
- Dem Einzelunternehmer mangelt oft der Mut zum Risiko. Allzu bekannt sind die Beispiele, wo statt unternehmerischer Aktivität dem Bittgang zum Politiker Vorrang gegeben wird; wo mit subtilen Erpressungsversuchen Subventionen erzwungen werden; wo eine begrenzte, aber sichere Finanzspritze der öffentlichen Hand einem möglicherweise größeren, aber unsicheren Investitionsprojekt und dessen Erträgen vorgezogen wird. Für jedes halbwegs risikobeladene Geschäft wird Staatshaftung gewünscht — der Staat wird somit in einem viel weiteren und entscheidenden Punkt „ideeller Gesamtkapitalist", er muß bereits die unternehmerische Funktion der Risikoübernahme erfüllen (was viele allerdings nicht hindert, im Nachhinein über den staatlichen Einfluß zu schimpfen).

Freilich ist der Mut zum Risiko deswegen nicht automatisch bei den Entscheidungsträgern der Wirtschaftspolitik. Auch für die Strukturpolitik gibt es natürlich Staatsversagen. Auch die politischen Entscheidungen haben einen begrenzten Zeithorizont und sind sehr selektiv gegenüber ausgeübtem Druck: Politische Reaktionen erfolgen dort, wo die von den Problemen Betroffenen sich organisieren können, wo sie Sanktionen androhen können — am besten können das noch immer Gewerkschaften, am besten können das noch immer die, die Arbeit haben und nicht die, die bereits arbeitslos sind oder noch nie eine gehabt haben. Und da die Fähigkeit zur Organisation und zur Artikulation schichtspezifisch ist, können gewisse Interessen eher die durchsetzen, von denen angenommen werden kann, daß es ihnen ohnehin bereits besser geht. Besonders der erste Aspekt führt dazu, daß (wirtschafts-)politische Entscheidungen eine Tendenz zum Bewahren haben.

Dazu kommt der beharrende, konservative Charakter von Entscheidungen, die durch mehrere Instanzen müssen; das macht das Wesen von Bürokratien (nicht notwendigerweise von Beamten) aus. Gerade hier taucht dann die alte und durchaus berechtigte Frage auf, warum denn Bürokratien und Kommissionen mehr über kommende Märkte wissen sollen als Unternehmer, die ständig mit Märkten, mit Konsumentenwünschen konfrontiert sind. (Daß dabei „Unternehmer" nur eine funktionsmäßige Bezeichnung ist und nichts mit einer eigentumsrechtlichen Position zu tun hat, sei hier nur in Klammer angemerkt; unternehmerische Funktion ist etwas, das nicht nur vom Unternehmer — Eigentümer, nicht nur vom „Manager", sondern auch von jedem kreativen Mitarbeiter ausgeübt wird, der das Können und die Fähigkeit besitzt, die Situation notwendiger Veränderungen zu erfassen). Auf beiden Seiten gibt es also „Versagen", das den jeweiligen Mechanismen immanent ist und nur zu einem geringen Teil in die persönliche Verantwortung des einzelnen, sei es der Unternehmer, der Politiker, der Beamten, fällt. Ist es denkbar, daß sich dieses beiderseitige Versagen aufhebt, zumindest mindert? Im wesentlichen geht es um das Einbringen der jeweiligen Vorteile:

- die bereits erwähnte Anonymität des Marktes;
- die Organisationsfähigkeit des Staates für Dinge, die für den einzelnen aus Kostengründen nicht zu erstellen sind, wo es Vorteile der Größe gibt;
- für die Wirtschaftspolitik ganz allgemein eine Verstetigung der Rahmenbedingungen, damit nicht die durch die angeführten Aspekte des Strukturbruches geschaffenen Unsicherheiten durch binnenwirtschaftliche Entscheidungen vergrößert werden;
- vor allem geht es auch darum, die Voraussetzungen für die einzelwirtschaftlichen Suchprozesse zu schaffen, um diese zu ermöglichen und zu erleichtern.

IV

Die Probleme strukturellen Wandels haben — besonders in der Steiermark offensichtlich gewordene — regionale Aspekte. Die Verbindung von Strukturpolitik mit Regionalpolitik ist deswegen so eng, weil Strukturschwächen meist regional konzentriert auftreten. Vielfach durchgeführte empirische Studien zeigen, daß in Zeiten wirtschaftlicher Rezessionen regionale Ungleichheiten zunehmen; daß der marktwirtschaftliche Prozeß nicht imstande ist, diesen Prozeß aufzuhalten bzw. ihm entgegenzusteuern. (Dasselbe setzt sich in den Kommunen, vor allem in den größeren Städten fort). Der Strukturwandel — solange er allein dem Markt überlassen wird — läßt somit eine neue Form von Ungleichheit entstehen: die zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen. Eine Struktur- und Regionalpolitik, die die Steuerung weitgehend dem Markt überläßt, verletzt systematisch die Ziele der regionalen Sicherung der Vollbeschäftigung, des regionalen Ausgleichs der Lebensbedingungen, der Vermeidung unzumutbarer Härten des Strukturwandels — und ist in diesem weiteren Sinn ineffizient. Gerade für Regionen wird damit die Frage nach wirtschaftspolitischen Eingriffen umso dringender.

Aber auch bei der Förderung von entwicklungsschwachen Regionen sind wirtschaftspolitischen Einflüssen Grenzen gesetzt (die hier, der gestellten Thematik entsprechend — Grenzen von Problemlösungen — stärkeren Raum einnehmen sollen als die Darstellung der nur angedeuteten Probleme selbst).

1. Geht man von der allgemeinen (wirtschafts-) politischen Notwendigkeit einer konsistenten Ziel-Mittel-Beziehung aus, so ergibt sich als erste Schwierigkeit die Ungenauigkeit einer regionalpolitischen Zieldefinition, die gern mit „Ausgleich der ungleichen räumlichen Lebensbedingungen" bezeichnet wird. Aufgabe und Inhalt der Regionalplanung wird länderweise mit sehr unterschiedlichen Begriffen und Definitionen umrissen. Als Aufgabe der Regionalplanung wird die Erstellung von Programmen definiert, die die Ziele für die räumliche, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der Region beinhalten. Schon die Grobskizzierung des überaus hohen Anspruchsniveaus läßt erkennen, daß an der Erfüllbarkeit Zweifel angemeldet werden dürfen. Zum Teil enthalten die Landesraumordnungsgesetze (in Österreich) Bestimmungen, nach denen Maßnahmen zur Erreichung der Zielvorstellungen in den Programmen aufzuzeigen sind. Eine entsprechende Ziel-Mittel-Bindung wird jedoch kaum gefordert. Diese mangelnde Bindung bewirkt, daß Regionalprogramme die einzelnen Tätigkeiten der öffentlichen Hand nur unwesentlich beeinflussen.[11]

Die Feststellung räumlicher Disparitäten ist ferner ein Indikatorenproblem — wonach bemißt sich die Bedürftigkeit einzelner Landesteile? Gewisse Indikatoren geben oft ein falsches Bild und sind dazu Indikatoren, die oft erst im nachhinein eine Bedürftigkeit anzeigen, aber nicht vorwarnen (beispielsweise ist die Arbeitslosenrate als Indikator für die Probleme alter Industriegebiete unbrauchbar). Daher versucht man, Indikatoren wie die Veränderung der Abwanderungsquoten, Pendlerquotienten, Gemeindesteueraufkommen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung, Lohnsummensteuer im Verhältnis zur Arbeitsbevölkerung heranzuziehen. Daraus entsteht ein Gewichtsproblem: Auch wenn nur wenige Indikatoren einbezogen werden, sind je nach Gewichtung unterschiedliche Regionsteile mehr oder weniger benachteiligt, sodaß eine eindeutige Rangordnung von entwicklungsbedürftigen Gebieten schwer zu erarbeiten ist[13].

Daran schließt ein Dilemma von Entwicklungsbedürftigkeit und Entwicklungsfähigkeit an. Das heißt, daß es oft sinnlos wäre, Fördermaßnahmen in Gebieten zu setzen, die zwar sehr bedürftig wären, aber kaum fähig sind, die Förderimpulse aufzunehmen (im steirischen Raum wären das beispielsweise das Gebiet um Radkersburg, um Wies-Eibiswald). Hier mag es sinnvoller erscheinen, die nicht in den eigentlichen Bedürftigkeitszonen gelegenen Arbeitsmarktzentren zu fördern und daraus einen Nutzen für die umliegenden Gebiete zu erwarten. Es wäre selbst unter dem Aspekt der Betonung der Ausgleichsfunktion von Regionalpolitik nicht effizient, die bedürftigsten Landesteile direkt zu subventionieren. Um diese nicht einer vollen „passiven Sanierung" auszuliefern, könnte ein Kompromiß darauf hinauslaufen, eine zonale Abgrenzung an der Entwicklungsbedürftigkeit von Räumen zu orientieren (und für die Abgrenzung beispielsweise eine Differenzierung der Zinssubvention vorzunehmen), hinsichtlich der Entwicklungsfähigkeit Arbeitsmarktzentren zu isolieren, die — obgleich laut Indikatoren nicht als entwicklungsbedürftig anzusehen — Zentralortfunktion für umliegende förderungsbedürftige Gebiete erfüllen. Auf diese Weise gelingt es annähernd, dem Dilemma auszuweichen, wachstums- und ausgleichspolitische Zielsetzungen aufeinander abzustimmen und eine einseitige Politik, die nur den Ausgleich von Entwicklungsunterschieden oder nur das gesamtwirtschaftliche Wachstum zum Ziel hat, zu vermeiden.

Letztlich ist der Konflikt zwischen Disparitätenausgleich und effizientem Einsatz theoretisch nicht ganz geklärt. Allgemein geht man davon aus, daß die Effizienz dann gewährleistet ist, wenn das Grenzprodukt, das durch eine regionalökonomische Förderung initiiert wird, am größten ist — gemeiniglich wird angenommen, daß dies dann der Fall ist, wenn prosperierende Regionen weiter gefördert werden. Allerdings ist gerade dies umstritten und hängt sehr stark von den zugrundeliegenden wachstumstheoretischen Annahmen, von bestehenden Agglomerations- und Deglomerationseffekten ab.

2. Grenzen der Eingriffsmöglichkeiten ergeben sich nicht nur durch die Schwierigkeit, die Ziele ökonomisch und politisch zu operationalisieren, sondern auch durch die Begrenztheit der der Regionalpolitik zur Verfügung stehenden Mittel. Grundsätzlich lassen sich drei Interventionsbereiche unterscheiden:[14]

- die Beeinflussung des regionalen Angebots von öffentlicher Infrastruktur;
- der Versuch, durch positive und negative Anreize den Marktsektor so zu beeinflussen, daß daraus eine gleichmäßigere Streuung privatwirtschaftlicher Aktivitäten resultiert;
- regionale Steuerung durch Normierung individuellen Verhaltens, wie es in Großbritannien durch Expansionsverbote in prosperierenden Regionen, in Österreich in sehr geringem Ausmaß (und ohne wesentliche Beeinflussung auf die großräumige Verteilung) durch Flächenwidmungsplanungen geschieht.

Soll vor allem die zweite Gruppe von Eingriffsmitteln Einfluß auf die betriebliche Standortentscheidung zeigen, so wäre — im Falle der Kapitalmobilität — eine Ersparnis in Höhe von etwa 25% des Investitionsumfanges notwendig — ein Förderumfang, der in den meisten Fällen auch gewährt wird. Eine regional differenzierende Anreizfunktion kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn der Fördersatz auch stark genug regional differenziert wird; je größer die Zahl (und die Fläche) der den begünstigenden Zinssät-

zen (bzw. Arbeitsplatzsubventionen) unterliegenden Gebiete, desto geringer wird die disparitätenbeseitigende Wirkung des eingesetzten Instrumentariums sein. Im Extremfall kann für periphere Regionen sogar durch die Schaffung einer zusätzlichen Unterstützung ein negatives Resultat entstehen — dann nämlich, wenn dieselbe Förderung weniger peripher liegenden Gebieten gewährt wird und sich daraus für die entfernteren Gebiete ein „Abschreckungseffekt" ergibt.

Selbst wenn jedoch eine starke regionale Spezifität mit gleichzeitiger starker Differenzierung der Fördersätze möglich wäre, ergäbe sich ein weiteres Problem. Ausgehend von der Notwendigkeit der Differenzierung des regionalen Mitteleinsatzes kann man diese auf viele Kriterien anwenden. So ließen sich Förderzonen (die nach dem Kriterium der Entwicklungsbedürftigkeit ausgewählt werden), notwendige Zentralorte (die dem Kriterium der Entwicklungsfähigkeit entsprechen müßten) und strukturpolitische Merkmale (wie Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben, Kapitalintensität, Arbeitskräftequalifikation) als Ansatzpunkte regionalpolitischer Hilfe unterscheiden. Durch die Ausweitung der Kriterien und die Einbeziehung auch strukturrelevanter Merkmale in die regionale Wirtschaftsförderung soll eine verstärkte Auswahl von Projekten erreicht und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Region erhöht werden, gleichzeitig jedoch durch eine regionale Differenzierung von schwächeren und stärkeren Zonen (und Standorten) eine Diskriminierung der benachteiligten Gebiete vermieden werden. Dieser Versuch einer „nichtkonkurrierenden Förderung"[15] als Kompromiß zwischen regionalem Ausgleichs- und strukturpolitischem Qualifikationsziel läßt sich auch in Matrixform darstellen, wobei nach mehrstufiger Förderungsbedürftigkeit, Qualifikation und Förderungskonditionen unterschieden wird. Je mehr Kriterien jedoch als Ansatzpunkt der betrieblichen Förderung für relevant angesehen werden (je „dimensionsreicher" die Matrix wird), desto größer ist die Gefahr, daß sich aus den unterschiedlichen Förderkonditionen ein Durchschnitt bildet; je kriterienreicher die „regionale Feinsteuerung" betrieblicher Standortbeeinflussung, desto eher heben sich die einzelnen Merkmale auf. Daraus ergibt sich ein (regional-)planerisches Paradoxon: Je stärker die versuchten planerischen Eingriffe, desto stärker die Tendenz zur Durchschnittsbildung, die letztlich die zu überwinden versuchten marktmäßigen Konzentrationskräfte durchschlagen läßt.

3. Die beschränkten Möglichkeiten regionalpolitischen Eingreifens ergeben sich letztlich — neben der Schwierigkeit der Operationalisierung der Ziele und dem Mangel an Interventionsbereichen — auch aus Grenzen des politisch-administrativen Handlungsspielraums. Diese „politische Dimension" der Restringierung regionalpolitisch relevanten Handelns hat zwei Aspekte. Zunächst den trivialen, offensichtlichen von möglichen Insuffizienzen von Planern bzw. von Politikern. Das läuft auf der Ebene von politischen Interventionen bei Subventionsvergabe, Verflechtung personeller Art im politischen Entscheidungsbereich (da sind Landtagsabgeordnete vielfach Bürgermeister und Vertreter politisch und wirtschaftlich relevanter Verbände mit oft spezifisch regionalen Interessen). Dadurch wird das Problem beispielsweise der Grenzziehung zwischen Förderzonen schwer lösbar.

Der andere Aspekt betont die systembedingten Restriktionen regionalpolitischen Handelns, die sich aus den Funktionsweisen des politisch-administrativen Systems ergeben, das neben den ökonomischen und legitimatorischen ein Teilgebiet eines Beziehungssystems darstellt und unter der Maxime der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Stabilität die Funktionssicherung der ökonomischen und sozialen Bereiche zu bewerkstelligen hat[16]. Regionalpolitische Aktivitäten sind ein Teilaspekt davon und sind als Systemoutput sowohl in Richtung des ökonomischen als auch das sozialen Systems möglich[17]. Werden räumliche Disparitäten als Problem empfunden, sind diese Aktivitäten als Reaktion des politisch-administrativen Systems mit seinen Problemlösungskapazitäten zu verstehen. Diese sind aber beschränkt, da meist nicht gleichzeitig das ökonomische und soziale System ausreichend gesteuert werden kann. Für die Sicherung der politischen Stabilität ist es jedoch nicht notwendig, die Zustimmung aller Teile des ökonomischen und sozialen Systems zu besitzen. Für rationales politisches Handeln ist die Zustimmung einer stabilitätsrelevanten Mehrheit (die meist eine 51%ige ist) ausreichend — die Mehrheit-bildenden stabilitätsrelevanten Gruppen (Großstädte, Großindustrie) befinden sich in zentralen Regionen, stabilitätsirrelevante (Kleingemeinden, Gewerbebetriebe) in peripheren. „Als rationale Strategie... des politisch-administrativen Systems (folgt) jene, die die Funktionserfordernisse der relevanten und damit gleichzeitig räumlich zentralen Gruppen des ökonomischen und sozialen Systems simultan erfüllt, auch wenn dadurch Zustimmungsdefizite bei den irrelevanten und räumlich peripheren Gruppen in Kauf genommen werden müssen."[18] Langfristig erschwert damit die politische Relevanz räumlich zentraler Gruppen eine Strategie zur Entwicklung peripherer Gebiete; dort eingesetzte Maßnahmen werden eher sozialkompensatorischen Charakter haben.

4. Die 60er und die erste Hälfte der 70er Jahre mit ihren überdurchschnittlichen Wachstumsraten ermöglichten eine Regionalpolitik, die sich hauptsächlich auf Neugründungen und neue Ansiedlungen konzentrieren konnte. Sowohl von den praktischen (eher bescheidenen) Erfolgen als auch von der theoretischen Basis und der regionalpolitischen Durchsetzbarkeit erscheinen die Grundlagen dieser Politik in Frage gestellt. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation ist der Spielraum eingeschränkt, damit auch das Steuerungspotential: Die finanziellen Anreizmöglichkeiten der Gebietskörperschaften sind kleiner geworden, die Mobilität der Betriebe hat abgenommen, die Investitionstätigkeit allgemein nachgelassen. Damit sind aber der bisher verfolgten und regionalpolitisch motivierten Einflußnahme auf betriebliche Standortentscheidungen enge Grenzen gesetzt. Teilweise ist die sich auf mobile Betriebe konzentrierende Regionalpolitik von negativen Erscheinungen begleitet gewesen: In vielen Fällen sind die Kontrollinstanzen außerhalb der Region geblieben; die angesiedelten Betriebe haben einen geringen Anteil an Forschungs-, Entwicklungs- und Führungspersonal; sie sind meist besonders krisenanfällig; sie haben oft eine geringe Verweildauer.

Hauptansatzpunkt einer die begrenzten Möglichkeiten betrieblicher Standortbeeinflussung zur Kenntnis nehmenden regionalwirtschaftlichen Politik ist die Stärkung des „endogenen Potentials". — Dies verlangt eine Strategie der „innovationsorientierten Regionalpolitik",[19] die zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit darauf abzielt, die Regionen dahingehend zu unterstützen, neue Märkte (nach dem Verlust der alten) zu gewinnen und durch neue Technologien neue Produkte bzw. Produktionsprozesse zu entwickeln. Der Zugang zu innovativem Wissen wird somit zum entscheidenden regionalökonomischen Engpaßfaktor. Empirische Studien lassen nun vermuten, daß die Zugangsmöglichkeiten zu innovativem Wissen regional unterschiedlich gegeben sind. Aus der Konzentration von Wissen und Information in den Zentren ergibt sich ein Entwicklungsvorsprung, der, solange der regionalspezifisch differenzierte Zugang nicht gemindert wird, die Ungleichheiten weiter steigen läßt.

Für den regionalpolitischen Mitteleinsatz bedeutet dies zunächst eine Schwerpunktverlagerung der Förderungs- und Investitionslenkungsmaßnahmen hin zu immaterieller Investitionsförderung.

● War bisher die Förderung hauptsächlich an Sachkapital gebunden, so

soll eine breitere Palette betrieblicher Ausgaben, die der Informationsbeschaffung, der Beratung, der Marktforschung, der Ausbildung und Weiterbildung dienen, mit einbezogen werden.

- Das derzeit bestehende Instrumentarium soll eine stärkere Differenzierung durch zusätzliche Selektionskriterien erhalten, wobei stärker Forschungs- und Entwicklungsausgaben, Organisationskriterien, Mindestkapitalintensitäten zu beachten sind.
- Um den Nachteil der Informationsbeschaffung peripherer Standorte zumindest zu mildern, soll je nach Lage eine betonte Staffelung der Fördersätze vorgenommen werden.

Die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Verstärkung des endogenen Potentials ist wesentlich vom Regionstyp abhängig.

- In alten Industriegebieten, besonders solchen der Stahlerzeugung, hat ein Stillstand im Wandlungsprozeß und damit auch im Innovationsprozeß stattgefunden. Die Schwierigkeit besteht nicht so sehr darin, daß Wissen und Information schwer zugänglich wäre, sondern eher darin, daß die Bereitschaft, Innovationen aufzunehmen und zu verarbeiten, nur in geringem Maß vorhanden ist. Die relative Homogenität der Arbeitskraftqualifikation, die nur schubweise erfolgenden Investitionen verringern die Anpassungsfähigkeit. Die starren sozioökonomischen Strukturen (starke Gewerkschaften, spezifische Unternehmermentalität, hierarchische Organisation, geringe Mobilität) verhindern Risikobereitschaft, unterdrücken neue Entwicklungen und Experimentierfreudigkeit. Die Chancen, einen Innovationsprozeß einzuleiten, werden stark von der Fähigkeit abhängen, das „Kartell der erworbenen Rechte und Mentalbarrieren"[20] zu durchbrechen. Damit wird aber deutlich, daß die (Rück-)Gewinnung einer eigenständigen Dynamik die rein ökonomischen Dimensionen übersteigt.
- Periphere Agrargebiete leiden an einer größeren Distanz zu den Informationszentren und am Fehlen spezieller Teilbereiche unternehmerischer Kenntnisse und Fähigkeiten. Hier können am ehesten die Maßnahmen der innovationsorientierten Regionalpolitik greifen, da die kleinbetriebliche Struktur dieser Strategie entgegenkommt. Bedeutsam für diese Regionen ist auch eine Kombination von indirekten Anreizen und eigenen Beratungsgesellschaften zur Beseitigung unternehmerischer Defizite. Auch ein Wandel von der passiv angebotenen zu einer aktiv orientierten Förderungspolitik, die den Zugang zur Region selbst sucht und die Barriere zwischen Förderstelle und Gefördertem geringer werden läßt, kann hier erfolgversprechend sein. Freilich wird auch in diesen Gebieten, die stark an der toten Grenze zu den südlichen und östlichen Nachbarn leiden, eine Neuorientierung der Regionalpolitik von bescheidenen Erwartungen begleitet sein müssen und den Abwanderungstrend nicht umkehren, wohl aber bremsen können.

Auch wenn diese neuen Ansätze erfolgreicher zu sein versprechen als die nicht so erfolgreichen alten Mittel, kann bestenfalls nur auf eine langsame Verstetigung der regionalen Disparitäten gehofft werden. Das heutzutage viel gebrauchte Schlagwort der „Innovation" muß in langsamen, oft beinahe klein wirkenden Schritten durch eine Schwerpunktverlagerung des regionalökonomischen Intrumentariums umgesetzt werden. Ein notwendiger und wünschenswerter struktureller Wandel kann sich nur in längerfristigen zeitlichen Dimensionen vollziehen.

V.

Wenn Zeiten schwieriger werden, steigt der Wunsch nach einfachen Antworten. Wenn es härter zugeht, muß man — so meinen einige — auch im wirtschaftlichen Bereich Farbe bekennen: Mehr Markt oder mehr Staat wird dann zur ideologischen Frage.

Die vorhergehenden Ausführungen sollen in Ansätzen deutlich gemacht haben, daß es diese einfachen Antworten nicht gibt: Jedes Ordnungsprinzip hat seine Schwächen und Grenzen, die teilweise durch andere Ordnungsprinzipien ausgeglichen werden können. Insoferne ist es ratsam, den instrumentalen Charakter von Markt und staatlicher Planung zu betonen.

Sicherlich ist die Frage nicht nur funktionell zu sehen: Wieweit beispielsweise das Verteilungsergebnis des Marktes erwünscht wird bzw. korrigiert werden muß, ist Gegenstand moralischer und politischer Beurteilung. Diese Frage stellt sich heute erneut und verstärkt: Nicht nur zwischen einzelnen Personen, sondern auch zwischen Regionen (ganz zu schweigen von Kontinenten). Marktwirtschaftliche Prozesse zu verdammen, nur weil sie auch Ergebnisse hervorbringen, die nicht wünschenswert sind, hieße das Kind mit dem Bade auszuschütten. Staatliches Handeln auszuschließen, hieße oft, auch noch die Wanne wegzuwerfen.

Anmerkungen:

1) Plutarch, Das Leben des Perikles, Kap. 12.
2) Messner, J., Das Naturrecht, Handbuch der Gesellschaftsethik, Staatsethik und Wirtschaftsethik, Innsbruck, Wien, München 1950, 5. Auflage, 1966, S. 990, zitiert nach: Streißler, E., Watrin, Chr., (Hrsg.): Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen, Tübingen 1980, S. 4.
3) Streißler, a. a. O., S. 5.
4) Vgl. Windisch, R., Staatseingriffe in marktwirtschaftliche Ordnungen, in: Streißler/Watrin, a. a. O., S. 300.
5) Vgl. Rothschild, K., Kritik marktwirtschaftlicher Ordnungen als Realtypen, in: Streißler/Watrin, a. a. O., S. 17ff.
6) Zur Diskussion um die Gültigkeit der „Wagnerschen Gesetze" vgl. W. Weber, Das „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben" in Theorie und Praxis, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Heft 2, 1976, S 12ff.
7) Vgl. Windisch, R., a. a. O., S. 314.
8) Vgl. Jänicke, M., Zur Theorie des Staatsversagens, in: Grottian, P. (Hrsg.): Folgen reduzierten Wachstums für Politikfelder (PVS Sonderheft 11), Opladen 1980.
9) Vgl. Tichy, G., Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft — Auswirkungen auf den Kreditapparat, Referat vor dem Verband österreichischer Banken und Bankiers, Wien 1981.
10) Vgl. Tichy, G., a. a. O.
11) Teilweise mag eine genaue Zieldefinition und möglicherweise daraus resultierende Mittelbindung für politische Entscheidungsträger gar nicht wünschenswert erscheinen, da daraus resultierende Erfolgskontrollen sehr leicht zu Mißerfolgskontrollen werden könnten (vgl. Moser, H. (1982): Regionalmodell Aichfeld-Murboden, in: Abele, H. et al., Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1982, 377—398).
12) So ist die offizielle Arbeitslosenrate als Indikator für die Problemsituation entlegener Agrarräume kaum geeignet. Vor allem läßt die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen keine Aussage über verdeckte Arbeitslosigkeit zu. Diese ist besonders im ländlichen Raum hoch. Aufgrund der regionalen Unterschiede der verdeckten Arbeitslosigkeit ist es deshalb wohl auch nicht möglich, die Arbeitslosigkeit mit einem fest bestehenden Faktor zu korrigieren. In besonders entwicklungsschwachen Gebieten ist die Arbeitslosenrate sehr gering, obwohl ausgeprägte Arbeitsmarktprobleme vorherrschen. Die Arbeitskräfte, die keinen Arbeitsplatz in der Region finden, nehmen extrem weite Pendelstrecken in Kauf, um eine Beschäftigung zu finden. Sie können es sich „nicht leisten", arbeitslos zu sein, weil sonst ihre Existenz gefährdet wäre. Erst durch Indikatoren wie Erwerbsquote, Pendlerindex, Steuerkopfquote enthüllt sich die Problemlage dieser Gebiete.
13) Im Zuge der Ausarbeitung eines Entwurfes zur Wirtschaftsförderung in der Steiermark wurde die Sensibilität der Entwicklungsbedürftigkeit bei unterschiedlicher Gewichtung der Indikatoren besonders deutlich (vgl. Fuchs, H. G. (1981): Wirtschaftspolitik für die Steiermark. Referat vor dem Volkswirtschaftlichen Beirat, Graz, 18. Mai 1981).
14) Vgl. Kaniak, J., Restriktionen regionalpolitischer Planung, in: Wirtschafts- und regionalpolitische Beiträge 1, 1980, S. 6—14.
15) Vgl. Keil, D. Pohl, E., Das Prinzip der „nichtkonkurrierenden Förderung". Ein Versuch der Verbindung von Regional- und Strukturpolitik am Beispiel Niederösterreich, in: Wirtschafts- und regionalpolitische Beiträge 3, 1982, 18—25.
16) Vgl. Matzner, E., Theoretische Grundlagen der Aufgabenorganisation und Aufgabenentwicklung, in: Öffentliche Ausgaben und Finanzausgleich, Wien 1977.
17) Vgl. Kaniak, a. a. O., S. 10ff.
18) Vgl. Kaniak, a. a. O., S. 11.
19) Vgl. Ewers, H.-J., Wettmann, R. W.: Innovation-oriented Regional Policy, Regional Studies 14, 1980, 161ff.
20) Vgl. Ewers/Wettmann, a. a. O., S. 172.

Wolfgang Martelanz

MACHER ODER WÄCHTER?

Zur Aufgabenteilung von politischen und wirtschaftlichen Eliten in der sozialen Marktwirtschaft

Seitdem sich die Politiker immer mehr um die Arbeitsplätze kümmern, werden diese immer unsicherer. Ist dies ein Zufall oder ein Zusammenhang? Müssen sich die Politiker um die Arbeitsplätze kümmern, weil die Unternehmer versagen, oder versagen die Unternehmer, weil ihr Entscheidungsspielraum durch die Eingriffe des Staates immer geringer wird?

In solchen Fragestellungen sind die Antworten programmiert. Ideologische Steuerung sorgt jeweils für die zweifelsfreie Bezeichnung der Schuldigen. Dem Vorwurf des Marktversagens wird das Politikversagen entgegengehalten, optimistische oder pessimistische Zukunftsprognosen machen einander den Rang streitig, Wachstumsfetischisten kreuzen die Klingen mit ökologischen Gleichgewichtsaposteln — und bei all dem bleibt in breiten Bevölkerungsschichten der Eindruck tiefen Unbehagens, daß eigentlich niemand so recht weiß, wie es weitergeht. In einer solchen Situation wittern all diejenigen Höhenluft, welche mit einfachen Heilsrezepten die Aufmerksamkeit auf sich ziehen möchten. Hiebei geraten die Politiker aus der Natur der Sache stärker in Versuchung als die Unternehmer, da erstere ja wieder gewählt werden möchten, während letztere sich mehr um das Überleben ihres Unternehmens zu kümmern haben.

Weder die Suche nach den Schuldigen, noch einfache Heilsrezepte werden uns jedoch vor der Tatsache retten, daß es zu einer grundlegenden Verhaltensänderung der verantwortlichen Eliten in Politik und Wirtschaft kommen muß, um in den Anforderungen des weltwirtschaftlichen Strukturwandels bestehen zu können.

Völlig neue weltwirtschaftliche Strukturen

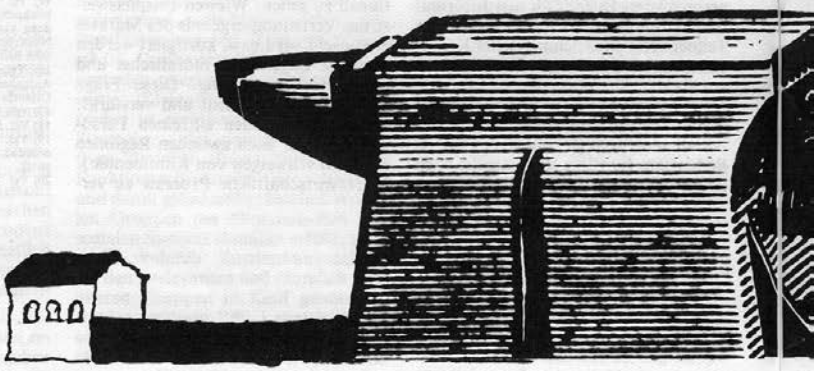
Wir befinden uns heute in einem Strukturwandel, der die alten Industrieländer benachteiligt und zugunsten flexibel operierender multinationaler Konzerne oder der entwickelteren Schwellenländer verläuft. Daher wird eine Kirchturmperspektive ausschließlich nationaler Wirtschaftspolitik in den kleineren europäischen Ländern nur in protektionistischen Kunstgriffen bestehen können.

In welche Richtung das Auslandsengagement österreichischer Unternehmen gehen müßte, zeigt ein Vergleich mit der Schweiz. Die 25 größten Schweizer Industrieunternehmen setzen über ihre Auslandstöchter mehr ab, als die gesamte Schweiz ins Ausland exportiert. Sicherlich ist diese Situation mit der österreichischen Unternehmenslandschaft unvergleichlich. Dennoch zeigt der Hinweis drastisch, daß nationale Strukturdaten oder Arbeitslosenraten höchst fragwürdig sind, wenn sie als ausschließliches Orientierungsmuster nationaler Wirtschaftspolitik herangezogen werden. Überdies zeigt sich an diesem Beispiel die große Bedeutung der klassischen Multis.

Gerade in den neuen Wachstumsbereichen der Biotechnologie, der Industrieroboter, der Elektronik, der Meerestechnik, der Weltraumtechnologie, der Kommunikationstechnik und Nachrichtentechnologie stellt sich die Frage, welche Unternehmensgrößen die Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen finanzieren können und wie ihre Risikobereitschaft durch die wirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen des jeweiligen Nationalstaates belohnt wird.

Wachstumsmöglichkeiten und Entwicklungssprünge über den Technologietransfer können in den Schwellenländern mit geringeren Kosten realisiert werden. Dies bedeutet, daß diese Länder bei den Standardprodukten mit guter Qualität sowohl unsere Produzenten bedrängen, als auch selbst ihre noch ungesättigten Binnenmärkte mit diesen Produkten versorgen können.

Umgekehrt wird es für die entwickelteren Industrieländer immer schwieriger, die Vorteile höherer technologischer Entwicklung und qualifizierter Arbeitskräfte auszuspielen, weil sie die Märkte verändert haben. Es gibt durchaus Chancen für neue Produkte:



auf Freizeitmärkten, auf Märkten gehobenen Bedarfs, auf denen der Käufer sehr wählerisch kauft, was ihm gefällt und worin er seinen individuellen Lebenstil verwirklicht sieht. Die Verbraucher sind auch durchaus bereit, für diese Produkte viel Geld auszugeben. Allerdings wechseln die Reize rasch, für die Unternehmen werden die Anfangserfolge zählen und auch keine besonders hohen Stückzahlen abzusetzen sein. Solche „Artikel-Konjunkturen" können also zu kurzfristig sein, um Entwicklungs- und Forschungskosten hereinzuholen, insbesondere wenn die Konkurrenz mit billigeren Imitationen zum Verdrängungswettbewerb ansetzt. Bei diesen gestiegenen Kosten und Risken für Forschung und Entwicklung wird der Technologieverkauf notwendig sein, was die erleichterte Verfügbarkeit technologischen und organisatorischen Wissens für Schwellenländer wiederum verbessert. Noch dazu ist die Einführung punktueller Neuerungen in alten Unternehmungen oder alten Industriegebieten weitaus schwieriger und komplexer als bei jungen Unternehmen oder flexiblen, nicht hochstrukturierten Industrielandschaften.

Das überhöhte Lohnniveau und die chronischen Beschäftigungsprobleme in den alten Industrieländern führen in Verbindung mit der Wachstumsverlangsamung zu sinkenden Investitionsquoten und mangelnden Produktivitätsfortschritten. Abnehmende Anpassungsflexibilität, schlechtere Auslastung und steigende Technologie- und Industriefeindlichkeit sind weitere Begleiterscheinungen eines De-Industrialisierungsprozesses, der durch die Ausweitung des Dienstleistungsbereiches (vor allem des öffentlichen) nicht ausgeglichen werden kann, weil dieser weder besonders innovativ noch exportfähig ist. Die Internationalisierung der industriellen Entwicklung und das relative Zurückbleiben der alten Industrieländer führt also in diesen zu Wohlstandsgefährdungen. Wie reagiert nun die politische Struktur auf diese Entwicklungen?

Die politische Sklerose und der Allmachtswahn der Politik

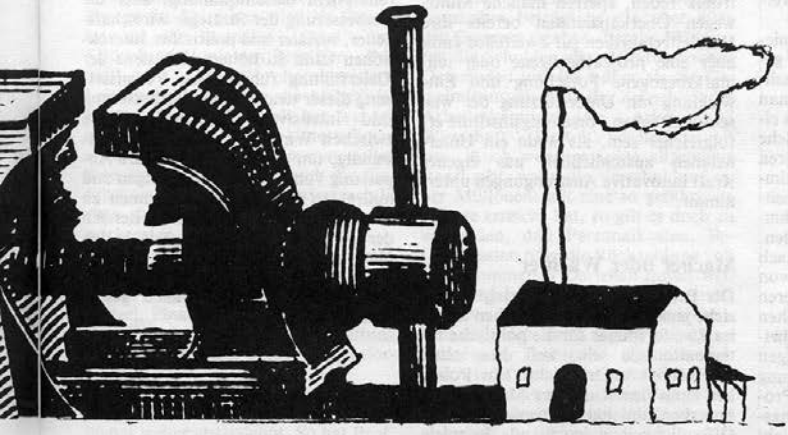
In einer Situation längerer wirtschaftlicher Stagnation wird das politische System in seinen Grundfesten erschüttert. Solange die ökonomische Basis erfolgreich ist, gesteht man den Unternehmern immer noch erhebliche Handlungsspielräume zu und treibt die Mechanismen politischer Kontrolle der Wirtschaft nur behutsam voran. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen übernimmt heute die Politik verstärkte Verantwortung im wirtschaftlichen Bereich. Dies erfolgt aus politischen Gründen, obwohl Argumente aus der Sicht der Wirtschaft eher dagegen sprechen müßten. Die umfassende Kompetenz der Politik ist jedoch so erfolgreich propagiert worden, daß sie als Selbstverständlichkeit hingenommen wird. Wenn ein Politiker erklärt, er werde für jeden Arbeitsplatz in seinem Lande kämpfen, wundern sich nicht einmal die Unternehmer mehr darüber, daß sie dabei keine Rolle zu spielen scheinen.

Um das Vollbeschäftigungspostulat im Hinblick auf das Wählerverhalten sichern zu können, sind die Politiker zu beträchtlichen finanziellen Opfern — auf Kosten aller Steuerzahler — bereit. Dabei nimmt der Staat finanzielle Mittel in Anspruch, die dezentral bei Unternehmen und Haushalten belassen und eingesetzt weitaus wirksamer wären.

Das politische System ist außerdem nicht darauf eingerichtet, einmal verteilte Besitzstände wieder zu entziehen, deren Finanzierung bei ihrer Einführung fast mühelos ging, weil die generelle Belastung des Steuerzahlers nur unmerklich erhöht wurde, deren Abschaffung aber eine in Wählerprozenten berechenbare Zielgruppe zu Protestmaßnahmen reizt. So fährt sich das politische System in Verteilungskämpfen und der Verteidigung von Besitzständen fest, wobei Widersprüchliches versucht wird: Vollbeschäftigung bei gleicher Lohnhöhe, Wirtschaftswachstum bei steigenden unproduktiven Staatsausgaben, in welchen die Investitionen relativ zurückgehen (was dadurch verdeckt wird, daß öffentliche Konsumausgaben als Investitionen deklariert werden), Versuche zur Zinssenkung bei gleichzeitiger erhöhter Kreditaufnahme des Staates, welche das Zinsniveau hinauftreiben und ähnliches.

In dieser Sklerose des politischen Systems tritt der in diesem Jahrhundert zu besonderer Blüte gelangte Allmachtswahn der Politik in sein traumatisches Stadium. Obwohl man in lichten Momenten der Machbarkeit der Dinge abschwört — in der Existenzkrise nimmt die Politik das Ruder in die Hand, weil sich die Politiker unberechtigterweise selbst am meisten trauen.

Obwohl das politische System bei seinen ureigensten Aufgaben versagt, wenn es seinen Kontrollbereich zu weit ausdehnt (beispielsweise wird die Rechtssicherheit durch eine Gesetzesflut beseitigt), wird diese Selbsterkenntnis verdrängt, wenn Existenzängste auftreten. Da das politische System durch die Gefährdung der ökonomischen Basis unmittelbar bedroht ist, erscheint die Verstärkung der politischen Kontrolle als einziger Ausweg. Schon vor zweihundert Jahren hat Adam



Smith diesen Ausweg als falsch und gefährlich verdammt: „Ein Staatsmann, der versucht, die Privatleute anzuweisen, wie sie ihr Kapital einsetzen sollen, würde sich nicht nur mit einer unnötigen Last beladen, sondern sich auch eine Macht aneignen, die keiner einzelnen Person, keinem Rat, keinem Senat gefahrlos anvertraut werden kann, und die nirgendwo so gefährlich wird wie sie in den Händen eines Mannes, der verrückt und anmaßend genug ist, sich einzubilden, er sei geeignet, sie auszuüben." Die Politiker haben aber einen besonderen Ausweg gefunden, ihr Gewissen wegen dieser Anmaßung zu beruhigen, indem sie sich hinter der Wissenschaft verschanzen und die Autorität von Universitätsprofessoren, Sachverständigenräten und Wirtschaftsforschungsinstituten heranziehen, welche vorgeben, die richtigen Maßnahmen entdecken zu können.

Planungsoptimismus als rationalistischer Sündenfall

Um gleich bei Adam Smith zu bleiben: Hayek hat darauf hingewiesen, daß die bahnbrechende Erkenntnis Smith's darin bestanden hat, daß durch die Gesetze des Marktes das Gemeinwohl produziert wird, es aber dem Markt nicht vorgegeben werden kann. Das konkrete Handeln von Menschen, die nach einem Reiz-Reaktion-Schema auch nur ihren individuellen Nutzen realisieren, bringt in einem kybernetischen Wirkungszusammenhang das Gemeinwohl zu Tage, so als ob eine unsichtbare Hand all diese einzelnen Handlungen zusammengefügt hätte.

Der kontinentale Rationalismus hat sich immer mehr für diese unsichtbare Hand interessiert als für die einzelnen Individuen. Die Frage, wer den „volonté générale" formulieren kann, tritt konsequenterweise in den Vordergrund, wenn der Rationalismus den Individualismus und Empirismus verdrängt.

Es ist einfach intellektuell faszinierend, das Gemeinwohl oder das gesamtwirtschaftliche gesamtgesellschaftliche Optimum (wie immer man dies sonst noch bezeichnen mag) als eine Konzeption zu betrachten, welche man nach ihren Bestimmungsfaktoren analysieren kann. Wenn die Bestimmungsfaktoren nach ihrem Maß, zeitlichen Einsatz und Wirkungszusammenhang bestimmt werden können, müßte sich das Gemeinwohl auch nach einem bestimmten Plan als Summe von Handlungsanweisungen produzieren lassen. Die meisten unserer westlichen Wirtschaftswissenschafter unterscheiden sich von ihren östlichen Kollegen zwar in ihrer ideologischen Einstellung zu Fragen des Privateigentums an Produktionsmitteln oder Entscheidungsspielräumen für Unternehmer, nicht aber im grundsätzlichen rationalistischen Optimismus.

Nun zeigt die Erfahrung, daß der Einsatz formaler mathematischer Techniken (Systemanalyse, lineares Programmieren, Input-Output-Analyse) einiges dazu beitragen kann, relevante Faktoren wirtschaftlicher Prozesse zu erfassen. Diese Methoden erweisen sich aber nur in einigermaßen überschaubaren und abgrenzbaren Problembereichen aussagekräftig. Sie können auf betrieblicher Ebene durchaus erfolgreich eingesetzt werden. Für gesamtwirtschaftliche oder gesamtgesellschaftliche Problemlösungen sind sie jedoch nicht geeignet, weil im zeitlichen Ablauf Einflußfaktoren auftreten, die nicht vollständig erfaßt werden können, beziehungsweise die zur Änderung der Ausgangslage führen. Auch der massive Einsatz von EDV-Anlagen kann nichts daran ändern, daß es sich hier um zeitliche Vorgänge handelt, die sich einer Ausgangsanalyse entziehen, während die ständige Änderung der Plandaten jedoch zu kostspielig wird. Aus diesen Gründen funktioniert die zentrale Wirtschaftsplanung in der Praxis ebenso schlecht wie Konjunkturprognosen selten stimmen.

Die wissenschaftliche Analyse kann also im Nachhinein feststellen, warum bestimmte Industrien gescheitert sind oder Erfolg hatten. Sie kann jedoch für die Zukunft nur allgemeine Kriterien als wünschenswert vorgeben oder ökonomischen Hinterwäldlern berichten, was sich wo anders schon bewährt hat. Es wäre jedoch eine naive Überschätzung der Möglichkeiten der Wissenschaft, wenn unsere Politiker glauben, daß künftige innovative Betätigungsmöglichkeiten der Wirtschaft in globalen Gutachten niedergelegt werden können. Eine Innovation liegt nämlich erst dann vor, wenn sie sich am Markt durchsetzt. Während wir hierzulande von Förderung der Elektronik reden, sperren manche Multis wegen Überkapazitäten bereits ihre Halbleiterfabriken zu. Zweifellos kann aber eine projektbezogene oder teilmarktbezogene Forschung und Entwicklung mit Unterstützung der wissenschaftlichen Forschungsinstitute erfolgreicher sein, als wenn ein Unternehmen ausschließlich aus eigener Kraft innovative Anstrengungen unternimmt.

Macher oder Wächter

Der Beruf des Politikers bringt es mit sich, jenseits aller ideologischen Lager im Zweifel immer für die politische Intervention zu sein, weil diese seine Wichtigkeit unterstreicht. Ein Politiker kann den Ruf eines Machers nur erwerben und halten, wenn er in der Öffentlichkeit einleuchtende Beispiele für die Wirksamkeit seiner Handlungen erbringen kann. Je mehr der Politiker jedoch im spezifisch unternehmerischen Bereich zum Macher wird, desto schädlicher verwischen sich die Grenzen von Wirtschaft und Politik. So werden Politiker zu dilettierenden Wirtschaftsführern, welche mit der Leistung anderer brillieren und es der Öffentlichkeit als Erfolg verkaufen, wenn ihnen von Profis das Geld der Steuerzahler aus der Tasche gezogen wird. Umgekehrt werden Unternehmer zu dilettierenden Politikern, die in den diversen Vorzimmern antichambrieren und im Geflecht von Parteispenden und Kontakten zu Förderquellen mehr profitable Chancen sehen als in der sachlichen Unternehmerleistung. Durch diese Vermischung wird das politische System vom Ansturm der Interessen durchsetzt und außerstande, das Wirtschaftssystem zu kontrollieren. Die Politik versagt als Systemwächter, weil sie sich als Macher im System verliert. Die Wächterrolle besteht darin, Normen, Werte und Grenzen zu bestimmen, innerhalb deren die Wirtschaft sich im Wettbewerb entfalten und optimale Lösungen finden kann. Ein Beispiel aus dem Bereich des Umweltschutzes: In der Wächterrolle schreibt man die gewünschten Emmissionswerte vor, nicht aber, mit welchem Verfahren sie erreicht werden. In der Macherrolle schreibt man das technische Verfahren vor, mit welchem die gewünschten Emmissionswerte erreicht werden sollen. Mit diesen detaillierten Anweisungen schafft man ein neues Monopol (für das sich der Produzent des Verfahrens wahrscheinlich erkenntlich zeigt) und verhindert jede Innovation in diesem Bereich, weil der technische Stand festgeschrieben wird. Es würde der wirtschaftlichen Situation unseres Landes sicherlich bekömmlich sein, wenn sich Staat, politisches System und Politiker wiederum mehr auf die Wächterrolle konzentrieren. Nicht Gesamtplanung, aber die Verbesserung der Strategie wirtschaftlicher, sozialer und politischer Interaktionen kann zu höherer Effizienz der Zielerfüllung führen. Als Voraussetzung dieser strategischen Verbesserung sind intensivere Informationsflüsse zwischen Wirtschaft und Politik notwendig, um eine zeitlich raschere Anpassung von Rahmenbedingungen und indirekten Förderungsmaßnahmen zu ermöglichen. Das Machen im Bereich der Wirtschaft sollte man verstärkt den Unternehmern überlassen, sie dazu ermutigen, an ihren eigenständigen Erfolgen messen und sie auch gesellschaftlich anerkennen.

Ernst Wustinger

PRIVATISIERUNG

„Fly the private way" könnte der neue Slogan der britischen Fluggesellschaft British Airways sein, die in absehbarer Zeit als private Gesellschaft ihren Dienst verrichten wird. Die British Airways erflog in den letzten Jahren ein Defizit von 250 Millionen Pfund Sterling und hat ihren Personalstand in den letzten 3 Jahren um 12.000 auf 23.000 Mitarbeiter reduziert. Im Frühjahr 1984 soll diese Fluglinie privatisiert werden. Die British Airways sind nur ein Beispiel für eine Unzahl von Unternehmen, die gemeinwirtschaftliche Aufgaben erfüllen und deren Organisationsform und Eigentumsverhältnisse privatrechtlich gestaltet sind.

Begriff Privatisierung

Der Begriff Privatisierung oder Reprivatisierung zieht sich in den letzten Jahren wie ein roter Faden durch die Diskussion über die Sanierung der öffentlichen Haushalte. Privatisierung bedeutet die Übertragung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben an Unternehmen, die privatwirtschaftlich organisiert sind. Für die Definition des Begriffs Privatisierung werden zwei Kriterien herangezogen: ein formal-rechtliches und ein materiell-ökonomisches.

• *Privatisierung im formalen Sinn*
Hier ist die Rechtsform entscheidend. Die Umwandlung öffentlich-rechtlicher Betriebe in privatrechtliche Gesellschaften im öffentlichen Eigentum wird bereits als Privatisierung bezeichnet.

• *Privatisierung im materiellen Sinn*
Das zweite Kriterium wird als Gegensatz zu den Begriffen „Staat" und „Bürokratie" mit den Begriffen „Privat" und „Markt" charakterisiert. Leistungen, die bisher die öffentliche Hand in Eigenregie erstellt hat, werden nunmehr durch private Unternehmen erbracht. Privatisierung im materiellen Sinn kennzeichnet sich durch die Einführung von typischen privatrechtlichen Organisations- und Verfahrensmerkmalen.

Die staatliche Verwaltung gliedert sich in zwei Bereiche:

- die Hoheitsverwaltung (Gerichte, Polizei, Finanzämter usw.)
- die Privatwirtschaftsverwaltung (Abfallbeseitigung, Bäder, Bundesforste usw.).

In den letzten Jahren hat sich der Anteil der Privatwirtschaftsverwaltung immer weiter ausgedehnt. So hat Prof. Dr. E. Hammer (Hannover) in einer Untersuchung festgestellt, daß 80% der heute von den öffentlichen Bediensteten der Gemeinden ausgeführten Tätigkeiten nicht hoheitlicher Art und deshalb privatisierungsfähig sind.

Warum Privatisierungsdiskussion?

Eine der Ursachen ist das ständig steigende Wachstum des öffentlichen Sektors. Betrug 1960 der Staatsanteil (Steuerquote plus Budgetdefizite der Gebietskörperschaften) 30% des Bruttosozialproduktes, so hat er 1981 bereits die 50%-Marke erreicht. Die Steigerung des Staatsanteiles bewirkt aber nicht unbedingt eine Verbesserung des Angebotes der öffentlichen Hand. Vielmehr wächst die Kritik am öffentlichen Leistungsangebot bzw. scheint das Preis-Leistungsverhältnis nicht mehr im Einklang zu stehen. Der Anteil der Investitionen im ordentlichen Haushalt sinkt gemessen an den ordentlichen Gesamtausgaben kontinuierlich (Gemeindefinanzbericht 1980). So fielen die Investitionen der Gemeinden unter 8% der Gesamtausgaben. Das heißt, daß zusätzliche Aufgaben, die an die Gemeinden herangetragen werden, kaum noch erfüllt werden können.

Finanzkrise

Die Finanzierung der Ausgaben von Bund, Land und Gemeinden stößt auf immer größer werdende Schwierigkeiten. Die Verschuldung des Bundeshaushaltes beträgt bereits über 60% der Gesamtausgaben. Bereits 1978 waren die Schulden aller österreichischen Gemeinden um 4% höher als die Gemeindeausgaben. In der Zeitschrift des Arbeiterkammertages „Arbeit und Wirtschaft" (Heft 10/80) heißt es dazu: „Auch wenn es keine allgemeine Regel gibt, wann die Verschuldung einer Millionenstadt eine so gefährliche Grenze erreicht hat, so gilt es doch zu vermeiden, daß Personalkosten, Betriebskosten oder die Rückzahlung von aufgenommenen Darlehen durch weitere Darlehen finanziert werden müssen. Der Spielraum der Kommunalpolitik engt sich dann auf Grund dieser budgetären Zwänge — die man sich durch technisch und finanziell äußerst aufwendige Projekte zum Teil selber schafft — doch recht deutlich ein und es besteht die Gefahr, daß der Rotstift dann besonders im sozialen Bereich und bei sonstigen für die konkrete Verbesserung der Lebenssituation der Menschen wichtigen Investitionen ein weites Betätigungsfeld finden könnte. Der Rückgang der Investitionen bei der sozialen Infrastruktur oder im kommunalen Wohnbau zeigt ja bereits, in welche Richtung die Kommunalpolitik nicht zuletzt auf Grund der Finanzknappheit führt." Angesichts dieser Tatsachen ist es notwendig, Auswege zu finden. Zusätzliche Steuererhöhungen sind kein Ausweg, da sie im Endeffekt kaum die erwünschten Mehreinnahmen erbringen. Trotz drückender Steuerlast (Steuerquote 1982 = 41,4%) sind die Einnahmen der öffentlichen Hand real kaum gewachsen. Vielmehr müssen die Budgets der Gebietskörperschaften von der Ausgabenseite her saniert werden. Ein Weg ist die Privatisierung von gemeinwirtschaftlichen Aufgaben. So hat der

Konkrete Beispiele erfolgreicher Privatisierungsvorhaben

Schlachthof Wels/OÖ.

Der Schlachthof Wels wurde 1977 vom Gemeinderat der Stadt Wels privatisiert, indem eine neue Firma gegründet wurde, an der zu 50% ein privates Unternehmen beteiligt ist. Bis zu dem Zeitpunkt der Privatisierung hat der Schlachthof einen jährlichen Abgang von ca. 3 Millionen im Budget der Stadt verursacht. 1981 beschäftigte der Welser Schlachthof Ges.m.b.H. & Co. KG. 60 Mitarbeiter, das waren um 25 Mitarbeiter mehr als der kommunal geführte Schlachthof. Wels hat durch die Privatisierung folgendes erreicht:
Neue Arbeitsplätze geschaffen, steuerliche Mehreinnahmen für die Gemeinde erreicht.

Friedhofgärtnerei Stadt Salzburg

Die städtische Friedhofsgärtnerei Salzburg hatte bei einem Umsatz von ca. 3 Millionen Schilling bereits ein Defizit von S 700.000,— erreicht. Die städtische Friedhofsgärtnerei wurde am 1. Jänner 1977 auf Grund eines einstimmigen Beschlusses im Gemeinderat an eine private Gärtnerei verpachtet. Der Pächter zahlt im Jahr einen Pachtschilling von über S 100.000,—. Auch nach dem fünften Jahr der Privatisierung gibt es keinerlei Beanstandungen.

Bestattung der Stadt Gmunden/OÖ.

Die im Besitz der Stadt befindliche Bestattungskonzession wurde 1971 privatisiert und erbringt seither einen jährlichen Pachtschilling in der Höhe von S 40.000,—. 1970 erwirtschaftete die städtische Bestattung noch ein Defizit von S 130.000,—.

Gasversorgung Bad Ischl/OÖ.

Ursprünglich wurde der Gasversorgungsbetrieb von Bad Ischl mit 10 bis 12 Beschäftigten defizitär geführt. Das Defizit betrug im letzten Jahr der kommunalen Verwaltung 1961 rund S 280.000,—. Im Jahre 1962 wurde ein privater Unternehmer mit der Gasversorgung betraut. Das Gaswerk wurde im Anschluß daran von 3 Mitarbeitern mit 6-facher Leistung geführt. Heute bezahlt das Gasunternehmen über S 300.000,— Steuern. Diese Steuern kommen zum größten Teil der Gemeinde Ischl direkt oder indirekt zugute.

Sozialwissenschaftler Josef Schumpeter die Aussage geprägt, daß die Finanzkrise keine Finanzierungskrise ist, sondern eine Organisationskrise.

Subsidiaritätsprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip besagt, daß die übergeordnete Gemeinschaft die Wirkungsmöglichkeiten der untergeordneten anerkennt und nur jene Aufgaben an sich zieht, die von dieser nicht erfüllt werden können. Die katholische Soziallehre definiert das Prinzip der Subsidiarität als eine Stufenordnung. Was der Einzelmensch aus eigener Initiative mit seinen eigenen Kräften leisten kann, darf ihm nicht entzogen werden.
In den Gemeindeordnungen einzelner Bundesländer ist das Subsidiaritätsprinzip verankert: Gemeinden sollten nur dann Unternehmen führen, wenn sie von Privaten nicht in gleich wirtschaftlicher Weise geführt werden können.

Voraussetzungen der Privatisierung

Privatisierung ist dann sinnvoll, wenn sie zu einer Kostensenkung führt, ohne daß gemeinwirtschaftliche Aufgaben und Ziele beeinträchtigt werden. Folgende Grundsätze sollten beachtet werden:

• *Sicherung der Leistungsqualität*

18 Die Qualität der zu erbringenden Leistung muß vom Privatunternehmer in gleichem Maße erfüllt werden wie von der öffentlichen Hand. Privatisierung kann auf verschiedene Arten durchgeführt werden. Entweder ist das Privatunternehmen Erfüllungsgehilfe und handelt im Auftrag der öffentlichen Hand oder das Privatunternehmen ist direkter Vertragspartner des Bürgers, für den die Leistung erbracht wird. In beiden Fällen ist eine Leistungskontrolle der öffentlichen Hand notwendig. Der Vorteil der Privatisierung ist durch eine relativ unproblematische Vertragskündigung des Privatunternehmens gegeben, falls die Leistung nicht in entsprechender Qualität gegeben ist.

• *Eine für den Bürger tragbare Tarifgestaltung.*

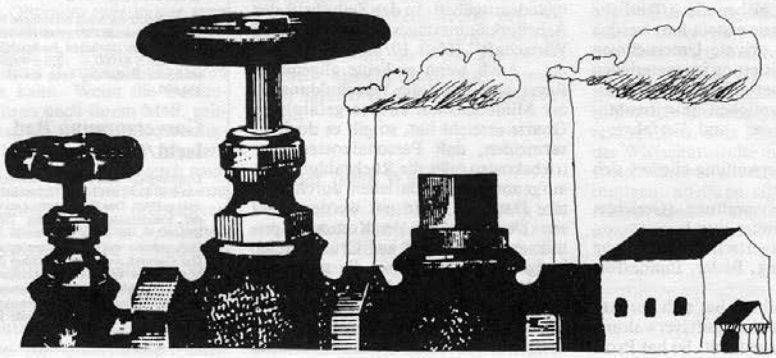
Es ist nicht wünschenswert, daß ein Monopol der öffentlichen Hand in ein Monopol der privaten Hand umgewandelt wird. Die Bildung von Monopolen wirkt sich vielfach negativ aus. So entspricht in der Folge die Preisgestaltung oft nicht mehr der angebotenen Leistung. Dies gilt sowohl für öffentliche wie für private Monopole. Es ist daher notwendig, die Monopolbildung zu verhindern bzw. die Kontrolle des Preis-Leistungsverhältnisses effektiv zu gestalten. Dies kann erreicht werden durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Die Gebietskörperschaft darf die Inanspruchnahme von Leistungen nicht auf ein Unternehmen einschränken. Eine Vielzahl von Unternehmen muß Leistungen anbieten können (Beispiel Gebäudereinigung). Wenn die Gebietskörperschaft die Inanspruchnahme der Leistung auf ein Unternehmen einschränkt (Beispiel Tierkörperverwertung), muß das Unternehmen verpflichtet werden, eine betriebsfremde Preiskontrolle zuzulassen. Diese Kontrolle soll durch Vertreter der öffentlichen Hand (Parteien, Kammer, Betroffene) durchgeführt werden. Diese Vertreter setzen die betriebswirtschaftlich notwendigen Tarife fest.
Privatisieren ist eine Alternative, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren und die Budgetdefizite zu verringern. Gleichzeitig können die Leistungen für die Bürger gesichert werden, ohne daß soziale Nachteile entstehen. Die Tätigkeit der öffentlichen Hand kann effektiver gestaltet werden, da sie sich auf die primären öffentlichen Aufgaben konzentrieren kann.

Was kann man Privatisieren?

Abfallbeseitigung (einschl. Sperrgutabfuhr)
Bäder
Bauwesen
Bestattungswesen
Bibliotheken
Bootsverleih
Campingplätze
Druckereien
Energie- und Wasserversorgung
Erschließungsaufgaben
Fensterreinigung
Fischerei
Flugplätze (Errichtung und Betrieb von Betriebsgebäuden)
Forstverwaltung
Freizeiteinrichtungen
Fremdenverkehrsbereich
Fuhrpark
Garten- und Landschaftsbau
Gebäudereinigung
Gesundheitswesen
Grubenentleerung und Fäkalienabfuhr
Grünflächenunterhaltung
Kanalreinigung
KFZ-Werkstätten
Kioske
Messen
Minigolfanlagen
öffentlicher Nahverkehr
Parkhäuser und Tiefgaragen
Planung und Entwurf von städtischen Bauten
Schlachthöfe
Soziale Einrichtungen (Erziehungshilfe, Altenhilfe, Rehabilitation, Alten- und Pflegeheime)
Sportanlagen
Stadtsanierung
Straßenreinigung
Tennisanlagen
Verkehrsanlagen
Verwaltung von Immobilien
Verwaltung und Betrieb von Stadthallen
Wäschereien

Public Utilities

Gemeinwirtschaftliche Dienstleistungen für die Allgemeinheit werden in den USA vielfach von sogenannten „Public Utilities" erbracht. Darunter versteht man privatwirtschaftliche Kapitalgesellschaften mit monopolartigem Charakter (Gebietsschutz) im Dienst der Allgemeinheit. Die Leistungen dieser Wirtschaftsbetriebe müssen für jedermann zugänglich und käuflich sein. Nach diesem Prinzip sind Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie Transportmittel, wie Flugzeug, Überfuhr und Bahnlinien, organisiert. Wesentlich erscheint, daß dem privaten Dienstleistungsunternehmen neben der Deckung aller Kosten ein Gewinn zugebilligt wird. Zum Versorgungsmonopol kommt daher eine Art Ertragsgarantie. Für die Angemessenheit der Höhe des Ertrages und damit der Preise sind Kommissionen zuständig. Sie prüfen die Einhaltung der Gesellschaftsstatuten, die Angemessenheit der Preise und die Menge der eingekauften Rohstoffe und sonstiger Zulieferungen sowie die Lohnkostenstruktur etc. (Schutz der Verbraucher). Braucht ein Public-Utility-Unternehmen Geld, um Investitionen durchzuführen, so geht es auf den Kapitalmarkt wie jedes andere Unternehmen. Aktienkäufer und Anleihezeichner setzen somit das Management unter Erfolgszwang. Die Hilfe für sozial Bedürftige erfolgt durch Unterstützung des einzelnen und nicht durch Preisregelung wie bei vergleichbaren österreichischen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen (politische Entscheidungen bei der Festsetzung von Tarifen). Unternehmen mit Gebietsschutz sind auch verpflichtet, unrentable Linien zu führen.



Bernd Christian Funk

VOM ORDNUNGS- ZUM WIRTSCHAFTSSTAAT

Probleme des Rechts und der Kontrolle im leistenden Staat

1.

Die Entwicklung vom Ordnungsstaat zum Sozial- und Wirtschaftsstaat während der vergangenen 100 Jahre bildet eine der wichtigsten Umwälzungen im sozio-ökonomischen Unterbau des Rechts. Nach den Vorstellungen des **Liberalismus,** der das politische Denken im 19. Jahrhundert maßgebend beeinflußt und gestaltet hat, sollte sich der Staat im wesentlichen auf die Wahrnehmung von Sicherheits- und Ordnungsaufgaben nach außen und innen beschränken und im wirtschaftlichen Bereich der privaten Initiative ihren freien Lauf lassen. Damit verbunden war die Forderung nach einer rechtlichen Absicherung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Freiheiten, insbesondere durch eine geschriebene Verfassung und kodifizierte Gesetzesordnung sowie durch die Einräumung von subjektiven Rechten des einzelnen auch gegenüber der Staatsgewalt und durch prozeßförmliche Verfahrensgarantien zur Durchsetzung dieser Rechte.

Die liberalen Forderungen nach dem minimalen Staat, für den **Ferdinand Lasalle** die berühmt gewordene Bezeichnung „Nachtwächterstaat" geprägt hat, und der Kampf um Rechtsstaatlichkeit sind im geschichtlichen Prozeß als **Überwindung des landesfürstlichen Absolutismus und des Polizeistaates** des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu verstehen. Die ökonomische Triebkraft für das Vordringen des Liberalismus lag im wesentlichen in der Entwicklung der industriellen Produktionsverhältnisse. So gesehen kann man — auch ohne Marxist zu sein — den politischen Liberalismus als eine typische Ideologie im Interesse der Entfaltung von Produktionsinteressen in der industriellen Gesellschaft deuten.

Den **„Nachtwächterstaat"** reinen Wassers hat es, zumindest in unserer Geschichtsentwicklung, nie gegeben. In den Siebziger- und Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts entwickelten sich bereits deutliche **Ansätze von Sozialstaatlichkeit** in Form der Sozialversicherungsgesetzgebung. Die klassisch liberalen Erwartungen einer automatischen Verwirklichung von allgemeiner Wohlfahrt und sozialer Harmonie aufgrund des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte hatten sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die fortschreitende Verelendung des Industrieproletariats erforderte ein entsprechend verstärktes wirtschafts- und sozialpolitisches Engagement des Staates.

Der **Erste Weltkrieg** und seine Folgen führten zu einer weiteren Verstärkung der sozialen Interventionen des Staates zur Behebung von sozialer Not und zur Vorsorge für lebenswichtige Güter wie Nahrung, Kleidung, Wohnraum, Beschäftigung, medizinische Versorgung u.a.m. Dazu kamen zahlreiche wirtschaftslenkende Interventionen des Staates, die sich zum Teil bereits während des Krieges herausgebildet hatten. Als Beispiele seien die Mietrechtsgesetzgebung und das Grundverkehrsrecht erwähnt. Erstere sollte die Angehörigen von Soldaten vor der Gefahr einer Mietzinsausbeutung und Delogierung sichern; letztere den landwirtschaftlichen Besitz als Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion schützen.

Daneben hat es schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg erste, allerdings nicht verwirklichte Bestrebungen in die Richtung einer **Verstaatlichung** von bestimmten Wirtschaftszweigen gegeben.

Das **System der wirtschaftslenkenden Staatsinterventionen** ist im Zweiten Weltkrieg unter kriegswirtschaftlichen Verhältnissen vertieft und ausgebaut worden. Es hat sich auch später unter nachkriegswirtschaftlichen Verhältnissen erhalten und ist in wesentlichen Zweigen bis heute in Geltung geblieben.

Weiter verdichtet hat sich auch das Netz der sozialstaatlichen Interventionen und Leistungsaktivitäten. Sie sind nicht auf die Sozialversicherung und ähnliche Zweige der Sozialverwaltung, wie die öffentliche Fürsorge (heute: „Sozialhilfe") beschränkt geblieben, sondern haben sich zu einem **umfassenden System der Leistungsverwaltung** entwickelt, das neben der Sozialverwaltung auch die Förderungsverwaltung und die sog. „Daseinsvorsorge" umfaßt. Diesem Bereich der leistenden Verwaltung ist die Bereitstellung und Erhaltung von Einrichtungen zuzurechnen, die zum Leben und Wirtschaften unter den Bedingungen der technisch-industriellen Zivilisation erforderlich sind, wie z. B. Verkehrseinrichtungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenanstalten, Kommunikationseinrichtungen, Versorgungs- und Entsorgungsgelegenheiten u.a.m.

Zu den leistenden und indirekt wirtschaftslenkenden Aktivitäten des Staates sind weiters die mannigfaltigen **Unternehmenstätigkeiten** der öffentlichen Hand hinzugekommen. Ein Teil dieser Tätigkeiten des Staates und seiner Trabanten verfolgt erwerbswirtschaftliche, auf Gewinn- und Vermögensmehrung gerichtete Zwecke; ein anderer, seinem Umfang nach erheblicher Teil dient leistenden und daseinsvorsorgenden Zielsetzungen.

In Österreich hat der Staatsanteil in der Wirtschaft durch die **Verstaatlichung nach dem Zweiten Weltkrieg** eine zusätzliche und für westeuropäische Verhältnisse ungewöhnlich starke Ausweitung erfahren. Durch zwei Verstaatlichungsgesetze aus den Jahren 1946 und 1947 sind große Bereiche des Bergbaues, der Schwerindustrie, Teile der Kreditwirtschaft und ein Großteil der Elektrizitätswirtschaft verstaatlicht worden. Die beiden Großparteien haben sich bei diesen Maßnahmen von jeweils verschiedenen Motiven und Erwartungen leiten lassen. Die SPÖ sah darin einen wesentlichen Schritt zur Sozialisierung von Produktionsmitteln, wogegen die ÖVP eher eine spätere Vermögensbildung in Arbeiterhand vor Augen hatte. Ein beiden Parteien gemeinsames staatspolitisches Ziel lag in der Erwartung begründet, man könne durch den Schritt einer Verstaatlichung öffentlicher Vermögenswerte diese vor dem Zugriff der sowjetischen Besatzungsmacht retten. Diese Hoffnung hat sich jedoch bald als trügerisch erwiesen.

Eine andere, für das heutige politische System Österreichs wesentliche Entwicklung liegt in der **wirtschafts- und sozialpartnerschaftlichen Kooperation** nach dem Zweiten Weltkrieg. Bis 1966 lief diese Kooperation mit der Zusammenarbeit der beiden großen politischen Parteien in Form von Regierungskoalitionen synchron, die nach jeder Nationalratswahl erneuert wurden. Das politische Zusammenwirken auf Parteien- und Sozialpartnerebene war zunächst durch die Erfahrung aus der 1. Republik bedingt, deren Untergang durch eine unversöhnliche Konflikthaltung der großen politischen Kräfte wesentlich mitverursacht wurde. Der politische Druck des Besatzungsstatus bis 1955 war der Besinnung auf gemeinsame Grundwerte und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit in fundamentalen staatspolitischen Fragen ebenfalls förderlich.

Das Kooperationsverhalten auf wirt-

schafts- und sozialpartnerschaftlicher Ebene hat die seit 1966 etablierten Alleinregierungen der ÖVP und seit 1970 der SPÖ überdauert. In der jüngeren Vergangenheit zeigen sich allerdings gewissen Tendenzen einer zunehmenden Konfrontationsbereitschaft und damit einer **Schwächung der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit.** Eine Prognose über die künftige Entwicklung dieser politischen Institution erscheint zur Zeit höchst unsicher.

Das Thema, das mir gestellt wurde, erfordert jedoch keine Prognose, sondern eine Diagnose des derzeitigen Zustandes. Dabei zeigt sich, daß zwischen der Entwicklung der Staatsaufgaben einerseits und den parteistaatlichen und sozialpartnerschaftlichen Komponenten im politischen Prozeß andererseits wesentliche Verbindungslinien bestehen. Sie sind — global gesprochen — dadurch gekennzeichnet, daß die **Einflüsse der politischen Parteien und der Sozialpartner in alle Bereiche der leistungs- und wirtschaftsstaatlichen Aktivitäten** vorgedrungen sind und dort in entsprechenden rechtlich gesicherten und de facto bestehenden Einflußmöglichkeiten der politischen Parteien und Sozialpartnerverbände ihren Niederschlag gefunden haben.

Man kann die Grundlinien der Entwicklung vom Ordnungs- zum Wirtschaftsstaat wie folgt resumieren: Mit dieser Formel wird ein historischer Prozeß charakterisiert, dessen Bogen sich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart spannt. In der Hauptsache ist dieser Prozeß durch eine tiefgreifende Qualitätsänderung und Ausweitung der Staatsaufgaben gekennzeichnet: Die eingreifenden Staatstätigkeiten beschränken sich heute längst nicht mehr auf klassische polizeiliche Ordnungs- und Überwachungsfunktionen, sondern verfolgen auch wirtschaftslenkende und planende, insbesondere raumplanende Zielsetzungen. Ein entsprechender Wandel ist auch im Bereich der Abgabenverwaltung festzustellen, die einen großen Teil der Finanzierungsaufgaben für den leistenden Staat trägt, die aber daneben in zunehmendem Maße ebenfalls in den Dienst von wirtschaftslenkenden Zielsetzungen gestellt ist. Dazu kommen die mannigfaltigen Leistungsaktivitäten des Staates mit den Hauptzweigen der Sozialverwaltung, der fördernden und der daseinsvorsorgenden Verwaltung. Sowohl für Leistungs- als auch für Erwerbszwecke betätigt sich die öffentliche Hand in bedeutendem Umfang als wirtschaftlicher Unternehmer.

Diese Entwicklung vom Ordnungs- zum Leistungs- und Wirtschaftsstaat läßt sich allgemein in den westlichen Industrienationen beobachten. Vielfach gilt dies auch für parteistaatliche und sozialpartnerschaftliche Mechanismen und deren Auswirkung auf die staatliche Entscheidungsebene. Eine österreichische Besonderheit hingegen stellt der bei uns sehr stark ausgeprägte Anteil der verstaatlichen Wirtschaft dar.

2.

Nach dieser Skizzierung der Grundlinien der Entwicklung im sozio-ökonomischen Bereich können die Auswirkungen dieser Prozesse auf das Recht untersucht werden. Diesem Problem ist in differenzierter Weise auf verschiedenen Rechtsebenen nachzugehen. Allgemein kann aber — besonders für die Ebene des Verfassungsrechts — im voraus festgehalten werden, daß die Rechtsentwicklung mit den Veränderungen im sozialen Unterbau vielfach nicht Schritt gehalten hat, was zu zahlreichen **Spannungen und Gegensätzen im Verhältnis zwischen den gesellschaftlichen Leistungserwartungen an das Recht einerseits und dessen Leistungsfähigkeit andererseits** geführt hat.
Bestehende rechtliche Regelungsmechanismen und Institutionen sind häufig auf Verhältnisse im Ordnungsstaat zugeschnitten und nicht oder nur unzureichend an die geänderten Bedingungen im Leistungs- und Wirtschaftsstaat angepaßt. Solche Widersprüche zwischen Leistungsanforderungen an das Recht und dessen Leistungsmöglichkeiten sowie Wege zu deren Behebung aufzuzeigen, ist das Hauptanliegen dieses Beitrages. Ich werde mich dabei in erster Linie auf verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Perspektiven konzentrieren.

3.

Zu Beginn möchte ich mich einem Thema zuwenden, das in dem gesamten Komplex eine zentrale Stellung einnimmt. Es ist das **Problem der verfassungsrechtlichen Ordnung der Wirtschaft.** Wie schon die Dezemberverfassung der österreichisch-ungarischen Monarchie von 1867 ist auch das geltende Verfassungsrechtssystem des B-VG aus 1920 in diesem Punkte durch eine auffallende Zurückhaltung geprägt. Es enthält nur wenig an Wirtschaftsverfassungsrecht im engeren Sinne und trifft insbesondere keine ausdrückliche Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Wirtschaftssystem. Eine historische Verfassungsbetrachtung kann zwar den Nachweis erbringen, daß die bestehende Verfassungsrechtsordnung, ebenso wie jene vom Dezember 1867, vom geschichtlichen Verständnis einer auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und auf marktwirtschaftlichen Verhältnissen beruhenden Wirtschaftsordnung beherrscht war. Wieweit aber diese Vorstellung in das Verfassungsrecht selbst Eingang gefunden hat, ist fraglich und umstritten.

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat in einer vielbeachteten Entscheidung davon gesprochen, daß die **marktwirtschaftliche Ordnung** kein rechtsverbindliches Grundprinzip des geltenden Verfassungsrechtes ist. In einer anderen Entscheidung ist festgehalten, daß eine Verstaatlichung der gesamten Grundstoffindustrie oder ganzer Wirtschaftszweige mit großem Kapitalbedarf mit dem Grundrecht auf Freiheit der Erwerbsbetätigung nicht vereinbar wäre. Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang insbesondere auch die verfassungsgerichtliche Judikatur zum Eigentumsgrundrecht. Aus ihr geht hervor, daß eine durch staatlichen Hoheitsakt verfügte Beseitigung ganzer Eigentumskategorien, also etwa auch des Eigentums an Produktionsmitteln, den Wesensgehalt dieses Grundrechts in verfassungswidriger Weise beeinträchtigen würde.

Diese Aussagen in der Rechtsprechung sind nicht eben sehr präzise. Sie ermöglichen immerhin einen Schluß auf den grundsätzlichen verfassungsrechtlichen **Schutz einer kapitalistischen und marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung.** Dabei sind die Aspekte der formalen Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln gleichermaßen relevant wie der Gesichtspunkt der Organisation der wirtschaftlichen Entscheidungen. Es ist längst erkannt worden, daß letztere für die Frage des Wirtschaftssystems mindestens gleichermaßen, wenn nicht noch bedeutsamer sind wie erstere, ist es doch denkbar, daß bei formaler Wahrung der privaten Eigentumsrechte kommandowirtschaftliche Strukturen eingeführt werden können, die im Ergebnis nicht anders wirken würden als die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Man kann davon ausgehen, daß die bestehende Verfassungsrechtsordnung mit den Grundrechten der **Eigentums- und Erwerbsausübungsfreiheit** sowohl das Privateigentum an den Produktionsmitteln als auch die damit verbundene dezentrale Verfügungs- und Entscheidungsgewalt der einzelnen Wirtschaftssubjekte schützt. Diese Schutzwirkung ist jedoch nur grundsätzlicher Art. Eindeutige Ergebnisse lassen sich nur in Extremfällen finden, etwa dann, wenn durch staatlichen Hoheitsakt ganze Kategorien von Produktionsmitteln der privaten Verfügungsgewalt entzogen würden. Wo keine derartigen Extremfälle verwirklicht sind, sind objektive juristische Aussagen nicht möglich.

In der Praxis haben wir es aber zumeist nicht mit solchen Extremfällen zu tun, die aus juristischer Sicht eine eindeutige Lösung ermöglichen würden, sondern mit Beschränkungen, die sich un-

terhalb der Schwelle von eindeutig qualifizierbaren Extremen bewegen. Als Beispiel sei nur auf jene gravierenden Ertrags- und damit Eigentumsbeschränkungen verwiesen, wie sie etwa durch die Mietrechtsgesetzgebung verwirklicht werden. Hier kommt es bei der verfassungsrechtlichen Beurteilung letztlich auf Gewichtungen und damit auf Wertungen an, die als solche nicht in ein präzises Schema von eindeutigen Lösungen gebracht werden können.

Immerhin kann man nicht von absoluter, sondern nur von **relativer wirtschaftspolitischer Neutralität unserer Bundesverfassung** sprechen. Sie schützt das privatwirtschaftlich-marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem in seinem prinzipiellen Bestand und verwehrt dem Staat hoheitliche Eingriffe, die dieses System in seinem Wesensgehalt beeinträchtigen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß die grundrechtliche Garantiewirkung nur gegen **Akte der Staatsgewalt,** insbesondere gegenüber Gesetzen, Verordnungen, Bescheiden und anderen Hoheitsakten, besteht und nicht auch gegenüber Maßnahmen, die der Staat als Träger von Privatrechten trifft. Dies ist eine Folge des **liberalen Grundrechtsverständnisses,** von dem unsere verfassungsrechtlich positivierte Grundrechtsordnung beherrscht ist. Dieses Grundrechtsverständnis ist ganz und gar auf ordnungsstaatliche Verhältnisse zugeschnitten. Es bietet keine Handhabe für die Annahme einer rechtlichen Bindungswirkung der Grundrechte gegenüber dem Staat als Träger von Privatrechten oder gar gegenüber anderen übermächtigen Privatrechtsträgern. Nun muß man aber bedenken, daß es dem Staat grundsätzlich auch auf dem Wege privatrechtlicher Förderungs- und Beteiligungspolitik und mit den Mitteln der privatrechtlichen Steuerung von bedeutenden Teilen des Kreditapparates möglich wäre, den privaten Anteil in der Wirtschaft zurückzudrängen und fremde unternehmerische Entscheidungen zu kontrollieren. Dagegen bietet die verfassungsrechtliche Grundrechtsordnung prinzipiell keinen Schutz.

4.

Ein leitender Gedanke des liberalen Rechtsstaatsmodells liegt im **Grundsatz der Herrschaft des Rechts.** Instrumentell gesehen ist dabei an das geschriebene und positivierte Recht auf Verfassungs- und Gesetzesstufe gedacht. Das liberale Rechtsstaatsdenken ist also dem Prinzip der Gesetzesstaatlichkeit verpflichtet. Entsprechend den historischen Erfahrungen mit dem monarchischen Absolutismus und entsprechend dem Postulat von der Beschränkung des Staates auf Überwachungs- und Ordnungsfunktionen stellt das liberale Rechtsstaatsverständnis in seiner Bindungswirkung grundsätzlich auf eine Kontrolle der hoheitlichen Seite des Staatshandelns, insbesondere der hoheitlichen Verwaltung, ab. Das Machtpotential, das der Staat als Leistungssubjekt und als Träger von Privatrechten entfalten kann, wurde entsprechend diesem historischen Verständnis weder als Problem noch auch als mögliche Bedrohung erkannt. Das **Legalitätsprinzip unserer Verfassungsrechtsordnung** beruht ebenfalls auf diesen rechtspolitischen Grundlagen. Soweit sich der wirtschaftslenkende, planende und leistende Staat der Mittel der hoheitlichen Verwaltung bedient (Beispiel: Sozialversicherung), konnte das Legalitätsprinzip seine Bedingungswirkung auch unter den geänderten Rahmenbedingungen entfalten. Es ist aber ein bis heute nicht ausgetragener Streit, ob das verfassungsrechtliche Legalitätsprinzip in entsprechendem Sinne auch dort anzuwenden ist, wo der Staat öffentliche Aufgaben mit den Mitteln des Privatrechts erfüllt. Als mögliche Anwendungsbereiche für gesetzliche Regelungen kommen dabei insbesondere die Vergabe von Subventionen, von öffentlichen Aufträgen sowie der Betrieb von öffentlichen Unternehmungen, speziell solcher mit daseinsvorsorgendem Auftrag, in Betracht. Ich werde auf diese Bereiche noch gesondert eingehen.

Vorerst sei jedoch auf ein grundsätzliches Dilemma hingewiesen, das sich aus der Anwendung des Legalitätsprinzips in Verbindung mit der Ausweitung der Staatsaufgaben ergibt. Das verfassungsrechtliche Legalitätsprinzip fordert nicht nur Rechtsstaatlichkeit für das Vollzugshandeln, sondern setzt auch und vor allem die Schaffung von möglichst präzisen gesetzlichen Standards für eben dieses Vollzugshandeln voraus. Je weiter man die Reichweite des Legalitätsprinzips ausdehnt, desto größer wird tendenziell die Menge und Komplexität der zu schaffenden Gesetze. Es besteht also eine **grundsätzliche Korrelation zwischen dem Legalitätsprinzip und der Gesetzesflut.** Die Ausweitung der Staatsaufgaben, die ja zum Teil auch in Bereichen stattgefunden hat, in denen die Geltung des Legalitätsprinzips unbestritten ist, hat diese Entwicklung geradezu potenziert.

Die Folgen sind allgemein bekannt. Schon jetzt ist das Gesetzesrecht in seiner Menge und Vielfalt selbst für den Fachmann kaum mehr zu überschauen, geschweige denn zu beherrschen. Eine **Überproduktion an Gesetzen** droht sich letztendlich gegen den Rechtsstaat selbst zu wenden und ihn unter einem Übermaß an Vorschriften zu ersticken. In dieser Situation mag es seltsam anmuten, wenn man sich den Kopf darüber zerbricht, ob das Legalitätsprinzip auch für den Bereich der nichthoheitlichen leistenden Verwaltung gelten sollte.

Rechtstatsächlich ist festzuhalten, daß unabhängig von der verfassungsrechtlichen Streitfrage, ob dort das Legalitätsprinzip gilt oder gelten soll, das Gesetz auch in diesen Bereichen längst Einzug gehalten hat, wie die **wachsende Menge an besonderem Verwaltungsprivatrecht** in Form von Subventionsgesetzen, Unternehmensgesetzen und bald vielleicht auch in Form eines Gesetzes über die öffentliche Auftragsvergabe beweist.

Im Grunde genommen bleibt das **Dilemma** von Rechtsstaatlichkeit in allen Bereichen öffentlicher Machtausübung einerseits und rechtsstaatsbedrohender Gesetzesflut andererseits ungelöst. Keines der angebotenen Rezepte und schon gar nicht die Forderung nach weniger Gesetz kann hier wirklich befriedigen. Weniger Gesetz bedeutet im Ergebnis entweder ein Mehr an Verordnungen, was in der Endsumme aufs Gleiche hinausläuft, oder aber einen echten Regelungsverzicht, was mit der Gefahr von mehr Willkür verbunden ist. Am ehesten zielführend erscheint noch die **Forderung nach besserer Legistik,** deren Zustand in der Tat vielfach besorgniserregend ist.

Der Wandel in den Inhalten der Staatsaufgaben hat sich auch auf die **instrumentellen Funktionen und Möglichkeiten des Gesetzes** als eines Regulativs für das Vollzugshandeln ausgewirkt. Im Ordnungsstaat war es die Aufgabe des Gesetzes, eine allgemeine Maxime für ordnende, überwachende und gefahrenabwendende Staatsinterventionen abzugeben. Dementsprechend mußte es das Ziel einer rechtsstaatlichen Gesetzgebung sein, eine möglichst eindeutige inhaltliche Verknüpfung von Tatbestand und Rechtsfolge herzustellen.

Wenn es dagegen um die Regelung von planenden, wirtschaftslenkenden und leistenden Aktivitäten geht, ist eine solche inhaltliche Verknüpfung vielfach nur um den Preis einer uferlosen und selbst dann noch unzureichenden Kasuistik erreichbar.

Eine Alternative bietet die **Wahl einer andersartigen Regelungstechnik,** bei der die inhaltliche Seite des Vollzugshandelns nur noch in Form der Vorgabe eines Zielkatalogs geregelt und im übrigen das Schwergewicht auf die Regelung des Entscheidungsverfahrens gelegt wird. Die Rechtsrichtigkeit und Legitimität des Ergebnisses wird in solchen Fällen entscheidend von der Festlegung und Einhaltung bestimmter Verfahrensweisen erwartet, die eine Verarbeitung sämtlicher entscheidungswesentlicher Komponenten leisten sollen. Diese Technik der finalen Inhaltsregelung in Verbindung mit der Betonung der verfahrensmäßigen Seite

ist nach einer Bezeichnung des deutschen Rechtssoziologen **Niklas Luhmann** als „**Legitimation durch Verfahren**" bekannt geworden und in der Rechtsprechung des VfGH als zulässige Technik der Regelung raumplanungsrechtlicher und wirtschaftslenkungsrechtlicher Bereiche grundsätzlich anerkannt.

Welche Rolle kann nun das Gesetz speziell auf den Gebieten der **Subventionsvergabe**, der **Auftragsvergabe** und der **öffentlichen Unternehmenstätigkeiten** spielen? In allen diesen Zweigen der leistenden Verwaltung treten prinzipiell gleichartige Rechtsschutz- und Kontrollbedürfnisse auf, zu deren Erfüllung das Gesetz als Maßstab beitragen kann. Für die Vergabe von Subventionen gibt es eine Reihe von einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen im Bundes- und Landesbereich; ein großer Teil dieser Aktivitäten erfolgt jedoch als freie Subventionsvergabe ohne besondere gesetzliche Grundlage allein aufgrund von bewilligten Krediten im Bundes-, Landes- oder Gemeindehaushalt, allenfalls noch in Verbindung mit verwaltungsinternen Erlässen. Das Recht der Auftragsvergabe ist im großen und ganzen überhaupt gesetzesfrei. Hier gelten verschiedene verwaltungsinterne Anordnungen beim Bund und bei den Ländern. Diese Anordnungen übernehmen mit mancherlei Modifikation das Schema einer an sich unverbindlichen ÖNORM, die die Bezeichnung A-2050 trägt. Eine gesetzliche Regelung durch ein Bundesgesetz, das auch für Länder, Gemeinden, andere öffentliche Körperschaften und ausgegliederte Rechtsträger gelten soll, ist in Vorbereitung. Was schließlich den Bereich der öffentlichen Unternehmenstätigkeiten betrifft, so gibt es auch hier eine Reihe von besonderen Gesetzen über die Einrichtung, Organisation und Aufgaben solcher Unternehmungen neben freien öffentlichen Unternehmensaktivitäten, die auf der Basis des allgemeinen Privat- und Gesellschaftsrechts stattfinden.

Worin besteht nun der Wert des Gesetzes in diesen Zweigen der leistenden und wirtschaftenden Staatstätigkeiten? Beim **Subventionswesen** zeigt sich, daß ein Rechtsanspruch des Förderungswerbers auf Mittelzuteilung im allgemeinen auch dann nicht eingeräumt wird, wenn die Subventionsvergabe gesetzlich geregelt ist. Die einschlägigen Gesetze haben zumeist nur den Charakter von sog. „Selbstbindungsgesetzen" für den Staat und seine Organe. Dennoch sollte man die rechtsstaatlichen Vorteile nicht unterschätzen, die sich aus gesetzlichen Regelungen der Subventionsverhältnisse ergeben. Das Gesetz hat im Vergleich zum verwaltungsinternen Erlaß eine höhere Publizitätswirkung und erzeugt auch im allgemeinen ein höheres Maß an Befolgungsbereitschaft. Von entscheidendem Gewicht ist aber noch ein weiterer Gesichtspunkt: Das Gesetz kann weniger leicht geändert werden als ein verwaltungsinterner Erlaß. Zum Unterschied von diesem steht die Änderung von Gesetzen nicht zur Disposition desjenigen, der letzten Endes die politische und rechtliche Verantwortung für die Subventionsvergabe trägt. Aus rechtsstaatlichen Gründen ist also die Zurückdrängung der freien, nicht gesetzesgebundenen Subventionsvergabe grundsätzlich zu begrüßen.

Entsprechendes gilt prinzipiell für das **Bestellungs- und Vergabewesen** im öffentlichen Bereich. Wenn es auch nicht möglich erscheint, das entscheidende Kriterium der Auftragsvergabe, nämlich die Frage des Bestbieters, in inhaltlich präziser Weise gesetzlich zu regeln, so kann doch das Verfahren bei der Auftragsvergabe einer eingehenden Regelung durch Gesetz unterworfen werden.

Besondere Bedeutung kommt dem Gesetz auch auf dem Sektor der **öffentlichen Unternehmenstätigkeiten** zu. In manchen Fällen sind hier besondere gesetzliche Regelungen von vornherein unverzichtbar, dann nämlich, wenn eine Unternehmensform gewählt werden soll, die vom allgemeinen Gesellschaftsrecht abweicht. Über die rechtspolitische Seite solcher Sonderorganisationen gibt es unter dem Gesichtspunkt des Prinzips der Einheit des Gesellschaftsrechts geteilte Meinungen. Davon abgesehen bildet aber die gesetzliche Regelung öffentlicher Unternehmenstätigkeiten auch ein geeignetes Mittel zur klaren Regelung des Verhältnisses zwischen Gewinnauftrag und öffentlichem Leistungsauftrag. Überdies haben solche gesetzliche Regelungen eine wichtige **wettbewerbsordnende Funktion,** weil die Bestimmung des Unternehmensgegenstandes der freien Gestaltung im Wege der Satzungsautonomie entzogen ist. Die Möglichkeit, ein öffentliches Unternehmen im Wege einer wettbewerbsrechtlichen Klage in die Schranken seines Geschäftsbereiches zu verweisen, besteht allerdings unabhängig davon, ob der Unternehmensauftrag durch Gesetz oder durch Satzung festgelegt wurde.

5.

Verbindungen zum Legalitätsprinzip ergeben sich auch im Hinblick auf die **Rolle der politischen Parteien und Interessenverbände** im wirtschaftenden und leistenden Staat. Beide haben — wie gesagt — bedeutenden Einfluß auf den politischen Prozeß und auf das Verwaltungshandeln. Sie sind auf Verwaltungsebene in zahlreichen Beiräten und Behörden repräsentiert. Neben einer verhältnismäßig breit angelegten amtlichen Preiskontrolle gibt es eine inoffizielle, aber nicht minder wirksame **Preiskontrolle durch die Sozialpartnerverbände** über die Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen.

Die wichtigen und weitreichenden Aufgaben der politischen Parteien und Interessenverbände stehen in auffallendem Kontrast zu jenem Maß an Aufmerksamkeit, das ihnen das Recht zuteil werden läßt. Die Rechtsstellung und die Aufgaben der politischen Parteien sind seit kurzem durch ein **Parteiengesetz** geregelt, doch sind die einschlägigen Vorschriften äußerst lückenhaft und dürftig. Im wesentlichen handelt es sich um ein Parteienfinanzierungsgesetz.

Wesentliche Probleme wie die innere Parteienstruktur, die Verfassungstreue, die Möglichkeit verfassungsrechtlicher Sanktionen zur Selbsterhaltung des politischen Systems oder die Frage der Rechtsstellung des einzelnen Parteiangehörigen gegenüber der Parteiorganisation sind ungeregelt geblieben.

Ähnlich dürftig ist das **Verbändeverfassungsrecht** in Österreich. Abgesehen von einigen verstreuten Bestimmungen kommen die Interessenverbände in unserer Verfassungsrechtsordnung nicht vor. Ihre Rolle im politischen Prozeß bleibt verfassungsrechtlich ungeregelt. Dieser Zustand muß zu denken geben, weil er die Funktion der Verfassung als einer rechtlichen Grundordnung für das Zusammenleben im Staatsverband beeinträchtigt. Hier haben sich Strukturen von **Verfassungswirklichkeit neben dem Verfassungsrecht** herausgebildet und es stellt sich die Frage, ob es nicht die Aufgabe des Verfassungsrechts und einer Verfassungsrechtsreform wäre, künftig auch diese politischen Prozesse in den Bereich des rechtlich Kontrollierten einzuholen. Gegen das Vorhaben einer rechtsförmlichen Strukturierung des Kräftespiels auf sozialpartnerschaftlicher Ebene wird allerdings immer wieder der Einwand erhoben, daß auf diese Weise nichts anderes zu gewinnen wäre als eine neuerliche Verschiebung der Ebenen und der Grenzen zwischen rechtsförmlich geregelten und informell etablierten politischen Prozessen.

6.

Rechtliche Funktionsprobleme, die speziell mit der Entwickung vom Ordnungsstaat zum leistenden und wirtschaftenden Staat zusammenhängen, treten auch auf dem Gebiet der **parlamentarischen Kontrolle** auf. Die Einrichtung der parlamentarischen Kontrolle der vollziehenden Gewalt ist ein fester Bestandteil von gewaltentrennenden Verfassungsordnungen. Typische Kontrollinstrumente waren in der

konstitutionellen Monarchie die Interpellation, die Resolution, die Untersuchung und die staatsrechtliche Anklage. Die Einrichtung des Mißtrauensvotums hat es — zumindest bei uns — in der konstitutionellen Monarchie nicht gegeben. Die Ernennung und Abberufung von Ministern galten vielmehr als Prärogative des Monarchen.

Die Wirksamkeit der parlamentarischen Kontrollrechte setzt einen politischen Gegensatz oder zumindest eine politische Verschiedenheit zwischen Legislative und Exekutive voraus. In der **konstitutionellen Monarchie** war diese Konstellation gegeben. Das Abgeordnetenhaus als der gewählte Teil des Reichsrates repräsentierte die demokratische Kräftekomponente und damit eine Gegenkraft gegen den Monarchen und die ihm verantwortlich unterstellte Verwaltung.

In der **parlamentarischen Demokratie** hat sich diese politische Konstellation grundlegend gewandelt. Durch die Einführung des Mißtrauensvotums können auf Dauer nur solche Kräfte regierungsfähig bleiben, die im Nationalrat über eine entsprechende Mehrheit oder die Unterstützung durch Parteienkoalitionen verfügen. Daraus ergibt sich ein **allgemeiner Trend zu politischer Identität im Verhältnis zwischen Parlamentsmehrheit und Regierung.** Das bedeutet aber in weiterer Folge, daß jene Mittel der parlamentarischen Kontrolle gegenüber der Vollziehung funktionslos werden müssen, deren Handhabung in die Zuständigkeit der Parlamentsmehrheit gestellt ist. Echte Kontrollwirksamkeit ist nur von jenen Kontrollmitteln zu erwarten, über die auch die parlamentarische Opposition verfügen kann.

Eine Bestandsaufnahme ergibt folgendes Bild: Von den klassischen Kontrollmitteln steht nur das **Interpellationsrecht** der parlamentarischen Minderheit zur Verfügung; das **Resolutionsrecht,** das **Untersuchungsrecht,** das **Mißtrauensrecht** und die **staatsrechtliche Anklage** sind hingegen an Mehrheitsbeschlüsse im NR gebunden.

Unabhängig von den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen besteht bei allen politischen Parteien seit längerem Einigkeit darüber, daß das Instrumentarium der parlamentarischen Kontrolle **reformbedürftig** ist. Unbestritten ist auch, daß es sich dabei um eine Existenzfrage des Systems der parlamentarischen Demokratie handelt. Einigkeit besteht grundsätzlich auch darüber, daß die Reform in die Richtung einer **Aufwertung von Oppositionsrechten** gehen muß. Manches ist auf diesem Gebiete schon geschehen. Ich erinnere etwa an die Einführung des sog. Fraktionsantrages auf Normenkontrolle im Jahre 1975. Demnach kann ein Bundesgesetz auf Beschluß von wenigstens einem Drittel der Mitglieder des Nationalrates beim VfGH angefochten werden. Es handelt sich um ein typisches parlamentarisches Minderheitenrecht. Ebenso kann nach der Geschäftsordnung des Nationalrates ein Drittel der Abgeordneten den Rechnungshof zur Durchführung von Sonderprüfungen verpflichten.
Beide Möglichkeiten sind in ihrer politischen Bedeutung nicht zu unterschätzen. Vieles bleibt aber noch zu tun. So müßte man sich etwa eine **Reform des Untersuchungsrechts** überlegen, die einerseits die Oppositionsrechte verstärkt, andererseits aber die legitimen Interessen der Mehrheit nicht beeinträchtigt. Denkbar wäre etwa ein Modell, bei dem zwar die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch Minderheitsbeschluß bewirkt werden kann, wobei aber die Beschlußfassung über das Untersuchungsergebnis wie bisher eine mehrheitsgebundene Entscheidung bliebe.
Reformbedürftig erscheint auch das Institut der **staatsrechtlichen Anklage.** Es gehört heute zum toten Verfassungsrecht und dient der Opposition gelegentlich zur Erzielung politischer Showeffekte. Eine ernsthafte Reform könnte sich etwa nach folgendem Leitbild richten: Das förmliche Anklagerecht bleibt zwar nach wie vor an einen Mehrheitsbeschluß im NR gebunden, die Opposition als Ganzes oder größere Teile davon können aber das Recht haben, eine Art gerichtlicher Voruntersuchung durch den VfGH gegen ein Regierungsmitglied in Gang zu setzen.

7.

In enger Verbindung mit den Problemen der parlamentarischen Kontrolle stehen jene Fragen, die sich aus der **Heranziehung von Sondergesellschaften des Staates zur Besorgung öffentlicher Aufgaben** ergeben. Beispiele bieten etwa die zahlreichen Sondergesellschaften für öffentliche Großbauvorhaben, wie Autobahn- und Bundesstraßenbau, Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum und Allgemeines Krankenhaus. Das jüngste Kind solcher Ausgliederungen war im Bundesbereich die im Jahre 1981 gegründete Autobahnen- und Schnellstraßen-AG, deren Bezeichnung insofern irreführend ist, als sie in Wahrheit eine Sondergesellschaft für bestimmte Teilstrecken der Südautobahn, der Semmeringer und der Murtaler Schnellstraße ist.
Neben den Sondergesellschaften für öffentliche Großbauvorhaben gibt es eine große Menge von Ausgliederungen des Staates mit anderen Aufgabenbereichen, wie z. B. Daseinsvorsorge, man denke nur an die Elektrizitätswirtschaft oder an kommunale Verkehrsunternehmungen, weiters: Förderungsverwaltung, besonders auf dem Gebiet des Außenhandels, Monopolverwaltung, Bankwesen oder erwerbsgerichtete Wirtschaftsverwaltung, man denke etwa an die verstaatlichte Industrie.

Die häufigsten Ausgliederungsarten sind **Kapitalgesellschaften** in den Rechtsformen der AG oder der GesmbH. Als Gründe und Motive für die Besorgung öffentlicher Aufgaben durch ausgegliederte Rechtsträger werden in erster Linie **Effizienzerwägungen** ins Treffen geführt. Stichwortartig hervorzuheben sind Argumente wie: höhere Flexibilität in den Entscheidungsprozessen, bessere Abschirmung gegen politische Einflußnahmen, personalpolitische Beweglichkeit, Budgetentlastung, bessere Ausnutzung von steuerlichen Vorteilen sowie Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gebietskörperschaften.
Es hat sich allerdings gezeigt, daß privatrechtliche Ausgliederungen des Staates auch mit einer Reihe von gravierenden **Problemen und Nachteilen** verbunden sind: Zum Unterschied von echten Privatunternehmen werden ausgegliederte Rechtsträger des Staates im allgemeinen durch Haftungen ihrer Trägergebietskörperschaften gesichert und teilweise sogar in ihrer laufenden Gebarung aus öffentlichen Budgets finanziert. Es fehlt somit wirtschaftlich gesehen das Konkursrisiko, womit ein wesentlicher **Anreiz zur Optimierung des wirtschaftlichen Erfolges** wegfällt. Wegen der besonderen Organisations- und Personalkosten ist die Besorgung öffentlicher Aufgaben durch Kapitalgesellschaften des Staates in der primären Kostengestaltung durchwegs **kostenintensiver** als die Besorgung solcher Aufgaben in staatlicher Eigenverwaltung. An sich sollte dieser Nachteil durch eine höhere Gesamteffizienz ausgeglichen werden, deren Erzielung andererseits wegen der unzureichenden Anreize zur Erfolgsoptimierung nicht gesichert ist. Die Finanzierung aus öffentlichen Budgets und die staatliche Haftung für Verbindlichkeiten solcher Gesellschaften fördern grundsätzlich eine **Mentalität des großzügigen Wirtschaftens auf fremde Rechnung,** wobei das marktwirtschaftliche Korrektiv eines Mißerfolgsrisikos sowohl für die Gesellschaft als auch für deren Organe weitgehend fehlt. Darin ist wohl einer der tieferen Gründe für eine gewisse **Skandalanfälligkeit** solcher Einrichtungen zu sehen.

Probleme ergeben sich auch daraus, daß es zu Konflikten zwischen den gesellschaftsrechtlichen **Verantwortungsstrukturen** einerseits und dienstrechtlich oder politisch begründeten **Loyalitätsbeziehungen** der verantwortlichen Gesellschaftsorgane gegenüber ihrer Trägergebietskörperschaft andererseits kommen kann. Man denke nur an eine betriebswirtschaftlich erforderliche Er-

höhung von Tarifen eines ausgegliederten Verkehrsunternehmens einer Gemeinde im Konflikt mit einem wahltaktisch motivierten Rückstau dieser Preiserhöhung. Wenn es sich bei dem Unternehmen um eine Eigengesellschaft der betreffenden Gemeinde handelt, so läßt sich das Dilemma mit juristischen Mitteln gerade noch auflösen. Das Problem kann aber unlösbar werden, wenn es mehrere Gesellschafter mit selbständigen und möglicherweise verschiedenen Interessenrichtungen gibt.

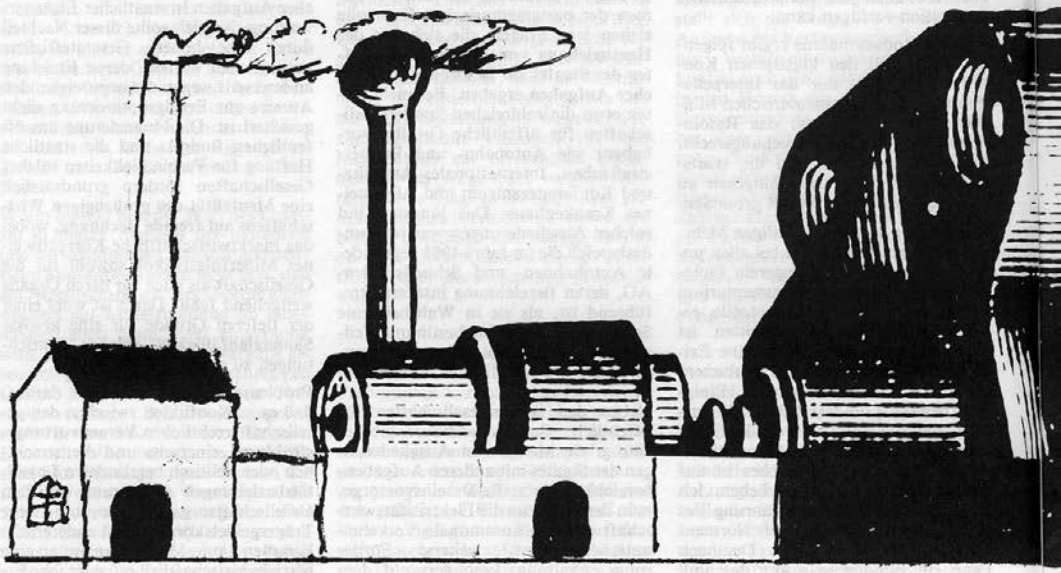
Schwierigkeiten treten auch bei der **Kontrolle** solcher Unternehmungen auf. Hier zeigt sich von neuem ein bereits mehrfach angesprochenes Zurückbleiben der rechtlichen Möglichkeiten und Institutionen gegenüber den veränderten Bedürfnissen und sozioökonomischen Verhältnissen im Leistungs- und Wirtschaftsstaat. Die Binnenkontrolle von ausgegliederten Rechtsträgern aufgrund von gesellschaftsrechtlichen Mechanismen des Aktien- und GmbH-Rechts ist kaum in der Lage, die erforderlichen Begleitkontrollen zu leisten. Die Rechnungshofkontrolle, der solche Unternehmungen an sich unterliegen, ist dazu ebenfalls nicht in der Lage; sie vollzieht sich durchwegs als Kontrolle im nachhinein. Man versucht nun, das Problem durch Schaffung von besonderen gesetzlichen Organisationsmustern für gemeinwirtschaftliche Unternehmungen zu lösen, bei denen das Schwergewicht auf die Einrichtung der begleitenden unternehmensinternen Kontrolle gelegt werden soll. Ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf wird auf ministerieller und sozialpartnerschaftlicher Ebene verhandelt.

Kontrollprobleme gibt es bei ausgegliederten Rechtsträgern des Staates aber auch bei der Kontrolle von außen her. Die Rechnungshofkontrolle ist — wie gesagt — verfassungsrechtlich gesichert, auf die Einbeziehung in die volksanwaltschaftliche Kontrolle hat man — nebenbei erwähnt — vergessen. Am auffallendsten sind aber die Störungen in der Außenkontrolle bei ausgegliederten Rechtsträgern im Bereich der **parlamentarischen Kontrolle** und da vor allem auf dem Gebiete der parlamentarischen Information durch Interpellation. Die Schwierigkeiten haben juristische Ursachen. Das Interpellationsrecht bezieht sich auf Gegenstände der Vollziehung des Staates. Die Organe ausgegliederter Rechtsträger besorgen aber keine Vollziehungsgeschäfte des Staates, sondern solche der Aktiengesellschaft, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung usw. Der parlamentarischen Interpellation ist damit der unmittelbare Einblick in die Gestion des Rechtsträgers verwehrt. Informationsmöglichkeiten gewinnt sie allenfalls auf Umwegen durch Interpellationen über Gegenstände der staatlichen Beteiligungs- oder Einwirkungsverwaltung gegenüber solchen ausgegliederten Rechtsträgern.

Manchmal wird dieser Effekt der Verdünnung der parlamentarischen Kontrollrechte gegenüber ausgegliederten Rechtsträgern in voller Absicht oder zumindest als willkommene Begleiterscheinung ausgenützt. Man spricht in diesem Fall von einer **„Flucht aus der Kontrolle"**. Ähnliche Probleme zeigen sich auch beim parlamentarischen Untersuchungsrecht, obgleich hier die rechtliche Fixierung der Untersuchungsthemen auf „Gegenstände der Vollziehung" von der Verfassung nicht so deutlich vorgegeben ist. Die Parlamentspraxis schießt hier allerdings vielfach übers Ziel. So ist es verfassungsrechtlich gesehen mehr als problematisch, wenn ein Untersuchungsausschuß des NR Vorgänge thematisiert, die dem Vollzugsbereich der Länder angehören. So geschehen bei der jüngst erfolgten Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die WBO. Ich möchte nicht mißverstanden werden: Ich bin für eine rückhaltlose Aufklärung aller dieser Vorgänge, ich bin aber ebenso dafür, daß man sich dabei an die Regeln der Verfassung hält. Nach diesen wäre die Untersuchung im konkreten Fall ausschließlich eine Aufgabe für den Bgld. Landtag und auch dieser könnte nicht die Vorgänge in der WBO als solche in der Hauptsache thematisieren, sondern nur mittelbar über den Umweg einer Untersuchung der Ausübung der Verwaltungsaufsicht über diese gemeinnützige Wohnbaugesellschaft.

Die Sitten der parlamentarischen Praxis sind hier leider in letzter Zeit etwas verwildet. Man kümmert sich wenig um verfassungsrechtliche Schranken, die ja ihren guten Sinn haben. Wenn man freilich der Auffassung ist, daß die einschlägige Verfassungsrechtslage in diesem Punkt eine Behinderung bedeutet, dann sollte man sie ändern und nicht einfach mißachten.

Ausgliederungen sind nicht zuletzt auch aus budgetrechtlicher und budgetpolitischer Sicht eine problematische Sache. Formell wandert ja die Ge-



barung eines ausgegliederten Rechtsträgers aus dem Budget des Trägergemeinwesens aus. Auch hier kann man unter entsprechenden Voraussetzungen von einer **„Flucht aus dem Budget"** sprechen. Diese Flucht findet an sich ganz legal statt, weil unser Budgetrecht in seinen Grundzügen auf das 19. Jahrhundert zurückgeht, wo man unter den Verhältnissen des Ordnungsstaates mit solchen Wirtschaftsaktivitäten des Staates nicht gerechnet hat. Was aber vielfach mit der gefälligen Formel von der „Entlastung des Staatsbudgets" durch Ausgliederung umschrieben wird, erweist sich bei näherer Betrachtung als schwere Beeinträchtigung aller Budgetgrundsätze, allen voran des Grundsatzes der **Transparenz des Staatsbudgets.** Finanzpolitisch gesehen ist die Formel von der „Entlastung" eine ausgesprochene Lüge, weil sich ja an der Mittelaufbringung selbst nichts ändert. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Ausgaben der Autobahnbaugesellschaften trägt natürlich der Staat; diese Posten scheinen nur so lange nicht im Budget auf, solange die von diesen Gesellschaften aufgenommenen Kredite noch nicht fällig sind. Es ist eines der Anliegen einer längst überfälligen **Reform des Budgetrechtes,** daß in diesem Punkte die Vollständigkeit und Wahrheit des Budgets gesichert und die Fluchtmöglichkeiten versperrt werden.

8.

Zum Schluß möchte ich noch einige Bemerkungen über die **Grundrechte im Sozial- und Wirtschaftsstaat** machen. Unsere Grundrechtsordnung ist dem Grundrechtsverständnis des Ordnungsstaates im 19. Jahrhundert verpflichtet. Das bedeutet, daß die verfassungsmäßig garantierten Rechte des einzelnen neben der politischen Teilhabe auf den **Schutz gegen Eingriffe der Staatsgewalt** gerichtet sind. Sie geben aber grundsätzlich keine Leistungsansprüche und haben auch keine unmittelbaren Rechtswirkungen im Privatrechtsverkehr.

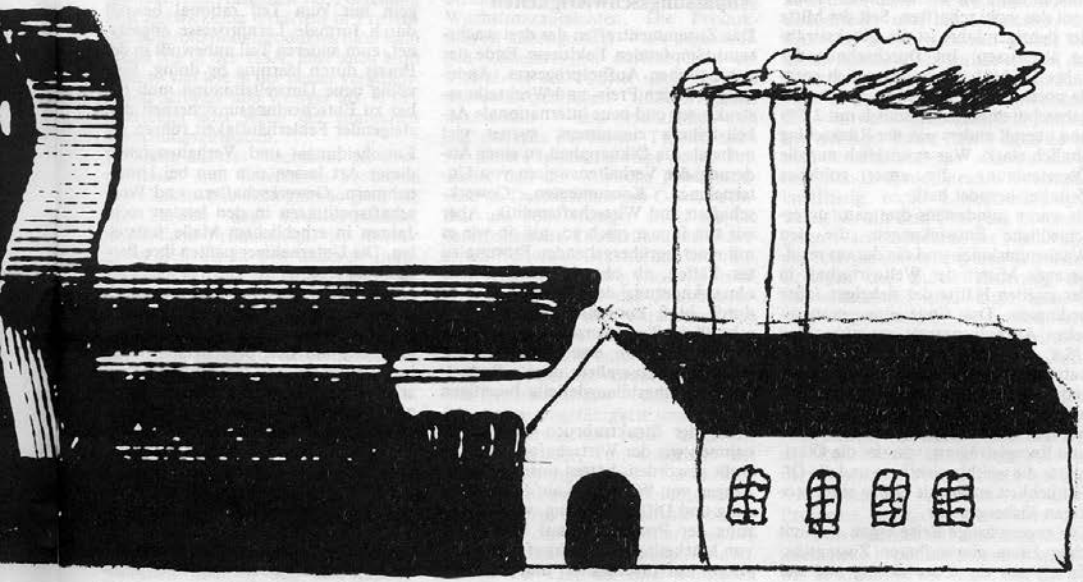
Dies zeigt, daß der grundrechtliche Überbau die Entwicklung zum Leistungs- und Wirtschaftsstaat nicht nachvollzogen hat, sondern nach wie vor den Verhältnissen im Ordnungsstaat entspricht. Es ist eine der wesentlichen Fragen einer künftigen Grundrechtsreform, ob die Grundrechte der Entwicklung zum Leistungs- und Wirtschaftsstaat nachgezogen und durch sog. **soziale Grundrechte** ergänzt werden sollen. Zu den sozialen Grundrechten gehören Ansprüche wie ein Recht auf Arbeit, auf Bildung und Ausbildung, auf Daseinssicherung, auf Lebensqualität und ähnliches.

Die besondere Problematik solcher sozialstaatlicher Verbürgungen liegt auf der Hand. Sie sind nur um den Preis erheblicher Abstriche an Präzision erreichbar, was grundsätzlich ihre **Konfliktträchtigkeit** erhöht. Sollen sie als durchsetzbare Ansprüche effizient werden, so ist dafür eine entsprechende Änderung des Rechtsschutzssystems und des Systems der Gesetzeskontrolle durch die Verfassungsgerichtsbarkeit erforderlich. Vor allem aber induziert eine soziale Grundrechtsordnung prinzipiell eine **Ausweitung von staatlichen Interventionen** zur Sicherung des Leistungssystems, sei es durch höhere Abgabenbelastungen, sei es durch eine zwangsweise Bewirtschaftung von Produktionsmitteln.

Mit Recht steht man daher in der Staatsrechtslehre der Einrichtung sozialer Grundrechte zurückhaltend gegenüber. Verschiedentlich gibt es Tendenzen eines Vorgriffs auf eine künftige Grundrechtsreform auf der Ebene der Länder, wie eine in der Burgenländischen Landesverfassung aus 1981 eingeführte **Sozialstaatsklausel** zeigt. Ob man durch solche Maßnahmen dem Recht als einem Instrument zur Konfliktlösung einen guten Dienst erweist, muß dahingestellt bleiben. Aus juristischer Sicht ist jedenfalls darauf hinzuweisen, daß es sehr wohl einen Unterschied macht, ob Leistungsansprüche nur durch Gesetz oder aber durch Verfassungsrecht gesichert sind. Letzteres bedeutet eine zusätzliche und, wie ich meine, unnötige **Einbuße an sozialpolitischer Beweglichkeit** des Staates. Man sollte daher auf solche Grundrechte, deren juristischer Garantiewert ohnehin zweifelhaft ist, besser verzichten.

9.

Unser Streifzug hat tiefe Verstrickungen des Rechts mit den Problemen des Leistungs- und Wirtschaftsstaates zutage gefördert. Die Liste der Probleme ließe sich mühelos erweitern. Zur Frage, ob Österreichs Wirtschaft Zukunft hat, kann der Jurist nur Weniges beisteuern, weil das Recht als wirtschaftliche Produktivkraft nur marginale Bedeutung hat. Andererseits ist der Zustand der Rechtsordnung für die wirtschaftliche Entwicklung nicht unerheblich. Daß es hier manches an grundsätzlichen Reformanliegen gibt, hoffe ich, deutlich gemacht zu haben.



Gunther Tichy

WEGE AUS DER VERGANGENHEIT:

Perspektiven der steirischen und der österreichischen Wirtschaftsstruktur

Will man die Probleme der Zukunft lösen, muß man zunächst die Vergangenheit und die Gegenwart erkennen. Aus diesem Grunde ist es wohl zweckmäßig, zunächst einmal die Frage zu stellen, warum nach drei Jahrzehnten unentwegt raschen Wachtums, nahezu unproblematischer Expansion und hoher Gewinne der Unternehmungen plötzlich die Expansionshindernisse, das Schrumpfen und die Verluste von Unternehmungen das Bild unserer Wirtschaft prägen. Ich werde mich daher zunächst den Ursachen dieser Probleme zuwenden.

Die Ursachen des gebremsten Wachstums

Fast dreißig Jahre ist Österreich mit Raten in der Größenordnung von etwa 5% gewachsen, und das war in dieser Zeit gar nichts besonderes, denn auch die anderen kontinentaleuropäischen Staaten wuchsen fast genau so rasch, bloß die Amerikaner und Engländer blieben dahinter erheblich zurück und fragten sich, wie die am Alten Kontinent das wohl schafften. Seit der Mitte der siebziger Jahre ist die Glücksströhne abgerissen: Im Durchschnitt der Jahre 1975/81 wuchs Österreich gerade noch halb so rasch wie in den drei Jahrzehnten vorher, nämlich mit 2,5% und überall anders war der Rückschlag ähnlich stark. War es wirklich nur die Ölverteuerung, die unser goldenes Zeitalter beendet hat?

Es waren mindestens drei ganz unterschiedliche Entwickungen, die den Wachstumsknick und die daraus resultierende Misere der Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bedingten: Das Ende eines europäischen Aufholprozesses gegenüber den USA, das Entstehen einer neuen internationalen Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und eine — möglicherweise bloß temporäre — Verknappung an Rohstoffen und Energieträgern, von der die Ölkrise nur die weithin sichtbare und die Öffentlichkeit erregende Spitze eines größeren Eisberges war.

Die gegenwärtige Krise ergab sich mit einer kaum abwendbaren Zwangsläufigkeit aus der Entwicklung und der Übersteigerung des Wachstums in den goldenen sechziger Jahren: Als die technologische Lücke geschlossen war, mußte sich das Wachstum verlangsamen, als die Kapazitäten ausgeschöpft und insbesondere der Arbeitsmarkt angespannt war, mußte es zu Produktionsverlagerungen kommen, die natürlich dann ihre Eigendynamik entwickelten; die niedrigen Energie- und Rohstoffpreise stützten zwar vorübergehend das Wachstum der sechziger Jahre, mußten aber dann drastisch erhöht werden, als die Förderkapazitäten mit der steigenden Nachfrage nicht mehr Schritt halten konnten. Man hätte eigentlich schon in den sechziger Jahren wissen müssen, daß man sich bloß in einer vorübergehenden Phase überdurchschnittlichen Wachstums befand. Leider war die Zeit für diese Erkenntnis noch nicht reif: Zwar fragten viele nach den Ursachen des im historischen Vergleich unerhört raschen Wachstums, und man fand eigentlich keine Antwort auf diese Frage. Heute wissen wir die Antwort, aber es ist zu spät.

Anpassungsschwierigkeiten

Das Zusammentreffen der drei wachstumsdämpfenden Faktoren: Ende des europäischen Aufholprozesses, Änderungen in den Preis- und Wechselkursstrukturen und neue internationale Arbeitsteilung zusammen, zwingt viel mehr als die Ölknappheit zu einer Änderung der Verhaltensweisen von Unternehmen, Konsumenten, Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik. Aber wir tun immer noch so, als ob wir es mit einer vorübergehenden Störung zu tun hätten, als ob wir wieder einmal ohne Änderung der Verhaltensweisen durch bloß konjunkturelle weltwirtschaftliche Turbulenzen durchtauchen könnten, als ob eine Besserung der Weltkonjunktur **allein** unsere Budget- und Leistungsbilanzdefizite beseitigen könnte.

Wäre der Strukturbruch den Unternehmen wie der Wirtschaftspolitik bewußt geworden, hätten unsere Zielsetzungen von Wachstum auf Spezialisierung und Differenzierung, von Forcierung der Produktion auf Forcierung von Marketing und Verkauf, von Investition auf Information und Entwicklung, von Zentralisierung und Fusionierung auf Dezentralisierung und Divisionalisierung, von Massenprodukten auf Spezialitäten verlagert werden müssen. Das ist bis jetzt noch nicht im entsprechenden Tempo geschehen. Wieso? Sehen Unternehmer und Wirtschaftspolitiker den Strukturbruch nicht? Oder können sie nicht ihren Einsichten gemäß handeln?

Manches ist natürlich ein Problem der Zeit: Umstellungen lassen sich nicht von heute auf morgen durchführen. Doch traditionelle Denkschemata mit ihrer Heroisierung des Unternehmer- und Politikerbildes haben auch dazu beigetragen, den Blick auf die wahren Probleme zu verstellen: Auch Unternehmer und Politiker sind irrtumsanfällige Menschen, ihre Lernfähigkeit ist durch ihren extremen Zeitmangel beeinträchtigt. Sie sind außerstande, alle verfügbaren Entscheidungsoptionen und ihre jeweiligen Konsequenzen voll zu erfassen und müssen daher ihr Entscheidungsverhalten an *vereinfachenden Suchstrategien* und *etablierten Entscheidungsroutinen* ausrichten, die nicht bei jeder Entscheidung neu hinterfragt und auf ihre Gültigkeit geprüft werden können — das ist der Inhalt der Theorie der begrenzten Rationalität, der bounded rationality.

Ändern sich nun die Voraussetzungen, werden solche Entscheidungsregeln nicht rasch genug angepaßt; sie können gar nicht rasch genug angepaßt werden, weil dem Entscheidenden viel zu wenig bewußt ist, auf welchen der unzähligen Voraussetzungen sie beruhen. Dem Entscheidenden können die Voraussetzungen sogar nur teilweise bewußt sein, denn er hat sich die Regeln nur zum Teil rational bewußt durch formale Lernprozesse angeeignet, zum anderen Teil unbewußt in der Praxis durch learning by doing. Eine völlig neue Umweltsituation muß daher zu Entscheidungsunsicherheit und steigender Fehlerhäufigkeit führen.

Entscheidungs- und Verhaltensfehler dieser Art lassen sich nun bei Unternehmern, Gewerkschaftern und Wirtschaftspolitikern in den letzten sechs Jahren in erheblichem Maße feststellen. Die Unternehmer paßten ihre Produktionsprogramme und vor allem die Organisation ihrer Betriebe den neuen Voraussetzungen viel zu langsam an, die Gewerkschaften brauchten geraume Zeit, um den begrenzten Verteilungsspielraum und die Notwendigkeit erheblich größerer Mobilität zu erkennen, und die Wirtschaftspolitik versuchte den Problemen des Strukturbruchs mit Keynesianischer Nachfragesteuerung — insbesondere Budgetdefiziten — zu Leibe zu rücken. Das alles vergrößerte diese Probleme eher, als daß es dazu beitrug, sie zu lösen.

Von den vier Problemen, die sich teils schon ergeben haben, teils noch erge-

ben werden — geringerer Bedarf an Beschäftigten, Verschärfung des Verteilungskampfes, größere Gefahr von Fehlinvestitionen sowie Struktur- und Leistungsbilanzprobleme — möchte ich nun auf das letztere genau eingehen.

Indikatoren für österreichische Strukturprobleme

Evidenz für Strukturschwächen der österreichischen Wirtschaft findet sich auf drei Gebieten und zwar auf den Gebieten der Produktionsstruktur und des Strukturwandels, der Entwicklung der Produktivität und im Bereich des Außenhandels.
Der Vergleich der österreichischen mit der deutschen *Produktionsstruktur* zeigt einen überdimensionierten Basissektor (Bergbau, Erdöl, Eisen-, Metallhütten, Gießereien und Papiererzeugung), überdimensionierte Baubranchen (Glas, Steine, Keramik, Holz) und eine überdimensionierte Produktion traditioneller Konsumgüter (Papierverarbeitung, Nahrungs- und Genußmittel, Leder, Textil, Kleidung); zu klein sind die chemische Industrie und vor allem die technischen Verarbeitungsprodukte (Maschinen, Fahrzeuge, Eisen-, Metallwaren, Elektro). Die Bereiche also, die einfache Produktionsverfahren anwenden, wenig spezialisierte Produkte erzeugen und keine besonders geschulten Arbeitskräfte benötigen, sind in Österreich viel stärker vertreten als in der BRD. Dieses Ergebnis wird durch deutliche Indikatoren für ein *Forschungs- und Entwicklungsdefizit* gestützt. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung erreichen in Prozent des Bruttonationalproduktes bloß halb soviel wie in den USA, aber auch bloß halb so viel wie in der besser vergleichbaren Schweiz und weniger als ⅔ der deutschen oder selbst der englischen Forschungsausgaben.
In Bezug auf das Wachstum der *Produktivität* sind Österreichs Probleme glücklicherweise nicht ganz so groß wie im Bereich des Strukturwandels; Österreichs Produktivität ist *rascher* gewachsen als in den anderen Industriestaaten und auch rascher als in der BRD. Allerdings — und das ist ein Indikator für Strukturprobleme — wurde dieser Erfolg mit einer überdurchschnittlich hohen Investitionsquote erkauft. Auch ist das Niveau der österreichischen Produktivität noch zu niedrig. Trotz etwa gleich hoher Kapitalintensität ist die Kapitalproduktivität noch um ein Zehntel niedriger als in der BRD und auch die Arbeitsproduktivität liegt trotz etwa gleicher Kapitalausstattung der österreichischen Arbeitsplätze unter den deutschen Werten. Sehr vorsichtig wird man daraus schließen können, daß der Kapitalstock hierzulande weniger effizient eingesetzt wird. Das ist nicht nur deswegen unangenehm, weil dem hohen Konsumverzicht der Österreicher nicht der entsprechende Erfolg gegenübersteht, sondern auch deswegen, weil gut die Hälfte aller Investitionsgüter aus dem Ausland importiert werden, ein mangels entsprechender Effizienz überhöhter Kapitalstock also unmittelbar die Leistungsbilanz belastet.
Die Strukturschwächen in Produktion und Produktivität werden im Bereich des *Außenhandels* unmittelbar leistungsbilanzwirksam. Sie zeigen sich im Verlust von Marktanteilen im Inland, in einer Konzentration der Exporte auf einfache Produkte, in großen Importüberschüssen im Bereich der technischen Finalgüter sowie in ungünstigen Preisen und Gewinnen.

Überdurchschnittliche Strukturprobleme in der Steiermark

In der Steiermark, und insbesondere in der Obersteiermark, sind die Struktur- und Wirtschaftsprobleme erheblich größer als im übrigen Österreich. Die Strukturanpassung gelang hier noch weniger als im übrigen Österreich. Die Struktur dominieren Grundstoffe (Untersuchungsgebiet 55%, Österreich 26%), traditionelle Konsumgüter (6% gegen 24%) und moderne Finalgüter (39% gegen 50%) sind stark unterrepräsentiert. Von den insgesamt 46.000 Industriebeschäftigten der Obersteiermark sind 21.000 in Bergbau und Eisenerzeugung sowie 12.000 in der Papierindustrie beschäftigt, beides Branchen mit schweren Strukturproblemen und geringen Wachstumsaussichten. Die Produktion ist außengeleitet — die gegenseitigen Zulieferungen dürften bloß ein Viertel bis ein Fünftel derjenigen im oberösterreichischen Industriegebiet ausmachen — und beschränken sich auf einfache Produkte. Typisch auch für andere Industriezweige ist die Tatsache, daß die steirische Papierindustrie im Durchschnitt pro Gewichtseinheit um 16% weniger erlöst als die österreichische. Die Struktur der steirischen Wirtschaft ist unterdurchschnittlich wachstumsträchtig (fast alle Branchen einschließlich des Fremdenverkehrs wachsen unterdurchschnittlich und zwar desto langsamer, je wichtiger sie sind) und sind durch Branchenauswahl und geringe Branchenstreuung überdurchschnittlich krisenanfällig. Die Anpassungsfähigkeit und die Anpassungsbereitschaft leidet unter der Struktur großer, von außerhalb des Untersuchungsgebietes hierarchisch geleiteter Betriebe: Die durchschnittliche Betriebsgröße der Industriebetriebe liegt in der Obersteiermark bei 176 Beschäftigten, im steirischen Durchschnitt bei 123, im österreichischen Durchschnitt bei 97. Die Produktivität liegt in der Steiermark um rund ein Zehntel unter dem österreichischen Durchschnitt. Die Beschäftigung ist in der Obersteiermark in den letzten 10 Jahren nur halb so kräftig gewachsen wie im österreichischen Durchschnitt, die gemessene Arbeitslosigkeit war im Durchschnitt der letzten 5 Jahre um etwa ein Fünftel höher, trotz versteckter Arbeitslosigkeit innerhalb (Hortung) und außerhalb der Betriebe.
Die Obersteiermark ist trotz unterdurchschnittlicher Geburtenrate schon seit langem nicht mehr in der Lage, ihre Bevölkerung zu beschäftigen; durchschnittlich 1000 Steirer pro Jahr verlassen die Steiermark endgültig, weitere 7000 sind gezwungen, über die Grenzen des Bundeslandes hinauszupendeln. In den kommenden Jahren wird sich die Situation sicherlich verschärfen: Selbst nach optimistischen Prognosen müßten in den 80er Jahren 10.000 Arbeitsplätze mehr geschaffen werden als im letzten Jahrzehnt.

Ursachen der Strukturprobleme

Die Ursachen der österreichischen Strukturprobleme liegen nicht in überdurchschnittlich hohen Arbeitskosten: diese sind noch immer um 1/4 niedriger als in der BRD und um 1/5 niedriger als im Durchschnitt der Handelspartner, wenn auch etwas höher als in Frankreich, Italien oder Großbritannien. Die Ursachen sind eher im *raschen Aufholen der österreichischen Löhne* und in der *Industrialisierung der Entwicklungsländer* zu suchen. 1960 lagen die österreichischen Löhne noch unter denen der wichtigsten Handelspartner, und die Industrien, die heute als strukturschwach gelten, siedelten sich zum Teil gerade erst an, das Lohnniveau war ihnen in Deutschland oder in den USA zu hoch geworden. Die weltweite Grundstoffkonjunktur der siebziger Jahre führte dann zu einem *strukturwidrigen Ausbau* dieser mit Standardprodukten in Österreich langfristig nicht konkurrenzfähigen Bereiche. Mit dem Übergang zu niedrigeren Wachstumsraten der Nachfrage, der Energieverteuerung und den ersten Erfolgen der Industrialisierung der Schwellenländer sind diese latenten Strukturprobleme in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wieder virulent geworden, nachdem sie es schon Mitte der sechziger Jahre einmal waren.
Daß andere Industriestaaten vor denselben Problemen der Umstrukturierung stehen, weil die *Industrialisierung der Entwicklungsländer* zum Abwandern einfacher Produktionen geführt hat, verschärft die österreichischen Probleme noch, es intensiviert den Konkurrenzdruck auf den Märkten für intelligente Produkte enorm. Noch nie war es so schwer wie heute, eine der sa-

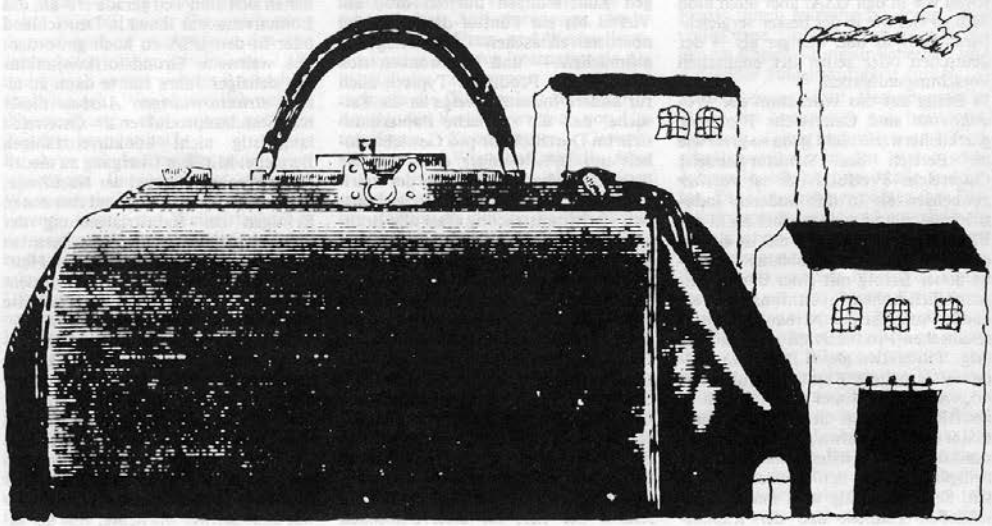
genhaften Marktlücken zu finden. Dazu kommt, daß der Schilling (ebenso wie die DM und der Schweizer Franken) heute nicht mehr unterbewertet sind, wie das noch zu Anfang der siebziger Jahre der Fall war, ganz im Gegenteil ist der Schilling eher überbewertet.

Die *Wirtschaftspolitik* hemmte den Strukturwandel in den siebziger Jahren durch die Forcierung der Beschäftigung von Gastarbeitern, die das Lohnniveau für ungelernte Arbeit drückten und den Niedriglohnbranchen die Möglichkeit gaben, die Anpassung hinauszuschieben. Strukturkonservierend wirkten weiters die massive Förderung der Invetitionen bei gleichzeitig hoher Steuerbelastung, die weit unterdurchschnittliche Förderung von Forschung und Entwicklung sowie die Versuche, Arbeitsplätze auch in strukturschwachen Betrieben zu erhalten. Zwiespältig ist der Beitrag der *Hartwährungspolitik* zum Strukturwandel. Struktur*hemmend* wirkt eine Aufwertung dadurch, daß sie die Gewinne der Exportindustrie senkt — die Konkurrenzverschlechterung durch die Aufwertung wird teilweise aufgefangen — und dadurch die Investitionen (gewinnabhängige vorzeitige Abschreibung!) und damit die Möglichkeit zum Strukturwandel beeinträchtigt wird. Weiters begünstigt eine Aufwertung den geschützten Sektor relativ zum meist produktiveren exponierten und verstärkt die Konzentration der Exporte auf die Länder, mit denen de facto feste Wechselkurse bestehen. Überdies wirkt eine Aufwertung deutlich restriktiv, der Strukturwandel aber ist in Perioden langsamen Wachstums in Österreich deutlich langsamer. Andererseits könnte eine Hartwährungspolitik den Strukturwandel auch **beschleunigen,** da sie die Exportgewinne der strukturschwachen Bereiche besonders stark drückt und ihnen die Notwendigkeit der Änderung der Produktionsprogramme besonders drastisch vor Augen führt. Wahrscheinlich wird es jedoch an Finanzierungsmitteln für die Umstrukturierung fehlen; solche Fälle der passiven Sanierung durch Ausscheiden waren in letzter Zeit nicht selten. Insgesamt zeigt sich, daß die Hartwährungspolitik den Strukturwandel eher bremsen dürfte, flankierende Maßnahmen für die Exportindustrien, die schon oft gefordert wurden, sind bis jetzt ausgeblieben.

Industriepolitik und Strukturverbesserung

Der Autor hat bereits vor Jahren in einem Gutachten für das Finanzministerium sechs Pakete zur Strukturverbesserung vorgeschlagen, und zwar ein Forschungsförderungs-, ein Innovationshilfe-, ein Mobilitätshilfe-, ein Finanzierungshilfe-, ein Exporthilfe- und ein Starthilfepaket. Bei der *Forschungsförderung* geht es vor allem um die Verschiebung von der Investitionsförderung zur indirekten Forschungsförderung sowie zu direkten Maßnahmen der Projektförderung. In der *Innovationsförderung* geht es um die teilweise Übernahme der Kosten für die Fertigungsüberleitung, nötige Testgeräte, die Markteinführung sowie Hilfe bei der Produkthaftung in der Einführungsphase. Die *Mobilitätshilfe* sollte helfen, Arbeitskräfte und Kapital rasch und mit möglichst geringen Kosten von strukturschwachen in aussichtsreiche Bereiche hinüberzuführen, die *Finanzierungshilfe* die Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapitalzinsen sicherstellen und für die Risikokapitalbildung außerhalb der Betriebe sorgen. Die *Exporthilfe* sollte noch stärker den Problemen der Exporteure in Weichwährungsländer und den Problemen der Mittelbetriebe zugewendet werden, die große Schwierigkeiten bei der Erschließung ausländischer Märkte haben, vom Know-how wie von den Kosten her. Das *Starthilfepaket* schließlich sollte Hilfe bei der Neugründung technologie- und facharbeitsintensiver Firmen geben.

Die Sammlung der Strukturprobleme in dieser Arbeit soll und darf nicht als Krankjammern der österreichischen Wirtschaft verstanden werden; die Erfolge der österreichischen Wirtschaftspolitik sollen nicht geleugnet werden. Es muß aber betont werden, daß die österreichischen wirtschaftspolitischen Erfolge der Vergangenheit Resultat illusionsloser Erkenntnis der Probleme *und* vielleicht auch überdurchschnittlicher Problemlösungskapazität gewesen sind. Diese beiden Elemente zusammen führten zu einer im internationalen Durchschnitt überdurchschnittlich konsequenten antizyklischen Budgetpolitik (von einigen Fehlern abgesehen), zu der berühmten Einkommenspolitik, zu der — verglichen zum internationalen Standard — stärker mittelfristigen Konzeption der Wirtschaftspolitik und zur frühzeitigen Akzeptierung der Strukturpolitik (die heute in Amerika als Angebotspolitik neu entdeckt wird). Unsere Erfolge sind uns also nicht in den Schoß gefallen, wir haben sie erkämpft. Unsere gegenwärtigen Probleme zu erkennen und die Voraussetzungen für ihre Lösung zu schaffen, dazu sollten diese Überlegungen beitragen.



REGIONALSTUDIE OBERSTEIERMARK

Die Regionalstudie Obersteiermark wurde von der Republik Österreich und dem Land Steiermark gemeinsam aufgrund ihrer Bemühungen zur kurz-, mittel- und langfristigen Arbeitsplatzsicherung in diesem Gebiet vergeben. Die Bearbeitung erfolgte durch das Österreichische Institut für Raumplanung, das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung und Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy gemeinsam. Der Bericht umfaßt 170 Seiten und wird von einem 1000-seitigen Materialienband ergänzt. Die Hauptergebnisse der Studie, die als Grundlage der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Obersteiermark dienen soll, werden in der Folge vorgestellt.

Die Obersteiermark als altes Industriegebiet

Das Untersuchungsgebiet „Obersteiermark" umfaßt — mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz und dem politischen Bezirk Voitsberg — alle größeren Industriegebiete der Steiermark; sein Anteil an der Wohn- und Arbeitsbevölkerung der Steiermark beträgt jeweils rund 27% (1979), sein Anteil an der steirischen Industrieproduktion jedoch 45%. Die steirische Wirtschaft wächst unterdurchschnittlich, weil nahezu alle Branchen langsamer wachsen als im Bundesdurchschnitt und überdies gerade die Branchen dominieren, die auch im Bundesdurchschnitt wenig wachstumsträchtig sind; die Produktivität liegt in der Steiermark um ein Zehntel, im Untersuchungsgebiet noch weiter unter dem Österreich-Durchschnitt. Die Beschäftigung ist im Untersuchungsgebiet im letzten Dezennium um ein Drittel langsamer gewachsen als im Bundesdurchschnitt; fast 8000 Steirer wanderten in der Periode 1971/79 aus der Obersteiermark ab, weitere 7000 waren 1979 außerhalb des Bundeslandes beschäftigt. In der Industriestruktur der Obersteiermark (1979) dominieren Grundstoffe mit 55% (Österreich 26%), moderne Finalgüter sind mit 39% stark unterrepräsentiert (Österreich 50%); von den 46.000 Industriebeschäftigten des Untersuchungsgebietes sind 21.000 mit Bergbau und Eisenerzeugung und 12.000 mit Papiererzeugung beschäftigt, beides Branchen mit Strukturproblemen und geringen Wachstumsaussichten; die Betriebe des Untersuchungsgebietes sind von den Problemen dieser Branchen überdies besonders betroffen, weil sie im Durchschnitt die einfacheren und billigeren Qualitäten erzeugen, die von Niedriglohn-Konkurrenz und Preisverfall besonders betroffen sind. Die Anpassung der Produktionsstruktur gelang im Untersuchungsgebiet noch schlechter als im übrigen Österreich, insbesondere in den Perioden 1961/66 und ab 1979 fiel die Obersteiermark in bezug auf Wirtschaftswachstum und Produktivität deutlich zurück.

Zu der jüngsten Entwicklung trug das Zusammentreffen der enormen Verteuerung der Energieträger, der Neuordnung der Währungsrelationen und der Industrialisierung der Entwicklungsländer mit der weltweiten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums seit der Mitte der siebziger Jahre erheblich bei. Die Strukturprobleme der Obersteiermark zeichneten sich jedoch bereits in den frühen sechziger Jahren ab, konnten aber aus sechs Gründen bis jetzt nicht überwunden werden:

- *Erstens, weil die Umstellung der Grundstoffindustrien auf Finalprodukte technisch-organisatorisch sehr schwierig ist und überdies lange Zeit aus unterschiedlichen Gründen nicht genügend forciert wurde;*
- *zweitens, weil der Druck auf die Rationalisierung und die Umstellung der Produktionsprogramme zwar in Rezessionen und Grundstoffkrisen sehr stark war, gerade dann aber die Umstellung wegen der unsicheren Zukunftsaussichten, der Überkapazitäten in vielen Branchen und der Anspannung der finanziellen Ressourcen besonders schwerfiel;*
- *drittens, weil die Gründungsrate neuer Betriebe im Untersuchungsgebiet weit unter der ohnedies schon unterdurchschnittlichen steirischen Rate blieb;*
- *viertens, weil dem Gebiet kleinere und mittlere Unternehmens- und sogar Betriebsgrößen fehlen, wodurch die Flexibilität arg behindert wird;*
- *fünftens, weil die Konzernierung und die Abstimmung der Produktionsprogramme im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie sehr lange Zeit beanspruchte und in der ersten Phase noch zu keiner regionalpolitisch ausreichenden Verlagerung von Entwicklungs- und Verkaufsaktivitäten in die Betriebe des Untersuchungsgebietes geführt hat;*
- *sechstens schließlich, weil der Rückgang der Stahlnachfrage und der Verfall der Preise überraschend schnell und krisenhaft stark erfolgten und auch die Papierpreise mit der Kostenentwicklung nicht Schritt halten konnten.*

Es soll nicht geleugnet werden, daß Wirtschaft und Wirtschaftspolitik erhebliche Anstrengungen unternahmen, die Beschäftigung im Untersuchungsgebiet zu sichern, neue Produkte zu entwickeln und den Finalbereich auszuweiten. Dabei ging es allerdings — wie noch gezeigt wird — mehr um Maßnahmen zur Verbesserung der Produktionsstruktur, die bloß für begrenzte Zeit wirken können — nämlich bis die neuen Produkte wieder veraltet sind —, als um Maßnahmen zur Verbesserung der endogenen Erneuerungsfähigkeit der Betriebe bzw. des Gebietes, die dauerhafte Änderungen versprechen.

Wie kam es zu der wenig günstigen Industriestruktur der Obersteiermark und ihrem immer stärkeren Zurückfallen? — Gemäß den neuen theoretischen Erkenntnissen dieser Studie ist der äußere Anlaß für das Zurückfallen der Obersteiermark die Neue Internationale Arbeitsteilung, die sich aus der Industrialisierung der „Schwellenländer", der entwickelteren unter den Entwicklungsländern, ergibt. Die Erzeugung von Produkten in großen Serien mit ungeschulten Arbeitskräften und standardisierten Produktionsverfahren wanderte — nachdem Europa seine Lohnkosten- und Wechselkursvorteile verloren hatte — in den letzten Jahren zunehmend in die „Schwellenländer" ab; wegen des dort herrschenden Lohnkostenvorteils können sie so billig angeboten werden, daß die Produktion in den Industrieländern — meist — nur zu Verlusten möglich ist. Ein solches Abwandern von Standardprodukten aus den Hochlohn- in Niedriglohngebiete ist nicht grundsätzlich neu und im allgemeinen auch nicht sonderlich problematisch: Anstelle der abgewanderten einfachen wird die Produktion von neu entwickelten, modernen Produkten aufgenommen. Üblicherweise entstehen neue Produkte an den Orten höchster Informationsdichte, die zugleich meist die Orte der höchsten Lohnkosten sind, werden in ihrer Innovations- und in der ersten Wachstumsphase in den Hochlohnländern erzeugt, wandern aber dann, mit zunehmender Annäherung an die Reifephase, immer weiter in Richtung niedriger Löhne ab.

Im Gegensatz zu den bisherigen Analysen ist die tiefere Ursache der Strukturprobleme der obersteirischen Industrie also nicht die Tatsache, daß sie Produkte erzeugt, nach denen die Nachfrage — aus den angeführten und anderen Gründen — bloß schwach wächst, sondern, daß der Produktzyklus in dem Sinne gestört ist, daß die alten Produkte nicht abwandern (können) und neue Produkte nicht rasch ge-

nug entstehen; die endogene Erneuerungsfähigkeit ist blockiert, ein Symptom, das für alle alten Industriegebiete typisch ist und sich daher nicht in der Obersteiermark, sondern auch im Ruhrgebiet, in der Borinage, in Lothringen und abgeschwächt auch im amerikanischen Industrial belt findet. Die Blockierung der endogenen Erneuerungsfähigkeit äußert sich darin, daß die im Gebiet ansässigen Betriebe und Unternehmungen ihre Organisation und ihre Produktpalette **aus eigener Kraft** *nicht im entsprechenden Ausmaß und Tempo modernisieren können und daher ohne Anstöße von außen immer weiter zurückfallen. Solche Anstöße von außen können wirtschaftspolitische Maßnahmen, Ansiedlung von Betrieben oder Verlagerungen von Produktionen oder Produktionszweigen in bestehende Werke durch überregionale Unternehmungen sein. Im zweiten und dritten Fall ist allerdings zu beachten, daß dadurch in der Regel nicht die endogene Erneuerungsfähigkeit, sondern nur die Produktsstruktur des Gebietes verbessert wird, sodaß sich dasselbe Problem nach einiger Zeit abermals ergibt.*

Ursachen dafür, daß die endogene Erneuerungsfähigkeit gerade in den Gebieten mit dominierender Schwerindustrie blockiert ist, sind die Bindung der Produktion an Bodenschätze, die außerordentliche Länge der Wachstumsphase dieser Produkte, die regionale Konzentration, die zu Monostrukturen, und die Technologie, die zu Großbetrieben führt. In der Obersteiermark arbeiten 58% aller Beschäftigten im Grundstoffbereich (Österreich 19%), überwiegen außengeleitete Großbetriebe und ist die Lieferverflechtung innerhalb des Gebietes äußerst bescheiden.

Die Blockierung der endogenen Erneuerung zeigt sich somit auch in einer **Erstarrung der Wirtschafts- und Betriebsgrößenstruktur.** *Das Fehlen von Klein- und Mittelbetrieben verschiedenster Branchen, insbesondere jener, die Vorleistungen für die regionale Wirtschaft erstellen (urbanisation und localisation economies), wirkt sich nachteilig auf die regionalen Standortgegebenheiten aus. Dies gilt z. B. für die Ausstattung des Gebietes mit wirtschaftsnahen Dienstleistungen; die Großbetriebe beziehen diese innerhalb des Unternehmens oder des Konzerns, der übrigen regionalen Wirtschaft steht auf diese Weise ein eingeschränktes Angebot, das in keinem Verhältnis zum wirtschaftlichen Potential der Region steht, zur Verfügung. Ansatzpunkte zur Verbesserung der endogenen Erneuerungsfähigkeit sind demnach nicht nur auf betrieblicher Ebene (bestehende Betriebe) zu suchen, sondern auch in wirtschaftsstruktureller Hinsicht (neue Betriebe und Branchen).*

Die Voraussetzungen zur endogenen Erneuerung sind im Untersuchungsgebiet somit entscheidend beeinträchtigt: Die Technologie der Produktionsprozesse führte zu Konzentration und Außenleitung, diese gemeinsam mit dem kräftigen Wachstum in der Wiederaufbauperiode zu unterentwickelten Voraussetzungen für die Organisation der Such- und Entwicklungsprozesse, die zu neuen Produkten führen; über die Stagnation des Absatzes, die schlechte Ertragslage und die Arbeitsmarktprobleme ergibt sich daraus die geringe und längerfristig weiter sinkende Konkurrenzfähigkeit bei den für dieses Gebiet typischen Standardprodukten und ihre mangelnde Ablösung durch neue, den geänderten Produktionsvoraussetzungen besser entsprechende Produkte.

Die Charakterisierung der Obersteiermark als altes Industriegebiet zeigt den Stellenwert des bedeutendsten Entwicklungsproblemes dieses Raumes. Aus regionalpolitischer Sicht ist zudem auf die starken innerregionalen Struktur- und Entwicklungsunterschiede hinzuweisen. Auf der Ebene der Kleinregionen lassen sich neben dem Problemtyp des alten Industriegebietes mit Blockierung der endogenen Erneuerungsfähigkeit, der u. a. die Regionen Mürzzuschlag, Kindberg, Bruck a. d. Mur und Leoben umfaßt, noch weitere Problemtypen unterscheiden.

Erstens der Problemtyp des alten Industriegebietes, in dem der Bedeutungsverlust des industriellen Sektors bereits derart fortgeschritten ist, daß Anzeichen des **regionalen Verfalles** *(starke Abwanderung, Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung) zu erkennen sind. Diese Charakteristik trifft u. a. auf die Kleinregion Eisenerz zu, wobei dieses Schicksal auch andere alte Industrieregionen in der Steiermark in Zukunft treffen könnte. Vor allem die Kleinregion Leoben zeigt wegen der für ein Arbeitsmarktzentrum vergleichsweise hohen Abwanderung bereits erste Anzeichen dazu. Zweitens* **agrarisch strukturierte entwicklungsschwache Randgebiete,** *wie z. B. die Kleinregion Mürzsteg und Oberzeiring, und drittens Gebiete mit relativ* **stark ausgeprägtem Dienstleistungssektor,** *dessen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt sind, u. a. die Kleinregion Knittelfeld.*

Damit zeigt sich, daß ein Konzept zur Förderung der Obersteiermark nicht allein eine sektor- bzw. industriepolitische Ausrichtung haben kann; es ist vielmehr ein Paket aufeinander abgestimmter Maßnahmen notwendig, das den Entwicklungsproblemen sämtlicher Teilräume Rechnung trägt, weil diese den Druck auf die zentralen Arbeitsmärkte zusätzlich erhöhen.

Probleme und Gegenstrategien

Jede wirtschaftliche Strategie zur Behebung der regionalen und strukturellen Probleme der Obersteiermark muß über den Versuch der Lösung der Probleme der Stahl- und Papierindustrie weit hinausgehen. Wie auch in anderen, ähnlich strukturierten Regionen haben sich die **Probleme** *nämlich inzwischen festgefressen und auf die anderen Bereiche ausgestrahlt: der Anteil veralteter Produkte ist auffallend hoch; die Suchstrategien der Unternehmungen nach neuen Produkten sind — zumindest dezentral in den im Gebiet angesiedelten Unternehmensteilen — selten systematisch organisiert; es fehlen insbesondere kleinere und mittlere dynamische Unternehmungen; die Qualifikation der Arbeitskräfte entspricht bloß beschränkt den Erfordernissen hochtechnischer Finalproduktzweige; das Lohnniveau der Industrie liegt — insbesondere einschließlich der Lohnnebenkosten — über dem anderer Regionen mit Arbeitskraftüberschüssen; die Bereitschaft der Bevölkerung zur räumlichen und fachlichen Mobilität ist gering; die Produktivität liegt unter dem österreichischen Durchschnitt und der Abstand vergrößert sich der Tendenz nach weiter, insbesondere weil der Mangel an Arbeitsplätzen im Gebiet gemeinsam mit dem Mangel an Finanzierungsmitteln der Unternehmen schon seit längerem forcierte Rationalisierungsbemühungen behindert und vor allem in Großbetrieben arbeitsplatzsichernde Aktivitäten auslöste.*

Die Untersuchung der Produktpalette der steirischen, insbesondere der obersteirischen Industrie läßt befürchten, daß sich **die Probleme in Zukunft verschärfen werden,** *wahrscheinlich sogar sehr rasch und drastisch: Zahlreiche der obersteirischen Produkte haben nämlich schrumpfende oder bestenfalls stagnierende Märkte mit erheblichen Überkapazitäten, und die steirischen Märkte gehören vielfach zu denen mit besonders ungünstiger Kostenstruktur. Angesichts dieser Strukturschwächen kommen auf die Obersteiermark erhebliche* **Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme** *zu. Selbst wenn man von der relativ optimistischen Annahme ausgeht, daß in Österreich insgesamt in den achtziger Jahren rund 18.000 Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen werden können (+0,6%) und dadurch der Zuwachs an Unselbständigen zur Gänze beschäftigt werden kann, werden Angebot und Nachfrage sehr ungleichmäßig über das Bundesgebiet verteilt sein.*

In der Steiermark werden Ende der achtziger Jahre selbst dann rund 30.000 Arbeitsplätze fehlen, davon mehr als ein Drittel in der Obersteiermark, wenn in den kommenden Jahren ebensoviele Arbeitsplätze geschaffen werden wie im vergangenen Dezennium. *Branchenmäßiger Schwerpunkt der Beschäftigungsprobleme wird die Eisen- und Stahlerzeugung sowie die Papierindustrie sein; für ein Fünftel der Beschäftigten der ersteren und für ein Zehntel der Beschäftigten der letzteren werden in den nächsten zehn Jahren neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Da in der Obersteiermark schon in der Vergangenheit recht massive Anstrengungen unternommen wurden, Arbeitsplätze zu schaffen — etwa im Rahmen des Regionalprogramms Aichfeld-Murboden — setzt die Erhöhung der Rate der Arbeitsplatzschaffung um rund 10.000 Arbeitsplätze in der Obersteiermark sehr erhebliche Anstrengungen und zusätzliche Strategien voraus.*

Für die Notwendigkeit, die Dynamik dieses Wirtschaftsraumes besonders zu fördern, spricht noch ein weiterer arbeitsmarktpolitischer Grund: Im Rest der Steiermark wird im Betrachtungszeitraum ebenfalls ein sehr hoher Arbeitsplatzbedarf (rund 20.000 Arbeitsplätze), v. a. wegen der absehbaren demographischen Entwicklung in

den agrarisch strukturierten Gebieten entstehen; die Voraussetzungen zur Arbeitsplatzschaffung sind unter den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dort noch viel ungünstiger als im zentralen Wirtschaftsraum. Es ist deshalb zu erwarten, daß sich in Zukunft verstärkt die Arbeitsplatznachfrage aus den Randgebieten auf die zentralen Arbeitsmärkte der Steiermark richtet. Was von dieser Nachfrage nicht befriedigt werden kann, wird — soweit sie nicht unmittelbar in regionale Arbeitslosigkeit mündet — zur Verstärkung der Pendelwanderung mit Zielen außerhalb des Bundeslandes und voraussichtlich zur weiteren Erhöhung der Abwanderung führen.

Nach der traditionellen Auffassung stützen sich die regionalpolitischen Aktionsprogramme ganz überwiegend auf die **Bereitstellung von Infrastruktur** *und die* **Ansiedlung von Betrieben,** *vornehmlich solchen, die sogenannte Wachstumsprodukte erzeugen. Die in dieser Studie erarbeitete Erklärung der Strukturschwäche der alten Industriegebiete als Schwäche ihrer strukturellen Anpassungsfähigkeit und endogenen Erneuerungsfähigkeit zeigt, daß diese beiden Strategien allein* **nicht zum Erfolg** *führen können.*

Die zur Sanierung des Untersuchungsgebietes nötige neue endogene Dynamik entsteht vor allem durch **Maßnahmen zur Erneuerung und Verbesserung des endogenen Potentials** *der Region. Eine solche Strategie muß sich überwiegend auf die Substanz der im Gebiet bereits ansässigen Betriebe stützen und diese verbessern: Sie wird sich auf organisatorische und informationstechnische Maßnahmen konzentrieren müssen; im Bereich der materiellen Investitionen bestehen schon jetzt Systeme direkter und indirekter Förderung, die jedoch — isoliert angewendet — zur Sanierung regional schwacher Gebiete nicht ausreichen. Es muß die Fähigkeit der lokalen Firmen gestärkt werden, neue Technologien zu absorbieren und organisatorische Innovationen durchzuführen; es müssen aber auch die Voraussetzungen für die Gründung neuer Betriebe, insbesondere solcher in einer frühen Phase des Produktzyklus verbessert und die* **dafür** *nötige Infrastruktur geschaffen werden.*

Ein regionales Aktionsprogramm

Im Zentrum des regionalen Aktionsprogrammes für die Obersteiermark, das im Rahmen dieser Studie erarbeitet wurde, steht das Programm zur endogenen Erneuerung des alten Industriegebietes. Wegen der langen Wirkungsverzögerung dieser Maßnahmen und wegen der Heterogenität des Gebietes hat dieses Programm jedoch Maßnahmen der kurzfristigen Arbeitsplatzsicherung zur Voraussetzung und muß durch Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Stärkung der endogenen Erneuerungsfähigkeit der agrarischen Randgebiete ergänzt werden.

Die begleitenden Maßnahmen zur kurzfristigen Arbeitsplatzsicherung werden rascher wirken, und insofern besteht die Gefahr, daß sie politisch Priorität erhalten. Es muß daher mit allem Nachdruck betont werden, daß die Maßnahmen zur endogenen Erneuerung gerade wegen ihrer langen Wirkungsverzögerung möglichst rasch eingeleitet werden sollten. Ein Arbeitsplatzsicherungsprogramm allein würde keinesfalls genügen; es würde die Probleme nur hinausschieben und ihre Lösung in Zukunft erheblich erschweren.

1. Endogene Erneuerung

Endogene Erneuerung bedeutet *Hilfe für die im Gebiet ansässigen Unternehmungen und Betriebe, um sie in die Lage zu versetzen, aus eigener Kraft Suchprozesse nach neuen Produkten durchführen zu können und zwar nach Produkten, die in einer Menge nachgefragt werden, die die Beschäftigung der Arbeitskräfte des Gebietes sicherstellt, und deren Erlös hoch genug ist, um weitere Suchprozesse nach abermals neuen Produkten zu ermöglichen und zu finanzieren. Angesichts der Neuen Internationalen Arbeitsteilung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern und der hohen Lohnkosten im Untersuchungsgebiet müssen diese Suchprozesse überwiegend auf Produkte gerichtet sein, die mit Hilfe forschungs- und facharbeitsintensiver Verfahren entwickelt, produziert und vertrieben werden. Auf eine genaue Definition kann verzichtet werden, weil die Auswahl der Produkte und der Produktionsverfahren ohnedies durch die Unternehmer erfolgen muß; die Wirtschaftspolitik kann und soll die Produkte nicht selbst auswählen, sie soll sich auf Maßnahmen beschränken, die die Unternehmungen in die Lage versetzen, effizienter und erfolgreicher nach neuen Produkten zu suchen.*

1.1. Bewußtseinsbildung

Derzeit besteht im Untersuchungsgebiet — wie in allen alten Industriegebieten — weder auf der Ebene der Groß- noch der Kleinbetriebe ein Bewußtsein unternehmerischer Risikobereitschaft; man hat sich an die Produktion traditioneller Produkte, an niedrige Gewinnspannen, an ein Schrumpfen der Absatzmärkte gewöhnt und empfindet das nicht mehr als Folge eigenen Versagens, sondern widriger äußerer Umstände. Dynamische Unternehmen können sich in dem für alte Industriegebiete typischen Klima meist nicht halten. Wichtigste Voraussetzung einer endogenen Erneuerung ist daher ein sorgfältig geplantes Programm der Bewußtseinsänderung. Ein wichtiger Teil davon, die **Schaffung regionaler Arbeitskreise** *zur lokalen Erneuerung wurde in Teilen des Untersuchungsgebietes bereits begonnen. Es wird darauf ankommen, diese ersten Ansätze auf das gesamte Gebiet auszuweiten und eine Form der lockeren Steuerung zu finden, die sie nach der Phase der Begeisterung auch über die ersten Mißerfolge hinwegträgt. Eine Möglichkeit in dieser Richtung wäre die Erarbeitung verschiedener Vortragsprogramme auf unterschiedlichen Ebenen (Führungskräfte, Mittelstand, Arbeitnehmer), die die Mentalitätsänderung steuern. Ein zweiter Schritt wäre die Organisation des Erfahrungsaustausches, teils in direkter Form durch Kontakte der Arbeitsgruppen untereinander, teils durch bewußte Sammlung und Distribution von Erfolgsberichten. Es wäre zu überlegen, damit unbürokratische Stellen zu betrauen, seien es existierende oder neu zu schaffende Institutionen, seien es Gruppen oder Einzelpersonen.*

1.2. Die Notwendigkeit einer kooperativen regionalpolitischen Strategie für die Obersteiermark

Einer der größten Nachteile für die Problemgebiete Österreichs liegt darin, daß regionalpolitische Überlegungen noch nicht den Stellenwert haben, der ihnen zukommen müßte. Das heißt nicht, daß nicht laufend auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften sinnvolle und wirkungsvolle Maßnahmen der Regionalpolitik gesetzt werden, sondern daß diese Maßnahmen vielfach nicht vorbeugend-konzeptiv, sondern im Bedarfsfall als „Feuerwehrmaßnahmen" getroffen werden. Auch eine Koordinierung der Maßnahmen der verschiedenen staatlichen Ebenen erfolgt zwar in zahlreichen Fällen, häufiger entsteht jedoch eine Konkurrenz von Ländern bzw. Gemeinden um einzelne Projekte, bei denen sich vielfach der Stärkste durchsetzt. Das verstärkt die Konzentrationstendenz von Betriebsansiedlungen bzw. -erweiterungen in dynamischen Agglomerationen, wo größere Fühlungsvorteile bestehen als in Agrargebieten oder in alten Industriegebieten mit relativ vielen Großbetrieben. Daraus ergibt sich die Forderung, daß die gesamte Wirtschaftspolitik **stärker auf die regionalpolitischen Notwendigkeiten** *achtet; es gilt,*

- *einen passenden Instrumenten-Mix im Zusammenwirken aller betroffenen Institutionen zu entwickeln, entsprechend zu dotieren und gezielt einzusetzen;*
- *ein entsprechendes Instrumentarium für die Ungleichbehandlung unterschiedlicher Regionen zu schaffen, durch differenzierte Förderungssätze, wie durch Instrumente, die primär in entwicklungsbedürftigen Gebieten zum Einsatz kommen;*
- *die Förderungspraxis im Rahmen der gegebenen Regelungen stärker an regionalpolitischen Erfordernissen zu orientieren sowie*
- *stärker als bisher auf die praktische Durchsetzung regionalpolitischer Programme zu achten.*

Es muß ausdrücklich betont werden, daß in dem Maße wesentlich höhere staatliche Förderungsmittel für Projekte des Untersuchungsgebietes bereitgestellt werden müßten, wie die Maßnahmen der endogenen Erneuerung wirksam werden.

1.3. Betriebsberatung und -organisation

Eines der Charakteristika alter Industriegebiete besteht darin, daß die Betriebsorganisation weniger modern ist als in Gebieten mit rascherem Produktwechsel. Dieses Charakteristikum ergibt sich, von der Eigentümerstruk-

tur unabhängig, aus der Dominanz von außengeleiteten Großbetrieben und färbt auch auf die im Gebiet ansässigen Mittelunternehmungen ab. Die Großbetriebe sind in der Regel zu stark zentralistisch hierarchisch organisiert, was sich aus dem relativ geringen Diversifikationsgrad der Schwerwie der Papierindustrie ergibt; wegen dieses geringen Diversifikationsgrades und der vielfach noch traditionellen Produktpalette sehen sich die Großbetriebe der alten Industriegebiete ebensowenig wie die auf lokalen Absatz beschränkten Klein- und Kleinstbetriebe veranlaßt, eine moderne Entwicklungs-, Marketing- und Absatzorganisation aufzuziehen. Da zur Verhaltensänderung die Bereitstellung von allgemeinen Informationen (Literatur, Kurse) erfahrungsgemäß nicht genügt, wird angeregt, ein **„advisory-system"** *als Informations-Transmissions-Mechanismus aufzuziehen. Gerade für alte, wenig dynamische Gebiete ist ein solches „advisory-system" auch einem „incentive-system" der Förderung von Arbeitsplätzen wegen der geringeren Gefahr von Mitnahmeeffekten überlegen.*

1.4. Informations- und Kommunikationspolitik

Die Informationspolitik sollte die Nachteile verringern, die alte Industriegebiete gegenüber der Informationsdichte und den Fühlungsvorteilen der modernen Agglomerationen haben, und die Bereitschaft erhöhen, sich dieser Informationen zu bedienen. An erster Stelle wird die Schaffung eines **dreistufigen Systems des Informationstransfers** *empfohlen. Die höchste, bundesweite Stufe wären bereichsspezifische Datenbanken auf der Ebene der technischen Universitäten, im Fall der Steiermark an der Technischen Universität Graz und an der Montanuniversität Leoben. Diese wären an die teils schon vorhandenen weltweiten oder nationalen Technologiebanken (NTIS) in einer Art anzuschließen, die kostspielige Duplikationen vermeidet und mit dem entsprechenden Personal zur Auswertung, Ergänzung und Strukturierung der Informationen auszustatten. Von dort müßten gezielte Informationen an eine zweite Ebene praxisorientierter Forschungs- und Beratungsinstitute gegeben werden, die — überwiegend mit bundesweitem Wirkungsbereich — nach Branchen oder Technologien organisiert sind und sich um die konkrete Anwendung in österreichischen Betrieben bemühen.*

Ergänzt werden müßte das System des Informationstransfers durch die **Verbesserung des Personenfernverkehrs** *mit Hilfe von Bahn (Tages- und Nachtverbindung mit Schlafwagen), Straße und Flugzeug nach den umliegenden technologischen Zentren, zunächst nach den anderen Landeshauptstädten (Verbesserung insbesondere in die Direktion Linz und Innsbruck nötig), vor allem aber auch nach München, Stuttgart, Zürich und Basel. Ein Besuch in diesen Zentren darf nicht als zeitaufwendig empfunden werden, weil nur so die Kommunikation in* **beiden** *Richtungen forciert werden kann.*

Ebenso wäre die Verbindung zum Flughafen Wien zu verbessern; diese sollte durch Einbeziehung des Flughafens in das Netz der Städteschnellverbindungen erfolgen. Ein vergleichbares System läuft in der BRD bereits (z. B. Flughafen Frankfurt).

1.5. Forschungspolitik

Industrieökonomische Untersuchungen haben ergeben, daß in weiten Bereichen des Hüttenwesens, der Schwerindustrie, aber auch des Maschinenbaus Forschungs- und Entwicklungsprojekte weniger auf naturwissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauen, sondern aus der traditionellen Produktionspalette und der technologischen Vergangenheit heraus entwickelt werden; gerade hierin liegt die letzte Ursache der Blockierung der endogenen Erneuerung in Gebieten mit starker Dominanz der Schwerindustrie. Die Forschungspolitik muß versuchen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Erstens *mag das dadurch gelingen, daß durch kräftige direkte und indirekte Förderung von Forschung und Entwicklung im Untersuchungsgebiet (zum Teil dadurch, daß die bestehenden Förderungsinstitutionen einen größeren Teil der Mittel für dieses Gebiet reservieren) gebietsfremde Unternehmungen veranlaßt werden,* **betriebliche Entwicklungseinheiten** *mit angeschlossener Produktion in die Obersteiermark zu verlegen.*

Zweitens *wäre zu überlegen, wieweit die Forschung und Entwicklung der verstaatlichten Industrie im Untersuchungsgebiet verstärkt werden könnte. Einerseits wäre zu prüfen, ob bestimmte Forschungseinrichtungen stärker produkt- und anwendungsbezogen gestaltet werden könnten, andererseits, ob die verstaatliche Industrie (Eisen- und Metallbereich sowie eventuell die Elektroindustrie) gemeinsam mit der Universität Leoben ein* **anwendungsorientiertes Forschungszentrum** *auf einem Industriegebiet gründen könnte (z. B. Anwendung der Elektronik, doch ließe sich, angesichts des weit fortgeschrittenen Produktzyklus der Elektronik, vielleicht Zukunftsträchtigeres finden, etwa Werkstofftechnik oder neue Formen der Werkstoffbearbeitung).*

Drittens *wären die Erfahrungen zu studieren, die Großbritannien, die USA und Taiwan mit* **Hochtechnologieparks** *gemacht haben. Als Standort dafür kämen im Untersuchungsgebiet Leoben, wenn man den Horizont weiter spannt, auch Graz in Frage.*

Viertens *sollte das deutsche Beispiel der* **Fachhochschulen** *als Stätten der Ausbildung und der klein- und mittelbetriebsbezogenen Forschung studiert werden und auf seine Anwendbarkeit für die Steiermark geprüft werden; insbesondere die Erfahrungen in Baden-Württemberg dürften außerordentlich gut sein.*

Schließlich *sollten von seiten der Kammern und Regionalbehörden* **Standardforschungsverträge** *zwischen Betrieben und Forschungsinstituten entworfen werden, die Standardvorschläge für die komplizierten Probleme der Kalkulation des Informationsflusses, eventueller Patent- und Lizenzrechte enthalten. Weder Kleinbetriebe noch Forschungsinstitute verfügen über das nötige Know-how und das entsprechende gegenseitige Vertrauen, um solche Verträge abzuschließen, was einer der Gründe für das geringe Ausmaß der Zusammenarbeit sein dürfte.*

1.6. Verbesserung der Ausbildung

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß Österreich ausländische Hochtechnologiefirmen am ehesten dann anziehen konnte, wenn hier ein entsprechendes Angebot hochwertiger Techniker und Fachkräfte verfügbar war. Tatsächlich haben derzeit aber sogar bestehende Firmen (z. B. die VOEST in Linz) Schwierigkeiten, genügend gute Techniker zu bekommen. Die Vergrößerung des Technikerangebotes ist daher Hand in Hand mit dem steigenden Bedarf der Betriebe des Untersuchungsgebietes zu forcieren.

Weiters wäre an die Ausbildung von Facharbeitern, insbesondere im Elektronikbereich, in der Feinwerktechnik usw. zu denken. Derzeit müssen die Firmen diese Kräfte selbst ausbilden, ein entsprechendes Kursangebot (für Gesellen bestimmter Zweige) könnte das Arbeitskräftepotential der Steiermark für Hochtechnologiefirmen interessant machen. Im besonderen soll der Mangel an Sekretärinnen, Korrespondenten und Verkäufern mit Fremdsprachenkenntnissen im Untersuchungsgebiet betont werden.

1.7. Investorenberatung und Förderung von Risikoinvestitionen

Eine generelle Förderung der Betriebsansiedlung birgt die Gefahr in sich, in erster Linie parallel produzierende Zweigbetriebe, also verlängerte Werkbänke anzuziehen, die zur endogenen Erneuerung der Region wenig beitra-

gen; demgemäß wäre es regionalpolitisch erwünscht, die Höhe der Subvention nach qualitativen Kriterien zu differenzieren. Die Suchstrategien sollten primär auf Firmen gerichtet werden, bei denen dem österreichischen Wunsch nach Ansiedlung in regional schwachen Gebieten durch das **Anbieten spezieller Vorteile** *mehr Nachdruck verliehen werden kann: Solche Vorteile können liegen im Vorhandensein von Rohstoffen oder Vorprodukten, von speziell qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere Technikern im Forschungsbereich, von besonderen Forschungseinrichtungen, eines bestimmten Know-how, eines österreichischen Kooperationspartners, der auf bestimmten Teilmärkten dominiert, öffentlicher Nachfrage, die bisher im Ausland befriedigt wurde, in Ausnahmefällen von wirtschaftspolitischen Vorteilen, wie etwa Voraussetzung eines bestimmten Anteils inländischer Wertschöpfung zur Nutzung bestimmter Zollvorteile oder von Exportförderungsmaßnahmen.*

a) Um die Suche nach den richtigen Firmen im Untersuchungsgebiet steuern und auch koordinieren zu können, müßte eine **Ansiedlungsorganisation** *mit wenigen, aber hochqualifizierten Mitarbeitern geschaffen werden, die die Kontakte zur ICD hält, als Anlaufstelle für ansiedlungswillige Firmen dient und die Firmen alleinverantwortlich bis zur endgültigen Entscheidung betreut.*

b) Die Ansiedlungsorganisation sollte sich auch über einige **unkonventionelle Formen der Investorenwerbung** *den Kopf zerbrechen. So etwa sollten über die jeweiligen Absolventenverbände, die zuständigen Professoren und Assistenten hochqualifizierte Mitarbeiter von Hochtechnologiefirmen im Ausland angesprochen werden, die in der Steiermark studiert haben und auf ihre Bereitschaft zur Firmengründung in der Steiermark abgeklopft werden. Dabei müßten ihnen selbstverständlich entsprechende finanzielle Hilfen in Form von Eigen- und Fremdmitteln angeboten werden können.*

c) Schließlich könnte auch überlegt werden, wieweit große, aber technisch schwache Betriebe der Schwerindustrie initiative Mitarbeiter anregen könnten, in Kooperation mit ihnen Hochtechnologiefirmen zu gründen, denen in der Anfangsphase die Forschungseinrichtungen und der Vertriebsapparat der Mutterfirma zur Verfügung stehen; amerikanische Firmen sollen mit diesen Verfahren gute Erfahrungen gemacht haben.

d) Besonders wertvoll wäre die **Ansiedlung von Dienstleistungsfirmen** *im Consulting- und Engineeringbereich bzw. die besondere Förderung bereits ansässiger, potenter Firmen, da sie nicht nur als Multiplikatoren für die Umstellungsbemühungen der Schwerindustrie dienen könnten, sondern auch kleineren Firmen Zuliefermöglichkeiten schaffen.*

e) Besondere Beachtung ist der **Förderung von Risikoinvestitionen** *zu widmen, die derzeit im Untersuchungsgebiet fast völlig fehlen. Ansatzpunkte, die allerdings noch eines erheblichen Ausbaus bedürfen, wurden mit den vier Wirtschaftsförderungsgesellschaften bereits geschaffen, bedürfen aber noch einer erheblichen Ausweitung. Zur Koordinierung der Aktivitäten, die sich zwangsläufig, wenn auch mit unterschiedlichen Zielsetzungen, immer wieder auf dieselben Projekte richten, mit jenen anderer Träger der Wirtschaftsförderung auf Bundes- und Landesebene wird die Einrichtung eines Innovationsförderungs-Round table empfohlen.*

1.8. Verringerung der Nachteile aus der externen Kontrolle

a) Die Entwicklungsschwäche alter Industriegebiete resultiert zum erheblichen Teil daraus, daß sich die **zentralen Führungsstellen** *außerhalb des Gebietes befinden, wodurch der Region intellektuelles Potential, Kaufkraft und Steuerleistungen verloren gehen. Soweit die Zentralen nicht eine Vielzahl von Betrieben über mehrere Bundesländer führen und die Informationsdichte der Bundeshauptstadt nicht wirklich benötigen, wäre dem Eigentümer ein Programm der schrittweisen und allmählichen Verlagerung an die Produktionsstätte zu empfehlen. Schon bei verschiedenen Firmensanierungen ist das aus* **nicht-regionalwirtschaftlichen** *Gründen gefordert und zum Teil auch durchgeführt worden.*

b) Deutschen Beispielen folgend wäre weiters zu überlegen, wieweit die extreme — und noch auf die Monarchie zurückgehende — Konzentration aller Verwaltungsstellen der staatlichen Behörden auf Wien zweckmäßig und zu rechtfertigen ist. Eine **Verlegung einzelner zentraler Dienststellen** *der öffentlichen Verwaltung in die Obersteiermark wäre zu prüfen. In einer sehr viel längeren zeitlichen Perspektive wäre die Zweckmäßigkeit einer Zusammenfassung der jetzt nach unterschiedlichen Berufsgruppen dezentralisierten Träger der Sozialversicherung in einer einheitlichen Einrichtung und ihre darauffolgende Regionalisierung zu prüfen.*

c) Schließlich wäre auch zu überlegen, wie die Nachteile kompensiert werden könnten, die sich aus der **derzeitigen Form des Finanzausgleichs** *für die entwicklungsschwachen Gebiete, insbesondere alte Industriegebiete mit Außensteuerung, ergeben.*

2. Kurzfristige Arbeitsplatzsicherung

Das temporäre Programm zur Beschäftigungssicherung schließlich muß alle die Maßnahmen enthalten, die nicht primär der endogenen Erneuerung, sondern überwiegend der Beschäftigungssicherung dienen, unabhängig davon, ob sie rasch verwirklicht werden können oder ob sie selbst eine längere Anlaufzeit benötigen.

2.1. Beschäftigungssicherung in bestehenden Betrieben

Methoden der Beschäftigungssicherung in bestehenden Betrieben ohne deren grundlegende Sanierung sind im allgemeinen abzulehnen, weil die Verhinderung des Beschäftigungsabbaus oder des Konkurses die Produktivität nur noch weiter drückt. Wenn einzelne — ausgewählte — Instrumente der Beschäftigungssicherung in bestehenden Betrieben hier dennoch vorgeschlagen werden, dann aus **drei speziellen Gründen:** *Erstens weil in der gegenwärtigen Krise durch das Zusammentreffen von konjunkturellen und strukturellen Faktoren auch Unternehmen in Schwierigkeiten geraten, die unter „normalen" Bedingungen lebensfähig wären, zweitens weil die ganz großen Betriebe aus politischen Gründen ohnedies am Leben erhalten würden und ein zielgerichtetes Konzept besser ist als Ad-hoc-Feuerwehrmaßnahmen im Ernstfall; drittens schließlich, weil kleinere Unternehmungen im Untersuchungsgebiet weit unterdurchschnittlich vertreten sind und ihr Ausscheiden als Folge behebbarer Mängel tunlichst vermieden werden sollte.*

Die Maßnahmen müssen sehr sorgfältig geplant werden und das Programm sollte auf maximal fünf Jahre befristet sein. Voraussetzung wäre weiters, daß die Belegschaft der betroffenen Betriebe auf Privilegien verzichtet, die über den jeweiligen Branchendurchschnitt hinausgehen, und einer Umschichtung von Arbeitskräften innerhalb der Unternehmungen zustimmt. Unter diesen Voraussetzungen wären für die Obersteiermark folgende Maßnahmen zu überlegen:

a) Die **Sanierung existenzgefährdeter Betriebe** *durch Gewährung von Finanzhilfe und Betriebsberatung für an und für sich sanierbare Betriebe (FGG-Prüfung), die in Schwierigkeiten geraten sind.*

b) Ein **Frühwarnsystem** *zur rechtzeitigen Erkennung möglicher Konkurse durch Verpflichtung aller mit der Wirtschaftsförderung im weitesten Sinne Befaßten, Schwierigkeiten rechtzeitig einer Stelle zu melden, die eine FGG-Prüfung veranlaßt (Weigerung durch die Firma schließt Förderung aus).*

c) **Temporäre Arbeitsplatzsicherung in der verstaatlichen Industrie** *in etwas*

anderer Form als bisher. Es wird eine temporäre Strategie empfohlen und zwar an den jetzt besonders problematischen Standorten Rationalisierungen aufzuschieben und auf Freisetzungen solange zu verzichten, als das Strukturprogramm Obersteiermark noch nicht greift und Ersatzarbeitsplätze demgemäß noch nicht zur Verfügung stehen, dafür aber dann Anpassungen des Belegschaftsstandes geplant und rasch vorzunehmen. Das Programm sollte auf maximal fünf Jahre beschränkt sein. Die Kosten des temporären Verzichts auf Freisetzungen dürften den Betrieben nicht angelastet werden. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten dieser Maßnahmen wären insgesamt gesehen (netto) nicht allzu groß, wenn man bedenkt, daß es letztlich nur um die Differenz zwischen den Löhnen und der Arbeitslosenunterstützung geht und Zuwendungen an die Betriebe — zwar unter anderem Titel, aber letztlich aus dem selben Grund — auch jetzt erfolgen.

d) **Verstärkte Verlagerung von Produktionszweigen** *der verstaatlichten Industrie und der Konzernbetriebe der verstaatlichten Banken in die strukturschwachen Gebiete der Obersteiermark.*

2.2. Ansiedlung von Betrieben,

die Ersatzarbeitsplätze bieten, mit Hilfe von Subventionen, auch wenn diese Betriebe die Kriterien für die endogene Erneuerung nicht ganz erfüllen; da von diesen Betrieben wenig Impulse ausgehen werden und die Gefahr nicht auszuschließen ist, daß sie die Region nach einiger Zeit wieder verlassen oder eingehen, darf die Subvention für diese Art von Betrieben nicht allzu großzügig ausfallen. Es wäre zu überlegen, solchen Betrieben eher Hallen und Maschinen, die auch für andere Zwecke verwendet werden können, durch subventionierte Leasing-Verträge zu überlassen.

2.3. Beschleunigter Ausbau der Teile der Infrastruktur,

die für das Programm der endogenen Erneuerung ohnedies benötigt werden, zwecks temporärer Stützung der Beschäftigung. Zu denken wäre dabei an Projekte der Bahn im Bereiche des Nahverkehrs sowie an den Ausbau der Fernverkehrsstrecken auf höhere Geschwindigkeit und größere Kapazität, die beschleunigte Fertigstellung einer Sparversion von Süd- und Pyhrnautobahn, aber auch Projekte im Energie-(Fernwärme), Versorgungs- und Entsorgungsbereich.

2.4. Aktive Arbeitsmarktpolitik

Dabei handelt es sich vor allem um die Ausarbeitung und Finanzierung von Schulungsprogrammen für Arbeitslose, insbesondere für Jugendliche, die keinen Arbeitsplatz finden. Damit soll einerseits die Abwanderung und die regionale Entleerung verhindert werden. Neben der Förderung der beruflichen Mobilität durch Umschulung wäre die regionale Mobilität durch Ausbau des Nahverkehrs zu fördern. Dabei ist nicht in erster Linie an eine Verbilligung durch Durchtarifierung im Verkehrsverbund zu denken, sondern an eine Verkürzung der Pendelzeit insbesondere durch Abstimmung der Fahrpläne, Verbesserung der Linienführung, Vorrang für den öffentlichen Verkehr in den Städten (z. B. eigene Fahrspuren, Ampelfunksteuerung).

3. Infrastruktur

Im Gegensatz zu traditionellen Regionalprogrammen hat der Ausbau der Infrastruktur in dieser Studie bloß den Charakter von begleitenden Maßnahmen, ganz überwiegend von solchen, die den Informationstransfer direkt oder indirekt begünstigen.

3.1. Verbesserung des Personenfernverkehrs

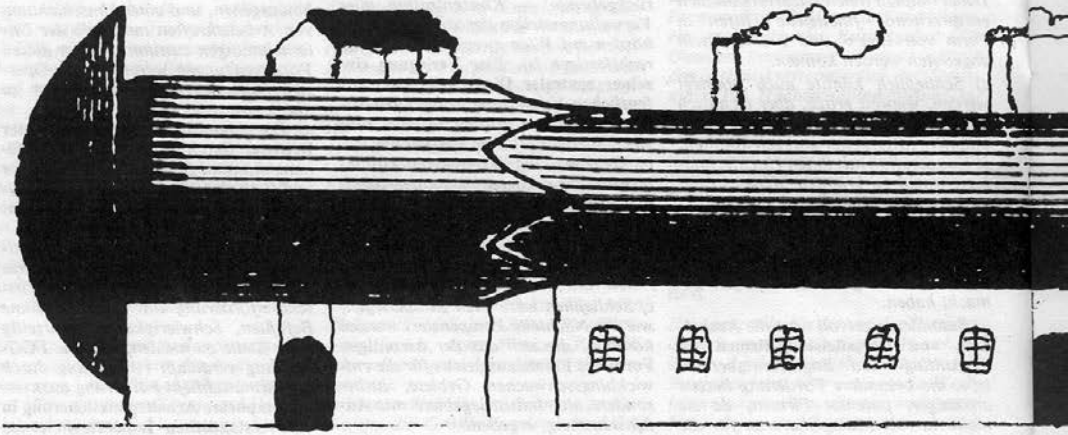
Im Bereich des Personenfernverkehrs geht es primär um den informationsmäßigen Anschluß der Obersteiermark an die in- und ausländischen technologischen Zentren. Kurzfristig ist eine Vergrößerung der Zahl der Verbindungen, ihre Beschleunigung und die Führung von Speise- und Schlafwagen in den Hauptrelationen anzustreben. Eine Vermehrung und Beschleunigung der Zugverbindungen nach dem Westen wurde im Sommerfahrplan 1982 vorgenommen, zusätzliche Verbesserungen sollten u. a. eine erhebliche weitere Beschleunigung betreffen. Weiters ist ein Konzept zur Einbeziehung des Flughafens Schwechat in das Netz der Städteschnellverbindungen zu erstellen. Auf mittlere Sicht erscheint der zumindest teilweise zweigleisige Ausbau von Schoberpaß und Ennstalstrecke sowie der Bau der Gleisschleife SELZTHAL wichtig. Auf lange Sicht kann der Semmering-Basistunnel gewisse Verbesserungen bringen, die allerdings für die Obersteiermark nicht überschätzt werden sollten.

3.2. Verbesserung des Personennahverkehrs

Diese Maßnahmen werden notwendig, weil ein merkliches Ansteigen des Tagespendelns nicht zu vermeiden sein wird. Anzustreben ist die Einführung des Nahverkehrstaktes im Bereich MÜRZZUSCHLAG — JUDENBURG und BRUCK — GRAZ mit günstigeren Bahn-und Busanschlüssen in die Nebentäler.

3.3. Verbesserung des Güterverkehrs der Bahn

Verbesserung der Nachtsprung-Ver-



bindungen und ein Ausbau der Ortsgüteranlagen, z. B. NIKLASDORF und KNITTELFELD; mittelfristig sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß sich im Raum ST. MICHAEL — NIKLASDORF ein Umschlagzentrum entwickeln kann. Dazu gehören der Ausbau eines Großverschiebebahnhofes und der Bau eines Containerterminals. Weiters empfiehlt sich der Bau eines kleineren Containerterminals in LIEZEN.

3.4. Ausbau des Straßennetzes

Sparversion der Pyhrnautobahn im Bereich Graz — Linz; Südautobahn; Schnellstraßenzug im Mur-Mürztal.

3.5. Flächenwidmung

Die relative Enge der Mur-Mürz-Furche und die hohe Besiedlungsdichte machen Fragen der rechtzeitigen Flächenwidmung besonders wichtig. So sind die nötigen Grundstücke für die geplanten Verkehrsmaßnahmen (Streckenbegradigungen, Straßenbau) ebenso rechtzeitig zu sichern wie verkehrsgünstige Grundstücke für Distributionseinrichtungen und gewerbliche Betriebsstandorte. Besonderes Augenmerk ist der Sicherung günstiger Wohnstandorte (in den Nebentälern?) zuzuwenden, da die endogene Erneuerung nur gelingen kann, wenn es gelingt, das Gebiet für Spitzenmanager und Unternehmer attraktiv zu machen, wofür hochqualitative Wohnstandorte, gute Schulen und attraktive Freizeiteinrichtungen unabdingbare Voraussetzungen sind.

4. Randgebiete

Ein Konzept zur Sanierung der agrarischen Randgebiete der Obersteiermark würde ein eigenes Gutachten erfordern, da ihre Probleme von denen des Kernraumes völlig verschieden sind. An und für sich liegt in der Obersteiermark der Fall einer negativen Symbiose vor: Die alten Industriegebiete und ihre Peripherie drücken sich in ihrer Initiativelosigkeit und Einkommensschwäche gegenseitig.

4.1. Sicherung der Land- und Forstwirtschaft

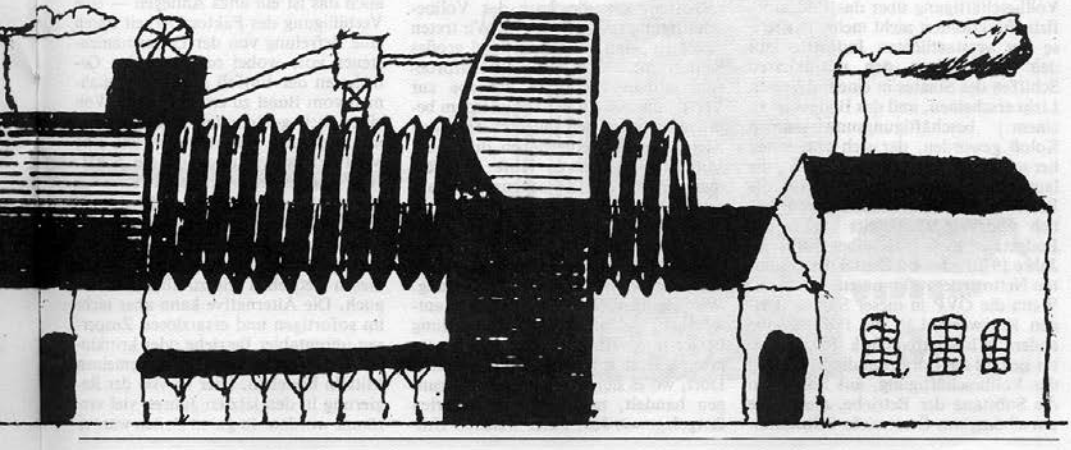
- *Sicherung und z. T. auch weiterer Ausbau der Absatz- und Verwertungseinrichtungen für Zucht-, Nutz- und Schlachtrinder sowie für Milch, Holz und Holzerzeugnisse;*
- *Förderung der Direktvermarktung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr;*
- *Sicherung einer möglichst optimalen Wald- bzw. Holzwirtschaft, wobei neben der verstärkten Vor- bzw. Pflegenutzung auch die vermehrte Nutzung von minderwertigem (Abfall-) Holz von Bedeutung ist;*
- *Prüfung der Möglichkeit von Spezialbetriebszweigen (z. B. Fischzucht) und von Sonderkulturen (z. B. Flachs), insbesondere Absicherung der speziellen Risiken dieser Zweige;*
- *in Übereinstimmung mit dem gebietsweise weiteren Ausbau des Fremdenverkehrs auch Förderung der Privatzimmervermietung in Bauernhäusern (Urlaub auf dem Bauernhof).*

4.2. Fremdenverkehr

Die Möglichkeiten, den Fremdenverkehr regionalwirtschaftlich wirksam zu entwickeln, sind auf einige Teilgebiete beschränkt. Da diese zumeist abseits der Siedlungs- und Industriehauptzone gelegen sind, ergibt sich, daß dem Fremdenverkehr entwicklungspolitisch eine **wichtige Komplementärfunktion** *zukommt, die verstärkt genutzt werden soll. Als Hauptstoßrichtung einer* **Fremdenverkehrs-Entwicklungsstrategie** *sind vor allem anzusehen:*

- *Qualitätssteigerung des Beherbergungsangebotes,*
- *Verbesserung der regionalen Kooperation,*
- *Intensivierung der Beratung der Gemeinden und anderer örtlicher Träger des Fremdenverkehrs, vor allem bezüglich zweckmäßiger örtlicher Entwicklungskonzepte und eines problem- und chancengerechten Managements, wobei entsprechend den örtlichen Gegebenheiten im besonderen auf alle spezifischen Absatzmöglichkeiten Bedacht zu nehmen ist. Darunter fallen insbesondere*
- *der Ausbau des Angebotes für Wanderer, Bergsteiger, Langläufer und Schiwanderer,*
- *in einigen Fällen die Nutzung örtlicher Heilvorkommen (OBERZEIRING, WÖRSCHACH; Heilklima-Hoffnungsgebiet SECKAU — GAAL) und*
- *Entwicklung eines Spezialangebotes für bewußte Gesundheitspflege,*
- *die Entwicklung besonderer kultureller und bergbaukundlicher u. ä. Angebote (z. B. ADMONT, SECKAU, EISENERZ, OBERZEIRING, EISENSTRASSE) sowie*
- *in Einzelfällen (LEOBEN) der Ausbau des Tagungswesens.*

Zur Förderung der oben angeführten regional dezentralisierten Aktivitäten wird es stark auf die **Förderung lokaler Initiativen** *ankommen. Regionale Verbände scheinen dafür am besten geeignet. Die staatliche Förderung sollte sich auch im Bereich des Fremdenverkehrs nicht nur auf die Förderung der materiellen Investitionen (Betten, Qualitätszimmer, Küche), sondern stärker auf die Förderung der überbetrieblichen Voraussetzungen (Vorschläge der Arbeitskreise) und der Organisation konzentrieren; dabei ist vor allem an den Aufbau entsprechender incoming-Einrichtungen, insbesondere den Aufbau eines landesweiten Reservierungssystems zu denken.*



Rupert Dollinger

DER WIRTSCHAFTS-PLAN DER ÖVP ALS ALTERNATIVE ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK DER REGIERUNG

Das Jahr 1981 zeigte erstmals in aller Deutlichkeit, daß sich Österreich auf Dauer nicht von internationalen Entwicklungen abschotten kann. Eine Rekordsumme an Insolvenzen und ein starker Beschäftigungseinbruch am Jahresende waren deutliche Anzeichen dafür, daß sich auch die österreichische Wirtschaft oder zumindest Teile von ihr in einem Zustand befinden, der ohne Schwarzfärberei den Titel Krise verdient.

Die sozialistische Regierung steht dieser Entwicklung eher hilflos gegenüber. An die von allerhöchster Stelle ausgegebene Argumentationslinie, wonach an privaten Firmenzusammenbrüchen die Unfähigkeit der Unternehmer, an der Krise der verstaatlichten Industrie das Ausland schuld sei, verfängt auch im eigenen Lager nicht mehr. In aller Hast und Eile werden sogenannte „Beschäftigungsprogramme" zusammengestellt, bei denen nur eines sicher ist: nämlich, daß sie den ohnehin schon gigantischen Schuldenberg nur noch weiter erhöhen. Die Ratlosigkeit der Sozialisten kommt nicht von ungefähr: das A und O ihrer Wirtschaftspolitik, nämlich die Forcierung von Großprojekten und Sicherung der Vollbeschäftigung über das Budgetdefizit, funktioniert nicht mehr. Die Krise der verstaatlichten Industrie läßt den Mythos von den unsinkbaren Schiffen des Staates in einem düsteren Licht erscheinen, und das Budget ist zu einem beschäftigungsunwirksamen Koloß geworden, der sich von innen her selbst auffrißt: jene 56 Mrd. S., die laut Bundesvoranschlag 1982 für die Bedienung der Finanzschuld erforderlich sind, binden bereits 15,2% der Budgetausgaben (gegenüber 7,8% im Jahre 1970) oder ein Drittel des gesamten Nettosteueraufkommens.

Wenn die ÖVP in dieser Situation einen Kurswechsel in die Politik, eine andere Wirtschaftspolitik fordert, so tut sie dies aus Sorge um die Erhaltung der Vollbeschäftigung, aus Sorge um die Substanz der Betriebe, aus Sorge um all das, was Österreichs Selbständige und ihre Mitarbeiter in den letzten Jahrzehnten geschaffen haben. Vollbeschäftigung ist nach den Grundsätzen des Mock-Planes nicht allein eine ökonomische, sondern in gleichem Maße auch eine moralische Kategorie.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich betonen, daß auch wir über keine Patentrezepte verfügen, insbesondere auch über keine kurzfristig wirksamen Wundermittel, sondern daß wir glauben, daß die Verbesserung der österreichischen Wirtschaftsstruktur ein langwieriger und mühsamer Prozeß ist, der von allen Österreichern getragen werden muß. Auch die Konsolidierung des Budgets wird mehrere Jahre erfordern, muß aber endlich in Angriff genommen werden.

Während sich die Regierung immer nur auf Großbetriebe oder Großprojekte konzentriert, glauben wir, daß gerade zur Arbeitsplatzsicherung die Klein- und Mittelbetriebe besonders gefördert werden müssen. Die Großinsolvenzen der letzten Monate verdecken die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung immer mehr auch Kleinbetriebe in Bedrängnis bringt. Die Belastungen der letzten Jahre haben gerade jene am härtesten getroffen, die die Last der Vollbeschäftigung getragen haben. Wir treten dafür ein, daß ein ausreichend großes Kontingent von Investitionsförderungsmitteln für diese Betriebe zur Verfügung gestellt wird. Außerdem bemühen wir uns seit längerer Zeit, den Klein- und Mittelbetrieben durch ein Mittelstandsgesetz zu Hilfe zu kommen (ist in der Zwischenzeit verabschiedet worden).

Eng verknüpft mit unserer klein- und mittelbetrieblichen Struktur ist auch unsere Forderung nach einer verstärkten indirekten Investitionsförderung. Wir glauben, daß eine eigenverantwortliche Unternehmerentscheidung besser und effizienter ist als eine am grünen Tisch getroffene Entscheidung. Dort, wo es sich um direkte Förderungen handelt, müssen klare Kriterien festgelegt werden, unter welchen Umständen die Förderung gewährt wird. Wir betrachten es daher als Erfolg im Sinne unserer Politik, daß im Rahmen des Mock-Kreisky-Abkommens eine Investitionsprämie mit Rechtsanspruch erreicht werden konnte.

Die sozialistische Belastungspolitik hat zu einer Entkapitalisierung der Betriebe geführt; unabhängig von der Betriebsgröße ist der Eigenkapitalanteil drastisch gesunken. Wir verlangen daher Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis. Ein wichtiger erster Schritt ist durch das Beteiligungsgesetz, wie es Dr. Taus vorhin skizziert hat, geschehen. Ein altes Anliegen der ÖVP, nämlich eine breitere Eigentumsbildung, ist damit teilweise realisiert. Angesichts einer eigentumsfeindlichen Politik der Regierung — Umverteilung von disponierbarem Einkommen vom einzelnen zum Staat, Mietengesetz, einseitige Förderung von Mietwohnungen, Belastung der betrieblichen Substanz — muß sich die ÖVP dem Bürger gegenüber als jene Partei präsentieren, die Eigentum als Bastion einer freien Gesellschaft und eines demokratischen Systems hochhält und verteidigt.

Über die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe hinaus schlägt die ÖVP zur Sicherung der Vollbeschäftigung verschiedene an Problemgruppen orientierte Maßnahmen vor. Zur Vermeidung einer substantiellen Jugendarbeitslosigkeit sollen Prämien zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für Jugendliche, zeitlich befristet und beschränkt auf Rand- und Problemgebiete, gewährt werden. Diese Forderung steht in einem klaren Gegensatz zur Politik der Regierung, die Sonderaktion zur Förderung der Einstellung zusätzlicher Lehrlinge gerde in einem Jahr, in dem erstmals auch bei den Jugendlichen Arbeitsplatzprobleme drohen, auslaufen zu lassen. Um regionalen Arbeitsmarktproblemen entgegenzuwirken, schlagen wir — auch das ist ein altes Anliegen — eine Verbilligung des Faktors Arbeit durch eine Befreiung von der Lohnsummensteuer vor, wobei natürlich den Gemeinden der Entfall an Steuereinnahmen vom Bund zu ersetzen wäre. Von einer breit gefächerten Jungunternehmerförderung erwarten wir uns eine Multiplikatorwirkung für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Ich glaube, daß auch ein klares Wort zu den Beschäftigungsschwierigkeiten in der Verstaatlichten Industrie notwendig ist. Die ÖVP bekennt sich zu diesen Betrieben wie zu allen anderen auch. Die Alternative kann aber nicht im sofortigen und ersatzlosen Zusperren unrentabler Betriebe oder kritiklosen Subventionieren aus allgemeinen Mitteln bestehen. Hier ist von der Regierung in den letzten Jahren viel versäumt worden. In guten Zeiten wäre es

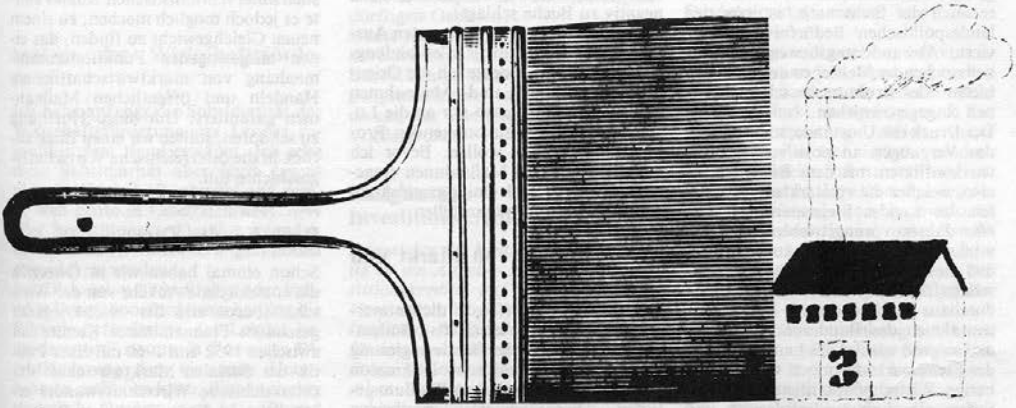
um vieles leichter gewesen, unrentable Betriebsteile zu schließen und moderne, konkurrenzfähige Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Heute ist die Situation wesentlich schwieriger. Daher meine ich, daß Finanzhilfen an unrentable Betriebe aus übergeordneten regionalen Gesichtspunkten dann gerechtfertigt sind, wenn die Gewährung dieser Mittel mit strikten Auflagen hinsichtlich der Modernisierung und Umstrukturierung der Betriebe verbunden wird und gleichzeitig Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden, um unvermeidbar gewordene Stillegungen zu kompensieren.

Mehr denn je liegt der Schlüssel für eine gedeihliche Entwicklung unserer Wirtschaft nach meiner Ansicht bei der Sanierung des Bundeshaushaltes. Es muß einfach in einem mehrjährigen Zeitraum gelingen, den Teufelskreis zu durchbrechen, der darin besteht, daß wachsende Defizite zu immer neuen Belastungen führen, die wiederum zu immer geringerer Steuerergiebigkeit und zu immer größerer Anfälligkeit der noch gesunden Betriebe führen. Wir müssen endlich vom Lieblingsgedanken des Bundeskanzlers Abschied nehmen, daß mehr Schulden weniger Arbeitslose bedeuten. Das einzige, was bei höheren Schulden wirklich sicher ist, sind höhere Zinsen und Schuldentilgungen. Auch bestehen strukturelle Zusammenhänge zwischen Budgetdefizit und Leistungsbilanzdefizit. Budgetsanierung ist daher auch ein Betrag zur Verbesserung der Leistungsbilanz. Wir verlangen daher zunächst den Verzicht auf den Bau des Konferenzzentrums bei der UNO-City, weiters die Verminderung des Personalstandes des Bundes um etwa 1% durch eine nur teilweise Nachbesetzung freiwerdender Stellen, eine genaue und mit größter Akribie durchgeführte Durchforstung aller Subventionsansätze, die Ausgliederung von Bundesaufgaben, die kostengünstiger und bedarfsgerechter durch andere Gebietskörperschaften oder durch Private erfüllt werden können, die Einführung einer verbindlichen Folgekostenrechnung bei der Erlassung neuer Gesetze und eine Reduktion der Defizite bei den Bundesbetrieben, besonders bei den ÖBB und den Bundestheatern.

Vielfach ist die Forderung nach einem Belastungsstopp, wie sie von der ÖVP wiederholt erhoben wurde, als unrealistisch und unseriös bezeichnet worden. Ich glaube aber, daß ein solcher Belastungsstopp für alle sozialen Gruppen von größter Bedeutung ist: steigende Belastungen manifestieren sich bei den Arbeitnehmern in Kaufkraftentzug und in einer Vergrößerung der Schere zwischen Brutto- und Nettobezug, die wiederum dem Arbeitgeber größte Probleme auferlegt. Steigende Belastungen der Betriebe schwächen ihre Konkurrenzfähigkeit und gefährden damit Arbeitsplätze. In der von uns verlangten Steuerreform soll es daher konsequenterweise drei Phasen geben: 1. einen Steuerbelastungsstopp, 2. eine grundlegende Steuerreform mit dem Ziel, das Steuersystem gerechter und ergiebiger zu gestalten und 3. längerfristig eine Reduktion der Steuerbelastungsquote, um dem einzelnen Bürger wieder mehr Dispositionsmöglichkeiten einzuräumen.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Thema unserer alternativen Wirtschaftspolitik behandeln, das rein qualitativer Natur ist: die ÖVP tritt für mehr Gestaltungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeit ein und möchte damit einen klaren Kontrapunkt zur völlig einseitigen Arbeitszeitverkürzungsdebatte des Sozialministers setzen: es ist nicht so sehr das Anliegen des selbständigen Menschen, kürzer zu arbeiten, als sich vielmehr seine Zeit freier einteilen zu können. Dazu schlagen wir die gesetzliche Verankerung der gleitenden Arbeitszeit, das „Job sharing", die begrenzte Tauschbarkeit von Arbeitszeit und Arbeitslohn und den Abschluß von Jahresarbeitsverträgen vor. Diese Ideen der Zeitsouveränität sind getragen von der grundsätzlichen Einstellung der ÖVP, dem Menschen mehr Wahlmöglichkeiten zu geben und zur Hebung der Lebensqualität auch unter ungünstigeren äußeren Bedingungen beizutragen.

Der Mock-Plan und das Wirtschaftsprogramm der ÖVP sind, das möchte ich nochmals betonen, keine Patentrezepte. Jeder, der in einer wirtschaftlich und außenpolitisch so unsicheren Zeit den Besitz von Patentrezepten anpreist, sollte uns höchst verdächtig sein. Unsere Vorschläge sind getragen vom redlichen Bemühen, das unter größten Entbehrungen nach dem 2. Weltkrieg Geschaffene für uns und die nachfolgenden Generationen zu erhalten, zu verbessern und unserer Wirtschaft jene strukturellen Anpassungen zu erleichtern, die zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherung der Vollbeschäftigung erforderlich sind.



Hans Georg Fuchs

AUFGABEN UND VORHABEN DER STEIRISCHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Stellung der Bundesländer im Gesamtrahmen der österreichischen Wirtschaftspolitik ist primär nach dem Gesichtspunkt der Subsidiarität zu beurteilen: Demnach ist der Bund dazu berufen, all jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu ergreifen, die auf gesamtstaatlicher Ebene effektvoller und mit geringerem Mitteleinsatz durchführbar sind als dies bei Eigenkompetenz der Länder möglich wäre.

Dem gegenüber betreffen die von den Ländern zu bewältigenden Aufgabenbereiche jene wirtschaftspolitischen Agenden, die wegen der besonderen Strukturverhältnisse, der regionalen Differenzierungen oder der Individualität der Region zielführender auf Landesebene betreut werden sollen. Gerade im Bereich der Wirtschaftsförderung läßt sich ein Trend zum **verstärkten Engagement der Länder** beobachten, welcher gegen die sonst festzustellende Zentralisierung der Aufgaben und Kompetenzen beim Bund verläuft. Nicht zuletzt daraus ist zu ersehen, daß die Probleme regionaler Wirtschaftsstrukturen seit den 60er Jahren verschärft in den Vordergrund getreten sind. Das wirtschaftspolitische Engagement der Bundesländer, insbesondere auch der Steiermark, ist von den landespolitischen Bedürfnissen motiviert, Abwanderungsbewegungen arbeitssuchender Menschen aus Grenzgebieten oder strukturschwachen Regionen entgegenzuwirken.

Der Druck der Umstände, nicht so sehr das Vergnügen an positiven Kompetenzkonflikten mit dem Bund war es also, welcher die verstärkten Aktivitäten des Landes Steiermark seit den 60er Jahren vorangetrieben hat. Man muß sich dabei auch vor Augen halten, daß die finanziellen Aspekte der Wirtschaftsförderung auf Landesebene durchaus gravierend sind. Der Ausgabenrahmen des Bundesbudgets ist 16 mal so groß wie der des Landesbudgets der Steiermark. Dennoch war die bisherige Wirtschaftspolitik des Landes Steiermark durchaus erfolgreich und die Effizienz der eingesetzten Mittel zufriedenstellend.

Gerade das Zusammentreffen der strukturpolitischen Probleme und Beschäftigungsschwierigkeiten in den alten Industriegebieten der Steiermark mit einer allgemeinen Rezession und andererseits die Bevölkerungsentwicklung beziehungsweise der Eintritt junger Menschen ins Berufsleben bringt in den nächsten 5 Jahren eine Schere zwischen Arbeitskräfteangebot und vorhandenen Arbeitsplätzen. Wir müßten in den nächsten 5 Jahren in der Steiermark rund 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, um allen Steirern bis 1985 einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen zu können.

Zu den Problemen der steirischen Eisen- und Stahlindustrie, wie auch der Papierindustrie, kommen noch die Sorgen um unser Grenzland. Wir haben in der Steiermark ein Grenzland, das vor etwa 60 Jahren aus einer Binnensituation zum Grenzland wurde. Die Steiermark hat nach dem Ersten Weltkrieg 8.000 km², ein Drittel seiner Fläche, an Jugoslawien verloren. Damit ist auch ein Drittel des Marktes verlorengegangen.

Schließlich ist noch die verkehrsgeographische Randlage zu erwähnen, welche zu Wettbewerbsnachteilen führt und bei Standortüberlegungen negativ zu Buche schlägt.

Angesichts dieser kurz skizzierten Ausgangslage, welche uns ja allen hinlänglich bekannt ist, möchte ich die Orientierungsrichtlinien und Maßnahmen vorstellen, mit welchen wir an die Lösung der auf uns zukommenden Probleme herangehen wollen. Bevor ich auf die konkreten Maßnahmen eingehe, möchte ich doch einige grundsätzliche Bemerkungen voranstellen.

Spannungsfeld von Markt und Staat

Mit der immer offensichtlicher werdenden Krise der Wirtschafts-, Budget- und Steuerpolitik der Bundesregierung ist die ordnungspolitische Diskussion in Österreich in ein akutes Stadium getreten. Aber auch in allen übrigen westlichen Industrieländern werden die Grenzen des Staatsinterventionismus sichtbar. Staatsausgaben werden durchforstet und gekürzt, um Budgetdefizite und Staatsverschuldung abzubauen. Auch die Entwicklung in einigen osteuropäischen Ländern scheint diesen Kurs zu bestätigen. Geradezu revolutionär ist der Fünfjahresplan 1981 bis 1985 unseres Nachbarlandes Ungarn. Eine weitgehende Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse an die Betriebe soll das Wachstum anregen, die zwei Wirtschaftsministerien werden zusammengelegt und fast die Hälfte der Beamten reduziert.

Auf der anderen Seite nehmen protektionistische nationalstaatliche Maßnahmen und eine ungeheure Subventionierung bestimmter Branchen zu. Innerhalb der EG hält Frankreich im Erfinden nichttarifärer Handelshemmnisse die Spitzenposition. Die europäische Stahlindustrie wurde in den letzten Jahren mit über 430 Mrd. S. subventioniert, selbst die konservative Regierung in Großbritannien trug ihr Scherflein dazu bei, British Leyland zwischen 1975 und 1980 mit rund 36 Mrd. S aufzupäppeln, eine ähnliche Summe soll für die Pleitekandidaten British Steel und Rolls Royce aufgebracht werden.

Ich nenne diese wenigen Beispiele, die sich beliebig ergänzen lassen, um einen Grundsatz für unsere Haltung abzuleiten: Wir sollten uns **keinen romantischen Heilserwartungen** auf eine neue Blüte rein marktwirtschaftlichen Handelns hingeben, weder in Österreich noch in den außenwirtschaftlichen Beziehungen. Das Spannungsfeld zwischen Markt und Bürokratie bleibt bestehen, nur Ideologen glauben, man könne den einen oder anderen Pol verdrängen. Die realistische Fragestellung geht dahin, wie weit sie sich gegenseitig behindern oder aber in einem möglichst reibungslosen Funktionszusammenhang zu ordnen sind. Die derzeitige Erschütterung eines einseitigen staatsinterventionistischen Kurses sollte es jedoch möglich machen, zu einem neuen Gleichgewicht zu finden, das einen ausgewogenen Funktionszusammenhang von marktwirtschaftlichem Handeln und öffentlichen Maßnahmen garantiert. Um hiezu Hoffnung zu schöpfen, sollten wir einen Blick zurück in die österreichische Wirtschaftsgeschichte tun.

Raab-Kamitz-Kurs

Schon einmal haben wir in Österrich die entschiedene Abkehr von der Wirtschaftsbürokratie der Nachkriegszeit geschafft. Finanzminister Kamitz hat zwischen 1952 und 1960 mit einer Politik der Sozialen Marktwirtschaft das österreichische Wirtschaftswunder ermöglicht. In dieser Zeit haben Budget- und Steuerpolitik, Währungs- und Kreditpolitik, Investitions- und Ex-

portförderung, gezielte öffentliche Aufträge harmonisch ineinandergegriffen und Vollbeschäftigung herbeigeführt. Trotz dreimaliger Einkommenssteuersenkungen und der Belastung mit den Staatsvertragsschulden konnten relativ ausgeglichene Budgets, in einigen Jahren sogar Einnahmenüberschüsse, erzielt werden.
Es geht also, wenn man will und es auch kann. Es geht daher auch nicht um den dogmatischen Streit der „reinen" Alternativen von Keynes oder Friedman, sondern nur um den realen und wahren Kern, der aus den Sonntagsreden in die Montagshandlungen hinübergerettet werden kann. Wir haben die 70er Jahre, welche uns von den Sozialisten als die Zeit des großen Fortschrittes und der sozialen Errungenschaften angekündigt wurden, hinter uns. Der gegenwärtige Erwartungshorizont unserer Gesellschaft ist laut allen demoskopischen Untersuchungen skeptisch und pessimistisch.
Wir sollten daher bei den Proklamationen für die 80er Jahre vorsichtig sein und auf Schritt und Tritt unter Beweis stellen, daß unsere Zielvorstellungen realisierbar sind. Wir können an den Zerfallserscheinungen des Sozialismus lernen, der einige brauchbare soziale Errungenschaften herbeigeführt hat, aber nichts Neues mehr gebären kann. Es gibt derzeit nicht Reaktionäreres, als das sture Festhalten an einer Ausweitung sozialer Sicherheit, die ihre Grundlagen untergräbt. Es geht uns sicherlich nicht um eine Minderung der sozialen Sicherheit, wohl aber um ihre vernünftige Fundierung.
Wer die Konsequenzen des technischen Fortschrittes durch Kollektivverträge aus der Welt schaffen will oder für die immer notwendiger werdende berufliche Mobilität das Rezept das absoluten Kündigungsschutzes bereit hält, leider an einer politischen Psychopathologie, welche zur Schädigung aller Betroffenen führt.

System der Wirtschaftsförderung

Ich habe anfangs die Subsidiarität der Wirtschaftsförderung des Landes gegenüber dem Bund erwähnt. Ich sehe diese Subsidiarität aber auch gegenüber der Wirtschaft, obwohl und gerade weil heute in Österreich über 70% aller Investitionskredite über irgendeine der 386 Kreditförderungsaktionen abgewickelt werden.
Die Diskussion über direkte oder indirekte Investitionsförderung berührt die Wirtschaftsförderung des Landes besonders, weil sie nur in Form der **Direktförderung** dem einzelnen Unternehmen zufließen kann. Eine indirekte steuerliche Begünstigung ist aufgrund der Abgabenhoheit des Bundes bei den in Frage kommenden Steuern unmöglich. Indirekte Förderungsformen bestehen jedoch auch auf Landesebene bei Infrastrukturinvestitionen, Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen wie Industrieparks, Aufschließungsbeiträge an Gemeinden etc.
Während wir ganz klar die Subsidiarität von Maßnahmen der Direktförderung betonen und ihren Anwendungsbereich auf eingrenzbare Fälle beschränken wollen, wird von den Theoretikern der Regierungspartei aus dem Motiv der Ausdehnung staatlicher Interventionsmöglichkeit die Ausnahme zur Regel erhoben. Sicherlich hilft die von Kamitz eingeführte steuerliche Bewertungsfreiheit einem Unternehmen nicht, das sich in der Verlustzone befindet. Gott sei Dank macht aber immer noch eine Mehrheit der österreichischen Unternehmen Gewinne und solange sie dies tun, darf man ihnen auch zutrauen, daß sie selbst wissen, wann und was sie investieren sollen. Daß auch das System der indirekten Investitionsförderung verbesserungsfähig ist, darf hier außer Streit gestellt werden. Die Form der Direktförderung im Österreich der 2. Republik, welche als erste in Erscheinung trat, war das **ERP-Programm**, dessen gering verzinste Kredite in erster Linie dem Aufbau der Grundstoffindustrien zugute kamen. Nur ein geringer Prozentsatz dieser Mittel stand der Konsumgüterproduktion zur Verfügung. Die entscheidenden Investitionsanreize während der Aufbauphase wurden für die großen Bereiche der privaten Wirtschaft durch die Einführung der vorzeitigen Abschreibung ab 1953 geschaffen.
Auf Landesebene entwickelte sich aus regionalen Bedürfnissen in den frühen 60er Jahren die Grenzlandhilfe und die Förderung strukturschwacher Gebiete, insbesondere der Regionen des Kohlenbergbaues, durch Darlehen, Beihilfen und Zinsenzuschüsse oder Grundaufschließungen in entwicklungsbedürftigen Gebieten.
Heute treten kapitalintensive und risikoreiche Projekte der Forschung und Entwicklung, Innovation und Fertigungsüberleitung, aber auch die Förderung der Energiegewinnung, in den Vordergrund.

Zinsgünstige Investitionskredite

Angesichts der heutigen Hochzinspolitik ist ein Angebot zinsgünstiger Investitionskredite auf breitester Ebene Voraussetzung für die Belebung der Investitionstätigkeit. Die Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark wird daher bei der Anwendung der steirischen Wirtschaftsförderungsgesetze primär das Instrumentarium von **Zinsenzuschüssen** einsetzen. Dadurch kann man ein viel größeres Kreditvolumen stützen als mit der Gewährung von Direktdarlehen. Die Höhe der Zinsenzuschüsse beträgt je nach regionalen arbeitsmarktpolitischen und strukturpolitischen Erwägungen zwischen 1,5 und 4%.
In diesem Zusammenhang wurde mit der **Österreichischen Investitions-Kredit AG** auch das Modell einer Investitionskreditkostenzuschußaktion entwickelt. Das Land Steiermark fördert mit Zinsenzuschüssen Investitionsvorhaben der Industrie, des Gewerbes, des Handels und des Verkehrs in der Steiermark zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes. Die im Bundesland Steiermark tätigen Kreditinstitute und die Investkredit gewähren Kredite bis zu einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Schilling, wobei der Aufwand für die Zinsstützungen 1982 rund 15 Millionen Schilling betragen wird.

Technologietransfer

Der Hauptansatzpunkt für die Bewältigung unserer Strukturprobleme liegt in der Verbesserung der Produktionsstruktur, im Suchen neuer Produkte und neuer Produktionsverfahren. Hiebei stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Technologietransfers im Vordergrund.
Dieser Zielsetzung dient die kürzlich erfolgte Gründung eines **Steirischen Technologieberatungszentrums** mit dem Sitz in Graz. Aufgabe dieser Beratungsstelle wird die Information über Innovationsmöglichkeiten, Patente und Lizenzen sein, der Aufbau einer Clearingstelle diverser Patentgeber und Patentnehmer, die Herstellung und Aufrechterhaltung von Kontakten und des Informationsflusses zu Institutionen des In- und Auslandes, die mit Fragen der Technologie und Innovation befaßt sind, sowie die Sammlung von Daten über jeweils verfügbare Produktionskapazitäten der steirischen Wirtschaft.
Allzu oft wird übersehen, daß von einer Innovation erst dann gesprochen werden kann, wenn ein neues Produkt auch am Markt nachgefragt wird. Zur Innovationsberatung zählen daher nicht nur die technischen, sondern auch eine breite Palette von betriebswirtschaftlichen Aspekten. Speziell für die Finanzierung von Innovationen wurde die „**Innofinanz**" unter Beteiligung steirischer Kreditinstitute und des Wirtschaftsförderungsinstitutes der Handelskammer Steiermark gegründet.
In diesem Zusammenhang soll auch die Forschungsförderung des Landes Steiermark über seine **kooperativen Forschungsinstitutionen** erwähnt werden. Hier hat die Steiermark im Bereich der angewandten Forschung schon einige bemerkenswerte Leistun-

gen aufzuweisen. Auch in diesem Bereich müssen unsere Anstrengungen intensiviert und überhaupt das Zusammenwirken der Forschung auf unseren Universitäten mit der industriellen Forschung verstärkt werden.

Stärkung des Eigenkapitals

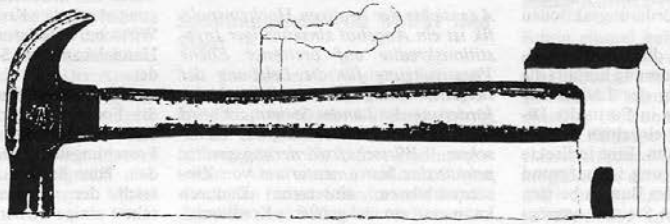
Ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt ist die Stärkung des Eigenkapitals in den Unternehmen. Der ständige Rückgang der Eigenkapitalquote ist einer der Hauptfaktoren zur Erklärung der Insolvenzfälle.
Die erforderliche Schaffung von steuerlichen Begünstigungen zur Bildung des Eigenkapitals muß auf Bundesebene durchgeführt werden. Auf Landesebene wird nun die **Steirische Beteiligungs-Finanzierungs-Gesellschaft** aktiv, welche vom Land Steiermark und Vertretern des steirischen Kreditapparates getragen wird. Sie soll über die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung eine Stärkung der Wirtschaftskraft heimischer Unternehmungen herbeiführen, um dadurch bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Diese Gesellschaft beteiligt sich etwa in Form einer stillen Gesellschaft, wobei die Beteiligung zur Durchführung eines Investitionsprojektes von volkswirtschaftlichem Interesse oder im Interesse einer Region oder einer Branche dienen soll. Die Kapitalbeteiligung soll es dem Unternehmen ermöglichen, durch Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen, durch Maßnahmen zur Forschung und Entwicklung, zur Erhöhung der Produktqualität bzw. zur Findung neuer Produkte und Einführung neuer Technologien oder durch Forcierung der Exporttätigkeit Arbeitsplätze im Unternehmen zu sichern bzw. neue zu schaffen. Wenn das Beteiligungsziel erreicht ist, kann die Beteiligung im Sinne der Bestimmungen über die stille Gesellschaft gekündigt werden.

Grundstücksbeschaffung

Ein weiteres Instrumentarium ist die **Steirische Grundstücksbeschaffungsgesellschaft.** In den Anfängen der Wirtschaftsförderung hat es immer wieder Situationen gegeben, wo die Gemeinden einem ansiedlungswilligen Betrieb ohne Kosten-Nutzen-Überlegungen Grund geschenkt haben. Oft genug ist es vorgekommen, daß ein solcher Betrieb insolvent wurde und der Grund dann in der Konkursmasse verloren ging. Es soll künftighin vermieden werden, Grundstücke der öffentlichen Hand zu verschenken. Diese Gesellschaft soll nur dort, wo das Investitionsvorhaben von der Zurverfügungstellung von Grund abhängig ist, das heißt, wo die Investition den Kauf des Grundes aus irgendwelchen Gründen zunächst nicht erlaubt, den Grund erwerben und dem Investor ein Baurecht einräumen oder ihm diesen Grund verpachten oder vermieten. Allerdings soll die Möglichkeit bestehen, daß der Investor dieses Grundstück nach einer gewissen Zeit zum ortsüblichen Preis kaufen kann. Dies entspricht dem Gedanken der Subsidiarität, daß die öffentliche Hand nur dann eingreifen soll, wenn dem privaten Investor im Augenblick der Investition der Kauf des Grundstückes finanziell nicht zumutbar ist.
Der Aufgabenbereich der Grundstücksbeschaffungsgesellschaft umfaßt auch die Aufschließung von Liegenschaften, die An- und Umsiedlung von Wirtschaftsunternehmen jeder Art, die Schaffung und Führung von Gemeinschaftseinrichtungen zugunsten dieser Betriebe, die Planung und Errichtung von Betriebsanlagen, ihre Erhaltung und Verwertung durch Vermietung, Verpachtung, Verkauf oder sonstige Gebrauchsüberlassung.

Werbung für die Steiermark

Die Ansiedlung neuer Betriebe macht es erforderlich, für die Standortvorteile der Steiermark gezielte Werbung zu betrieben und Investoren bei einer Betriebsansiedlung zu beraten. Als Argumente können von steirischer Seite auf den Bestand qualifizierter Arbeitskräfte mit hoher Arbeitsmoral und den günstigen Stromtarif hingewiesen werden. Das Niveau des steirischen Berufsschulwesens hält in Österreich die Spitzenposition. Bevor steirische Fachkräfte mangels geeigneter Beschäftigungsmöglichkeiten abwandern oder in andere Bundesländer pendeln müssen, muß alles daran gesetzt werden, den knappen Faktor qualifizierter Arbeitskräfte als Argument für Betriebsansiedlungen in der Steiermark auszunutzen. Aus diesem Grunde wurde die **Steiermärkische Gesellschaft für Betriebserweiterungen und Betriebsansiedlungen** gegründet, welche folgende Aufgaben hat:
a) die Werbung für die Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben in der Steiermark,
b) die Bereitstellung von spezifischen Standort- und Aufschließungsstudien auf der Grundlage der raumordnungs- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Festlegungen des Landes Steiermark,
c) die Empfehlung geeigneter Standorte
d) die Erstellung von Finanzierungs- und Förderungsvorschlägen in Zusammenarbeit mit den Finanzierungsinstitutionen und Gebietskörperschaften,
e) die Betreuung in allen mit der Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben zusammenhängenden Behördenangelegenheiten.
Schließlich werden alle bisher bestehenden Maßnahmen der betriebswirtschaftlichen Beratung über das **Wirtschaftsförderungsinstitut** der Handelskammer und den **Verein für praktische Betriebsberatung** sowie das Weiterbildungsangebot für Unternehmer und Arbeitnehmer intensiviert. Besondere Bedeutung kommt auch dem Ausbau der verkehrsmäßigen Infrastruktur zu. Dabei ist der Ausbau der Pyhrn-Autobahn und die Verbesserung der Eisenbahnverbindungen nach Westösterreich und Westeuropa vorrangig.
All diese Instrumentarien haben subsidiären Charakter. Zum Unterschied von jeder sozialistischen Wirtschaftspolitik verfallen wir nicht dem Irrtum, daß Arbeitsplätze durch die Bürokratie geschaffen werden können. Arbeitsplätze werden letztlich durch Unternehmen geschaffen und durch erfolgreiches Wirtschaften gesichert, wobei Unternehmerleistung, Marktbeobachtung, kreative und qualifizierte Mitarbeit zusammenwirken. Was die staatliche Wirtschaftspolitik dabei machen kann, ist die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche die Lebens- und Wachstumsmöglichkeiten dieser dezentralen Unternehmenseinheiten erleichtern. Wir verstehen staatliche Wirtschaftspolitik in ihrer subsidiären Funktion, überall dort Hilfestellung zu leisten, wo die Bedingungen und Strukturen die einzelnen Wirtschaftseinheiten in ihren Möglichkeiten überfordern, seien sie nun finanzieller oder technologischer Natur.



AICHFELD, GM UND SPIKES

Österreich, als Ableger bundesdeutscher Literatur, leidet unter seiner peripheren Lage nicht nur ökonomisch; auch am Büchermarkt zeigt sich die Begrenztheit des Absatzgebietes, die eine deutliche Orientierung auf österreichische Verhältnisse oft verhindert. Eine der gravierendsten Lücken war bislang das Fehlen eines explizit „österreichischen" — an hiesigen Verhältnissen orientierten und mit einheimischen Daten versehen — Lehrbuches der Wirtschaftspolitik. Dieses liegt nunmehr vor:

Hanns Abele/Ewald Nowotny/Stefan Schleicher/Georg Winckler (Hrsg.): Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung Wien 1982.

Im ersten Teil des ansprechend gestalteten Bandes werden wirtschaftsgeschichtliche, -theoretische und empirische Befunde geboten, dann folgen Beiträge zu den Institutionen und Entscheidungsprozessen der österreichischen Wirtschaftspolitik, darunter auch Skizzen der wirtschaftspolitischen Positionen der beiden österreichischen Großparteien. Schließlich werden die Bereiche der Wirtschaftspolitik in Einzelbeiträgen durchgegangen: öffentliche Finanzen, Geld und Währung, Industrie, Technologie, Energie, Agrar-, Arbeitsmarkt-, Sozialpolitik, Verkehr und regionale Wirtschaftspolitik, Wohnungswirtschaft, Außenwirtschaft und wirtschaftliche Landesverteidigung. Am Schluß folgen — und dies ist für ein Lehrbuch originell, vermittelt aber Anreize zum Lesen für alle wirtschaftlich Interessierten — Fallstudien; drei von diesen, die auch politische Brisanz besitzen, sollen kurz geschildert werden, um einen Vorgeschmack zur Lektüre zu bieten.

a) Regionalmodell Aichfeld-Murboden (Hans Moser).

Dieses große regionale Planungsvorhaben wurde Anfang der 70er Jahre in Angriff genommen, um einen Modellfall für eine eigendynamische Entwicklungsplanung zu realisieren. Die Ausgangssituation war nicht gut: eine Bevölkerungsmassierung, Standortnachteile, mangelnde Infrastruktur, schlechte Umweltsituation, Nachteile eines alten Industriegebietes, wenige Großbetriebe dominierten. Das Regionalprojekt setzte bei Information und Beratung, bei der Verbesserung der Infrastruktur (Schnellstraße, Wohnbau, Schulen) und beim Versuch von Industrieansiedlungen an (durch ERP- und Landesmittel wurden mehr als 1 Mrd. S an begünstigten Krediten vergeben, das sind mehr als 40% der Investitionssumme dieses Gebietes). Als Folge der Industrieansiedlungspolitik werden die Niederlassungen der Betriebe Bauknecht, Eumig, Siemens, Wehr und der Ausbau der Vöest-Alpine Zeltweg angesehen, wodurch 3.541 Arbeitsplätze geschaffen wurden; der Maschinenbauer Wehr hat den Betrieb mittlerweile allerdings wieder stillgelegt, Bauknecht ist bekanntlich arg ins Trudeln geraten, über Eumig muß nicht gesprochen werden; die Verstaatliche schließlich scheint auch nicht zum Kreis der zukunftsträchtigen Unternehmen zu gehören. „Nimmt man die jetzige wirtschaftliche Lage der Region", so das Resumee, „als Bewertungsmaßstab für das Regionalprojekt, so kommt man zum selben Ergebnis, zu dem viele internationale Studien über die Effizienz dieser nachfrageorientierten Regionalpolitik schon gekommen sind: Erfolge wurden ausschließlich in dem Sinne erreicht, daß ohne regionalpolitische Maßnahmen die Resultate noch schlechter ausgefallen wären. Für die Zukunft läßt sich folgender Schluß ziehen: Die damals auf Wachstum und Außenorientiertheit gerichtete Regionalpolitik ist heute aufgrund veränderter Rahmenbedingungen (...) kaum mehr wirksam".

b) General Motors in Aspern (Kurt Bayer)

Ab Ende dieses Jahres sollen in Aspern fast 8 Mrd. S. an Subventionen für ein Automotorenwerk getätigt sein und ab diesem Zeitpunkt jährlich rund 270.000 Motoren und 385.000 Getriebe gebaut werden. Die österreichischen Subventionen betragen rund 3,3 Mrd. S, also — angesichts der rund 3.000 in diesem Werk Beschäftigten — rund 1 Million S pro Arbeitsplatz; dazu kommen laufende Kosten während des Betriebs, die nicht absehbar bzw. kalkulierbar sind. Neben den Arbeitsplätzen ist auch ein günstiger Zahlungsbilanzeffekt von rund 4 Mrd. S im Jahr zu erwarten. — Nach strukturpolitischen Kriterien aber „schneidet die GM-Subvention schlecht ab: es handelt sich bei der geplanten Produktion weder um ein innovations- und forschungsträchtiges Produkt, das den spezifischen Stärken der österreichischen Arbeitskräfte gerecht wird, noch um ein solches, das im Produktzyklus früh angesiedelt ist und daher mittel- bis langfristig hohe Wachstumsraten erzielen wird. Das Projekt scheint für die Mehrzahl der österreichischen Zulieferanten zu groß, als daß es an sie nennenswerte Impulse weitergeben könnte. Die Einbindung der Produktion in die weltweite Konzernstrategie eines der größten Unternehmen der Welt macht ein weiteres Stück österreichischer Industrieproduktion allein von ausländischen Entscheidungen abhängig. Dazu kommt, daß open-end Zusagen über finanzielle Verpflichtungen Österreichs für die Zukunft gegeben wurden, deren Folgekosten nur schwer abschätzbar sind." Somit kommt die Analyse zu dem Schluß, „daß die GM-Subvention für Österreich nur wenig Hoffnung gibt, zu einem Grundstein einer erfolgreichen neuen österreichischen Industriepolitik zu werden."

c) Spikereifen und Semperit (Hannes Bauer)

Die Verwendung von Spikereifen hat gesamtwirtschaftlich negative und positive Effekte; zu den ersteren zählen die Beschädigungen des Straßenbelages und die dadurch verursachten Unfälle, zu den letzteren Sicherheitsgewinne und Arbeitsplatzeffekte. In dieser Arbeit wird anhand eines empirisch-theoretischen Modells versucht, die Auswirkungen zu quantifizieren. „Unter den zugrundegelegten (begründbaren) Annahmen konnten die Kosten auf annähernd 400 bis 430 Mio. S. (± 20%) geschätzt werden. Die indirekten Folgekosten, die diese Summe noch erhöhen, konnten mangels genügend genauer Unterlagen nicht quantifiziert werden. Die österreichische Reifenindustrie ist von den mit der Spikereifenproduktion und -distribution in Verbindung stehenden Wirtschaftszweigen am relativ stärksten betroffen. Unter Berücksichtigung der direkten und indirekten Auswirkungen auf den Winterreifenmarkt könnten im ungünstigsten Fall bis zu 150 Arbeitsplätze durch ein etwaiges Spikereifenverbot gefährdet sein". Was nichts anderes bedeutet, als daß die weitere Zulassung von Spikereifen mit dem Hinweis auf Arbeitsplatzsicherung eine jährliche Subventionierung jedes betroffenen Arbeitsplatzes von 2,5 bis 3 Mio. S. bedeutet; kostengünstiger für den österreichischen Steuerzahler wäre es also, Spikereifen zu verbieten und die Arbeiter einfach weiter zu bezahlen.

M.P.

Peter Scheibengraf

WIRTSCHAFT UND SOZIALARBEIT

Sozialarbeit kann und darf nicht isoliert von den übrigen gesellschaftspolitischen Mechanismen betrachtet werden. Um eine verkürzte Sicht der Dinge und unvorhergesehene Nebenwirkungen zu vermeiden, ist es notwendig, den dominanten Bereich, die **Wirtschaft** in ihren Querbeziehungen zu anderen Bereichen der Gesellschaft zu sehen. Gerade die Beschränkung auf rein wirtschaftliche Fragen ist ja eine der wichtigsten Ursachen für die schwierige Situation, in der wir uns derzeit befinden. Die starke Ausweitung der wirtschaftlichen Produktion wurde als „Fortschritt der Gesellschaft" begriffen. Das war auch durchaus verständlich, da es mit ihrer Hilfe gelang, in unserem Lebensraum den bis dato bestehenden Engpaß in der materiellen Versorgung, nämlich die Not, kontinuierlich abzubauen. Der eingeschränkte Blick auf einen Teilbereich läßt bestenfalls Lösungen zu, die auf das Teilziel hin optimal sind, von einer umfassenden Gesamtsicht der menschlichen Bedürfnisse her stellt sich jedoch nur allzu häufig heraus, daß solche Lösungen durchaus nicht so günstig beurteilt werden können.

Die Ausführungen sollten klarstellen, daß es auch im Bereich der wirtschaftlichen Produktion um Orientierungsfragen gehen muß. Daraus ergibt sich, daß es gerade denjenigen, die für die Wirtschaft die Verantwortung tragen, ein besonderes Anliegen sein müßte, sich mit der Frage des Stellenwertes wirtschaftlicher Aktivität im Rahmen der „umfassenden" Bedürfnisse des Menschen auseinanderzusetzen. Gerade die fähigsten Kräfte der Wirtschaft werden sich dieser Aufgabe der Neubesinnung zu unterziehen haben. Werden die eingefahrenen Erfolgsrezepte der Vergangenheit beibehalten, so besteht die ernstzunehmende Gefahr, daß alle jetzt schon deutlich auftretenden Mangelerscheinungen zum Chaos führen. Bei dieser Neubesinnung auf den Stellenwert der wirtschaftlichen Produktion im Rahmen der gesellschaftlichen Aktivität sind Überlegungen, die sich mit dem Aussehen des zukünftigen Weltwirtschaftssystem auseinandersetzen, von grundlegender Bedeutung. Eine umfassende Sicht der gesellschaftlichen Entwicklung muß in erster Linie die Situation der **Familie** berücksichtigen. Der Stellenwert der Familie in einer Gesellschaft, die Art und Weise, wie die Familienbeziehungen gestaltet werden, beeinflußt entscheidend das Wohlbefinden der Menschen. Während der vergangenen Jahrzehnte wurde die Höhe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft sehr häufig mit deren Wohlbefinden gleichgesetzt. Wohl ist die Erzeugung und Verteilung materieller Güter und Dienstleistungen ein besonderes Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sie reicht jedoch nicht aus, um den gesamten Ansprüchen der menschlichen Person Rechnung zu tragen. Es ist daher notwendig, auch andere Bedürfnisse zu erfassen.

Um die Qualität der Familie in einem Lande zu beschreiben und empirisch zu messen, muß ein Gradmesser gefunden werden, der eine andere Dimension menschlichen Wohlbefindens beschreibt als die bloß durch materiellen Konsum befriedigte. Er sollte ein Beitrag zu Bemühungen sein, die darauf abzielen, jene allzu einseitige Betrachtungsweise abzubauen, die gesellschaftliches Wohlbefinden mit wirtschaftlichem Erfolg gleichsetzt. Die Funktion der Familie wird von einem dualen Modell der Gesellschaft her begriffen. Einer der Teilbereiche ist die gesellschaftliche Produktion im weitesten Sinn des Wortes, der andere die Lebenssphäre des Menschen. In dieser werden die von der Gesellschaft bereitgestellten Güter und Dienstleistungen dazu verwendet, ein erfülltes Leben und Zusammenleben zu gestalten. Die Familie stellt für die gesellschaftliche Produktion nicht nur die Arbeitskräfte bereit, sondern ist auch an der Ausformung der menschlichen Verhaltensweisen maßgeblich beteiligt, und zwar sowohl durch die Erziehung der Kinder, als auch durch die Funktion des zwischenmenschlichen Spannungsausgleiches. Dieser wird durch die intensiven zwischenmenschlichen Beziehungen ermöglicht. Die Familie ist aber auch der Ort, an dem die von der gesellschaftlichen Produktion bereitgestellten Güter und Dienstleistungen benützt werden. Diese dienen der Gestaltung einer Sphäre des Lebens und Zusammenlebens. In beiden Bereichen dieses dualen Systems sind also die Funktionen der Familie von entscheidender Bedeutung.

Bei einer wissenschaftlich fundierten Untersuchung war das Ergebnis, daß die Situation der Familie in einer negativen Beziehung zum Grad der Industrialisierung (bzw. wirtschaftlichen Entwicklung) steht. Die Struktur der Familie hat sich in den letzten Jahren in Europa stark verändert. Von der seit Jahrhunderten bestehenden Großfamilie, in der Arbeits- und Lebensbereich nicht getrennt war, wurden durch das Entstehen industrieller Ballungsräume die Produktionsstätten außer Haus verlagert und dadurch Arbeits- und Lebensraum immer mehr getrennt.

Das komplexer werdende Produktionssystem stellte große Anforderungen an das Familiensystem. Insbesondere erzwang es eine stark erhöhte Mobilität und Flexibilität der Person. Diesem Anspruch konnte das relativ starre System der Großfamlie nicht gerecht werden. So zerfielen die Großfamilien und es entstand, insbesondere in hochindustrialisierten Ballungsräumen, die „Nuklearfamilie". Dieser Prozeß der Reduktion der Familieneinheit spielt eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Individuums.

Wenn also die Großfamilie in ihrer Funktionsweise der Nuklearfamilie gegenübergestellt und bestimmte Strukturmerkmale der Großfamilie als positiv erkannt werden, so bedeutet das nicht, daß ein Trend „zurück zu den alten Formen" propagiert werden soll. Vielmehr geht es bei dieser Gegenüberstellung darum, Systemprinzipien herauszuarbeiten, die für die Entfaltung des Menschen vorteilhaft sind.

Diese Einsichten sollen es ermöglichen, neue Formen des Zusammenlebens in einem kreativen Prozeß zu „erfinden" und auszuprobieren. Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Typen von Familienstrukturen ist in der Art der Beziehungen zwischen den Mitgliedern gegeben. Im Großfamiliensystem kommt es zu einer Verbindung von Funktional- und Personalbeziehungen zwischen den Menschen. Die erfüllen Aufgaben **füreinander** und stehen gleichzeitig **miteinander** in einer überschaubaren sozialen Einheit und in persönlicher Beziehung **zueinander**. Die Nuklearfamilie nimmt eine weitaus geringere Zahl von Aufgaben wahr. Viele Funktionen der Familie werden an spezialisierte gesellschaftliche Institutionen delegiert. Krankenbetreuung an Spitäler und Ärzte, Altersversorgung an Alten- und Siehenheime, die Wissensvermittlung an das Schul- und Hochschulsystem, die Kinderbetreuung an Kinderkrippen und Heime usw. Selbst die materielle Versorgung wird in Notfällen von Institutionen übernommen. Die Berufstätigkeit der Frau entbindet den Mann immer mehr der Versorgungsfunktion. Auch die Freizeitgestaltung des Individuums wird immer mehr von spezialisierten Institutionen, wie der Vergnügungsindustrie und dem Fernsehen übernommen.

Diese Entwicklung führt zu einer Änderung der Beziehungen der Menschen zueinander: Insoweit die Menschen Leistungen füreinander erbringen (in diese Kategorie fallen: Betreuung eines Kranken, Wissensvermittlung an Heranwachsende, Versorgung alter Menschen, Versorgung mit Nahrung und Kleidung usw.), insofern sie also in Funktionalbeziehungen zueinander stehen, fehlen ihnen die persönlichen Beziehungen. Andererseits fallen im Bereich der Familie, in dem die intensivsten personalen Beziehungen bestehen (in diese Kategorie fallen: Zuneigung, Vermittlung des Gefühls der Geborgenheit, gemeinsames Feiern von Festen, Vorbild sein für Heranwachsende usw.) die Funktionalbeziehungen immer mehr weg. Die Familie wird sozusagen zur „spezialisierten Institution für personale Beziehungen, zum Spezialisten für emotionale Betreuung". Problemlösemechanismen waren früher stark personenorientiert, sind aber gegenwärtig — bedingt durch die Übernahme der erfolgreichen industriellen Konzepte — vorwiegend funktions- und sachzentriert. Ein wesentliches Kennzeichen der heutigen Zeit ist somit ein Auseinanderfallen von Funktional- und Personalbeziehungen. Diese Entwicklung hat Auswirkungen von großer Tragweite, die noch in anderen Zusammenhängen gezeigt werden.

Diese sachzentrierten Problemlösemechanismen wurden nun auf sozialpsychologische Probleme angewandt, d. h. man überlegte sich nicht, welche Funktion z. B. die „Alten" im Großfamiliensystem hatten, sondern man

machte sie einerseits durch Ausstattung mit Pensionen und Rentenhilfen finanziell unabhängig und selbständig lebensfähig, auf der anderen Seite versorgte man sie medizinisch in Großkrankenhäusern und betreute sie sozial in Altersheimen. Aber die psychologische Komponente, den alten Menschen durch Sinngebung ein Wertgefühl in einem System zu geben, wurde sträflich vernachlässigt. Der alte Mensch wurde sozusagen material befriedigt aus der Gesellschaft ausgeschlossen und in ein Ghetto gesperrt. Eine Bestätigung dieser „Hypothese" sind die Selbstmorde von Menschen über fünfundsechzig. Einsamkeit und das Gefühl der Sinnlosigkeit des eigenen Lebens durch Ausgliederung aus der sinnvollen Struktur sind das Ergebnis einer solchen „Problemlösekapazität".

Die nur sachzentrierte (funktionale) Problemlösetechnik ist ohne Zweifel einseitig und führt zu ungleichgewichtigen Lösungsansätzen in der heutigen Zeit. Sie hat zwar den Vorteil der raschen Beseitigung unerwünschter Zustände, wie Not oder schwerer Krankheiten, gleichzeitig jedoch den Nachteil einer sehr engen Sicht der Dinge. Sie bringt die Gefahr mit sich, die eigentlichen Bedürfnisse des Menschen außer acht zu lassen. Funktionsorientierte Problemlösetechniken sind kurzfristig manipulierbar und punktuell einsetzbar und dienen heute oft Politikern und anderen „Entscheidungsgewaltigen" dazu, die breite Masse der Bevölkerung mit Symptom- bzw. Pseudohandlungen über die tatsächlichen Hintergrunde bzw. Ursachen hinwegzutäuschen. Ich möchte diesen Etablierten nicht einmal böse Absicht oder Machtgier etc. unterstellen, sondern glaube, daß ihnen oft die globale Sicht der Dinge fehlt, was natürlich auch keine Entschuldigung sein darf. Durch die Spezialisierung der Wissenschaften wird es immer schwieriger, eine gemeinsame Strategie zur „Ursachenbekämpfung" zu entwerfen, da sich die Wissenschaftler in keiner Weise einig werden können. — Oder vielleicht auch nicht wollen, da auch hier trotz vielleicht großem Spezialwissen, das Konkurrenzdenken etc. vorherrscht und das ehrliche menschliche Bemühen um eine gemeinsame Lösung fehlt.

Eine Untersuchung der sozialpsychologischen Belastungsindikatoren in den verschiedenen europäischen Ländern ergab, daß eine auffallend enge Beziehung zwischen Familiensituationen und z. B. Kriminalität, Selbstmord und Mord besteht. Bei Ländern mit guten Familiengegebenheiten (größere Familien, weniger Scheidungen, Ländern mit geringerer Zahl unehelicher Geburten etc.) sind die sozialpsychologischen Belastungen durch Kriminalität, Selbstmord und Mord wesentlich geringer. Hier wurden einige interessante und glaubwürdige Untersuchungen durchgeführt, die als Ergebnis deutlich herausstrichen, daß das Überhandnehmen gestörter zwischenmenschlicher Beziehungen zu einem Verlust des Bezugs zur Realität, zu Isolierung und in weiterer Folge zu Selbst- und Fremdaggression führt. Frankl sagt in einem seiner Bücher, „der Mensch braucht Beziehungen zu Menschen und zu Sachen, in einem individuell ausgewogenen Verhältnis, um nicht in einen Teufelskreis zu geraten."

Die Darstellung sozialpsychologischer Mechanismen läßt sich dadurch weiter ergänzen, indem man das Sexualverhalten der Bevölkerung beleuchtet. Länder, in denen die sexuelle Freizügigkeit besonders ausgeprägt ist, haben im allgemeinen sehr niedrige Werte bei psychischen Störungen.

In sexuell restriktiveren Ländern hingegen sind hohe Werte von Todesraten bei Psychosen und Psychoneurosen festzustellen. Auf der Basis eines internationalen Vergleichs der europäischen Länder bestätigt sich hier die Theorie von Freud, wonach nicht adäquat ausgelebte Sexualität eine wesentliche Ursache für psychisches Fehlverhalten sei. Darauf und auf der daraus abgeleiteten Theorie baut auch das Konzept der sexuellen Liberalisierung auf, das die Linke in Vergangenheit und Gegenwart vertritt.

Ein Abbau aller sexuellen Tabus trage zu einer psychischen Gesundung des Menschen bei, der sich dadurch von repressiven Kräften befreie. Dies stellt jedoch alles nur eine **Teilwahrheit** dar. Die sexuelle Liberalisierung geht nämlich auch mit erhöhter Selbstmordhäufigkeit und einer Verschlechterung der Situation der Familie, der menschlichen Nahbeziehungen, Hand in Hand und trägt damit auch zu einer größeren Isolation des Individuums bei.

Es muß also wieder zwischen kurzfristig wohltätigen und langfristigen gefährlichen Auswirkungen der Sexualisierung unterschieden werden. Denn langfristig führt dieses vordergründig anstrebenswert scheinende Ziel des Abbaus von psychischem Fehlverhalten durch Sexualisierung zu einem Prozeß, bei dem insgesamt eine Verschlechterung der sozialpsychologischen Situation der Gesellschaft erreicht wird. Die zunehmende Sexualisierung führt nämlich nur allzuleicht zu einem Abbau des Personalbezugs zwischen den Partnern. Sie werden zu bloßen Funktionsträgern eigener geschlechtlicher Befriedigung, wie zahlreiche sexualwissenschaftliche Untersuchungen beweisen. Das Herausreißen der Sexualität aus dem Gesamtzusammenhang und das Überbewerten eines Teilbereiches auf Kosten der anderen, ist eine heute zu beobachtende gefährliche Entwicklung. Außerdem wage ich zu bezweifeln, ob wir durch diese Pseudoliberalisierung wirklich freier und glücklicher geworden sind oder ob wir, wie so oft, einer Selbsttäuschung unterliegen, denn wir konsumieren mittlerweile nicht mehr Güter allein, sondern auch Menschen. Sexuelle Befriedigung spielt sich meiner Meinung nach nicht in Wirklichkeit, sondern höchstens in unserer Phantasie ab. Da wir aber in einer fassadären Gesellschaft voller verlogener Moral leben und Bedürfnisse etc. von Kindheit an unterdrückt werden und auch später nicht artikuliert und ausgelebt werden dürfen, ist ein ehrliches, offenes Begegnen im Zwischenmenschlichen nahezu unmöglich und führt letztlich zur Vereinsamung und zur Apparatisierung des Menschen.

Schon A. Huxley schrieb, „je mehr sich politische und wirtschaftliche Freiheit verringern, desto mehr strebt als Kompensation die sexuelle Freiheit danach sich zu vergrößern". Auch für die Durchsetzung politisch gewünschter Ziele, wie Anpassung, Konformität und Status ist es geeignet, sich die Sexualität dienstbar zu machen. So führt beispielsweise die relative Freisetzung der Jugendsexualität tendenziell dahin, daß sexuelle Beziehungen nicht nur erlaubt sind, sondern erwartet und sogar gefordert werden (siehe z. B. gegenseitigen Aufschaukelungsprozeß in den Schulen etc.), da Status und Ansehen davon abhängen. Sexuelle Freizügigkeit kann als Instrument zur Unfreiheit ebenso eingesetzt werden, wie sexuelle Unterdrückung... Sexualität kann gesellschaftlich viel stärker in Regie genommen, sehr viel totaler instrumentalisiert werden, als man nach dem traditionellen Modell eines „urwüchsigen Sexualtriebes" annehmen kann.

Diese Ausführungen sollen als Diskussionsgrundlage über die „Notwendigkeit" der Sozialarbeit in der heute praktizierten Form dienen. Entstand die Sozialarbeit aus Armenhilfe und Mildtätigkeit, so ist sie heute ein sehr kostenintensiver Dienstleistungsbetrieb und es drängt sich die Frage auf, wem dient sie, wem nützt sie, welche sind die ihr gestellten, welche ihre wahren Aufgaben. „Sozialarbeit" für Menschen, die sich nicht integrieren lassen wollen oder können, krank (gemacht) wurden, am Rande leben wie z. B. Fürsorgezöglinge, Süchtige, Behinderte, Obdachlose, Pflege- und Unterstützungsbedürftige, Straffällige, lernunwillige Kinder, Erwerbsunfähige...

Um Sozialarbeit, bzw. ihren Eingriff zu rechtfertigen, werden Begriffe wie verwahrlost, anomal, fehlentwickelt, anpassungsunwillig usw., geprägt. Der „Klient" der Sozialarbeit definiert sich nun dadurch, daß er Normen verletzt und sich nicht konform verhalten hat. Um dieses Ausbrechen zu verhindern, üben die institutionellen Instanzen, zu denen auch die Sozialarbeit gehört, **soziale Kontrolle** aus, um über die Einhaltung des „Normalen" zu wachen. Dieser integrierten Wertordnung steht der einzelne gegenüber, der gegen sie verstoßen hat: Die Schuld kann nur auf seiner Seite liegen. Was an ihm verübt wurde, zählt nicht.

Die Aufgabe der professionalisierten Sozialarbeit ist die Administrierung der Mißstände, nicht deren grundsätzliche Aufhebung. Meiner Ansicht nach kann der Anspruch der Betroffenen derzeit nur gegen die offiziellen Institutionen durchgesetzt werden. Das bedeutet, daß eine Veränderung nicht von der institutionalisierten Sozialarbeit ausgehen kann, sondern von den „Opfern". Dies ist jedoch nur möglich, wenn diese Menschen sich wieder für sich selbst verantwortlich fühlen und sich gegen jeden „Erfüllungsgehilfen sozialer Gewalt" wehren.

Zusammenfassend möchte ich nun einige Diskussionsthesen zur Funktion der Sozialarbeit aufstellen.

1. Sozialarbeit hat sich um die Erhaltung des Arbeitskraft-Potentials zu kümmern und übt auf jene Menschen, die nicht oder nicht mehr funktionieren wollen, Druck aus. 2. Sozialarbeit reproduziert die gültigen Normen und Werte der bestehenden Gesellschaft und vermittelt sie den „Klienten" in sozial-therapeutischer Absicht (Preisung von Leistung, Pflicht, Gehorsam, Treue, Familie u. a. vor allem in Erziehungs-, Ehe- und Familienberatung). 3. Sozialarbeit wacht wie andere staatliche Institutionen (Polizei, Justiz) über die Einhaltung der offiziellen Normen. Wer letztere zu befolgen verspricht, wird belohnt (Unterstützung, Hilfe). 4. Sozialarbeit psychologisiert und subjektiviert die auftretenden Probleme. Dadurch, daß sie dem „Klienten" die Schuld an Mißständen anlastet, die gesellschaftlich bedingt sind, überfordert sie ihn bewußt, um ihn besser der bestehenden Gesellschaft (Leistungsdruck) anzupassen. 5. Sozialarbeit fördert gesellschaftliches Wohlverhalten statt subjektives Wohlbefinden. 6. Sozialarbeit gleicht individuell die Mängel, Widersprüche und Ungerechtigkeiten des sozialen Systems aus, die dieses aufgrund seiner Klassenstruktur kollektiv schafft. 7. Sozialarbeit verdeckt die Widersprüche zwischen a) gemeinsamer Arbeit und privater Aneignung der Arbeitsprodukte, b) gesellschaftlichem Reichtum und individueller Kapitalbildung, c) Sozialstaatsidee und Sozialstaatswirklichkeit, d) verbürgter Chancengleichheit und praktizierter Ungleichheit, e) Verdienst und schlechten Arbeitsbedingungen. 8. Sozialarbeit schützt die Gesellschaft vor den möglichen Auswirkungen abweichenden Verhaltens, indem sie dieses administriert und fragmentiert. 9. Sozialarbeit läßt „soziale Fälle" aktenkundig werden und hält sie dadurch unter Kontrolle (wie Polizei und Justiz). 10. Sozialarbeit diszipliniert nur die Abweichung der materiell Unterprivilegierten. 11. Sozialarbeit verschleiert die systembedingten Ungerechtigkeiten durch materiellen und ideellen Trost (Pflästerchen-Therapie, Feuerwehrfunktion). 12. Sozialarbeit vergreift sich am individuell „Schuldigen", nie am System. 13. Sozialarbeit verhindert die Solidarisierung der „Klienten" und über diese Solidarität den Weg zur Aufklärung und Aktion, um die anstehenden Ungerechtigkeiten zu beseitigen. 14. Sozialarbeit versucht durch Einzelhilfe (Psychiater der armen Leute, Berater usw.) die gesellschaftlichen Probleme zu verdrängen. 15. Sozialarbeit ist die kodifizierte Angst des bestehenden Systems vor seiner Veränderung. 16. Sozialarbeit versucht direkt mit allen Mitteln die „Klienten" an die bestehenden Gesellschaftsstrukturen anzupassen. 17. Sozialarbeit sorgt indirekt für die Anpassung der „Nicht-Klienten" an die bestehenden Gesellschaftsstrukturen, indem abweichendes Verhalten als schlechtes behandelt und dadurch als abschreckendes dargestellt wird. 18. Sozialarbeit kaserniert abweichendes Verhalten in Heimen und Anstalten usw. und schafft unter denen, die sich konform verhalten, einerseits die Angst vor Abweichung (Strafeffekt) und andererseits das Solidaritätsgefühl, besser zu sein als die Bestraften (Kontrasteffekt). 19. Sozialarbeit verstärkt die Normen der Gesellschaft durch Schaffen von Feindbildern. 20. Sozialarbeit ist das schlechte Gewissen einer schlechten Gesellschaft.

Diese angeführten und natürlich noch weitere Punkte wären sicher zu überdenken und es müßten Handlungskonzepte erarbeitet werden, die das Bewußtsein der Menschen dahingehend verändern, daß sich „Sozialarbeit" als überflüssig erweist.

Eva Maria Fluch - Janos Eder - Werner Miedl

UMWELT UND WIRTSCHAFT

Eines Tages in (hoffentlich) nicht allzu ferner Zukunft...

...landete ein schmutzig-graues Raumschiff am Grazer Schloßberg. Die Lebewesen, die dem Raumschiff entstiegen, waren klein, blaß im Gesicht, hatten tränende Augen und husteten fürchterlich. Als sie sich umsahen, erblickten sie einen kleinen Jungen, der sie ganz verwundert anstarrte. Uns Menschen waren die Lebewesen freundlich gesinnt, und so schickten sie sich an, dem kleinen Jungen ein — wie sie glaubten — überaus kostbares Geschenk zu überreichen: Pillen gegen die Traurigkeit. Doch als sie dem Jungen deren Sinn erklärt hatten, begann dieser lauthals zu lachen, und er erzählte den schmutzigen Männchen über das Leben auf dem Planeten Erde: „Mein Vater hätte eure Pillen gegen die Traurigkeit noch gut brauchen können, damals, als man noch so naiv war zu glauben, daß gute Luft und eine saubere Umwelt der Wirtschaft zu teuer kämen. Aber unsere Wirtschaftsfachleute sind anscheinend gescheiter als eure, denn anstatt Pillen gegen die Traurigkeit zu entwickeln, ließen sie sich einiges andere einfallen.

Es fing damit an, daß sich die Menschen, als sie im Verkehr schon zu ersticken drohten, an ihre alten Fahrräder erinnerten, sie aus den Kellern hervorkramten und zu radeln begannen. Und unsere Wirtschaft reagierte prompt. Die Grazer Puchwerke nahmen die Produktion eines Stadtrades auf. Das bei der Erfindermesse 1983 in Brüssel ausgezeichnete Stadtdienstfahrrad „Puch D" hat sich als ein wahrer Exporthit erwiesen, und so können die Pucharbeiter, die früher nach Steyr auspendeln mußten, endlich wieder bei ihren Familien in Graz bleiben, weil sie im Werk Thondorf Beschäftigung fanden. Auch die Grazer Beamten radeln täglich auf den vielen gut angelegten Radwegen zum Dienst. Ihre Parkplatzprobleme sind nun gelöst.

Weil fast alle Grazer nun mit Fahrrädern unterwegs sind und weil überall in der Stadt schöne grüne Alleen gepflanzt wurden, ist die Grazer Luft heute würzig und frei von giftigen Abgasen. Durch den täglichen Aufenthalt an der frischen Luft kommen unsere Politiker entspannt, erfrischt und gelöst in ihre Büros, wo sie mit frisch getankter Kraft ihre harten Aufgaben erfüllen. Bei uns hat auch der Beamte am Schalter ein freundliches Lächeln für den ehemals bürokratieverwirrten Bürger. Im Vorbeiradeln grüßen die Menschen einander — man kennt sich wieder in der großen Stadt! Die Bereitschaft, für den anderen da zu sein, ist enorm gewachsen.

Auf einmal gab es weniger Verkehrsunfälle. Die Rangelei um jedes Spitalsbett hörte sich auf, und plötzlich brauchte man auch keinerlei Interventionen mehr, um für einen dringenden Fall ein Spitalsbett zu bekommen. Ärztinnen, Krankenpfleger, Chirurgen, alle kannten ihre Patienten wieder beim Namen, weil sie nicht mehr so hoffnungslos überlastet waren. Herzlichkeit, Menschlichkeit und Wärme halfen Unmengen von Medikamenten einzusparen, was wiederum bewirkte, daß der menschliche Organismus und unsere Umwelt weniger vergiftet wurden.

Nicht nur die in geringerem Maße anfallenden alten Medikamente halfen den Grazer Müllberg klein zu halten, sondern — angeregt durch Aktionen der Bunten Hunde — entwickelten die Grazer ein Gefühl der Verantwortung für ihren Müll. Hausfrauen und Hausmänner kauften Milch, Apfelsaft und andere Getränke in Glasflaschen, weil sie wußten, daß diese wiederverwertbar waren. Auch fanden sie Getränke in Glasflaschen viel appetitlicher. Wegen der sprunghaft gestiegenen Nachfrage nach Glasflaschen mußte die Glasfabrik in Graz-Gösting ihren Betrieb wieder aufnehmen. Für hunderte Grazer war damit ihr Arbeitsplatzproblem gelöst.

Als belebend für das ehemals schlaffe Bundessäckel wirkte sich aus, daß die klugen Grazer erkannten, wie wertvoll Altpapier ist. Anstatt 300.000 Tonnen Altpapier pro Jahr zu importieren, machten sie sich daran, fleißig Altpapier zu sammeln, was wiederum der steirischen Papierindustrie zugute kam. Die für die Papierindustrie Verantwortlichen waren über den jähen Aufschwung ihres Industriezweiges so erfreut, daß sie ihrerseits auf brilliante Ideen kamen, etwa auf die, die vielen lästigen Plastiksackerln dort, wo es möglich war, durch Papiersackerln zu ersetzen.

Eine Lebensmittelfirma in Existenznöten machte den Anfang und verpackte ihre Produkte nicht mehr so aufwendig. Weil es bei uns fast nur noch kritische Konsumenten gab — auch der ORF hatte in löblicher Weise sein Scherflein dazu beigetragen, indem er jeden Tag im Hauptabendprogramm die Informationssendung „Ja zu K. K. — der kritische Konsument" ausstrahlte —, kauften natürlich alle ihre Lebensmittel bei dieser Firma. Angeregt durch deren umwerfenden Erfolg begann unter den österreichischen Erzeugern das große „Auspacken". Heute können wir Kinder bunte Bonbons in Glasbehältern bewundern und einzeln kaufen, Käse, Wurst und Essiggurkerln werden im kleinen Laden um die Ecke, den es jetzt wieder gibt, weil die klugen Grazer wieder viel mehr zu Fuß gehen, vom freundlichen Verkäufer frisch über den Ladentisch gereicht, und im Supermarkt stehen große Automaten, von denen wir selbst gut gekühlte Milch in die mitgebrachten, auf die Familiengröße abgestimmten Milchkannen zapfen können. Zahnpasta und Haarshampoon gibt es in immer wieder verwendbaren Tuben, in die man die gewünschte Menge abfüllen kann.

Ja, unsere heimischen Produzenten merkten schnell, was wir kritischen Konsumenten gerne mochten. Ich kann mich da an eine Geschichte erinnern, die mir mein Vater einmal erzählte, von einem Unternehmer, der eure Pillen gegen die Traurigkeit fast gebraucht hätte. Weil er noch so viel Verpackungsmaterial lagernd hatte, wollte er sich justament nicht auf das neue Kaufbewußtsein der Grazer einstellen. Deshalb blieb er auf seinen dick verpackten Produkten sitzen. Seine Mitarbeiter, mit denen er tagtäglich in den Betrieb radelte, konnten ihn zum Glück im letzten Moment von der Rückständigkeit seines marketing überzeugen und seine Firma so vor dem drohenden Konkurs retten.

Die wenigen Produkte, die man auch heute aufgrund ihrer Empfindlichkeit mittels teurer Materialien verpacken muß, wie z. B. hochwertige technische Produkte oder leicht verderbliche Waren, stören uns kaum, weil sie erstens nur gekauft werden, wenn die Verpackung sinnvoll erscheint, und weil zweitens ein gut durchdachtes recycling-System eine Wiederverwertung der kostbaren Materialien möglich macht. Jedenfalls konnten die Gemeindeväter schon vor einiger Zeit wieder aufatmen: die Müllberge wachsen uns nicht mehr über den Kopf, und das dadurch ersparte Geld kann wieder investiert werden.

Investitionsförderungsprogramme bevorzugten solche Betriebe, die langlebige Produkte herzustellen bereit waren. Wie recht unsere Fachleute mit

dieser Maßnahme hatten, stellte sich bald heraus. Daß die alte Rechnung schon lange nicht mehr stimmen konnte, lag ja eigentlich auf der Hand. Denn das damals übliche Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich auch durch Naturkatastrophen, Verkehrsunfälle, Krankheiten und grausliche Müllberge. Wir sind dann dahintergekommen, daß es viel sinnvoller ist, mit teuren, nicht-erneuerbaren Rohstoffen sparsam umzugehen und dafür zu sorgen, daß wir alle in einer gesunden Umwelt, in sauberer Natur und guter Luft steinalt werden. Die Wirtschaftsfachleute rechnen jetzt mit einer Art Bruttoinlandsprodukt, das wir jedoch aufgrund unseres erweiterten Horizonts SOZÖKONOL-Index nennen. Wir beziehen nämlich außer den im herkömmlichen Sinne ökonomischen Faktoren auch soziale und ökologische in unsere Rechnung mit ein.

Ihr werdet nun sicher wissen wollen, wieso unser Umdenken so rasch vonstatten ging. Es war wirklich ganz einfach. Unsere durch die täglichen Radltouren ent-streßten Politiker zeigten sich plötzlich fantasievoll und gingen gemeinsam mit der Verwaltung in vielerlei Hinsicht mit gutem Beispiel voran. Seitdem sind Politiker auch wieder Vorbilder für uns Kinder. Die Politiker, sie waren damals die ersten, die erkannten, daß Geschriebenes auf etwas grauerem Umweltschutzpapier ja denselben Zweck erfüllt wie auf chemisch gebleichtem, unnatürlich weißem, altmodischem Papier. Die steirische Papierindustrie hat sich schleunigst an die Herstellung von Umweltschutzpapier gemacht. Durch den Wegfall der Bleichungsmittel ist unsere Mur seitdem viel sauberer. Und am Fischmarkt gibt es wieder Murforelle zu kaufen.

Bei den in der Verwaltung beschäftigten Beamten regte sich daraufhin der Ehrgeiz. Sie brachten die Politiker auf die Idee, auf wiederverwertbaren Materialien verpflichtend einen Aufdruck anbringen zu lassen. Durch diesen Aufdruck war es den Menschen nun möglich, die verschiedenen Materialien zu unterscheiden und somit einer brauchbaren Wiederverwertung zuzuführen.

„Platz für Menschen — weg mit dem Papier" war einer der Slogans, mit denen unsere Politiker in eine entscheidende Wahlauseinandersetzung gingen. Und nach einem überwältigenden Wahlerfolg hielten sie ihr Versprechen, verbannten die Archive an die Hauptverkehrsadern und ließen aus den innerstädtischen Räumlichkeiten prachtvolle Wohnungen werden. Die in anderen ruhig gelegenen Gebäuden verbliebenen Aktenbündel packten sich kurzerhand zusammen und wanderten aus: Die verdutzten Archivare fanden sie erst nach fieberhaftem Suchen im Kepler-Gymnasium und in der Wielandschule, von wo die Schüler schon längst unter großem Hallo in die leer gewordenen, ruhigen ehemaligen Aktenlager übersiedelt waren, weil sie dort viel leichter und ungestörter lernen konnten.

Psychopharmaka — das war für die Schüler damals das Mittel gegen die Traurigkeit — waren nun mit einem Schlag überflüssig geworden. Denn nicht nur viele Schulen fanden Ruhe, auch in die Wohnungen der Menschen unserer Stadt kehrte angenehme Stille ein. Bald wurde die Stille von Vogelgezwitscher abgelöst, denn das viele Grün rund um die Wohnanlagen bot den Vögeln Unterschlupf, spendete im Sommer Schatten und verbesserte die Luft. Der jeweils größte Baum in solchen Wohnoasen, die von unseren Politikern „Wohnstraßen" getauft wurden, diente als beliebtes Platzerl für nachbarliche Gespräche.

Und noch etwas sehr Wichtiges: In unseren Siedlungen stehen nur noch vereinzelt Autos. Die kleinen Stadträder haben in jedem Keller Platz. Unsere Politiker erwähnen nun auch jedesmal mit Stolz die ausgeglichene Zahlungsbilanz, die die Wirtschaft nicht zuletzt auch deswegen erarbeiten konnte, weil unser Geld nicht mehr für teure, ausländische Autos ausgegeben wird und Menschen in der ganzen Welt statt dessen das österreichische Stadtfahrrad kaufen. Mit dem geringeren Verkehrsaufkommen wurde die Straßenerhaltung auf einmal billig. Die vielen Wohnstraßen wurden mit dauerhaften steirischen Natursteinen gepflastert, sodaß eine Menge dadurch erspartes Geld für die Ausgestaltung der Wohnbereiche und für die Verkehrssicherheit in der ganzen Stadt verwendet werden konnte.

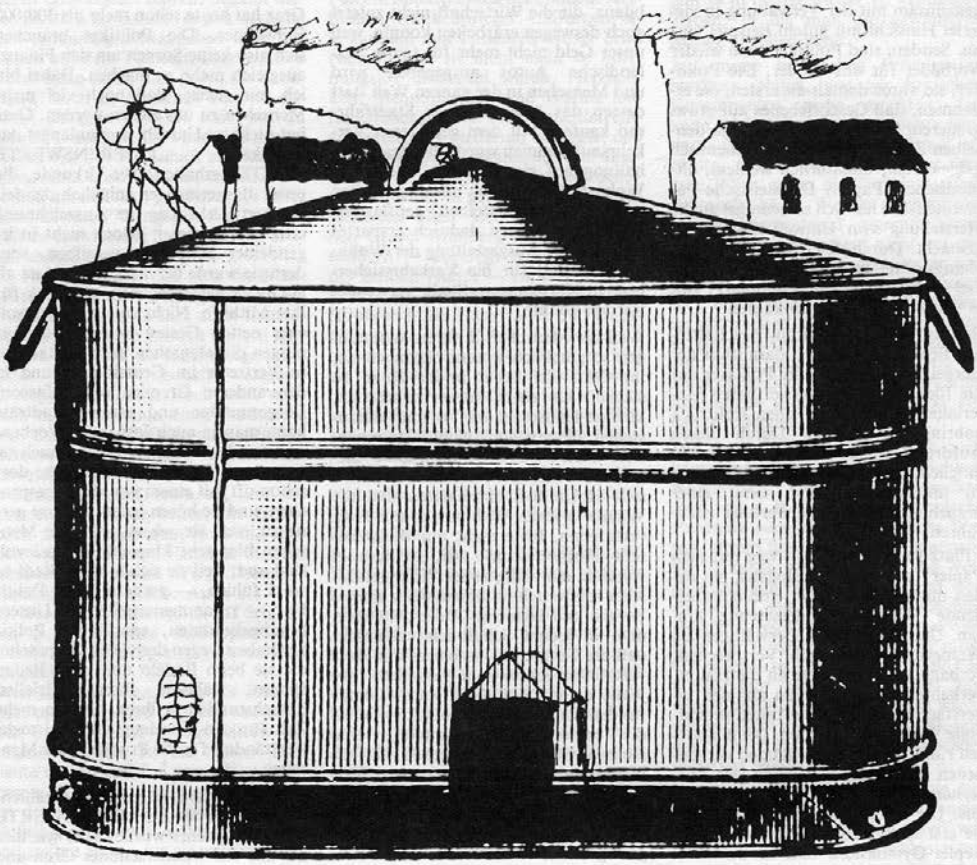
Weil die Menschen in ihren Wohnungen so glücklich waren, begannen sie, ihr Geld viel lieber in ihr Heim zu stecken als eines dieser komischen, kleinen Häuser in der Vorstadt aufzustellen, die vor noch nicht allzu langer Zeit unsere Naherholungsräume verhüttelten. Dadurch, daß viele Familien sich Holzmöbel anschafften und die Wände in ihren Wohnungen mit Holz vertäfelten, lebte nicht nur die steirische Holzwirtschaft auf, sondern es entstand ein völlig neues Wohngefühl. Man fühlte sich in seinem Zuhause geborgen und heimelig. Außerdem kann man in jedem Schulbuch nachlesen, daß die Temperatur in einem mit Holz vertäfelten Raum vom Menschen subjektiv als um drei Grad wärmer empfunden wird. Daß auch objektiv durch die bessere Wärmedämmung eine Heizkostenersparnis gegeben ist, ist klar. Heute sind wir in der ganzen Welt für unsere gut wärmeisolierten Häuser und Wohnungen bekannt, und unsere Wirtschaftsfachleute jubeln, weil der geringere Heizölverbrauch unsere Zahlungsbilanz noch weiter aufbesserte.

Das Leben hier in unserer Stadt gefällt mir sehr. An den Wochenenden bleiben wir, wie alle unsere Nachbarn auch, meistens zu Hause. Wenn das Wetter schön ist, fahren wir dann mit der Straßenbahn oder mit dem Fahrrad zu einem der vielen schönen Parks oder an den Stadtrand. Dort können wir alles das tun, wofür man früher — ich kann mir das gar nicht vorstellen, aber meine Eltern haben es mir erzählt — zwei Stunden lang mit dem Auto unterwegs sein mußte. Am liebsten gehe ich im Sommer an einem der vielen im Süden von Graz gelegenen Schotterteiche baden. Auch was meine Eltern, als sie so alt waren wie ich, nie für möglich gehalten hätten, ist für uns inzwischen selbstverständlich: Wir haben entlang des Flusses ein paar Murstrandbäder, und mit unserer Murfähre können wir von Schwimmbecken zu Schwimmbecken fahren und unsere Freunde besuchen. Wenn dabei ein weniger geübter Schwimmer einmal einen Schwall Murwasser in die Kehle bekommt, so ist das keineswegs gefährlich, sondern äußerst erfrischend.

Graz hat heute schon mehr als 300.000 Einwohner. Die Politiker brauchen sich also keine Sorgen um den Finanzausgleich mehr zu machen. Dabei bin ich mir sicher, daß noch viel mehr Menschen zu uns ziehen werden. Graz hat nicht zu Unrecht erst unlängst das Prädikat „L(I)EBENSWERTE STADT" erhalten. Die Urkunde, die unser Bürgermeister anläßlich der feierlichen Verleihung der Auszeichnung erhielt, ließ dieser jedoch nicht in irgendeiner Schublade vergilben, sondern sie wurde vervielfältigt und an alle Grazer weitergegeben, als Dank für ihre Mithilfe. Nicht zuletzt wegen solcher netten Gesten unserer Politiker mögen die Menschen unserer Stadt ihre Vertreter im Gemeinderat und in den anderen Gremien sehr. Unseren Bürgermeister und unsere Stadträte kann man ja auch fast jedes Wochenende an der Mur treffen, weil auch sie sich gerne dort erholen. Ich habe dort schon oft mit einem von ihnen gesprochen, und sie hören jedem von uns gerne zu, weil sie wissen, daß die Menschen hier sehr klug und fantasievoll sind und, weil sie sich in ihrer Stadt so wohl fühlen, — gerne mit den Politikern zusammenarbeiten. Unsere braungebrannten, sportlichen Politiker haben wegen der vielen Gespräche, die sie beim Radeln und beim Baden führen, während ihrer offiziellen Sprechstunden in ihren Ämtern mehr Zeit für den einzelnen und viel mehr Verständnis für die Probleme der Menschen.

Ich habe ja ganz vergessen zu erzählen, warum Graz als „L(I)EBENSWERTE STADT" geehrt wurde! Daß wir hier bei uns viel wunderschönes Grün und

auch eine gute Luft haben, habt ihr sicher schon bemerkt. Das war auch mit ein Grund, warum wir die Auszeichnung bekommen haben. Denn unsere frisch renovierten Häuser bleiben wegen der bei uns kaum vorhandenen Umweltbelastungen länger schön bunt. Das so eingesparte Geld können wir in früher viel zu selten durchgeführte Revitalisierungsprojekte stecken.
A propos früher: Im Schreibtisch meines Vaters habe ich unlängst eine Ansichtskarte entdeckt, auf der ich zuerst eine wildfremde Stadt zu sehen glaubte. Zu meinem Entsetzen mußte ich feststellen, daß das ja unser Graz war! So wenige Straßenbahnlinien, die schönsten, historischen Stätten voll mit garstigen Autos, bleiche, verschlossene Gesichter und fades Grau überall. Ihr seht ja selbst, um wieviel schöner es nun aussieht: Dort unten am Freiheitsplatz gibt es als Außenstelle der Vereinigten Bühnen Graz eine Freilichtbühne, wo sich tagsüber jeder künstlerisch-kreativ betätigen kann. Am Karmeliterplatz findet heute gerade ein großer Tauschmarkt statt, bei dem wir Spielzeug, Kinderkleidung und vieles andere untereinander austauschen können. Und dort, weit draußen am Stadtrand, glitzern die Autos, die unter kühlen, schattigen Bäumen an den Endhaltestellen der Straßenbahnen und Busse abgestellt sind.
Wen wundert es da, daß über das Wochenende und im Sommer so viele Leute von auswärts nach Graz kommen! Schaut euch doch nur die vielen, gepflegten Gaststätten an, die auch an Sonntagen geöffnet haben. Und jeder Gastwirt betreibt in irgendeinem Winkel einen lauschigen Schanigarten, von dem aus die Gäste das lustige Treiben in der Altstadt beobachten können. Wen wundert es da noch, daß unsere Nächtigungsziffer in der letzten Zeit um das Fünfzigfache gestiegen ist!"
Der kleine Junge hatte beim Erzählen noch rötere Wangen bekommen, vor lauter Begeisterung. Aber an dieser Stelle unterbrachen ihn die seltsamen Besucher von einem anderen Planeten, die inzwischen schon weit seltener husteten und sichtlich beeindruckt waren. Aufgeregt versicherten sie dem Jungen: „Wir können es kaum erwarten, selbst auf Urlaub hierher zu kommen. Zuerst müssen wir jedoch daheim von deiner Stadt erzählen. Dann kommen wir schleunigst wieder zurück, und zwar mit einem dicken Notizbuch für all eure großartigen Ideen und ohne Pillen gegen die Traurigkeit! Verrate uns nur bitte noch deinen Namen, damit wir dich bei unserer Rückkehr wieder besuchen können!"
Da zückte der Junge seinen Schutzfinkausweis der Bunten Hunde AG. Die kleinen grauen Männchen schrieben sorgfältig seinen Namen und seine Adresse ab, schossen mit einer Sofortbildkamera ein Bild, auf dessen Rückseite sie schnell eine Widmung für den Jungen kritzelten. Dann kletterten sie wieder in ihr Raumschiff und flogen gegen den strahlend blauen Himmel über Graz. Der Junge winkte ihnen noch fröhlich nach, und als er das Raumschiff nicht mehr sehen konnte, las er die Widmung auf dem Foto: „Unserem großartigen Grazer Schutzfinken, von dem wir noch sehr viel lernen können".



Jürgen Laban

REALLOHNVERLUSTE

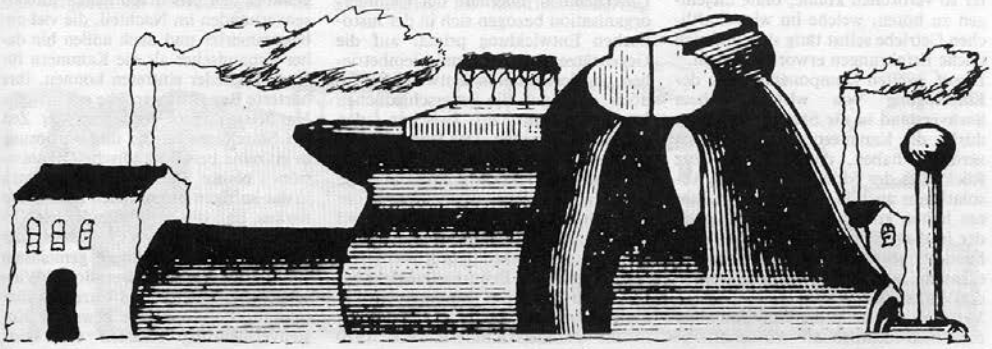
In der letzten Zeit ist wiederholt die Frage aufgetaucht, ob Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate gerechtfertigt seien oder nicht. Im allgemeinen sollten die zwischen den Sozialpartnern vereinbarten Lohnabschlüsse einerseits die Entwertung der Löhne durch die Inflationsrate voll berücksichtigen sowie zusätzlich auch Produktivitätssteigerungen abgelten, die ja ansonsten nur den Unternehmern zugute kämen. In wirtschaftlich angespannten Zeiten, beispielsweise während einer Rezession, sind meiner Meinung nach Lohnabschlüsse gerechtfertigt, die auch Reallohnverluste zur Folge haben.

Folgende Überlegungen haben mich zu diesem Schluß geführt: Das gesamte Einkommen in einer Volkswirtschaft läßt sich vereinfacht in zwei Gruppen einteilen — einmal jene der Löhne und Gehälter, und zweitens die sich als Restgröße ergebenden Einkommen der Unternehmer. Betrachten wir vorerst nur einmal die Einkommen der Unternehmer in Situationen, wie sie für Klein- und Mittelbetriebe zutreffen könnten. Angenommen ein Unternehmen (Personengesellschaft, Einzelfirma) befindet sich in der glücklichen Lage, aufgrund steigender Nachfrage seine Produktion ausweiten zu können. Mit zusätzlicher Kapazitätsauslastung steigen Umsatz und Gewinn. Der Unternehmer könnte diesen Gewinn nun zur Gänze als Privatentnahme aus dem Unternehmen abziehen und hätte somit einen Einkommenszuwachs in Höhe des Gewinns (vorausgesetzt laufend konstanter Privatentnahmen zur Lebenshaltung inklusive Inflationsabgeltung). Er könnte auch den gesamten Gewinn zur Anhebung des Eigenkapitals im Unternehmen lassen, was in diesem Fall keine Einkommenserhöhung für die laufende Periode bedeutet. Erwartungen über zukünftig gute Absatzchancen können den Unternehmer auch zu Erweiterungsinvestitionen bewegen, um nur einige seiner Gewinnverwendungsmöglichkeiten aufzuzeigen. In meinem Beispiel entscheidet sich der Unternehmer für eine Kombination der Möglichkeiten, da dies am ehesten der Wirklichkeit entspricht. Die steigenden Gewinne führen also zu einer teilweisen Einkommenssteigerung des Unternehmers.

Vollkommen anders verhält sich die Situation bei zunehmenden Absatzschwierigkeiten: Die Umsätze gehen zurück, der Betrieb ist nicht mehr ausgelastet und gerät mit der Zeit in die Verlustzone. Privatentnahmen des Unternehmers zur Deckung der Lebenshaltungskosten für sich und seine Familie stellen eine Belastung des Betriebes dar. Handelt er mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes, so muß er versuchen, diese Kostengröße gering zu halten. Zusätzlich engt das Risiko einer Fremdfinanzierung seinen Entscheidungsspielraum ein; Unternehmer einer Einzelfirma bzw. einer Personengesellschaft haften für betriebliche Schulden bekanntlich auch mit dem Privatvermögen! Preissteigerungen sind gerade aufgrund der gesunkenen Nachfrage nicht möglich und würden ja nur die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Anbietern im In- und Ausland herabsetzen. Die geringeren Privatentnahmen des Unternehmers bedeuten für ihn somit Realeinkommensverluste. Diese Einkommensverluste orientieren sich natürlich nicht an Größen wie beispielsweise der Inflationsrate, sondern können von weit größerem Ausmaß sein und die Verschuldung für viele Jahre bedeuten.

Welchen Änderungen sind nun Löhne und Gehälter unterworfen? Der Arbeitnehmer kann sein Einkommen, abgesehen von etwaigen innerbetrieblichen Lohn- oder Gehaltsschemata, als relativ konstante Größe ansehen, die vor allem größeren Schwankungen nach unten nicht ausgesetzt ist. Dem Arbeitsplatzrisiko des Arbeitnehmers steht das bereits erwähnte Unternehmerrisiko gegenüber. Findet ein Arbeitnehmer, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, eine neue Anstellung und kann somit seine vorherigen Einkommensverhältnisse wiederherstellen, so hat ein Unternehmer im Konkursfall erst für seine Schulden aufzukommen. Im Wirtschaftsaufschwung haben die Gewerkschaften die Möglichkeit, größere Lohnerhöhungen mit ihren Sozialpartnern auszuhandeln. Der Verhandlungsspielraum müßte jedoch so groß sein, daß in einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage die Löhne nach unten flexibler werden. Die Inflationsrate als Untergrenze wäre hier jedoch eine willkürliche Größe, die daher nicht herangezogen werden kann. Es müßten sich die Verhandlungen auf Bezugsgrößen stützen, die die Last eines wirtschaftlichen Rückschlages unter den Betroffenen gleichmäßiger aufteilt. Ich denke hier keinesfalls an eine Art der Umverteilung, sondern ich finde, daß auch generelle Senkungen der kollektivvertraglichen Lohn- und Gehaltsuntergrenzen zum Instrumentarium einer verantwortungsvollen Einkommenspolitik gehören. Für die Unternehmen bedeuten niedrigere Löhne geringere Kosten. Einerseits könnten Kündigungen vermieden werden, andererseits wäre dadurch auch eine Stärkung des Eigenkapitals möglich. Viele Arbeitnehmer hätten somit die Chance, das geringere Übel in Kauf nehmen zu müssen, nämlich statt Verlust des Arbeitsplatzes nur eine Lohnsenkung. Beides (mehr Flexibilität der Löhne nach unten und Stärkung des Eigenkapitals) würde so zur Arbeitsplatzsicherung beitragen.

Der soziale Luxus ständig steigender Reallöhne darf erst nach Erreichung einer stabileren und leistungsfähigeren Wirtschaft in Anspruch genommen werden. Viele Arbeitnehmer zeigen gerade in dieser Hinsicht Verständnis für Zusammenarbeit. Eine verantwortungsvolle Politik sollte diese Gemeinsamkeiten fördern.



Leopold J. Dorfer

HANDELSKAMMER ZWISCHEN MARKT UND STAAT

Wenn wir die Handelskammer als eine Institution betrachten, die zwischen den individuellen Unternehmen und dem Staat steht, hat sie diese Mittlerfunktion schon von ihrer Entstehung her zwei gegenläufigen politischen Faktoren zu verdanken.

Die Loslösung des Individuums aus der überkommenen feudalistischen Wirtschaftsordnung durch die Französische Revolution und die Anerkennung der Souveränität des Volkes und seines Rechtes auf Teilnahme an der Willensbildung auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten bildete die **demokratische Komponente.** In Österreich wurde dieses Recht dem Bürgertum 1848 mit der Verkündigung der Konstitution gewährt.

Der erste Anstoß zu dem Gedanken, auch in Österreich nach den besonderen Bedürfnissen der Monarchie Handelskammern zu gründen, kam von der Wirtschaftsverwaltung des Staates. Denn die Behörden sollten nach dem Wiener Kongreß die politische Befriedigung Österreichs durch Verklammerung der Wirtschaft der einzelnen Regionen fördern helfen, erkannten aber bald die Grenzen ihrer Möglichkeiten, vor allem ihren nicht behebbaren, jedoch schwer ins Gewicht fallenden Mangel an Wirtschafts- und Betriebsnähe. So gab der Präsident der 1816 errichteten Commerz-Hofkommission, Philip Ritter von Stahl, schon 1918, also etwas mehr als 30 Jahre vor Genehmigung des ersten Handelskammergesetzes, den Auftrag, ein Handelskammerstatut auszuarbeiten, „weil man auf wirtschaftlichem Gebiet nicht weiter so verordnen könne, ohne diejenigen zu hören, welche im wirtschaftlichen Getriebe selbst tätig sind und sich reiche Erfahrungen erworben haben." Dieser zweiten Komponente, also der **Einbringung von wirtschaftlichem Sachverstand in die Staatsverwaltung,** dürfte die Kammerorganisation auch verdankt haben, daß sie sich trotz Rückfalles der Monarchie in den Absolutismus auch in den folgenden Jahren halten konnte. Aus der Tätigkeit der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründeten Gewerbevereine erkannte man sehr bald die Grenzen der Wirksamkeit von privatrechtlichen Vereinen, die nicht die Funktion einer öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsvertretung erfüllen konnten. Daher erhielt bereits das 1. Handelskammergesetz 1848 drei wesentliche Voraussetzungen der Tätigkeit der Handelskammern: der öffentlich-rechtliche Charakter, das obligatorische Begutachtungsrecht und die Pflichtmitgliedschaft zu den Kammern, wozu sinngemäß auch die Umlagenhoheit gehört.

Erst diese Grundrechte gestatten den Handelskammern die Erfüllung ihrer spezifischen Aufgaben: möglichst vollständige, objektive Feststellung volkswirtschaftlich begründeter Sonderinteressen, deren Ausgleich und somit auch die Ermittlung des wirtschaftlichen Gesamtinteresses der in der Kammer vertretenen Wirtschaftskreise, Geltendmachung dieses Gesamtinteresses gegenüber Regierung, Gesetzgebung und Verwaltung, aber auch gegenüber den Kammermitgliedern.

Das also war die schon seit Gründung der ersten österreichischen Kammer unverfälscht gewahrte Idee und Konstruktion der Handelskammern. Nach ihnen entwickelten sich systematisch die Methoden des Ausgleiches, sowie der Vertretung gemeinsamer Interessen der gewerblichen Wirtschaft. Die vier bis 1920 beschlossenen Handelskammergesetze schufen und verbesserten die Instrumente für den Interessenausgleich, für die gegenseitige Abstimmung der Meinungen und für die gleichmäßige Berücksichtigung begründeter Sonderinteressen.

Damit ist ein Hauptproblem der Tätigkeit der Kammerorganisation angeschnitten, nämlich der Interessenausgleich. Die Interessengegensätze der Unternehmen innerhalb der Kammerorganisation bezogen sich in der historischen Entwicklung primär auf die Gegensätze von Groß- und Kleinbetrieben, in der weiteren Entwicklung jedoch auch auf die unterschiedlichen Interessengegensätze zwischen den einzelnen Branchen. Das Handelskammergesetz 1850 sah seinerzeit 2 Sektionen vor, die Sektion Handel und die Sektion Gewerbe, welche jeweils in Großbetriebe, mittlere Betriebe und Kleinbetriebe unterteilt waren. Diese Einteilung entsprach dem Kurienwahlrecht, dem nach Erwerbssteuerleistungen, also nach der Kapitalkraft der Unternehmen, gestalteten Wahlrecht in die Handelskammern. Vor 1920 richtete sich die Kritik an den Kammern häufig auf diese Unterteilung der Sektionen, wobei behauptet wurde, nur die Großindustrie und der Großhandel, das Großgewerbe sowie Banken und Versicherungsgesellschaften hätten die Führung der Kammergeschäfte dominiert. Diese Kritik führte dazu, daß sich Handel, Gewerbe, später aber auch die Industrie, wiederum mehr auf ihre privatrechtlichen Interessensvertretungen zurückzogen.

Mit dem Handelskammergesetz 1920 wurde das Kurienwahlrecht innerhalb der Handelskammerorganisation abgeschafft und die Gleichberechtigung aller Mitglieder durchgesetzt. In der Fassung des Handelskammergesetzes von 1920 wurde die Existenz der Handelskammerorganisation auch vom damals geschaffenen Bundesverfassungsgesetz vorausgesetzt. Die Bundesverfassung regelt die Einrichtungen der Selbstverwaltung nicht, sie geht von ihrer Existenz aus, wobei ihr das Bild der wirtschaftlichen Selbstverwaltung vorschwebt, wie sie zum Zeitpunkt des Entstehens der einzelnen Verfassungsbestimmungen bestanden hat. Ein Abgehen von jenem Leitbild, das der österreichischen Verfassung zugrundelag, ist dem einfachen Gesetzgeber nicht gestattet. Dies gilt für die Einrichtung der Selbstverwaltungskörper, für die Grundprinzipien ihrer Organisation, für den persönlichen Geltungsbereich, also den Kreis der Person, die in der wirtschaftlichen Selbstverwaltung jeweils zusammengefaßt sind und für die wichtigsten ihrer Aufgaben.

In der Zwischenkriegszeit entfalteten sich die Probleme des Interessenausgleichs insbesondere zwischen den einzelnen Fachverbänden um Führungspositionen im berufsständischen Aufbau. Die Handelskammer konnte naturgemäß nach ihrem gesetzlichen Auftrag nie einseitig, sondern immer nur mit dem Vorbehalt gesamtwirtschaftlicher Zulässigkeit, die Sonderinteressen der einzelnen Wirtschaftsgruppen berücksichtigen. Daher war und ist die Handelskammer als gesetzliche Interessensvertretung immer gegenüber den privatrechtlichen Interessenverbänden im Nachteil, die viel unbekümmerter und nach außen hin daher dynamischer als die Kammern für ihre Mitglieder eintreten können. Ihre härteste Bewährungsprobe erlebten die Handelskammern jedoch in der Zeit des Ständestaates, der ihre Auflösung in einzelne berufsständische Organisationen plante. Bald stellte sich jedoch in der heftigen öffentlichen Diskussion heraus, daß die berufsständischen Organisationen eine Vervielfachung der bisher von den Kammern gemeinsam für alle Zweige der gewerblichen Wirtschaft gegründeten und betreuten Einrichtungen, somit eine gewaltige Kostenvermehrung zulasten der Wirt-

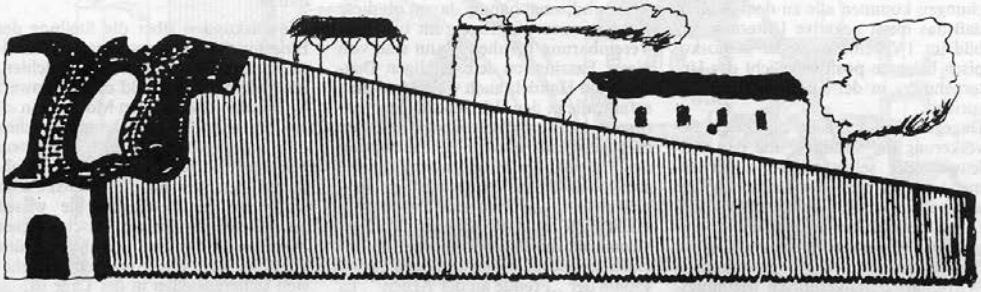
schaft zur Folge haben müßten. Ohne die Kammern wäre auch eine Atomisierung der Wirtschaft in verschiedene, einander feindlich gegenüberstehende Interessengruppen eingetreten, da deren wachsendes Selbstbewußtsein einen freiwilligen Interessenausgleich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht und ihn den Behörden oder Regierungsorganen als kaum lösbare Aufgabe überlassen hätten. Das Handelskammersystem blieb also bestehen und wurde selbst in der NS-Zeit zwar gesetzlich außer Kraft gesetzt, doch de facto das österreichische System als Vorbild für das deutsche Organisationsschema genommen. 1946 wurde mit dem **Gesetz betreffend die Errichtung von Kammern der gewerblichen Wirtschaft** (Handelskammergesetz) und der **Fachgruppenordnung** vom 15. Juli 1947 erstmals eine Handelskammerorganisation wirksam, die auch die Fachorganisationen (Fachgruppen, Fachverbände, im Gewerbe Innungen, im Handel Gremien genannt) einbezog. Die Vorteile der Verbindung von Kammerorganisation und Fachorganisation bestehen in der besonderen Schlagkraft der Interessenvertretung durch entsprechendes Gehör im Rahmen der Gesamtorganisation, in der Einsparung an Verwaltungsaufwand durch Einbau in die Handelskammerorganisation, wobei die Fachorganisationen Körperschaften öffentlichen Rechtes mit eigener Zuständigkeit sind. Sowohl die Bundeskammer, als auch die Landeskammern gliedern sich in 6 Sektionen: Gewerbe, Industrie, Handel, Geld-, Kredit-, Versicherungswesen, Verkehr, Fremdenverkehr. In der Bundeskammer sind rund 130 Fachverbände einbezogen, die auf Landesebene im allgemeinen Fachgruppen entsprechen. Innerhalb der gesamten Kammerorganisation besitzen die Bundeskammer, die Landeskammern, die Fachverbände und die Fachgruppen (Wirkungsbereich Bundesland) eine eigene Rechtspersönlichkeit.

Innerhalb der Kammerorganisation ist ein selbständiger und ein übertragener Wirkungsbereich zu unterscheiden. Die Aufgaben im **selbständigen Wirkungsbereich** sind Aufgaben, die im gemeinsamen wirtschaftlichen Interesse der in der betreffenden Organisation zusammengefaßten selbständig Erwerbstätigen gelegen sind. Die Durchführung dieser Aufgaben erfolgt frei von staatlicher Weisung und unterliegt lediglich der Aufsicht durch das Handelsministerium bezüglich der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. Beispiele für den selbständigen Wirkungsbereich sind Anträge (Gutachten) an staatliche Behörden, Abschluß von Kollektivverträgen, Aktivitäten auf dem Gebiete der Wirtschaftsförderung.

Die Aufgaben im **übertragenen Wirkungsbereich** sind Aufgaben, deren Erfüllung eigentlich den staatlichen Behörden zukommt, jedoch der Kammer bzw. Fachorganisation übertragen wurde. Im übertragenen Wirkungsbereich sind staatliche Weisungen möglich. Beispiele hiefür sind: Ausstellung von Ursprungszeugnissen durch die Kammerämter der Landeskammern, Tätigkeit der Lehrlingsstellen nach dem Berufsausbildungsgesetz.

Die Fachgruppen und Fachverbände haben die Interessen der einzelnen Branchen, also ihre fachlichen Angelegenheiten, wahrzunehmen. Die Sektionen beschäftigen sich mit den Angelegenheiten mehrerer Branchen einer Sektion, z. B. Öffentlichkeitswerbung für den Handel. Das Kammeramt behandelt die Angelegenheiten von Branchen verschiedener Sektionen (gemeinsame Angelegenheiten), insbesondere Aufgaben im Interesse aller Kammermitglieder. Die Bundeskammer koordiniert die Angelegenheiten, welche die gesamte österreichische Wirtschaft betreffen (z. B. Begutachtung eines Ministerialentwurfes für eine Novelle zum Einkommensteuergesetz). Die Organe der Landeskammern und der Bundeskammer haben bei Beschlußfassung über gemeinsame Angelegenheiten im Wege des Interessenausgleiches einen einstimmigen Beschluß anzustreben. Kommt hiebei keine Stimmeneinhelligkeit zustande, ist an die zuständige Stelle die dem Mehrheitsbeschluß entsprechende Äußerung zu erstatten und ausdrücklich als Mehrheitsäußerung zu bezeichnen. Die Minderheit der Mitglieder eines beschlußfassenden Organes kann verlangen, daß ihr abgelehnter Antrag den zu erstattenden Gutachten angeschlossen wird. Von den zahlreichen Aufgaben der Handelskammerorganisation sollen nur in Schlagworten genannt werden: die Vertretung der Mitgliederinteressen gegenüber Parlament, Regierung und anderen Verwaltungsbehörden, Begutachtung von Bundes- und Landesgesetzen und Verordnungen, Vertretung durch Experten in staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen wie Fonds, Kommissionen, Ausschüssen, Fachbeiräten, Beisitzer bei Arbeitsgerichten, Einigungsämtern, Sozialversicherungsschiedsgerichten und beim Kartellgericht; Interessenvertretung gegenüber den Sozialpartnern, Beratung der Bundesregierung im Rahmen der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen, Abschluß von Kollektivverträgen, Mitgliederbetreuung in allen rechtlichen, betriebswirtschaftlichen und betriebsorganisatorischen Fragen, Vertretung vor Arbeitsgerichten, Einigungsämtern und Sozialversicherungsschiedsgerichten, berufliche Fortbildung, Gemeinschaftswerbung, Information und Publizistik, kommunalpolitische Aktivitäten und die Exportförderung durch die Außenhandelsorganisation mit über achtzig Handelsdelegationen in aller Welt.

In ihrem Grundsatzprogramm bekennt sich die Handelskammerorganisation zum System der **Sozialen Marktwirtschaft** durch die Grundwerte Freiheit, Leistung, Privateigentum, Wettbewerb, Privatinitiative und soziale Gerechtigkeit unter der Wahrung des Freiheitsraumes jedes einzelnen und der Subsidiarität, sowie unter Mitwirkung der Betroffenen gesellschaftlich realisiert werden. Die Strategie gesellschaftlichen Fortschrittes soll nach dem Grundsatzprogramm der Handelskammerorganisation in Anlehnung an Poppers Sozialtechnologie darin liegen, auch unter nicht idealen Bedingungen die bestmöglichen Lösungen und die ständige Verbesserung dieser Bedingungen anzustreben.



Hans Stoisser

DAS UNTERNEHMERBILD IN DER GESELLSCHAFT VON HEUTE

Wenn man den Unternehmer als einen Mann bezeichnet, der mit eigenem Kopf, eigenem Risiko und eigenen Ideen kämpft, so kann man heute noch feststellen, daß sich viele Leute dafür interessieren, selbständig zu werden. Das Unternehmerbild ist — sieht man von der Meinung einiger Kommentatoren ab — erfreulicherweise bei den Mitbürgern frei von Verzerrung. Extrem negative Eigenschaften werden etwa von der Arbeiterschaft den Unternehmern nicht mehr zugeordnet.

Anders ist es in einem Teil unserer Medienlandschaft: Der US-Fernsehdauererfolg „Dallas", der nunmehr das vierte Jahr seiner Produktion verzeichnen kann, bemüht sich gar nicht mehr, den Unternehmer unterschwellig als negative Figur zu zeichnen, sondern dies wird — zum Unterschied von anderen Serien und Produktionen — mit offenem Visier getan. Ja es ist gerade der Zynismus, die Abgebrühtheit und Bösartigkeit der Hauptakteure, die angeblich den anhaltenden Reiz dieser Serie ausmachen. Dennoch ist diese Form der Darstellung eher die Ausnahme. Der Regelfall ist, daß in Fernsehsendungen Unternehmer, leitende Angestellte, Freiberufler sowie Wirtschaftstreibende im weiteren Sinn als „unsympathisch, fragwürdig, parasitär, playboyhaft, rücksichtslos" etc. dargestellt werden. Dieser Trend, den wir in den österr. Programmen, die ja zu einem Großteil vor allem aus der Bundesrepublik Deutschland bzw. den USA importiert werden, immer wieder feststellen können, hat bereits im In- und Ausland zu einer Reihe von Untersuchungen geführt. Diese Untersuchungen kommen alle zu dem Schluß, daß das meist negative Unternehmerbild im TV keineswegs der demoskopisch belegten positiven Sicht des Unternehmers in der Öffentlichkeit entspricht.

Dagegen charakterisiert die österr. Bevölkerung die Situation und den Stellenwert der selbständigen Unternehmer in Österreich sehr realistisch und ungeschminkt. Zugleich wird das Unternehmerbild bemerkenswert positiv gesehen. Wie aus einer im Auftrag der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft durchgeführten Meinungsumfrage hervorgeht, schätzen nur 29% der Bevölkerung die Situation der Selbständigen günstiger ein, als die der Arbeitnehmer, 37% glauben, daß die Situation der selbständigen Unternehmer im Vergleich zu den Arbeitnehmern schwerer ist.

32% sehen keine Unterschiede. Ein weiterer Fragenkomplex diente dazu, das Unternehmerbild sowohl aus der Sicht der Unternehmer als auch der Bevölkerung zu skizzieren. Dazu wurde eine Reihe von charakteristischen Unternehmermerkmalen vorgestellt. Bei der Möglichkeit von Mehrfachbeantwortungen ergab sich zusammenfassend, daß im Unternehmerbild der Bevölkerung die positiven Eigenschaften klar überwiegen. Die österr. Unternehmer werden als tüchtig (62%) und fleißig (60%) bezeichnet. Vor dem Hintergrund eines sparsamen Lebens- und Arbeitsstiles (42%) glaubt man, daß die selbständigen Unternehmer um innovatorischen Fortschritt bemüht sind. Das überwiegend positive Unternehmerbild der österr. Bevölkerung stimmt auch deutlich mit der Präferenz für eine Unternehmensform überein, in der die Eigentümer des Unternehmens noch selbst mitarbeiten. 79% der Bevölkerung halten aktive Unternehmerpersönlichkeiten innerhalb unseres Wirtschaftssystems für notwendiger, als Unternehmen, die einer Gesellschaft gehören oder von einem Manager geführt werden.

Wenn man den Unternehmerbegriff weiter auslegt als Begriff für alle jene, die im Bereich der Wirtschaft grundsätzliche Führungs- und Entscheidungskompetenzen haben und sich der unternehmerischen Verantwortung bewußt sind, unabhängig davon ob diese Kompetenzen auf Eigentum oder auf Vereinbarung beruhen, dann sind von dieser Faszination selbständigen Denkens und Handels auch viele Menschen erfaßt, die in den Wirtschaftsorganisationen arbeiten. Wer selbst Menschen zu führen hat, spürt diese Faszination der Freiheit, der Mitgestaltung am besten. Was diesen Menschenkreis auszeichnet ist, was Professor Dr. Marian HEITGER einmal bei der Vollversammlung der Handelskammer Steiermark ausgedrückt hat, die neue Philosophie der „Freude an der Arbeit". Es ist wahrscheinlich einer der erfreulichsten Aspekte der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation, daß es diese Faszination der Selbständigkeit gibt und daß sie allen Insolvenzen und Schwierigkeiten zum Trotz nicht abstirbt. Schumpeter hat befürchtet, daß das mittelständische Bürgertum die Tendenz habe, die eigenen Schutzschichten zu zerstören, seine Verteidigungsanlagen niederzureißen und die Besatzungen seiner Schutzwälle zu zerstreuen. Wahrscheinlich kann diesem selbstzerstörerischen Trend nur mehr die Faszination der Selbständigkeit entgegenwirken. Wenn einige wenige Unternehmer es offensichtlich darauf angelegt haben, mit ihren Äußerungen und Handlungen nicht im Rahmen der wirtschaftlichen Berichterstattung, sondern in den Klatschspalten zu erscheinen, so ist dieser Effekt sicherlich selbstzerstörerisch. „Die Idee der freien Marktwirtschaft, das freie Unternehmertum waren es, die dieses Land aus seiner historisch wohl schwersten Krise herausgeführt haben. Diese Freiheit ist heute in Gefahr, attackiert von einer noch amorphen Gruppe marxistisch - sozialistischer Veränderungsfanatiker", schreibt der bekannte deutsche Soziologe Helmut Schoeck in seinem Buch „das Recht auf Ungleichheit". Schoeck drückt damit aus, daß heute Kräfte am Werk sind, die das Erfolgsrezept unserer Wirtschaft stornieren wollen, ohne mit einem brauchbaren Ersatzrezept aufwarten zu können.

Der Kampf um die Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft unter ständiger Anpassung an geänderte wirtschaftliche und technologische Gegebenheiten ist ausschließlich von den Unternehmern zu führen. Die Unternehmer stehen heute in einem Zweifrontenkampf: Gegen die Gigantomanie der „Macher", die so tun, als gäbe es nur industrielle Mammutunternehmen, die man unter allen Umständen mit Subventionen am Leben erhalten muß und gegen die Gleichmacherei, die zunehmend von weltfremden Theoretikern als die Erfüllung höchsten menschlichen Gefühls gepredigt wird. So kommt dem Unternehmer von heute eine umfassende Verantwortung zu — das Menschenbild der Freiheit zu erhalten.

Die Diskussion über die Stellung des Einzelmenschen gegenüber der Gesellschaft und den kollektiven Mächten, über das Menschenbild der Gegenwart ist gerade in den letzten Monaten in allen Parteien und weltanschaulichen Gruppierungen mit begrüßenswertem Elan geführt worden. Die Unternehmer haben sich an dieser Diskussion nicht nur zu beteiligen, sie wissen auch, daß ihr marktwirtschaftliches Menschenbild sozial gerecht und den Freiheitsraum des einzelnen am ehesten sicherzustellen in der Lage ist.

Die soziale Marktwirtschaft ist der erste historisch realisierte Wunsch, die umfassenden Möglichkeiten menschlicher Freiheit in einer leistungsorientierten Gesellschaft mit sozialen und gesellschaftlichen Zielen in Einklang zu bringen. Sie ist, wie einer ihrer Väter, Professor Müller-Armack einmal betonte, eine Friedensordnung, die unsere konfliktgeladene Gesellschaft heute mehr denn je benötigt. Für die Einstellung der Unternehmer zur Gesellschaft von heute kann der Satz gelten: „So viel Staat wie nötig und so viel Freiheit wie möglich". Eine gute, unserem Menschenbild entsprechende Ordnung muß eine Ordnung des Maßes, der Mitte, sein mit der unabdingbaren Voraussetzung eines Gleichgewichtes der Gewalten.

Das Menschenbild der Unternehmer geht keineswegs von dem immer wieder beschworenen Perfektionismus aus, keineswegs auch von dem Trugschluß von der Machbarkeit aller Dinge. Der Mensch ist — das hat sich im Laufe der Menschheitsgeschichte nicht geändert — unzulänglich und unvollkommen. Gerade diese Unzulänglichkeit und Unvollkommenheit sind aber auch das beste Argument für die Freiheit. Der Anspruch auf einen Freiheitsraum, der seine Grenzen am Freiheitsraum des Mitmenschen findet, ist unabdingbarer Bestandteil eines personalistischen Menschenbildes und findet sich nicht nur in der christlichen Soziallehre, sondern auch im Salzburger Parteiprogramm der ÖVP. Es gibt nur einen Freiheitsraum des Einzelmenschen, aber keinen Freiheitsraum der Gesellschaft als erstrebenswertes Ziel. Dezentralisation, Föderalismus und der Pluralismus der Verbände sind die Ausdrucksformen dieses Menschenbildes als Kampfinstrument gegen die staatliche Übermacht.

Immer mehr ist die Wahrnehmung zu machen, daß sich die Konfliktzonen verschieben. Immer mehr erweist sich damit aber auch das Klassendenken als falsch und überholt. Arbeit und Kapital stehen zunehmend auf der selben Seite, wenn es um Sachprobleme geht, wie Arbeitsplatzsicherung, Erhaltung der Betriebe etc., aber auch wenn es um ideologische Bereiche geht, wie die Arbeitsverfassung, die ebenso ein Grundsatzproblem ist wie die Eigentumsbildung. Hier sind Unternehmer und ihre Mitarbeiter auf derselben Wellenlänge des Menschenbildes: Die Gesellschaft hat gegenüber dem Einzelmenschen nur eine subsidiäre Funktion. Pluralität und Wettbewerb entsprechen diesem Menschenbild. Die Marktwirtschaft ist in der Lage, Machtzusammenballungen zu verhindertn, sie stellt den Einzelmenschen in den Mittelpunkt. Das marktwirtschaftliche Problem steht im Gegensatz zur Gleichmacherei. Der ehemalige Finanzminister Wolfgang Schmitz meinte kürzlich, wir verdanken der Gleichheitspolitik einen gleich gemähten Rasen, aber keine Blumen.

Die angesehene Neue Zürcher Zeitung hat erst kürzlich in ihrer Ausgabe vom 4. Juli 1982 die Stellung des Unternehmers in Österreich analysiert. Sie stellt seiner Arbeit ein gutes Zeugnis aus. In dem Artikel heißt es wörtlich „um also in Österreich Unternehmer zu sein und zu werden, benötigt man all das, was man überall auf der Welt braucht, nämlich Initiative, Dynamik, Konsequenz, Leistung und Risikobereitschaft. Vielleicht bedarf es jedoch von all dem ein bißchen mehr als in Ländern, wo die Rahmenbedingungen dem Unternehmer, dem Gewinn und dem privaten Sektor günstiger gesinnt sind. Vor allem bedarf es des entsprechenden Naturells, der Freude am selbständigen Gestalten und des Angesporntseins durch Probleme. All das ist vermutlich wichtiger als finanzielle Anreize — nur, daraus ableiten zu wollen, man könne letztere vernachlässigen, könnte sich als fatal erweisen".

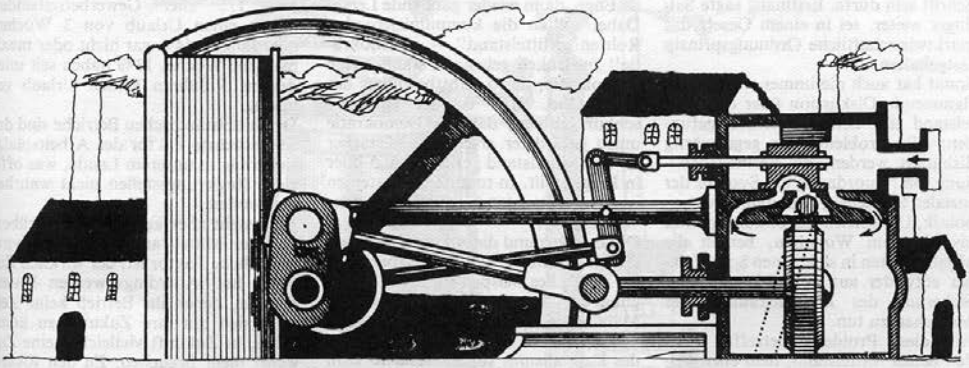
An anderer Stelle schreibt das Blatt in einem Artikel „wenn Österreichs Unternehmer trotzdem nicht nur ausharren, sondern aktiv und dynamisch handeln, dann, weil es selbstverständlich in der volkswirtschaftlichen Landschaft Österreichs auch zahlreiche Aktiva gibt. Zu nennen sind vor allem die Menschen, sowohl die direkt in der Produktion Tätigen als auch die Kader, die allgemein als tüchtig und arbeitsam eingestuft werden. Interessant dabei ist, daß von einem West-Ost-Gefälle nicht die Rede zu sein scheint".

Der Unternehmer wird in der nächsten Zeit mehr als bisher auf seine Stellung in der Gesellschaft aufmerksam machen müssen. Beispielsweise herrscht heute in der öffentlichen Meinung der Eindruck, es sei Aufgabe und Erfolg politischer Programme oder der Wirtschaftsförderung der öffentlichen Hand, Arbeitsplätze zu schaffen. Die schlichte Tatsache, daß Arbeitsplätze letztlich von den Unternehmen geschaffen werden und deren Eigenleistung bei weitem überwiegt, ist völlig in den Hintergrund getreten. Man könnte dies wohlwollend so interpretieren, daß Selbstverständliches nicht eigens erwähnt zu werden braucht. In Wirklichkeit haben sich jedoch die Prioritäten im Denken und Handeln ganz entscheidend verschoben.

Es wird notwendig sein, wieder mehr Selbstbewußtsein zu finden.

Das Klischee vom dicken, zigarrerauchenden Unternehmer ist ausgeräumt, nunmehr geht es darum, seine Stellung in der Gesellschaft neu zu definieren und festzulegen, wobei klar ist, daß nicht nur die Großunternehmen das Bild der Wirtschaft prägen, sondern die Vielfalt von Klein- und Mittelbetrieben aus fast allen Bereichen.

Vor allem seit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges haben die Wirtschaftstreibenden immer Optimismus erwiesen, ohne den die Aufbauleistungen nach dem Chaos des Zweiten Weltkrieges nicht möglich gewesen wären. Trotz aller Schwierigkeiten herrscht dieser Optimismus heute noch vor. Man sollte ihn nur gewähren lassen.



Gerd Novak

MITTELSTAND: MITTE DER GESELLSCHAFT, MOTOR DES FORTSCHRITTS

Die Wirtschaftsgesellschaft von heute ist eine Mittelstandsgesellschaft, zu der sich 71% der Österreicher bekennen. Erst in den letzten Jahren ist der Begriff Mittelstand wieder attraktiv geworden. Die Kerngruppe ist der selbständige Mittelstand. Er steuert den Löwenanteil zum Bruttonationalprodukt bei, beschäftigt ⅔ aller Unselbständigen, stellt den Hauptteil der Ausbildungsplätze bereit, auf ihn entfallen die meisten exportierenden Betriebe, er ist das solide Fundament unserer Wirtschaftsordnung. Dieser beachtlichen Leistungsbilanz zum Trotz wird der selbständige Mittelstand von Finanzämtern gebeutelt, von der Bundesregierung ignoriert, von Bürokraten behindert. Seiner Fähigkeit, den Strukturwandel zu beherrschen, werden zahlreiche Hindernisse in den Weg gelegt.

Für diese Kerngruppe des Mittelstandes, die selbständig Erwerbstätigen, begann es mit einer Pionierleistung der Steiermark, mit einem Mittelstandsförderungsgesetz. Inzwischen konnte sich auch die Bundesregierung in Wien den Vorstellungen des Wirtschaftsbundes nicht verschließen: Ein Bundes-Mittelstandsförderungsgesetz wurde am 1. Juni 1982 durch das Parlament verabschiedet. Der Präsident des Wirtschaftsbundes und der Bundeskammer, Ing. Rudolf Sallinger, betonte damals, daß dieses Gesetz nur ein erster Schritt sein dürfe. Erstmals, sagte Sallinger weiter, sei in einem Gesetz das marktwirtschaftliche Ordnungsprinzip festgehalten.

Somit hat auch die immer wieder aufflammende Diskussion über den Mittelstand eine neue Dimension gefunden: Alle Probleme, die gegenwärtig diskutiert werden, ob Vermögensbildung, ob Neuordnung des Systems der sozialen Sicherheit, regionale Strukturpolitik, Umweltschutz, Bildungspolitik bis hin zum Wohnbau, bergen die Möglichkeiten in sich, einen Schritt näher entweder auf Sozialisierung oder Sicherung des Freiheitsraumes der Menschen zu tun.

Alle diese Probleme betreffen auch den neuen Mittelstand, dem eben keineswegs nur die gewerbliche Wirtschaft zugezählt werden kann. Die Wortmeldung der mittleren Schichten zur Alternative Sozialisierung oder Sicherung des Freiheitsraumes ist unerläßlich.

Es ist sogar in den letzten Jahren an den Hochschulen wieder salonfähig geworden. Da und dort gibt es an den Universitäten schon Institute für Mittelstandforschung — auch in Graz wäre eine solche Einrichtung überaus wünschenswert. Beim Mittelstand handelt es sich um jenen Teil der österreichischen Bevölkerung, die den überproportionalen Anteil der Lasten tragen. Von der Tüchtigkeit der mittelständischen Unternehmer hängt der Staat ab, doch werden von ihnen die höchsten Steuerlasten gefordert, ohne daß ihnen dafür etwas geboten wird. Der „alte Mittelstand" des Gewerbes, des Handels und der Industrie, der Bauern und der freien Berufe, findet immer engere Berührungspunkte zum „neuen Mittelstand" der großen Zahl der Angestellte, Facharbeiter und Beamten. Die realen Interessen dieser Gruppen nähern sich in unserer Gesellschaft immer mehr an und verschmelzen so zu einem Mittelstand, der Hauptlast und Bedeutung in diesem Staate trägt.

In Zeiten des politischen Stillstandes und der Fantasielosigkeit herrscht in der Mitte manchmal eine beklemmende Enge, dann wieder gähnende Leere. Dabei sollten die kommunizierenden Röhren „Mittelstand" — „Demokratie" zu denken geben: Je stabiler eine Demokratie, desto selbstbewußter der Mittelstand. Hier ist der Umkehrschluß geboten, daß die Demokratie umso gefärdeter erscheint, je stärker sie den Mittelstand gering schätzt oder in Frage stellt. In totalitären Systemen ist der Mittelstand „liquidiert oder volkseigen".

Die Existenz und die zukunftsweisende Arbeit des Mittelstandes ist aber auch ein deutliches Beispiel für die Widerlegung der marxistischen Philosophie. Marx hat in seiner Konzentrationslehre behauptet, ein wesentliches Merkmal des Kapitalismus sei die Tendenz zum Unternehmenszusammenschluß, so daß es immer weniger, dafür zunehmend größere Unternehmen gibt. Marx hat mit dieser These, wie mit vielen anderen, unrecht behalten.

Wissenschaftler haben eine Zusammenstellung der Mittelstandsdefinitionen versucht. Sie sind dabei auf die bemerkenswerte Zahl von fast 200 gekommen.

Beim Großteil der Mittelstandstheoretiker findet sich eine Abgrenzung dahingehend, daß zum Mittelstand jene Bevölkerungsschichten zählen, die weder Kapitalisten noch Proletarier sind.

Wir wissen, daß in Österreich die mittelständischen Betriebe und ihre Arbeit von der Bevölkerung sehr geschätzt werden. Aus einer Umfrage der Bundeskammer geht hervor, daß rund 60% befragter Personen die Auffassung vertritt, daß Klein- und Mittelbetriebe am meisten zur Sicherung der Arbeitsplätze beitragen. 80% würden sich eine Entwicklung wünschen, bei der es eine Vielfalt von kleinen Eigentümern gibt. Daher sollte die Regierung am stärksten Klein- und Mittelbetriebe fördern, während sie gegenwärtig vor allem Großbetrieben unter die Arme greift.

Bezüglich der Sicherung der Arbeitsplätze vertreten 59% der Bevölkerung die Auffassung, daß Klein- und Mittelbetriebe als Garanten angesehen werden können. Nach Berufsgruppen werden die Klein- und Mittelbetriebe erwartungsgemäß von 90% der selbständigen Österreicher hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung hervorgehoben, aber auch 64% der Angestellten und Beamten, sowie immerhin noch 53% der Arbeiter betonten in dieser Untersuchung die wichtige Funktion der Klein- und Mittelbetriebe.

Bei den befragten Selbständigen ergab sich, daß sie im Durchschnitt etwas älter sind, als die übrigen Erwerbstätigen. Die Mehrheit von 60% hat aber das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten. Mehr als ⅔ der Befragten arbeiten laut eigenen Angaben täglich 11 Stunden oder mehr.

Nur 1/5 aller Gewerbetreibenden macht einen Urlaub von 3 Wochen oder länger. 44% gar nicht oder maximal eine Woche. 13% haben seit mindestens 5 Jahren keinen Urlaub gemacht.

Die mittelständischen Betriebe sind der wesentlichste Faktor der Arbeitsplatzsicherung in unserem Lande, was offizielle Regierungsstellen nicht wahrhaben wollen.

Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß der Mittelstand der einzige wirtschaftliche Faktor ist, der wirklich Zukunft hat. Allerdings werden Unternehmer, denen ihr Betrieb keine Zeit läßt, sich um ihre Zukunft zu kümmern, in Zukunft vielleicht keine Zukunft mehr brauchen. Zu den Risken

gehört die Vernachlässigung der heute beinahe übermenschlich gewordenen Führungsaufgabe, weil die Führungsaufgaben gleichzeitig zahlreicher und schwerer werden: Ferner die zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten, aus denen sich die Gefahr der Unterkapitalisierung und eines Unterbleibens auch unbestritten wichtiger Investitionen ergibt; am schwersten beeinflußbar sind die überbetrieblichen Gefahrenmomente.

So wird die zu den Erfolgsgrundlagen mittelständischer Betriebe gehörige Flexibilität durch eine wachsende Flut von Auflagen und Vorschriften bedroht. Das Ende der Vorschriften — Wucherungen ist noch nicht abzusehen.

Dem steht aber nach wie vor ein immer noch unausgeschöpftes Chancenpotential gegenüber. Nicht nur differenzierte Konsumwünsche werden die Klein-und Mittelbetriebe besser erfüllen können. Dienstleistungen sind auch bei industriellen Abnehmern immer stärker gefragt. Der Verzicht der meisten Klein- und Mittelbetriebe etwa auf unflexible Spezialanlagen der Massenproduktion begrenzt ihre Fixkostenbelastung. Die Schlüsselgröße für den betrieblichen Erfolg bleibt freilich der Chef, vor allem wenn er es versteht, die Mehrzahl der Mitarbeiter umfassend an den Informationen, Entscheidungen, attraktiven Tätigkeiten und auch Erfolgen zu beteiligen.

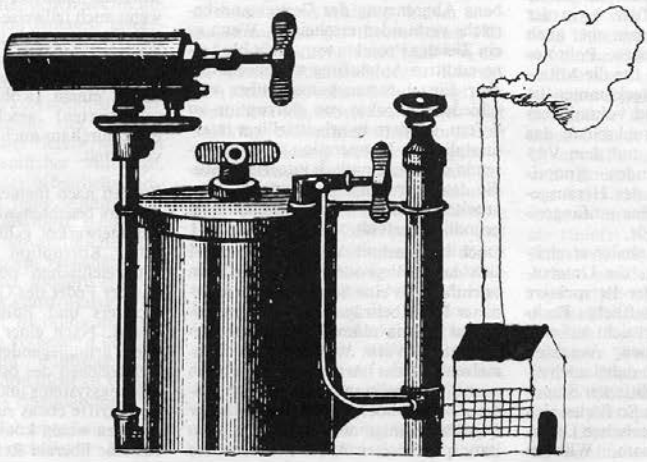
Die Kleinheit erweist sich also als Vorteil. Nach Untersuchungen, die in den 60er Jahren durchgeführt wurden, gehen bedeutende Innovationen seit Beginn dieses Jahrhunderts auf das Konto von Kleinbetrieben und Einzelerfindern. Am Beginn moderner Industriegesellschaften standen Kleinbetriebe und viele heutige Großbetriebe haben als innovative Kleinfirmen begonnen.

Die Zukunft der österr. Wirtschaft und damit des Wohlstandes und der Lebensqualität ist nur dann gesichert, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen für die Vielfalt der Klein- und Mittelbetriebe geschaffen werden. Das vom Parlament beschlossene Mittelstandsgesetz kann nur ein erster Schritt einer effektiven Mittelstandspolitik sein.

Wichtige Kernstücke des Gesetzes sind die gesetzliche Verankerung des marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzips, die Vorlegung eines Mittelstandsberichtes durch den Handelsminister in regelmäßigen Abständen, die Errichtung einer Steuerbeschwerdekommission und der Start einer Betriebsmittelkreditaktion. Offen geblieben sind leider trotzdem einige wichtige Forderungen des Wirtschaftsbundes: So z. B. die Forderung nach Abgeltung für die Verwaltungsarbeit. Die gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe leisten nämlich für den Staat unbezahlte Verwaltungsarbeit, die mit rund 1 Milliarde Schilling pro Jahr anzusetzen ist. Eine weitere Forderung besteht in einer Forcierung öffentlicher Aufträge auch für den Mittelstand. Eine stärkere Berücksichtigung der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe bei staatlichen Großaufträgen sollte im neuen Vergabegesetz verankert werden. Weiters ist ein Vorrang für private Leistungen notwendig: Die öffentliche Hand soll Arbeiten und Leistungen nur dann erbringen, wenn nicht private Unternehmen besser, billiger und wirtschaftlicher arbeiten und schließlich wird ein Sparsystem für Jungunternehmer verlangt. Durch ein Selbständigensparen soll der Start in die Selbständigkeit erleichtert werden. die Selbständigkeit erleichtert werden. All diese Maßnahmen könnten dazu beitragen, die große Rolle der Kleinen noch entsprechend hervorzuheben. Die Wiederanerkennung des Mittelstands erfolgt erfreulicherweise nicht nur in Österreich, sondern ist auch ein internationales Phänomen. So hat die OECD kürzlich einen Bericht über die Innovation in Klein- und Mittelbetrieben herausgegeben.

Auch für den gesamten internationalen Bereich wird festgestellt, daß die Klein- und Mittelbetriebe durch einen besonderen Stil von Management und Eigentumsausübung gekennzeichnet sind: Die Unternehmerverantwortung wird entweder von einer einzigen Person oder von einer kleinen Gruppe getragen. Großbetriebe verfügen über hierarchische Managementstrukturen, während kleinere Betriebe für gewöhnlich eine lockere Struktur aufweisen und flexibel im Ansprechen auf neue Bedürfnisse und in der Nutzbarmachung neuer Ideen sind. Solcherart können Klein- und Mittelbetriebe einen verhältnismäßig umfangreichen Beitrag zum technischen Fortschritt leisten und damit in allen Industrieländern neue Wachstumsindustrien begründen.

Der standhafte Stand des Mittelstandes ist also der Träger des Fortschritts in Österreich und anderswo. Wenn die nötigen Rahmenbedingungen, wenn der Ausgleich von Wettbewerbsverzerrungen geschaffen würde, dann bedarf es keiner Förderungsgesetze, wohl aber einer Politik, die Kreativität, Spontaneität und Risikobereitschaft wieder freilegt und populär macht. Die Mitte der Gesellschaft ist nach wie vor der Motor des Fortschritts. Daran kann und darf sich nichts ändern.



Peter Koller

KORRUPTION OHNE KONTROLLE?

Bemerkungen zu dem Buch: Christian Brünner (Hrsg.): Korruption und Kontrolle, Wien-Köln-Graz 1981, Böhlau Verlag, Studien zu Politik und Verwaltung Bd. 1.

Die Serie von Korruptionsskandalen, deren Enthüllung seit einigen Jahren in Österreich für öffentlichen Gesprächsstoff sorgt, hat — wenn auch möglicherweise sonst nicht viel — immerhin eines bewirkt: sie hat manchem Vertreter der Rechts- und Sozialwissenschaften bewußt gemacht, daß Phänomene der Korruption in diesen Wissenschaften — zumindest im deutschsprachigen Bereich — bisher nicht die Beachtung gefunden haben, die ihnen angesichts ihrer Rolle im sozialen Leben offenbar gebührt. Der vorliegende Sammelband ist das Ergebnis eines etwas eilfertigen, aus öffentlichen Mitteln großzügig dotierten Versuchs, diese Lücke zu schließen.

Wie sein Herausgeber, der Grazer Rechtsprofessor Christian Brünner, in seiner Einleitung bemerkt, enthält der Band die Ergebnisse eines vom Landeshauptmann für Steiermark in Auftrag gegebenen Forschungsprojekts über individuelle und soziale Bedingungen der Korruption, welches das Phänomen der Korruption aus der Sicht verschiedener Wissenschaftsdisziplinen beleuchten und so ein umfassenderes Erkenntnismaterial über diesen Gegenstand erbringen sollte. Insgesamt wurden von Brünner, der auch der verantwortliche Leiter dieses Forschungsprojekts war, mehr als 20 renommierte Wissenschaftler — in der Überzahl Juristen, daneben aber auch eine Reihe von Soziologen, Politologen und Ökonomen — für die Mitarbeit gewonnen. Herausgekommen ist dabei ein beeindruckend voluminöses Werk von über 700 Druckseiten, das neben einer Einleitung und dem Versuch einer abschließenden synoptischen Zusammenschau des Herausgebers 22 Artikel sowie eine umfangreiche Bibliographie umfaßt.

Schon ein Blick in das Inhaltsverzeichnis zeigt das Bemühen, die Untersuchung nicht nur aus der Perspektive verschiedener wissenschaftlicher Fachrichtungen und mit Rücksicht auf eine Fülle von thematischen Aspekten durchzuführen, sondern dabei auch eine gewisse Pluralität politischer Standpunkte walten zu lassen. So finden sich in dem Band neben historischen Untersuchungen (Karl Acham, Wilhelm Brauneder) und eher allgemeinen anthropologischen, psychologischen und moralischen Erörterungen (Hans Rotter, Joachim Illies, Friedrich Hacker, Kurt Freisitzer) eingehende Analysen der Korruption sowohl im Hinblick auf ihre politische Rahmenbedingungen (Peter Gerlich, Wolfgang Mantl, Hans Heinz Fabris, Anton Pelinka, Henn-Jüri Uipopuu), wie auch mit bezug auf ihre ökonomischen Ursachen (Erich Streißler, Egon Matzner, Josef Aicher, Karl Wenger, Peter Fischer); eine Reihe von Arbeiten widmet sich schließlich einigen rechtssoziologischen sowie diversen rechtsdogmatischen Aspekten des Korruptionsphänomens (Theo Mayer-Maly, Roland Girtler, Heinz Krejci, Peter J. Schick, Hans Georg Ruppe, Reinhard Rack).

Die ersichtliche Vielfalt an fachspezifischen Perspektiven und thematischen Akzenten, die den Band kennzeichnet, gereicht ihm allerdings nicht nur zum Vorteil, sondern erweist sich bei genauerem Hinsehen zugleich als eine entscheidende Schwäche: die Verschiedenheit des methodischen Zutritts der Mitarbeiter und die Überfülle an Einzelthemen haben es offenbar unmöglich gemacht, die Beiträge zu einer in sich kohärenten Einheit zu integrieren. Die in dem Band enthaltenen Arbeiten bilden vielmehr im ganzen eine ziemlich heterogene Ansammlung von Einzeluntersuchungen, die im wesentlichen durch nicht viel mehr als durch das gemeinsame Generalthema und durch eine vom Herausgeber vorgegebene Abgrenzung des Gegenstandsbereichs verbunden erscheinen. Wenn es ein Ziel des Projekts war, nicht bloß eine additive Anhäufung wissenschaftlicher Einzeluntersuchungen über verschiedene Aspekte von Korruption zu liefern, sondern in arbeitsteiliger interdisziplinärer Kooperation eine umfassende und systematisch integrierte Studie des Korruptionsphänomens zu erarbeiten, dann wurde dieses Ziel gründlich verfehlt.

Doch ungeachtet dessen präsentiert sich das vorliegende Buch, wenn man es einfach als eine Sammlung verschiedener Einzelbeiträge zu einem gemeinsamen Thema nimmt, als ein sehr respektables Werk. Wie fast jedes Sammelwerk dieser Art enthält natürlich auch „Korruption und Kontrolle" Beiträge von höchst unterschiedlicher Qualität. Einige wenige der in dem Band publizierten Arbeiten erscheinen mir — nicht zuletzt auch in Anbetracht der Tatsache, daß die Autoren aus dem Fonds des Projekts ein nicht unbeträchtliches Mitarbeiterhonorar bezogen haben — geradezu skandalös, nicht wegen der darin vertretenen Meinungen, sondern weil sie weder einen Einfall noch irgendeine Forschungsbemühung erkennen lassen. Der Großteil der Beiträge verdient jedoch nach meinem Dafürhalten durchaus Beachtung, sei es weil sie interessante empirische Informationen aufbereiten, sei es weil sie bemerkenswerte theoretische Überlegungen enthalten. Da es angesichts der Anzahl der in dem Band abgedruckten Arbeiten ohnehin unmöglich ist, hier alle gesondert zu besprechen, möchte ich nur kurz auf ein paar derjenigen Beiträge aufmerksam machen, die mir von besonderem Interesse zu sein scheinen.

Einen ganz hervorragenden Einstieg in die Thematik bietet der Wiener Rechtshistoriker Wilhelm Brauneder mit einer Arbeit über „Korruption als historisches Phänomen". Erzeigt darin, wie es im Zuge der Entwicklung des modernen Staates mit der Ausweitung des staatlichen Beamtenstabes nach und nach zur Durchsetzung eines spezifischen Kodex der Beamtenethik gekommen ist, der von den staatlichen Amtsorganen nicht nur Loyalität gegenüber dem Landesfürsten, sondern auch eine unparteiliche Ausübung der Amtsgewalt zum Wohle des Staates verlangt. Praktiken wie Ämterkauf, die Verwendung des Amtes zum Zweck der persönlichen Bereicherung des Amtsinhabers oder die Ausübung der Amtsgewalt gegen Entgelt, Praktiken, die vorher gang und gäbe und nicht unbedingt anrüchig waren, gerieten so — vor allem in der Zeit des absolutistischen Regimes — mehr und mehr in Mißkredit und wurden als Formen von Amtsmißbrauch kriminalisiert. Brauneders historische Analyse, die im übrigen — wenn auch teilweise nur in Form knapper Aperçus — bis ins 20. Jahrhundert führt, ist mit vielen anekdotischen Beispielen garniert, weshalb sie dem Leser neben einem (wohltuend theoretisch reflektierten) geschichtlichen Überblick durchaus auch ein Lesevergnügen vermittelt.

Zu den nach meinem Dafürhalten besonders beachtenswerten Beiträgen des Sammelwerkes gehört auch der Aufsatz „Korruption und Reform im österreichischen politischen System" aus der Feder des Grazer Verfassungsrechtlers und Politologen Wolfgang Mantl. Nach einer Charakterisierung der grundlegenden institutionellen Kennzeichen des österreichischen Verfassungssystems und einem — für meine Begriffe etwas zu emphatischen, jedoch zu wenig konkreten — Plädoyer für eine liberale Reformpolitik, liefert

Mantl zunächst eine eindrucksvolle allgemeine Phänomenologie der Korruption im gegenwärtigen Österreich, um dann sowohl die im politischen System gelegenen korruptionsfördernden Bedingungen wie auch mögliche korruptionshemmende Reformmaßnahmen im einzelnen zu erörtern. Einem von Peter Gerlich im selben Band unterbreiteten Gliederungsvorschlag folgend, differenziert er dabei zwischen drei Dimensionen des politischen Systems: der politischen Kultur, den politischen Institutionen und den politischen Aufgaben. Obgleich mir die Logik dieser Gliederung nicht ganz einsichtig ist, leistet sie offenbar doch gute Dienste, wenn man wie Mantl sowohl die durch die vorherrschenden sozialen Einstellungsmuster genährten subjektiven Motive als auch die in der institutionellen Ausgestaltung des politischen Systems gelegenen objektiven Faktoren herausarbeiten will, die zusammen korrupte Praktiken begünstigen. Ausgehend von einer durchaus einleuchtenden Analyse der vor allem in der Struktur des öffentlichen Dienstes und der politischen Parteien begründeten Bedingungen von Korruption schlägt Mantl schließlich eine Reihe institutioneller Reformmaßnahmen vor, die jedoch größtenteils — wie etwa der Abbau der parteipolitischen Ämterpatronage oder die Demokratisierung der Parteien und Verbände — mehr guten Willen voraussetzen würden, als eine nüchterne Sicht der Dinge erwarten lassen kann. Aber Mantl weiß das wohl selbst genausogut.

Einer genaueren Untersuchung der von Mantl eher andeutungsweise charakterisierten korruptionsfördernden Bedingungen im Bereich des öffentlichen Dienstes haben sich dankenswerter Weise Egon Matzner (TU Wien), Josef Aicher (Universität Linz) und Karl Wenger (Universität Wien) gewidmet. Während sich Matzner in seinem Beitrag mit den im öffentlichen Sektor des modernen Wohlfahrtsstaates gelegenen Korruptionsursachen ganz allgemein auseinandersetzt, vertiefen sich Aicher und Wenger in die Problematik zweier besonders korruptionsträchtiger Handlungsbereiche des öffentlichen Sektors: Aicher befaßt sich mit der Vergabe öffentlicher Aufträge, wogegen Wenger das öffentliche Subventionswesen auf seine Mißbrauchsmöglichkeiten hin abklopft. Beide Autoren liefern nicht nur akribische Analysen der bestehenden Vergaberichtlinien und -praktiken, sondern erarbeiten auch eine Reihe konstruktiver Vorschläge, in welcher Richtung man die Vergaberegelungen verbessern könnte, um korrupte und mißbräuchliche Praktiken wenn schon nicht zu verhindern, so wenigstens einzudämmen.

Eine Arbeit, die sich ebenfalls tief in die Niederungen rechtlicher Details hineinbegibt und die wegen ihrer Materialfülle und Sorgfalt Beachtung verdient, ist der Aufsatz von Reinhard Rack, Professor an der Universität Graz, der unter dem etwas umständlichen Titel „Zur Funktionalität des wirtschaftlichen Unvereinbarkeitsrechtes im Daseinsvorsorgestaat" die Frage der Vereinbarkeit bzw. Unvereinbarkeit der Ausübung bestimmter politischer Ämter mit bestimmten wirtschaftlichen Tätigkeiten durchleuchtet. Die Relevanz dieser Frage für die Thematik der Korruption liegt auf der Hand. Rack nimmt zunächst eine Bestandsaufnahme der geltenden Bestimmungen über die wirtschaftliche Unvereinbarkeit vor, gibt dann einen ausführlichen Überblick über die diesbezüglichen Regelungen, die in anderen Ländern bestehen, und versucht daran anknüpfend rechtspolitisch vertretbare Kriterien für ein Unvereinbarkeitsrecht zu erarbeiten, auf deren Grundlage er schließlich einige konkrete Verbesserungsvorschläge der geltenden Regelungen unterbreitet. Der Umstand, daß dabei nicht viel herausschaut, kann jedoch nicht dem Autor angelastet werden, sondern resultiert aus der eminenten Schwierigkeit, vertretbare Regelungen der wirtschaftlichen Unvereinbarkeit zu finden, die sowohl die Verquickung von Privatinteressen und politischer Tätigkeit unterbinden wie auch die Ausübung politischer Ämter für Angehörige aller Berufsgruppen offenhalten.

Abschließend möchte ich noch auf zwei Beiträge hinweisen, die zwar nicht unmittelbar von den konkreten Bedingungsfaktoren und Erscheinungsformen der Korruption in Bereich der öffentlichen Verwaltung handeln, die aber außerordentlich interessante theoretische Annäherungen an das Thema beinhalten. So versucht der Wiener Nationalökonom Erich Streißler Erscheinungsformen der Korruption ökonomisch zu erklären, indem er — ausgehend von der theoretischen Fiktion eines vollkommenen Marktes, unter dessen Voraussetzungen Korruption nicht auftreten würde — zeigt, wie bestimmte Marktbeschränkungen oder Marktunvollkommenheiten (vor allem: Monopolbildung auf der Angebots- oder Nachfrageseite, abnehmende Kosten der Produzenten mit zunehmendem Absatz, Kosten der Informationsbeschaffung über Güterqualitäten und Güterpreise) Bestechungshandlungen als ökonomisch zweckmäßige Aktivitäten erscheinen lassen. Natürlich ergeben sich schon aus der Existenz des Staates erhebliche Marktbeschränkungen, schon deshalb, weil der Staat als Großorganisation auf den Märkten, wo er als Anbieter oder Nachfrager von Gütern und Dienstleistungen auftritt, Monopolbildung bewirkt. Das gilt umsomehr für den modernen Staat, der nicht nur in erheblichem Maße in den privaten Wirtschaftsablauf eingreift, sondern immer stärker als selbständiges Wirtschaftssubjekt am Markt in Erscheinung tritt. Da mit der Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit und der öffentlichen Leistungen des Staates dem Marktgeschehen zunehmende Restriktionen auferlegt werden, ist trivalerweise zu erwarten, daß das Ausmaß korrupter Bestechungsaktivitäten mit dem Volumen des öffentlichen Sektors steigt. Streißler diskutiert darüber hinaus auch im Detail, welche speziellen Bedingungen in besonderem Maße Bestechungshandlungen im Verkehr zwischen bevollmächtigten Vertretern des Staates und privaten Wirtschaftssubjekten induzieren, stets ausgehend von der theoretischen Voraussetzung, daß alle Akteure immer nur ihren wirtschaftlichen Gewinn im Auge haben. Soweit diese Voraussetzung in der Realität erfüllt ist — und teilweise ist das ja wohl der Fall —, finde ich Streißlers theoretische Überlegungen durchaus einleuchtend, wenn mir auch scheint, daß er durch seine ausschließliche Orientierung auf wirtschaftliche Effizienz eine Leistungsfähigkeit des freien Marktes suggerieren möchte, die diesem — gemessen an anderen Gemeinschaftszielen wie sozialer Gerechtigkeit — mitnichten zukommt.

Einen dem Erklärungsansatz von Streißler gewissermaßen entgegengesetzten (oder komplementären?) Zutritt hat der Grazer Soziologieprofessor Karl Acham in seinem Beitrag „Formen und Folgen der Korruption" gewählt. Versucht Streißler korrupte Aktivitäten als Resultat des Handelns allein am Ziel der Gewinnmaximierung orientierter Homines oeconomici zu deuten, so stellt sich für Acham Korruption im wesentlichen als Folge zweier grundlegender sozialer Verhaltensmuster dar: als Folge von Unterwürfigkeit und von Unterworfenheit. Während Unterwürfigkeit in der verbreiteten menschlichen Neigung besteht, die Aufmerksamkeit und Billigung der Mitmenschen auch um den Preis einer Perversion der elementaren moralischen Gefühle zu gewinnen, bezeichnet Unterworfenheit die zur Gewohnheit und Routine gewordene Hinnahme von Zuständen, die uns — gemessen an unseren moralischen Grundsätzen — als zutiefst verwerflich und abschaffungsbedürftig erscheinen müßten. Acham wendet das Konzept der Korruption jedoch nicht nur auf individuelles Handeln an, sondern er bezieht es auch auf ganze weltanschaulich-politische Systeme bzw. deren Ideologien (im Sinne ihrer handlungsorientierenden Gedankengebäude): so spricht er von Korruption solcher Systeme als einer Erscheinungsform ihres — durch die Ausbreitung individueller Deka-

denz, durch die Erosion der Leitwerte des Systems oder durch systembedingte Deformation induzierten — Verfalls. Acham illustriert den Vorgang der Korrumpierung weltanschaulich-politischer Systeme, die offenbar mit dem Umsichgreifen individueller Korruption in diesen Systemen Hand in Hand geht, am Beispiel des Kapitalismus, des Sozialismus und des Christentums; er zeigt in diesem Zusammenhang zunächst Kennzeichen der ideologischen Deformation dieser Systeme auf und macht dann auch einige der diesen Systemen immanenten und im Zuge ihrer Entwicklung sich verschärfenden Dysfunktionalitäten bzw. Widersprüche namhaft, die — indem sie ein zunehmendes Ausmaß an individueller Korruption bedingen — die Deformation des Systems selbst nach sich ziehen. Die beiden Einstellungen, welche dabei am häufigsten korrumpiert werden, sind nach Acham einerseits das Ethos oder das moralische Engagement, andererseits die intellektuelle Redlichkeit und die Rationalität: „Wird der moralische Impetus, welcher oft ein Merkmal früher Massenbewegungen ist, zumeist durch jene Pfründen untergraben, mit Hilfe derer eine etablierte Bewegung ihre Macht sichern will, so der Wille zur intellektuellen Klarheit durch die behauptete Gewißheit der für eine weltanschaulich-politische Bewegung grundlegenden Überzeugungen ...". Als Remedium gegen die Korrumpierung von Moralität und Intellektualität, die sich sowohl in (moralischem oder intellektuellem) Dogmatismus als auch in (moralischem oder intellektuellem) Indifferentismus äußern kann, preist Acham den Kritizismus an. Den Kritizismus charakterisiert er als eine Denkweise, die mit ganz unterschiedlichen weltanschaulich-politischen Einstellungen verträglich ist und die „auch stets der Vorgabe bestimmter moralisch-politischer Zielsetzungen (bedarf), im Hinblick worauf jeweils die kritische Erörterung von Gesinnung, Mittelverwendung und Zielrealisierung erfolgt, mit welcher Erörterung in der Folge die Formulierung von Alternativen verknüpft sein kann". Nichts gegen einen solchen Kritizismus. Ich sehe nur nicht, wie er — wenn er auf alle möglichen Zielvorgaben und Einstellungen appliziert werden kann und daher von den Korruptionisten ebenso in Anspruch genommen werden kann wie von den Moralisten — wie er uns helfen könnte, der Korrumpierung unserer moralischen Gefühle Einhalt zu gebieten.

Schon diese exemplarischen Hinweise auf einige der Beiträge in Brünners Sammelband vermitteln — so hoffe ich — einen Eindruck vom Reichtum der Perspektiven, theoretischen Erörterungen, empirischen Ergebnisse sowie moralisch-politischen Überlegungen und Vorschläge, die der Band in sich birgt. Wenn dieses Werk auch nicht allen Idealvorstellungen, woran man ein solches Unternehmen zu messen versucht ist, Genüge zu tun vermag, so markiert es alles in allem doch einen bedeutenden Fortschritt in der wissenschaftlichen Erforschung der Korruption.

BRIEFE

Bravo!

Diesmal habe ich politicum nicht nur schmökernd durchgeblättert, sondern mit steigender Aufmerksamkeit und Zustimmung gelesen. Besonders hat mich natürlich der mutige Beitrag von Barbara Wicha interessiert. Sie ist auch, wie ich dieser Nummer entnehmen konnte, einziges weibliches Mitglied des „Trofaiacher Kreises", wobei es 1 zu 21 (Frau zu Mann) steht, was die politische Repräsentanz von Männern und Frauen in wichtigen Gremien gut widerspiegelt. Trotzdem ein gutes „politicum" auch für „Nichtinterne"!

Grete Schurz, Graz

Bergsteigen

Mit großem Interesse habe ich kürzlich das Heft Nr. 10 „Sport und Politik" durchgesehen. Es ist eine wertvolle und willkommene Unterlage für dieses Gebiet.

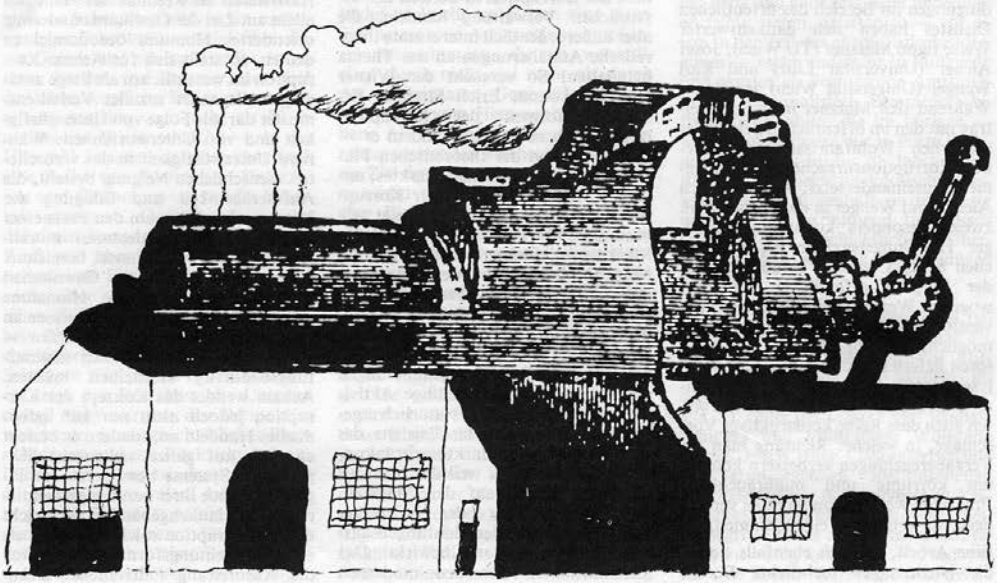
Verwundert war ich allerdings, daß man den gesamten Bereich Bergsteigen und Bergwandern ausgeklammert hat. Mit 32.000 Mitgliedern in der Steiermark gehört der Alpenverein zu den bedeutendsten Verbänden, die für die Volksgesundheit einen erheblichen Beitrag leisten. Die Aufschließung vor allem junger Menschen für die Berge als unversiegbare Kraftquelle dürfte in einem solchen Heft nicht fehlen, wenn auch Wettkampfmomente nur im sowjetischen Bergsteigen vorhanden sind.

Hofrat Dr. Eduard Moser, Graz

Partei in der Gesellschaft

Gerade halte ich das frisch gedruckte Politicum 11 in Händen, blättere es mit Begeisterung durch, lese einen Artikel um den anderen ... und die Skepsis wächst! Viele gute Artikel, die meisten in die gleiche Richtung zielend. Alles über Parteien, aber wo bleibt die Gesellschaft? Ihr, die diese Parteien zu tragen hätte, werden Modelle angeboten, eins ums andere; aber wo bleiben die Faktoren, die diese Gesellschaft ausmachen???

Darunter auch 2 Artikel über Frauen, ein historischer, ein politisch engagierter ... Und die Familie, die Familien im Miteinander der nur in Polarisation wiedergegebenen Mann-Frau-Standpunkte, ... wo bleiben sie, unbeliebt überall in der Öffentlichkeit, die Familien mit mehr als 2 Kindern (oder schon mit mehr als einem?), weil man sich damit nicht selbstverwirklichen kann, zu können glaubt? Familien, kleinste Zelle des Staates,



gibts die nicht im Verhältnis Gesellschaft und Partei? Ist Gesellschaft nur die Summe von Einzelindividuen und nur als solche für Parteien relevant? — Einspruch, höre ich rufen, Politicum 9 war diesem Thema gewidmet, reicht Ihnen das nicht? Über Parteienverdrossenheit wird allenthalben geredet, ist „in", und trotzdem widmet man ihr ein ganzes Heft. Irgendetwas muß doch diese Gesellschaft sein, in der die Parteien angeblich sind, und wenn sie da ist, muß sie doch in einem Heft, das ihr vom Titel her schon zur Hälfte gewidmet ist, auch vorkommen, genannt, zumindest in ein paar Bezugspunkte zerlegt werden! Parteienverdrossenheit nur vom Standpunkt der Parteien und nicht der Gesellschaft, ist das ausreichend, befriedigend? Oder: Da es über 90% Getaufte in Österreich gibt, erübrigt es sich scheinbar, darüber zu reden, inwieweit Getaufte noch Gläubige und damit Kirchen noch Gesellschaft sind? Jede Partei hat ihren Teil an Katholiken und Protestanten, das scheint zu genügen. — Gesellschaft heute, dem Freizeit- und Konsumterror ausgesetzt, in der nur der Erfolg (der „sichtbare" wohlgemerkt) etwas zählt, nicht die Arbeit, schon gar nicht die unbedankte, wo bleibt sie? Besser Augen schließen und darüber, also über ihr diskutieren? Nicht einmal als Ursache akzeptieren!? — Man komme jetzt bitte nicht und sage, der Themen gäbs noch viel mehr, alles kann man nicht bringen, das liest ja kein Mensch mehr. Aber kann man deshalb die Gesellschaft einfach weglassen und nur über Parteien reden?

Wenn in der Breite der Autoren und -innen für den historischen Beitrag über Frauen, durchaus lobenswert, eine hauptberuflich der Arbeiterkammer als wissenschaftliche Angestellte Angehörende und nach meiner Information ein Mitglied der SPÖ Platz hat, „hätt ma doch auch a bisserl über die Gsellschaft reden können", oder!?! Wobei zwangsläufig die Frage auftaucht, ob das 1.) ein Muß war, eine Notwendigkeit, etwa vielleicht mangels geeigneter parteiunabhängiger und an der ÖVP interessierter oder gar an ÖVP Frauen??? und 2.), ob die einzigen 2 Frauen geradezu zwangsläufig nur über Frauenfragen schreiben müssen und alle anderen Themen wieder nur Männern überlassen sind? — Womit hier wohl am deutlichsten dokumentiert ist, wie der Status Frau in der Partei gehandelt wird... oder irre ich mich hier schon wieder, wie vielleicht all diese Überlegungen ein einziger großer Irrtum sind? Nörgelt da nur einer, weil er selbst nichts schreiben konnte, weil nicht dazu gefragt oder aufgefordert. — Darf man überhaupt ungefragt schreiben, wenn oder weil man mehr zur Gesellschaft und weniger zur Partei gehört?? ...Unsinn, wo doch die ganze Gesellschaft **Partei** ist, bei so vielen Mitgliedern der Parteien in Österreich. Und die wenigen, die nicht dabei sind, werden schon noch draufkommen, was ihnen dadurch entgeht, spätestens dann, wenn das Leben in der Gesellschaft zur Existenzfrage wird (Ich möcht nicht Lehrer werden im falschen Bundesland in Österreich).

Sind solche Fragen erlaubt, gerade im Erzherzog Johann Jahr? Wo man den Prinzen als **den** homo politicus seiner Zeit schlechthin feiert? Aber weiß man auch oder erinnert sich daran, daß dieser „homo politicus" ein Kaltgestellter der Politik war, ein Außenseiter der politischen Hierarchien seiner Zeit, der ganz in der Gesellschaft aufging, sich mit ihr eins wußte, aber fern vom damaligen Machtapparat **die** Reformen schlechthin in der Steiermark setzte? — Der, bespitzelt und überwacht, sich dennoch durchsetzte, weil seine Ideen zündend waren? Den die damals Mächtigen nicht für sich vereinnahmen konnten und es, ist das nicht erstaunlich für heute, auch gar nicht wollten?! — Wenn er heute ein Vorbild ist wie damals, dann stimmt doch was nicht an dem Glauben der Parteien, bestätigt durch die defacto Realität, daß alles nur durch die Parteien oder besser in den Parteien möglich ist und am besten wohl dann, wenn man Ideen als Ideen der Partei an den Mann bringt, um sie überhaupt an den Mann bringen zu können. — Doch..., wer ist schon heute ein Erzherzog, den man schon allein durch sein **da sein**, sein für etwas eintreten, nicht umgehen konnte, der keine Partei im Sinne von Machtapparat brauchte, für sich nicht und schon gar nicht für seine Ideen — weil er die Gesellschaft, die Menschen auf seiner Seite hatte. Erzherzöge mit allen Ehren und Vorrechten gibts, aber nicht mehr in Österreich. Die Realität ist, so scheints, daß ohne Parteien nichts geht, daß sie den Platz von Erzherzögen eingenommen haben, weil für Erzherzöge kein Platz mehr ist. — Wenn dem aber so ist (nach dem warum dieses Zustandes wage ich schon gar nicht mehr zu fragen), wenn die Partei noch immer die Einrichtung sein soll oder gerade sein will, „in der Politikentwicklung — und nicht bloß Administration und Repräsentation — stattfindet, dann muß sie sich... fundamental ändern", führt Barbara Wicha in diesem Politikum 11 aus. So wie sie wünsche ich mir eine Partei, „in der der politische Prozeß der Ideenfindung und der Suche nach Umsetzungsstrategien mindestens so hoch eingeschätzt wird wie das Produkt", denn „wo im Interesse der dynamischen Programmentwicklung Veränderungen nötig sind, sollen möglichst die von Anfang an Beteiligten auch an der Änderung mitwirken". Man muß ehrlich entscheiden: Wettbewerb der Besseren, auch der Unbequemen, oder doch nur Heranziehung von (Partei-) Angenehmen? Und nicht nur in Alibifunktion, sondern ernstgemeint. — Utopie der 80er Jahre: Daß die Partei zur Gesellschaft kommt und nicht die Gesellschaft Partei werden muß. Daß man dem Volk aufs Maul schaut und nicht ihm nach dem Maul redet.

PS.: Welcher Politiker (Abgeordnete des Volkes) liest Politicum und **stößt** auch nur **diesen** Denkanstoßen, die hier vorliegen, **nach?** Liegts am System, das lauter richtige, oft wichtigste Dinge von den Falschen gelesen werden, nämlich wieder von jenen, die die Denkanstöße geliefert haben, quasi als Beruhigung, daß man sie gedruckt sehen kann. Vor lauter Politik kommen Politiker kaum zum Nachdenken, und die, die nachdenken, sollten wohl besser nicht Politik machen. — Wo liegt die gemeinsame Ebene zwischen „Denkanstößen" und „Stoßenden" (sprich: Politikern), die vor lauter Politik keine Zeit haben (Jedenfalls ist sie dauernd besetzt, ja überfüllt). Ob Bürgermeister, ob Landeshauptleute, ob Staatschefs kleiner und größter Staaten — jeder Terminkalender ist gleichvoll, egal wieviele Menschen zu betreuen sind. Positives Phänomen oder Pervertierung der Massendemokratie???

PS von PS.: Oder ist der Grundsatz: „Nur keine Wellen schlagen, wir sind ja nicht am Meer", doch der klügere? Dann täte man, bitt schön, aber auch besser daran, nicht über Politikverdrossenheit zu jammern.

Joseph Desput, Graz

GLOSSE: HAT DIE KRISE AUCH GUTE SEITEN?

Wenn heutzutage jemand die Bemerkung fallen läßt, daß die Ölscheichs an allem schuld sind, wird das niemanden überraschen: Schuld nämlich an der Arbeitslosigkeit, an der Staatsverschuldung, am nicht vorhandenen Wirtschaftswachstum, an Inflation und Deflation. Kurz an allem, was den regierenden Köpfen Sorgen bereitet.

Krisen, wohin man blickt.

Kaum einer allerdings hat jemals versucht, der Krise eine positive Seite abzugewinnen. Möglicherweise wird dem Autor nun übertriebener Zynismus, ja, auch Ketzertum, vorgeworfen, aber: Gibt's wirklich nichts Gutes an all diesen Krisensymptomen? Sind nicht vielleicht doch zukunftsweisende Weichenstellungen zu finden?

Bleiben wir gleich beim Öl selbst: Ist es nun, zehn Jahre nach dem Ölschock Nummer eins, nicht so, daß wir mit Erstaunen feststellen, daß weit mehr von dem schwarzen Gold produziert als verbraucht wird?

Ist es nicht so, daß die plötzliche Preisexplosion Prozesse in Gang setzte, die einerseits nicht nur die vorhandenen Rohstoffvorkommen streckten, andererseits aber auch völlig neue Resourcen erschlossen?

Und ist es nicht auch so, daß die Ölkrise auslösender Faktor für eine Welle von Innovation wurde, zum einen auf Seiten der Energiegewinnung, zum anderen auf Seiten des sparsameren Energieverbrauchs?

Erinnern wir uns: Was hat sich seit „Den Grenzen des Wachstums", die der Club of Rome vor zehn Jahren erstmals propagierte, nicht alles getan. Gab es nicht einen Technologieschub, der seinesgleichen sucht? Haben die Weltuntergangsmeldungen nicht endlich auch dafür gesorgt, daß man den Begriff Wirtschaftswachstum nicht mehr nach Quantität, sondern nach der Qualität mißt?

Kann es schließlich nicht auch sein, daß es einer Phase der wirtschaftlichen Unsicherheit bedarf, um eine neue Epoche des wirtschaftlichen Wachstums einzuleiten? Vielleicht ist die Phase des kaum vorhandenen Wachstums sogar notwendig, um die bei uns so verbreitete Fortschrittsfeindlichkeit zu überwinden. Kann es deshalb nicht auch sein, daß erst durch den Erfolg der Japaner die westliche Industrie zu der Erkenntnis kam, daß die bestehenden Fertigungsmethoden und Einrichtungen keine Überlebenschance mehr bieten?

Schauen wir in die Politik: Kann es nicht sein, daß sich die Gewerkschaften — zugegebenermaßen um einiges zu früh — tatsächlich auf dem richtigen Weg befinden, wenn sie eine stetige Herabsetzung der Arbeitszeit und der Pensionsgrenze fordern? Welchen Sinn soll es nämlich haben, Steuerzahler und Staatskasse mit Arbeitslosenunterstützungen zu belasten und den Empfängern dann auch noch ihren Status der Bedürftigkeit durch Almosen zu testieren. Kann es nicht sein, daß mit mehr Freizeit versehene Arbeiter und Angestellte freiwillig mehr für die Gesellschaft zu leisten im Stande sind, denn als Schwarzarbeiter oder gesellschaftliche Außenseiter?

Ist es schließlich nicht heute noch so, daß ein Bruchteil der Weltbevölkerung den technischen Fortschritt und somit die wirtschaftliche Entwicklung in der Welt bestimmt, letztlich eigentlich die Ernährung für den Rest garantiert?

Ist es tatsächlich so ketzerisch zu meinen, daß vergleichsweise wenige Fleißige und Ehrgeizige die weniger Produktiven ernähren können und sollen?

Kann es nicht auch sein, daß in Zeiten hoher Staatsverschuldung endlich die Grenzen der ungerechten Übersozialisierung aufgezeigt werden? Und kann es nicht auch sein, daß die Phase des drohenden Fiskalsozialismus notwendig ist, um die Selbstheilungskräfte des Kapitalismus zum sprichwörtlichen Leben zu erwecken?

Findet sich also, so dramatisch die Krise auch verläuft, tatsächlich nichts Gutes an ihr?

Wenn doch, dann müßte doch auch für den Ölschock der Umkehrschluß anzuwenden sein: Wenn es die Ölkrise nicht gegeben hätte, dann müßte man sie erfinden.

Oder nicht?

Günther Kogler

EX LIBRIS

Gesellschaftstheorie

Der Ausgangspunkt der Untersuchung:
Richard J. Bernstein: Restrukturierung der Gesellschaftstheorie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1979 (Originalausgabe: The Restructuring of Social and Political Theory, New York — London 1976)
ist die heute wohl schon von vielen um methodologische Reflexion bemühten Vertretern der Sozialwissenschaften bzw. der Philosophie der Sozialwissenschaften geteilte Einsicht, daß sich diese in einem verworrenen Zustand befinden, was eine ganze Reihe von Kriterien anlangt. Diese sind einerseits solche für die adäquate Wissenschaftlichkeit des Faches (Intersubjektivität, Erklärungskraft, prognostische Leistungsfähigkeit, etc.), andererseits solche für die Frage: Wie sollten sich die Sozialwissenschaften in bezug auf die Beeinflussung menschlichen Handelns verhalten? — das ist die Frage nach dem adäquaten normativen Bezug sozialwissenschaftlicher Theorie. Der selbstgestellte Anspruch Bernsteins ist es nun, der sich langsam als unhaltbar, zumindest aber stark verkürzend erweisenden „Mainstream" Auffassung von sozialwissenschaftlicher Theorie (= Gesellschaftstheorie) als einem den Naturwissenschaften, insbesondere der Physik nachgebildeten Apparat von deduktiv-nomologischer Theorie, die induktiv-statistisch gewonnene Generalisierung verknüpfen hilft (eine Position, die Bernstein „naturalistische" Auffassung von Theorie nennt), die sich herausbildenden „weicheren" Auffassungen von Phänomenologen, Anhängern eines Diskursmodells von Sozialwissenschaften, Varianten des „verstehenden" Ansatzes und moderner Sprachphilosophie gegenüberzustellen.
Bernsteins Vermutung lautet, daß es hier der Vielfalt von Argumenten und Positionen sehr wohl möglich sein müßte, die Umrisse einer sich neu abzeichnenden Vorstellung von Theorie erkennbar zu machen, die die Mängel der alten und nach wie vor in weiten Kreisen populären empiristischen und „szientistischen" Theorieauffassung überwindet, ohne auf deren Vorzüge, deren wesentlichster wohl das Bemühen um begriffliche Klarheit ist, verzichten zu müssen.
Ein zweiter Hauptstrang, der sich durch das gesamte Buch Bernsteins hindurchzieht, betrifft das trotz aller gegenteiligen Beteuerungen für Bernstein immer offenbarer werdende Unvermögen der „mainstream"-Theorie, einer rationalieren gesellschaftlichen Praxis das kognitive Fundament zu geben und damit jenseits eines bloßen „social engineering" auch radikalere emanzipatorische Aufklärungsansprüche einlösen zu können.
Das Heranreifen einer Position, die sowohl die Enge „objektivistischer" Sozialwissenschaft und eines sterilen affirmativen Inkrementalismus in bezug auf gesellschaftliche Praxis vermeidet, glaubt Bernstein in der Darstellung von vier verschiedenen Denkrichtungen herausarbeiten zu können: In Teil 1 behandelt er Programmatik und Selbstverständnis der sogenannten „Empirischen Theorie" in Äußerungen von in vielem gegensätzlichen Vertretern: Sowohl Reduktionisten (Hull, Homans) wie Holisten (Parsons, Smelser) stimmten in ihrer Vorstellung von dem, was eine „explanatorische" Theorie sein soll, weitgehend überein (ebenso Merton, aber auch der Philosoph E. Nagel). Wenn sie sich auch in unterschiedlichem Ausmaß des Scheiterns realer Sozialwissenschaft gemäß den vorgegebenen, objektivistischen Standards bewußt sind, so bleibt doch die meist zugeschriebene Prädikat des Standes der Sozialwissenschaften die „mangelnde Reife der Disziplin". Daß dieses Bild nicht korrekt sein muß, versucht Bernstein in den folgenden drei Teilen zu zeigen: Im Teil 2 „Sprache, Analyse und Theorie" werden einige Resultate der „Linguistischen Wende", die eine eigentliche Philosophie der Sozialwissenschaften erst möglich machten, übersichtlich aufbereitet. Diese Resultate haben alle damit zu tun, entgegen dem objektivistischen Verständnis von Sozialwissenschaft den Akteur, der seine Umwelt deutet und der als kognitives Subjekt in ihr kompetent handelt, in den Vordergrund zu stellen. Namen, die fallen, sind hier unter anderem: Winch , A. R. Louch (Menschliches Handeln als moralisches Konzept); in der Linie der Angriffe auf ein naturalistisches Bild der Sozialwissenschaften darf auch T. Kuhn nicht fehlen. In diesem Teil wird besonders auch der moralische Stellenwert des grundsätzlich realitätskonstituiven Vorgehens von Sozialwissenschaft gekennzeichnet: Die bloße Suche nach harten Fakten (ein Element der „empirischen" Strategie) degeneriert aus dieser Warte zu einer fatalen Beschränkung menschlicher Phantasie und sozialer Möglichkeitsräume. Teil 2 soll so auch die Erkenntnis bringen, daß die linguistische Wende gezeigt hat, daß nur die Kenntnis von der Lebensform des Akteurs und seiner Deutung davon ein adäquates Verständnis sozialer Phänomene bewirken kann. Allerdings tritt Bernstein auch Überspitzungen der Verstehensposition entgegen, z. B. wenn sie dazu führen, daß eine rationale Kritik von Lebensformen von außen unmöglich gemacht wird, wie etwa bei Winch.
In Teil 3 wird die „phänomenologische Alternative" behandelt (Husserl, A. Schütz und seine Vorstellungen vom interesselosen Aufweis der elementaren Kategorien der alltäglichen Lebenswelt, Begriffe wie Alltagswissen, Typisierung, Relevanzstrukturen werden ausführlich besprochen.) Kritisiert wird von Bernstein die Konzeption des Theoretikers als unengagierten Beobachters: Der phänomenologischen Analyse fehle damit das intellektuelle Rüstzeug zur rationalen, kritischen Bewertung von Normen, die sie ja doch behandeln (beschreiben) muß. Jedenfalls teilt aber Bernstein mit dem phänomenologischen Ansatz die Kritik am Behaviourismus und votiert ebenso für die sinnverstehende Konstruktion der „Lebenswelt".
Teil 4 behandelt die „Kritische Theorie" und insbesondere den Standort von Habermas. In einer ausführlichen Würdigung seines Denkens geht es Bernstein hier vor allem um die theoretische Klärung und Begründung von Kritik. Habermas Vorstellung vom herrschaftsfreien Diskurs (die nur als normative Richtschnur verstanden werden kann — die Kontexte des zwanglosen theoretischen Diskurses, der Aufklärung und des strategisch-politischen Handelns müssen ja auseinandergehalten werden) wird so zur Grundlage eines neuen Praxisbegriffes, der auch für Bernstein trotz einiger Einwände — der Idealismusvorwurf schwebt im Raum — durchaus attraktiv ist.
Für Bernstein ergibt sich damit — sehr vereinfacht dargestellt —als Resumè, daß eine adäquate Gesellschaftstheorie sowohl empirisch, verstehend und kritisch sein muß. Bernsteins Buch hat eine Reihe von Vorzügen, aber auch einige Schwächen. Es ist ein guter Wegweiser durch die Landschaft der sozialwissenschaftlichen Grundlagendiskussion. Allerdings wirkt es doch eher eklektisch, nicht sosehr originär. Es ist sicherlich vom Analytischen her keine herausragende Leistung: Die Positionen werden mehr aneinandergereiht, als daß sie wirklich thesenhaft und antithetisch scharf analysiert würden. Es ist somit eine etwas synkretistische Zusammenstellung mit einem hohen Informationswert für denjenigen, der sich erstmalig ernsthaft mit der einschlägigen Diskussion befassen will, aber wahrscheinlich kaum das letzte Wort zu einem neuen tieferen Verständnis der methodologischen Grundlagen der Sozialwissenschaft selbst. Bernstein hat recht, daß in all den von ihm skizzierten Positionen die Umrisse eines neuen komplexen Arguments sichtbar werden, — allerdings so besonders klar doch noch nicht.

Helmut Kuzmics

Soziologie und Gesellschaft

Neben den berühmten Kontroversen der deutschen Sozialwissenschaften im 20. Jahrhundert — dem Methoden-, dem Werturteils- und dem Positivismusstreit — hat der Streit um die Wissenssoziologie eine weniger nachhaltige Beachtung gefunden; er wird ausführlich dokumentiert in den beiden Bänden
Volker Meja und Nico Stehr (Hrsg.): Der Streit um die Wissenssoziologie. Suhrkamp (stw 361), Frankfurt a. M. 1982, 2 Bde, zus. 28 DM.
Nach einem Blick auf die Wegbereiter Wilhelm Jerusalem, Max Scheler und Max Adler werden die Diskussionen auf dem 6. Deutschen Soziologentag in Zürich 1928 aufgerollt, die dem Referat Karl Mannheims „Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen" folgten. Mannheim versuchte darin deutlich zu machen, daß nur bestimmten historisch-sozialen Bewußtseinsstrukturen bestimmte qualitative Eigenheiten am historisch lebendigen Objekt sich eröffnen; bestimmte Wahrheiten seien gar nicht anders als seinsrelativ zu erfassen; die theoretische Konkurrenz sei auch Ausfluß des sozialen Gegeneinanders. Jedes historische, weltanschauliche, soziologische Wissen sei getragen vom Macht- und Geltungstrieb bestimmter konkreter Gruppen, die ihre Weltauslegung zur öffentlichen Orientierung zu machen versuchen; soziale Faktoren spiegeln sich wider bei der Konkurrenz um die Auslegung des Seins. — Die Wissenssoziologie, als die Lehre vom Verhältnis von Wissen, Wissenschaft und Gesellschaft, als Soziologie in der Selbstanwendung, löste intensive Diskussionen aus, die in Aufsätzen von Marcuse, Tillich, Horkheimer, Arendt, Wittfogel, Plessner und anderen sowie in Analysen von Ernst Grünwald und Alexander von Schelting in den beiden beachtenswerten Bänden gesammelt werden. Diese Auseinandersetzungen drehten sich um das Verhältnis Mannheims zum Marxismus, als dessen subtiler Interpret er gleichermaßen eingestuft wurde wie als Wortführer einer antimaterialistischen Lehre; um ideologische Konsequenzen, wobei Mannheim der Vorwurf einer theoretischen Basis des Sozialfaschismus gleichermaßen gemacht wurde (Neurath) wie ihm von konservativer Seite geistige Haltlosigkeit und Nihilismus vorgeworfen wurde; um die Stellung der Wissenssoziologie zwischen erkenntnis-theoretischem Absolutismus, gegen den sich Mannheim durch die Behauptung der Seinsgebundenheit des Denkens wandte, und blankem Relativismus, dessen irrationale Konsequenzen er nicht ziehen wollte; freilich bleibt sein Relationismus, der die Fallen beider Lehren vermeiden wollte, weithin unbestimmt. Im Nachwort plädieren die Herausgeber, so läßt es sich wohl verstehen, allerdings für einen unbefangenen „neuen" Relativismus, dessen Konturen sich wohl erst herausbilden müssen. Alles in allem: für jede wissenssoziologische Beschäftigung ein unentbehrlicher Sammelband.

M.P.

Wirtschaftlicher Wandel

Der „soziale Wandel" hat die Gesellschaftstheoretiker — vielleicht gerade wegen der Breite des Begriffs — seit jeher fasziniert; Typologien, Stadien- und Stufentheorien, Entwicklungsgesetze und historische Generalisierungen, Betrachtungen über goldene Zeitalter und Fortschrittsbekenntnisse, historisch-quantitative Untersuchungen und Versuche begrifflicher Konstruktionen finden sich in Hülle und Fülle. Einem speziellen Thema scheint sich auf den ersten Blick das Buch
Harald Winkel (Hrsg.): Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1981
zu widmen; dem zweiten Blick eröffnet sich allerdings dennoch die ganze Breite sozialen, kulturellen und politischen Wandels neben einigen spezifisch ökonomischen Arbeiten. Der Band beginnt mit zwei Übersichtsaufsätzen von Roucek und Hershlag, in denen manche interessante Information geboten wird, deren Bewertung durch die Autoren man allerdings nicht immer teilen muß (Beispiele: Ist der Behaviorismus wirklich der vielversprechendste Ansatz zur Analyse sozialen Wandels? Bevor man schreibt, Schumpeter hätte ein verallgemeinerndes und ungenaues Urteil über die historische Schule gefällt, sollte man seine Schmoller-Biographie lesen. Was sollte das wohl heißen, daß Schumpeter — im Gegensatz zu Keynes — nicht das Bedürfnis verspürte, den Kapitalismus zu retten? Warum soll die Betonung der Investition im Wachstumsprozeß so bedeutend sein; das ist doch eher banal bzw. definitorisch? Wo bleiben die Multis, wenn gesagt wird, daß im heutigen Europa das Nationalbewußtsein das Aufkommen der modernen Technik und ihrer Größenordnung entsprechenden Unternehmertums verhindert? Und so weiter.) Daran schließen sich „einzelne theoretische Ansätze" von Talcott Parsons, Emerich K. Francis und Simon Kuznets; Kuznets Nobelpreisrede ist leicht zu lesen und allgemein verständlich, Parsons Modell ist — wie fast alle seine Schriften — sehr präzise, auf Definition bedacht und außerst schwierig, Francis kritisiert die gesamte Theorie des sozialen Wandels in Grund und Boden. Es folgen Versuche einer Zusammenschau verschiedener sich wandelnder Gesellschaftsbereiche durch Ogburn, Hoselitz, Spengler und Moore, die zum Teil recht interessant sind und schließlich, was in solchen Zusammenstellungen häufig vernachlässigt wird, Beispiele für quantitative Analysen des sozioökonomischen Wandels: Petzina bietet umfangreiche Statistiken über Deutschlands Entwicklung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, und Adelmann und Morris versuchen ein Modell des sozialen Wandels aus Querschnittsdaten abzuleiten — ein schönes Stück ungenierter Empirie. Die Arbeiten stammen zum Großteil aus den 60er Jahren.
Im angloamerikanischen Raum ist eine Begabung verbreitet, die vielen deutschsprachigen Sozialwissenschaftlern in verstärktem Maße zu wünschen wäre — jene nämlich, recht schwierige Dinge in einfacher Sprache und in unterhaltsamer Weise darzustellen, ohne in allzu grobe Vereinfachungen zu verfallen. Ein Beleg dafür ist
Lester C. Thurow: Die Null-Summen-Gesellschaft. Einkommensverteilung und Möglichkeiten wirtschaftlichen Wandels. Verlag Vahlen, München 1981,
ein flüssig geschriebenes Buch eines Professors am berühmten Massachusetts Institute of Technology, der einen wichtigen Gedanken an verschiedenen ökonomischen Beispielen illustriert: den Gedanken nämlich, daß die wesentlichen Wirtschaftsprobleme der Gegenwart — Energie, Inflation, Wachstum, Umwelt, Bürokratie, Verteilung — in einer Situation, die von einem wirtschaftspolitisch geringen Spielraum gekennzeichnet ist, nur zu lösen sind, indem bestehende Verteilungsstrukturen angetastet werden. Aus der Überfluß-, Wachstums- und Wohlstandsgesellschaft ist eine Null-Summen-Gesellschaft geworden, in der dem einen nur gegeben werden kann, was einem andern genommen wird. Energische Eingriffe in bedrohliche Entwicklungen und ineffiziente Strukturen aber setzen die Lösung dieses Verteilungsproblems voraus; eine Lösung, die durch Lobbies, Gruppeninteressen und Status-quo-Verteidiger verhindert wird. Somit gibt es im politischen Bereich nach Ansicht Thurows eine einfache und interessante Frage, die jedem Politiker zu stellen wäre: „Wenn Sie erst einmal gewählt sind, wessen Einkommen wollen Sie und Ihre Partei schmälern, wenn Sie die vor uns stehenden wirtschaftlichen Probleme lösen?" Eine Frage, deren politische Relevanz und Aktualität nicht erst lang erklärt werden muß...
Die offenkundig gewordene Unfruchtbarkeit von scharfen Gegenüberstellungen von Markt und Staat, von Ein-

zelmaßnahme und Aggregatsteuerung hat zu einem neuerwachten Interesse an Fragen der Wirtschaftsordnung geführt, deren Probleme in dem Sammelband

Karin Thöne (Hrsg.): Wirtschaftslenkung in marktwirtschaftlichen Systemen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1981

analysiert werden sollen. Die Beiträge befassen sich mit Planung und Lenkung, mit wirtschaftspolitischen Problemen und Fallstudien von Marktwirtschaften. Die qualitativ heterogenen Arbeiten umfassen recht kursorische Übersichten, beispielsweise über Entstehungs- und Rechtfertigungstheorien des Staates, und fundamentale, die aktuellen Probleme aussparende Darstellungen etwa des Wettbewerbs; Einzelanalysen von staatlichen Instrumentarien, Investitionslenkung, indikativer Planung, Gemeinwirtschaft, Staatsquote und gewerkschaftlicher Lohnpolitik, deren Kürze zur Schlußfolgerung verleitet, daß es sich eher um einen Problemkatalog handelt, der für eine breitere Öffentlichkeit gedacht ist. Erwähnenswert ist eine adrette Übersicht über die konjunkturpolitische Stabilisierungspolitik in der BRD sowie eine datenreiche Analyse der Wirtschaftsentwicklung der USA. Die abschließenden Arbeiten über Entwicklungsländer befassen sich mit der brasilianischen Wirtschaftspolitik sowie den Steuer- und Bankensystemen in unterentwickelten Ländern; interessante Aspekte bietet eine Arbeit über Märkte in traditionellen Gesellschaften und ein Abriß der Folgen eines selektiven Protektionismus der Dritte-Welt-Länder.

Österreichs wirtschaftliche Lage in den 70er Jahren hat wegen der vergleichsweise günstigen Entwicklung von Wachstum, Arbeitslosigkeit und Inflation internationales Aufsehen erregt. Freilich bereiteten die Ölpreise Schwierigkeiten, freilich schlitterte das Bundesbudget ins Defizit und die Leistungsbilanz in einen negativen Saldo; aber alles in allem genommen, handelte es sich um ein stabiles, um ein zufriedenstellendes wirtschaftspolitisches Jahrzehnt. Erst in den beiden letzten Jahren hat die traurige Realität der weltweiten Wirtschaftszenerie auch Österreich erreicht. — Die wesentlichen Faktoren, die für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung eine Rolle spielten, untersucht

Felix Butschek: Vollbeschäftigung in der Krise. Die österreichische Erfahrung 1974 bis 1979. Orac Verlag, Wien 1981.

Er analysiert im wesentlichen fünf Faktoren, die für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung als wesentlich angesehen werden. Die *fiskalpolitischen Maßnahmen* haben seines Erachtens deutliche Beschäftigungseffekte gezeitigt; schon die „Erstrundeneffekte" der Budgetdefizite schätzt er 1974 auf 12.500 Personen, 1975 auf 30.000, 1976 17.200, 1977 auf 41.600. Die *Arbeitsmarktförderung* (Ausbildungs- und Schulungsbeihilfen, Mobilitätsförderung, Maßnahmen gegen Saisonarbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw.) habe 1979 etwa rund 7.700 Arbeitsplätze, also rund 0,28% der unselbständig Beschäftigten, gesichert. Der *Dienstleistungssektor*, der einen Aufholprozeß zu verzeichnen hatte, habe eine starke Expansion über die krisenhaften Jahre aufgewiesen und zu einer stabilen Entwicklung beigetragen. Das Arbeitsangebot sei durch einen Abbau der *ausländischen Arbeitskräfte* (Gastarbeiter) im Ausmaß von 56.200 Personen von 1973 bis 1979 (insbesondere in den Bereichen Bau und Metall) um rund 2% reduziert worden. Und schließlich habe die *Arbeitszeitverkürzung* von 45 auf 40 Stunden (von 1970 bis 1975) einen wesentlichen Effekt auf die Stabilisierung der Beschäftigung gehabt. Fraglich allerdings ist die Zukunftsperspektive: Kann die Vollbeschäftigung, angesichts der verschlechterten makroökonomischen Konstellation, gehalten werden? Von 1979 bis 1985 müßten rund 180.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, nach 1985 wird sich diese Expansion abschwächen und Anfang der 90er Jahre in Stagnation übergehen. Folgende Auswege werden diskutiert und quantitativ bewertet: eine verlangsamte Abwanderung der Selbständigen (— 10.000 Arbeitssuchende), die zusätzliche Einführung eines Schuljahres (— 80.000), die Senkung des Pensionsalters um ein Jahr (— 40.000), die Verlängerung des Karenzurlaubs um ein Jahr (— 20.000), eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde (— 50.000). Natürlich sind mit diesen Maßnahmen anderweitig Probleme verbunden, aber von der Nachfrageseite her ist mit einem derart dynamischen Wachstum, daß das Arbeitskräfteangebot absorbiert werden könnte, nicht zu rechnen. Immerhin existiert noch ein Bestand von 171.000 ausländischen Arbeitskräften (1979): „Sollte es daher gelingen, die durchschnittliche Wachstumsrate des Brutto-Inlandprodukts nicht wesentlich unter 3% jährlich absinken zu lassen, so müßte es unter Einsatz des Instrumentes der Arbeitszeitverkürzung und einer weiteren Reduktion des Standes an ausländischen Arbeitskräften möglich sein, die Vollbeschäftigung in Österreich zu erhalten, ohne die Schulzeit zu verlängern oder das sozialpolitisch problematische und kostspielige Instrument einer Senkung des Anfallalters in der Pensionsversicherung einzusetzen."

Die Zukunft ist modern. Utopien, Strategien, Szenarien werden entworfen; pragmatische Warnungen, Statusquo-Apologetik, Wohlstandssuggestionen werden dagegen gehalten. Das Wechselspiel ist auch notwendig — Träume und Tatsachen korrigieren einander. Eher auf der praktischen, aber auch reformerischen Ebene liegen die Beiträge in dem Sammelband

Gerhart Bruckmann (Hrsg.): Existenzfragen Österreichs in den 80er Jahren. Orac Verlag, Wien 1981.

Sie gehen auf eine Vortrags- und Diskussionsreihe zurück, die von der Österreichischen Gesellschaft für Langfristige Entwicklungsforschung im Sommersemester 1980 durchgeführt wurde. Zu neun Themenkreisen (Verkehr, Wirtschaft, Bildungspolitik, Soziale Sicherheit, Äußere Sicherheit, Religion, Sozial- und Präventivmedizin, Energie und Gesellschaftssysteme zwischen Theorie und Praxis) wurden jeweils zwei Kurzreferate gehalten — die, wie von den Veranstaltern beabsichtigt, oft kontrastieren, häufig aber überraschende Ähnlichkeiten oder Komplementaritäten erkennen lassen; man nimmt den Autoren die Bemühung um die Sache (statt bloß das Interesse an politischer Polemik) ab. Natürlich können in der geforderten Kürze nur Schwerpunkte herausgegriffen und wichtige Fragen nicht ausdiskutiert werden; und die Schwierigkeiten fangen meist erst im Detail an. Dennoch: ein interessantes Büchlein zur österreichischen politischen Szenerie und zu einigen objektiven Problembereichen.

M.P.

Politik

Der eigentliche Titel des Buches dürfte wohl der Untertitel sein:

Hugo Portisch: Kap der letzten Hoffnung. Das Ringen um den Süden Afrikas, Verlag Fritz Molden, Wien 1981,

denn der Süden des Kontinents Afrika ist eine der ganz großen Krisenzonen der Welt. Rassenunruhen in Südafrika selbst, das Vorgehen weißer Regierungsmehrheiten in Anrainerstaaten Südafrikas, wie z. B. Angola, Zimbabwe-Rhodesien im Verein mit der dortigen Etablierung von Partisanenregierungen lassen den Schluß zu, daß dieses Ringen sicherlich auch in Zukunft kein Lokalereignis sein wird. Südafrika — einer der wichtigsten Rohstofflieferanten der Welt, bedroht im Inneren und von außen durch militante Gruppen, Verbände regulärer Soldaten (z. B. aus Kuba) — erscheint in diesem Buch als für die gesamte westliche Welt, und nicht nur für sie, von unwiderbringlichem Wert zu sein. Kein Schwarz-Weiß-Klischee kann auch nur entfernt dem entsprechen, was als Zustand der Republik gesehen werden kann — weder im Guten noch im Schlechten.

Um das „Kap der guten Hoffnung" tobt ein erbitterter Konflikt, der durchaus geeignet ist, auszuufern und nicht nur Afrika in Mitleidenschaft zu ziehen.

Der Autor, Hugo Portisch, versucht in diesem Buch darzustellen, wie groß die Gegensätze, der Neid und das Engagement aller Beteiligten wirklich ist. Ganz sicher, wie immer auch die Konfrontation ausgehen mag, auch wir alle werden einbezogen sein.

Erbitterte Konflikte finden sich aber auch in größerer Nähe, und auch sie werden nicht so selten mit Waffengewalt ausgetragen. Mit diesem Phänomen befaßt sich das Buch

Claire Sterling: Das internationale Terror-Netz. Der geheime Krieg gegen die westlichen Demokratien, Scherz-Verlag.

Die Recherchen der Autorin ergeben ein Bild der Auswirkungen internationaler terroristischer Verbindungen, aber noch mehr führen sie ein in die Entstehungsphasen, Aufbaumodelle, Denkungsarten (und Wandel derselben), Verhaltensmuster von Terroristen und Regierungen; anschaulich erfährt der Leser, wie und wann radikale Gruppen, gestützt auf eine außerordentlich verzweigte und feste subversive Organisation, zugeschlagen haben und dann für das Auge der Öffentlichkeit wieder verschwunden sind, um sich später dann selbst für die eine oder andere Tat „verantwortlich" zu machen.

Eindrücklich dabei ist das Verhalten der Öffentlichkeit gegenüber diesen Aktionen. Dazu ein Zitat aus dem Buch: „Verbreiteter Unglaube der Öffentlichkeit, eine perverse kulturelle Gewohnheit, mehr Verständnis für die Gewalttäter als für die Opfer der Gewalt zu zeigen, die Furcht davor, daß die Strafjustiz dazu benützt wird, die unverletzlichen Bürgerrechte und die Grundwerte des demokratischen Lebens anzutasten — alles das bewirkte eine schwache und ungewisse Reaktion"; und dann noch: „Die Planskizzen für die Subversion wurden vor aller Augen gezeichnet, gestützt ... auf die Toleranz des Systems, das untergraben wurde." (Aussprüche von Richter Achille Gallucci, der die gerichtliche Untersuchung in Rom leitete, im Jahre 1979).

Jedem Staatsbürger sei geraten, das Mini-Handbuch für Stadtguerillas von Carlos Marighellas zu studieren, um die von den Terroristen an einen demokratischen Staat gestellten Erwartungen im Falle eines Anschlages (und der folgenden subversiven Aktionen) zu erkennen und um eigene Überlegungen anstellen zu können, welche Gestalt die Mittel haben sollen, die vom Bürger und vom Staat in diesen Fällen anzuwenden wären.

R. F.

Wirtschaft

Daß gerade in den letzten Jahren die Probleme mit vorwiegend regionalen Bezügen in der ökonomischen Landschaft Österreichs stark an Bedeutung gewonnen haben, wird prinzipiell niemand bestreiten wollen. Heute genauso wie immer muß ein großer Teil der volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Entscheidungen vor dem Hintergrund der Auswirkungen auf die Regionalwirtschaft erfolgen. Der in dem Band

Helmut Jeglitsch: Regionalstruktur der österreichischen Wirtschaft, Signum Verlag, Wien 1982

vorliegende Überblick über die regionale Struktur der österr. Wirtschaft ist wahrscheinlich geeignet, auf diesem Gebiet eine Lücke zu schließen. Besonderen Wert legt der Verfasser auf die Darstellung eines Querschnittes durch die wirtschaftlichen Strukturen. Die Dreiteilung der Thematik in Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes, Verwendung des Güter- und Leistungsvolumens und Verteilung des Volkseinkommens läßt das mit Tabellen und Übersichten reichlich ausgestattete Buch übersichtlich werden; der kommentierende Text ist knapp gehalten.

Die Bedürfnisse der Menschen in den westlichen Industriestaaten wachsen immer mehr; bereits abzusehen aber ist, daß der Wohlstand, so wie er gewünscht wird, mehr Verwaltung, mehr bürokratischen Aufwand bringen wird.

Von diesem Umstand gehen die Überlegungen des Bandes von

Peter Atteslander: Die Grenzen des Wohlstands. An der Schwelle zum Zuteilungsstaat, Deutsche Verlags-Anstalt, 1981

aus. Dieser Aufwand, so meint der Autor, wird notwendig sein, um amtlicherweise sozusagen aus der Überproduktion im eigenen Land Mangel zu schaffen. Und eine solche Überproduktion ist Luxus. Und Luxus verhindert den Wohlstand. Die Vielfalt des Angebotes verschwindet; bestenfalls wählt man noch die Art der Werbung. Freie Marktwirtschaft? Keine Möglichkeit, wenn der Wohlstand als Automatik gesehen wird, ohne eigenes Zutun und stetiges Bemühen. So wie überhaupt alles was frei, ungebunden ist, durch Automatismen, durch einfaches Nur-Erwarten und nicht eigenes Handeln nicht nur gefährdet, sondern unmöglich ist. — Atteslander sieht die Grenzen des Wohlstandes mehr im fühlbaren, nicht zählbaren Bereich, ortet hier bedeutende Leerräume. Wohlstand bedeutet für ihn einen wesentlich weiteren Begriff als nur finanzielle Sicherung oder materielle Satisfaktion. Und vor allem erinnert er eindrücklich daran, daß wir nicht eine maximale materielle Sicherstellung **und** maximale persönliche Freiheit haben können. Es gilt nicht zwischen diesen beiden Punkten zu wählen, sondern sie beide in Einklang zu bringen miteinander. Gelingt dies nicht, so stellt sich die Frage: Werden wir am Ende unserer Freiheit **und** den Wohlstand verspielt haben?

R. F.

Instinkt und Harmonie

Zweifel an der technischen Über-Entwicklung, am Fortschritt allgemein und insbesondere an der Zuträglichkeit der Entfremdung von Natur und Mensch für alle Lebewesen auf diesem Erdball sind nicht neu. Rhythmisch tauchen sie auf, begleiten unser Leben, beeinflussen unser Denken, manchmal auch unser Tun.

Gerade das, die Beeinflussung unseres Tuns, ist das Ziel des Buches

Jean Liedloff: Auf der Suche nach dem verlorenen Glück. Gegen die Zerstörung unserer Glücksfähigkeit in der frühen Kindheit, Verlag C. H. Beck, München 1981.

Die Autorin mißtraut empirischen Gedankengängen in der Menschenerziehung, zeigt uns vielmehr am Beispiel eines venezolanischen Indianerstammes, wie die Übereinstimmung von wahrem Gefühl mit folgendem instinktiven Tun zu menschlichem Glück, zu völliger Harmonie im Einzel- und Gemeinschaftsleben führen kann. Sie predigt die daraus entstehende Sicherheit des Menschen gegenüber seiner Umwelt, sein Eingehen in auf dieselbe, und verurteilt die zivilisatorischen Gedankenverbindungen, die, den logischen Zusammenhang betonend, auf einen Gedanken nur den genau passenden nächsten setzen können.

Dieser Zustand der Harmonie in sich selbst, mit den anderen und mit der Umwelt wird wohl begründet durch den Körperkontakt, beim Gefühl der Kontinuität der Geborgenheit, die im Mutterleib beginnt und nicht aufhört; nicht beim Kind, nicht beim Erwachsenen. Daß durch ein solches Verhalten — die Autorin beschreibt das Alltagsleben der Indianer in zahlreichen plastischen Bildern — betragensmäßige Fehlentwicklungen weitgehend ausgeschaltet werden, ist die feste Überzeugung der Verfasserin, wiewohl sie schreibt, daß sie sogleich beim Betreten des Landes eine „wildromantische Liebe und Ehrfurcht für den großen, gleichgültigen Wald" empfand, und diese Zuneigung zum Urwald auch heute noch nicht abgelegt hat.

Dem Leser wird durch dieses Buch nahegelegt zu versu-

chen, zwischen sich und seiner Zivilisation kritische Distanz zu gewinnen und neue Denkweisen in unsere vertraute Landschaft des Zusammenlebens und der Kindererziehung einzubringen.

R. F.

Jesuiten

„Doppelzüngig, falsch, heimtückisch, heuchlerisch, hinterlistig, lügenhaft, scheinheilig, unaufrichtig, unehrlich, unwahr, verlogen...", alle diese Worte werden als Synonyma für „jesuitisch" (Franz Dornseif, „Der deutsche Wortschatz nach Gruppen", 4. Auflage, 1954) verwendet. Solche Beurteilungen wirken nach, auch in unserer Zeit wird sich nichts am Zwiespalt, der diesem Orden und seinen Trägern anhaftet, ändern. Kritiklose Bewunderung, hemmungslose Verdammung, die schon den Gründer des Ordens, Ignatius von Loyola getroffen haben, begleiten auch jetzt noch die Arbeit der Jesuiten. In dem Band

Manfred Barthel: Die Jesuiten. Legende und Wahrheit der Gesellschaft Jesu, Econ Verlag, Düsseldorf-Wien 1982

wird versucht, unter Zuhilfenahme bisher unveröffentlichter Dokumente ein kritisches und objektives Bild der „Gesellschaft" zu zeichnen. Ihm geht es sicherlich auch um die Belegung ihrer ungeheuren Leistungen auf den verschiedensten Gebieten; er stellt die bedeutendsten, herausragendsten Persönlichkeiten dieser Gemeinschaft in eigenen Kapiteln vor, versucht Licht zu bringen in Ränkespiele, an denen teilgehabt zu haben den Jesuiten nachgesagt wird, und weist auch auf Fehlleistungen hin. — Aber auch dieses Buch kann nicht Antwort geben auf die vielen offenen Fragen; der Verfasser weiß das selbst und schreibt, daß man dazu die Veröffentlichung von bisher noch „abgelegten" Papieren abwarten müsse. Es gelingt ihm, eine im Gegensatz zu anderen die Jesuiten betreffenden Werke bemerkenswert offene und interessante Lektüre zu bieten; ein umfangreiches Literaturverzeichnis, eine Aufstellung aller Ordensgenerale der societas und eine Zeitrafferdarstellung der Ordensgeschichte vervollständigen das Werk.

R. F.

Die Zukunft und ihre Werte

60 Die Ortschaft Brokdorf im Norden der Bundesrepublik ist zu einem Symbol geworden, an dem nicht nur mehr der Kampf um ein bestimmtes Kernkraftwerk, sondern wo die grundlegende Konfrontation zwischen der aktuellen Variante des Jugendprotestes und dem Staat ausgefochten wird. Die Geschichte dieser Auseinandersetzung und ihre Randbedingungen werden skizziert in

Stefan Aust: Brokdorf. Symbol einer politischen Wende. Mit einer Einführung von Klaus Traube. Hoffmann und Campe, Hamburg 1981,

einem Buch, das auch den Verflechtungen von ökonomischen, technischen und politischen Zwängen nachspürt.

Dem Protest der Jugend, der sich am konkreten Feind — den Atomkraftwerken — organisieren konnte, liegt allerdings mehr zugrunde als der Wunsch nach der Verhinderung gefährlicher technischer Anlagen; es handelt sich vielmehr um eine grundsätzliche Kritik an Entwicklungen der Industriegesellschaft, denen die Zustimmung verweigert, denen soziale Phantasie, Hoffnung und Kritik entgegengehalten, denen neue Formen sozialen Zusammenlebens gegenübergestellt werden. Eine interessante Aufsatzsammlung, die diese Phänomene zu analysieren versucht, ist auch

Hans-Eckehard Bahr (Hrsg.): Wissen wofür man lebt. Jugendprotest. Aufbruch in eine veränderte Zukunft. Kindler Verlag, München 1982.

Die Jüngeren, die Aussteiger, Protestierer, sie kommen am Anfang zu Wort — und ihre Texte machen betroffen; die Auseinandersetzung mit ihnen, ihrem Überschwang, ihrer Einseitigkeit, mit den guten Gründen für ihre Kritik, wird anschließend geführt. Analysen und Interpretationen des kulturellen Wandels, der sich in diesen Bewegungen abzuzeichnen beginnt, sympathisierende Erklärungsversuche folgen diesen Beiträgen. Sie machen einige der Dilemmas deutlich — zwischen Recht und Idee, Ordnung und Glauben, Vernunft und Gefühl, Baum und Straße, Spontaneität und Flächennutzungsplan. Daß es für diese Konflikte der spätindustriellen Gesellschaft keine einfachen Lösungen gibt, wird auch in dem Spiegel-Buch

Michael Haller (Hrsg.): Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1981

deutlich. Schon die Stellung der Jugendlichen selbst ist vieldeutig — zwischen Revolution und Reform, Rückzug und Protest, Flucht und Aggression, Verweigerung und Revolte. In zwölf Beiträgen werden Konfrontationen beschreiben — in Kopenhagen, Italien, Zürich, verschiedenen deutschen Großstädten — werden Gegengesellschaften geschildert — die Hausbesetzer in Berlin, die Kraaker-Bewegung in Amsterdam, „Christiania" in Kopenhagen usw. — werden Analysen der Jugendbewegung versucht.

Zu den wesentlichen Themen, um die sich Protest und Rekonstruktion des sozialen Lebens ranken, gehört das Thema Energie. In dem Band

Denis Hayes: Alternative Energien. Hoffmann und Campe, Hamburg 1979

wird die These vertreten, daß die verstärkte Ausbreitung der Kernkraftanlagen zu einer autoritären Gesellschaft führen müsse, daß es daher gelte, zu natürlichen Primärenergiequellen wie Sonne, Wind, Wasser und Biomasse zurückzukehren.

Die Akzente des Protestes haben sich in den beiden letzten Jahren allerdings ein wenig verschoben, da die große internationale Konfrontation unseres Zeitalters, der lange verdrängte Ost-West-Gegensatz, durch Zufälle und aktuelle waffentechnologische Anlässe wieder an Aufmerksamkeit gewonnen hat. Ein Buch, das geeignet ist, die emotionsbeladene Diskussion mit Fakten einzureichern, ist

Dieter S. Lutz: Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa, rororo aktuell 4934, Reinbek b. H. 1981,

in dem ein detaillierter, materialreicher Kräftevergleich zwischen NATO und Warschauer Pakt vorgenommen wird, der für die Kontroverse um den Nachrüstungsbeschluß von größter Bedeutung ist.

Einem anderen aktuellen politischen Thema widmen sich

Josef Höchtl/Fritz Windhager (Hrsg.): Politische Moral. Beiträge zur politischen Kultur Österreichs. Multiplex Media Verlag, Wien 1981,

in dem es um die öffentliche Moral in Österreich, ausgehend von AKH- und anderen Vorfällen, geht. In elf Beiträgen (und einem längeren Literaturzitat) bemühen sich österreichische Politikwissenschaftler, Soziologen und Journalisten um die theoretische und empirische Klärung dessen, was politischen Skandalen, hinsichtlich derer in jüngster Zeit Österreich hinreichendes Anschauungsmaterial geboten hat, zugrunde liegen könnte.

Philosophie und Politik

„Will die heutige Ethik der Aufgabe gerecht werden, ihre Zeit normativ-kritisch zu begreifen, dann muß sie wieder ein Doppeltes lernen: Sie darf erstens ihre Arbeit nicht auf den engeren Bereich der personalen Ethik beschränken und muß zweitens konkrete Probleme unserer heutigen Lebenswelt untersuchen." Dies versucht denn auch

Otfried Höffe: Sittlich-politische Diskurse. Philosophische Grundlagen, Politische Ethik, Biomedizinische Ethik. Suhrkamp (stw 380), Frankfurt a. M. 1981.

Nach einem Abriß der philosophischen Grundlagen politischer Sittlichkeit werden Grund- und Menschenrechte, Umweltschutz und Wirtschaftsordnung sowie Fragen der Genmanipulation und des ärztlichen Ethos behandelt. Freilich können die philosophischen Erörterungen nicht zu politischem Handeln „anleiten"; sie erheben jedoch den Anspruch, die erforderliche Güterabwägung klären zu helfen und mittels allgemeiner formaler Prinzipien eventuell auch eine Orientierung zu liefern.

Mit zentralen Problemen der modernen Gesellschaft befaßt sich auch

Georg Picht: Hier und Jetzt. Philosophieren nach Auschwitz und Hiroshima. II. Band. Klett-Cotta, Stuttgart 1981.

Die gesammelten Aufsätze des 1913 geborenen Religionsphilosophen befassen sich zunächst mit der „globalen Krise der wissenschaftlich-technischen Zivilisation" in Form einer Auseinandersetzung mit den Prognosen des Club of Rome und der Rundfunkserie „Mut zur Utopie"; es folgen Arbeiten zur Friedensforschung, dann zur Ökologie und zum Umweltschutz, und schließlich zum Problemkreis Erziehung — Bildung — Wissenschaft. Die auf konkrete Probleme bezogenen Arbeiten werden überwölbt von einem umfangreichen Aufsatz, in dem die Grundfrage der Philosophie gestellt wird: „Ist eine philosophische Erkenntnis der politischen Gegenwart möglich?" Dies ist nicht die einzige Verflechtung konkreter Probleme mit philosophischen Themen; die Untersuchungen werden eingerahmt von zwei Auseinandersetzungen, von denen der Essay über „Philosophie und Politik" am Anfang, jener „Über das Böse" am Schluß des Bandes steht. — Picht diagnostiziert eine geschichtliche Krise, und er sieht auch tiefgreifende Krisen für die nächsten Jahrzehnte voraus. Die Leistung der Philosophie besteht seines Erachtens darin, den Zwischenraum zwischen dem Feld der Macht und dem Horizont der Wahrheit aufzubrechen, nach dem sich die menschliche Freiheit bemessen kann. Die Erkenntnis der Wahrheit wieder ist von der Antizipation der Zukunft abhängig, und mit den möglichen Methoden zur Erreichung dieses Ziels befassen sich viele Arbeiten der Sammlung, sie tragen auch den nicht quantifizierbaren Determinanten der menschlichen Geschichte Rechnung.

Die philosophische Frage nach dem vernunftgemäßen Handeln führt somit zu den konkreteren Fragen nach den politischen, gesellschaftlichen, moralischen und religiösen Bedingungen dieses Handelns.

Um die Personen, die mit den Themen der Philosophie und Politik verbunden sind, geht es in dem Band von Habermas, der — in erweiterter dritter Auflage erschienen — eigentlich keiner Hinweise mehr bedarf:

Jürgen Habermas: Philosophisch-politische Profile. 3., erw. Aufl. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1981.

Die Ausgabe von 1971 ist um Beiträge aus den letzten Jahren erweitert und im Umfang etwa verdoppelt. Es handelt sich, wie Habermas schreibt, „um publizistische Nebenarbeiten, an denen ich hänge, weil sie ein für mich lebenswichtiges Geflecht intellektueller und persönlicher Beziehungen spiegeln. (...) Über keinen dieser Autoren habe ich geschrieben, ohne daß er mir einen intellektuellen Anstoß gegeben hätte: von jedem könnte ich spontan genau den Gedanken nennen, der die Richtung meines Denkens bestimmt hat." Die Liste der berühmten Theoretiker, die diese Einflüsse ausgeübt haben, ist lang: Martin Heidegger, Karl Jaspers, Arnold Gehlen, Helmuth Plessner, Ernst Bloch, Theodor W. Adorno, Alexander Mitscherlich, Karl Löwith, Ludwig Wittgenstein, Hannah Arendt, Wolfgang Abendroth, Herbert Marcuse, Walter Benjamin, Gershom Scholem, Hans Georg Gadamer, Alfred Schütz, Max Horkheimer und Leo Löwenthal. Einige kleinere Arbeiten (und eine sehr frühe Arbeit über den deutschen Idealismus der jüdischen Philosophen) ergänzen die Berichte, Rezensionen und Reden über jene Autoren und ihre Arbeiten. Habermas' Perspektive selbst hat sich, wie er einleitend bemerkt, in zweierlei Richtung verändert: Der Abstand zu der Tradition, in die er in seiner Frankfurter Zeit hineingewachsen ist, sei größer geworden und das Interesse an einer Verkoppelung der Wissenschaft mit den Traditionen der Lebenswelt sei gewachsen. Dies aber ist ein vorrangiges Thema anderer Habermas'scher Bücher.

M. P.

Regionale Wirtschaftspolitik

Daß die Probleme des weltwirtschaftlichen Strukturwandels und des verlangsamten Wirtschaftswachstums die entwickelten Industrienationen nicht gleichmäßig treffen, sondern die Folgeerscheinungen regional konzentriert auftreten, wird in der Steiermark ganz besonders offensichtlich. Aber auch in anderen Staaten, die sich gern als wirtschaftliche „Wunderländer" sehen, machen die regionalen Konsequenzen nicht halt. An Hand von Fallstudien wird dies für die Schweiz nachgewiesen:

Klaus Müller: Wirtschaftlicher Strukturwandel und räumliche Entwicklung. Verlag Paul Haupt. Bern und Stuttgart 1981.

Die grundlegende Arbeitshypothese lautet, daß sich — ähnlich wie in anderen europäischen Staaten — auch für die Schweiz ein Prozeß der funktionalen Konzentration nachweisen läßt. Dies bedeutet, daß die Funktionen, die in den Wirtschaftsunternehmen ausgeübt werden, zunehmend ungleichmäßig auf den Gesamtraum verteilt sind: Unternehmensaktivitäten, die mit Kontroll- und Entscheidungsbefugnissen verbunden sind, konzentrieren sich auf Agglomerationen mit größeren Wirtschaftszentren, in peripheren Gebieten beschränken sich die wirtschaftlichen Aktivitäten auf ausführende Fertigungstätigkeiten. Meist befinden sich die Steuerungszentralen der Unternehmen, die in peripheren Regionen Betriebe aufkaufen bzw. ansiedeln, in den Zentren — neu angesiedelte Betriebe sind so meist außengesteuert; werden alte Betriebe übernommen, müssen diese die dispositiven und administrativen Funktionen oftmals an den Hauptplatz verlagern. Die regionalen Auswirkungen dieser Tendenz sind mehrfach: Es bedeutet ein Qualitätsgefälle an Arbeitskräften, da die Qualifizierten in den Hauptsitz abgezogen werden, die verbleibenden Fertigungsstätten überwiegend nur un- und angelernte Arbeitskräfte erfordern. Je stärker dies in einer Region der Fall ist, desto größer werden aber die regionalen Einkommensunterschiede, was sich in verschärfenden interregionalen Kaufkraft-, Steuerkraft- und entsprechenden Versorgungsdisparitäten niederschlägt. Damit werden auch die Perspektiven junger, qualifizierter Arbeitskräfte schlechter, wodurch sich eine „Abwanderungsmentalität" verbreitet. Damit kommt man allerdings in einen Teufelskreis — da es immer schwieriger wird, für die Ausübung dispositiver und administrativer Funktionen qualifizierte Arbeitskräfte zu rekrutieren, wird die Verlagerung verstärkt.

Diese Befunde, die für die Schweiz empirisch erhärtet wurden, treffen auch für die Grenzregionen Österreichs, vor allem das nördliche Niederösterreich, das südliche Burgenland, die Südsteiermark und für Teile Kärntens zu.

Damit haben die von Müller skizzierten Ansatzpunkte politischer Gegensteuerung auch für Österreich Bedeutung: der Versuch einer teilweisen Dezentralisierung dispositiver Unternehmensfunktionen durch verstärkte kartellrechtliche Maßnahmen, stärkere Orientierung der regionalen Wirtschaftsförderung an qualitativen Ziel-

kriterien (Berücksichtigung der Qualität der zu schaffenden Arbeitsplätze, Bevorzugung von rechtlich und wirtschaftlich selbständigen Betrieben), gezielte Bestandspflege des regional ansässigen Potentials an kleinen und mittleren selbständigen Betrieben, Errichtung überbetrieblicher Aus- und Fortbildungsstätten, Verbessern der Innovationsmöglichkeiten der ansässigen Betriebe durch Beratung und Mitfinanzierung.
Müller ist selbstkritisch genug, um sich über die beschränkten Anwendungs- und Wirkungsmöglichkeiten dieses Instrumentariums keine Illusionen zu machen. Eine Skizzierung des bisher eingesetzten Instrumentariums von Schweizer Kantonen macht jedoch deutlich, daß schrittweise Verbesserungen der eingesetzten regionalpolitischen Mittel durchaus möglich sind. Förderung strukturellen Wandels heißt ja meist, die Schnecke auf den richtigen Weg weisen...

Michael Steiner

Politisches Jahrbuch

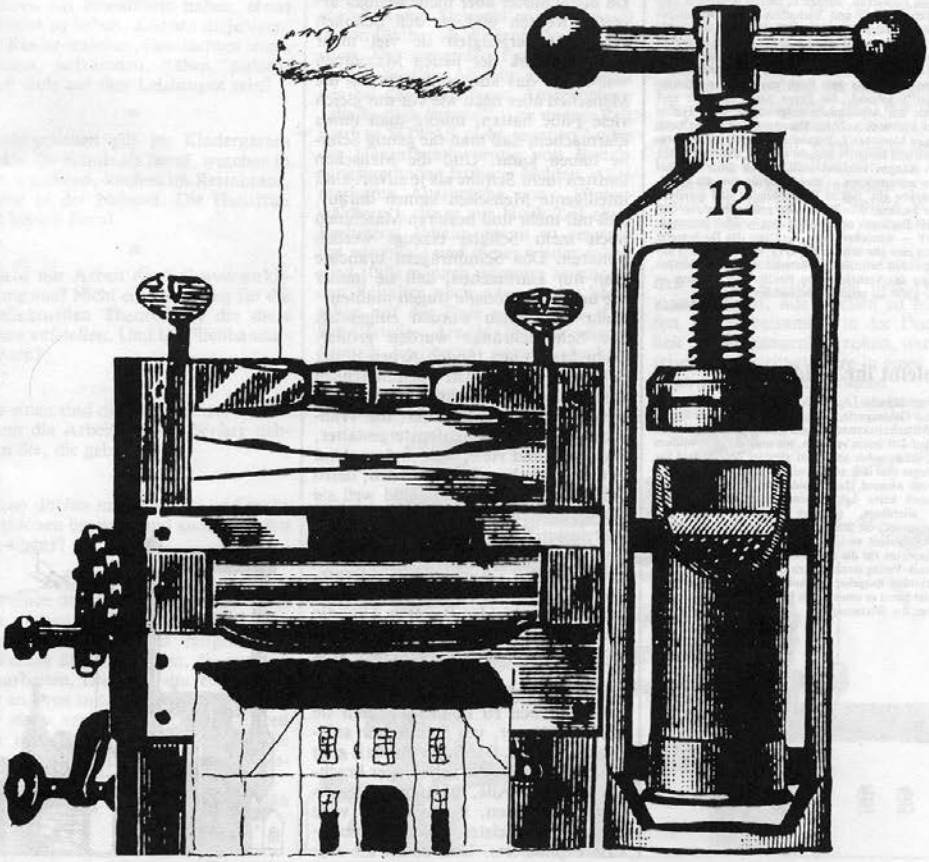
Den fünften Band jenes jährlichen Rundblicks über kurz- und längerfristige politische Geschehnisse in Österreich gilt es zu vermelden, der zu einer politischen Institution geworden sein dürfte:
Andreas Khol und Alfred Stirnemann (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, Oldenbourg Verlag, München und Verlag für Geschichte und Politik, Wien, 1982.
Der für Politiker, Journalisten und politisch Interessierte wichtige, ja notwendige Band befaßt sich mit einer Bilanz über die 10 Jahre der sozialistischen Mehrheitsregierung seit 1971, eine Entwicklung, die umfassend von den Herausgebern geschildert wird, deren konkretere Widerspiegelungen aber auch in verschiedenen Einzelbeiträgen zum Vorschein kommen. Über ökonomische Fragen — die Energieproblematik, die Außenwirtschaft, das Budgetdefizit, den Arbeitsmarkt, die Inflation und die Investitionsförderung — schreiben Teufelsbauer, Breuss, Stankovsky, Butschek, Nowotny, Pollan, Haas und Streißler; mit der österreichischen Sozialpolitik befassen sich Haider und Stummvoll; mit dem Jugendproblem Brunmayr, Eder und Streeruwitz; mit politischer Bildung und Erwachsenenbildung Scharff und Zangerle; mit dem Problemkreis Ethik und Politik Zsifkovits, Neuhold, Feuerstein und Marschall. Auf der Suche nach authentischer Politik befinden sich - mit vielen Jugendlichen — Plasser und Ulram; Zulehner und Schneider stellen Betrachtungen über das Verhältnis von Religion und Politik an, Ermacora berichtet über den Stand der Südtirolfrage und Duić gibt eine interessante Übersicht über die Entwicklung der Bundesheerreform. Faulhaber, Kriechbaumer und Veselsky befassen sich mit der Programmdiskussion in der SPÖ und Pelinka untersucht eine Kleinpartei in der Isolierung, die KPÖ; Müller quantifiziert die österreichische Gesetzesflut. Eine Fülle von Themen, von Daten, von Anregungen; wertvolles Material für politische Betrachter und interessierte Zeitgenossen, das in dieser kompakten Weise so rasch sonst nirgends zur Verfügung steht.

Feine Leute

Eines der amüsantesten Bücher aus dem Bereich der Sozialwissenschaften — auch so etwas gibt es — ist nunmehr als Taschenbuch erschienen:
Thorstein Veblen: Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen. dtv 6118. München 1981.
Veblen (1857—1929), einer der Ahnherrn der institutionalistischen Ökonomie und ein Klassiker der amerikanischen Soziologie, schrieb das Werk im Jahr 1899; die feine und scharfe Satire auf die moderne Gesellschaft kann als grundlegendes Werk der Sozialwissenschaften gelten. Die geistreichen Analysen über den „demonstrativen Konsum", über das Phänomen der sozialen Auszeichnung der „Oberschicht", über die soziale Stellung der Frau oder über die „Kleidung" als Ausdruck des Geldes sind nicht nur von wissenschaftlichem Interesse; der trockene Humor, die geistreichen Bemerkungen, die amüsanten Vergleiche machen die Studie zu einer reizvollen Lektüre.

Ostmitteleuropa

Nicht zuletzt aktuelle politische Geschehnisse haben dazu beigetragen, daß dem Gebiet Ostmitteleuropas auch in der Öffentlichkeit größere Aufmerksamkeit zuteil wird; ein Nachholbedarf hinsichtlich politischer, geschichtlicher und kultureller Kenntnisse, die sich auf dieses Gebiet beziehen, darf hierzulande unumwunden konstatiert werden. Auf wissenschaftlicher Ebene kann ein beachtenswerter Band — eine Festschrift für Gotthold Rhode, Professor für Osteuropäische Geschichte in Mainz — solche Informationen liefern:
Ulrich Haustein, Georg W. Strobel und Gerhard Wagner (Hrsg.): Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen. Klett-Cotta. Stuttgart 1981.
Das Buch vereinigt Aufsätze deutscher und ausländischer Autoren aus Ost und West hauptsächlich zur Geschichte Ostmitteleuropas, doch werden auch Themen aus den Gebieten Literaturwissenschaft, Kirchen- und Philosophiegeschichte behandelt. Der zeitliche Bogen spannt sich vom frühen Mittelalter bis in die aktuelle Gegenwart, von der Entstehung des polnischen Staates bis zur Gewerkschaftsbewegung im heutigen Polen. Polen steht im Mittelpunkt des Inhalts, doch greifen die Beiträge auch gelegentlich über Ostmitteleuropa nach Rußland und Südosteuropa hinaus, auch die wechselseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Osten werden erörtert.



Schulbücher

„...Durch die Sorglosigkeit dieser Kommission sind in letzter Zeit Schulbücher für den Unterricht zugelassen worden, deren obszöner Inhalt sich sittlich und moralisch nachteilig für die geistige Entwicklung der Schüler auswirkt." (Antrag der Frauen im ÖAAB des Bezirkes Oberwart, 17. Februar 1979). — Als Anfang des Jahres 1979 der damalige Bundesparteiobmann den Unterrichtsminister in scharfer Form kritisierte, begab er sich nicht nur auf ein ungewohntes Terrain, sondern er machte dadurch ein enormes kulturpolitisches Defizit der Bundes-ÖVP offenbar. Was die Sache aber noch verschlimmerte, war der Umstand, daß sich unzählige Parteikader veranlaßt sahen, dem BPO in dieser etwas deplazierten Kritik zu folgen (siehe Zitat oben!) Aber die Partei erweist sich als lernfähig, das beweist **Wendelin Ettmayer** in seinem Buch:

LITERATUR ALS POLITISCHE HERAUSFORDERUNG — Die Welt der Arbeit in der österreichischen Literatur der Gegenwart, „Gesellschaftspolitische Information" des ÖAAB Bundesleitung, Band 27, Wien 1982, 56 Seiten.

Schon aus dem Titel geht die Absicht des Buches klar hervor; inwieweit ist die Darstellung der Welt der Arbeit in der österreichischen Literatur der Gegenwart für den Politiker eine Herausforderung? Ettmayer bejaht diese Frage, indem er die Frage zur Forderung macht: Die Darstellung der Welt der Arbeit in der österreichischen Literatur der Gegenwart **muß** für den Politiker eine Herausforderung sein (!), denn „der Schriftsteller (erkennt) die Möglichkeiten und Probleme der Gegenwart und Zukunft vielfach eher als andere".

Daher lautet die Ausgangsthese Ettmayers: „Wenn die Literatur ein Ausdruck des Wertbewußtseins ihrer Zeit ist, dann leistet sie auch einen Beitrag zum politischen Verständnis ihrer Epoche". Der Wert der Literatur für eine politische Kultur ist also positiv zu veranschlagen. Davon ausgehend behandelt Ettmayer die unterschiedlichen Darstellungsformen der Bewältigung oder des Scheiterns in der Arbeitswelt. Obzwar Ettmayer keine Typologie entwickelt, werden in unterschiedlichen Verlaufstypen Haltung und Verhältnis zur Arbeit untersucht. Anhand der Romane und Erzählungen von Bachmann, Handke, Innerhofer, Mander bzw. Wolfgruber — um nur einige der besprochenen Literaten zu nennen — wird versucht, die Problematik in Variationen zu beleuchten, wenn etwa dem Buch von Matthias Mander („Kasuar") folgend, die Frage nach Initiative und Phantasie am Arbeitsplatz aufgeworfen sind. Hiebei verweist Ettmayer auf das Paradoxon, daß für hohe Stellungen Menschen („Persönlichkeiten") mit Phantasie, Ideen und Initiative gesucht werden, während in den unteren Rängen versucht wird, „eben diese" Eigenschaften auszumerzen — also Subordination als Handlungsmaxime gilt. Solche Feststellungen sind geradezu für eine umfangreiche Diskussion prädestiniert, so daß man dem Buch nur noch viele Leser — auch innerhalb der ÖVP — wünschen kann. — Denn das Buch merzt nicht nur eine alte Scharte der ÖVP aus, sondern es unternimmt den ernsthaften Versuch einer Standortbestimmung des Verhältnis von Politik und Literatur — und der kann als gelungen bezeichnet werden.

Hermann Schuch

So bleibt ihr Geld sicher

Der Titel täuscht. Autor Manfred Schumacher, ein deutscher Geldexperte, ist weit entfernt von jener Sparte von „Wirtschaftskennern" und „Geldspezialisten", die einem auf 240 Seiten verraten, wie man die erste Million macht. Schumacher analysiert glasklar das Umfeld für die Anleger und läßt andererseits doch wieder viel Freiheit, wohl wissend, daß verbindliche Richtlinien in der Finanzwelt keine Lebensberechtigung haben. Wohltuend allerdings, wie er aufräumt mit den „Krisengurus", die sich auf das Geschäft mit der Angst und Unsicherheit verlegt haben. Die Erfolgsstrategien eines Experten für die 80er Jahre, so der Untertitel des im Mosaik-Verlag erschienenen Buches, sind tatsächlich ein wertvoller Ratgeber für Anleger und für den Nicht-Financier bietet es einen tiefen Einblick in das pulsierende Leben der Wirtschaft.

güko

POLITICISSIMUS

Man kann nie genug...

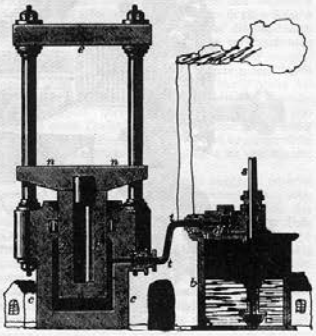
Eines Tages muß jemand auf die Idee gekommen sein, für andere Leute Schuhe zu erzeugen. Andere sind ihm gefolgt. Und es gab viele Menschen, die kamen, um Schuhe zu kaufen. Und da immer mehr Menschen kamen, mußte unser Meister Gesellen anstellen, um entsprechend viele Schuhe erzeugen zu können. Und noch mehr Menschen kamen, um Schuhe zu kaufen. Dabei gab es schon welche, die mit einem Paar nicht mehr zufrieden waren. Der Meister mußte noch mehr Gesellen anstellen. Und die Menschen kauften sich noch mehr Schuhe. Alle Schuster hatten viel zu tun und stöhnten unter der Arbeitslast. Dann kam ein intelligenter Mensch auf die Idee, daß mit Maschinen die Arbeit der Schuster zu erleichtern wäre. Viele Arbeiter könnten die Maschinen übernehmen und die Schuster hätten ein viel leichteres Leben.

Da die Schuster aber nicht weniger arbeiten wollten und an den Schuhen verdienten, erzeugten sie viel mehr Schuhe. Dank der neuen Maschinen war ihnen das auch möglich. Da die Menschen aber nach wie vor nur gleich viele Füße hatten, mußte man ihnen klarmachen, daß man nie genug Schuhe haben kann. Und die Menschen kauften mehr Schuhe als je zuvor. Und intelligente Menschen kamen darauf, daß mit mehr und besseren Maschinen noch mehr Schuhe erzeugt werden konnten. Den Schuhträgern brauchte man nur klarmachen, daß sie immer die neuesten Modelle tragen mußten.

Mehr Maschinen wurden eingesetzt. Die Schuhschränke wurden größer. Mehr Maschinen fanden Arbeit in der Schuherzeugung. Die Schuhmengen wuchsen. Die Schuhmacher lebten gut davon. Und die Verkäufer, die Transporteure, die Schaufenstergestalter, Fußballer und viele, viele andere. Und je mehr Schuhe erzeugt wurden, desto besser lebten sie davon. Und weil sie gut verdienten, lebte auch die Autoindustrie gut, weil sich viele Autos leisten konnten. Und bei den Mineralölfirmen gings bergauf. Auch die Kleidermacher, weil sich die Arbeiter der Schuhindustrie gut kleiden konnten. Und die Gastwirte lebten gut, weil alle sich feine Speisen leisten konnten. Allen ging es gut.

Da die Menschen glaubten, nie genug Schuhe haben zu können, bauten sie größere Häuser, um Schuhlager anlegen zu können. Der Bauwirtschaft ging es immer besser, die Schuhlager brachten viel Geld. Alle, die in der Bauwirtschaft arbeiteten, konnten sich viele neue Schuhe leisten. Die Schuhindustrie expandierte. Und damit die Autoindustrie, die Bauwirtschaft, die Gastwirtschaften und alle anderen. Man kann nie genug Schuhe haben, hieß die Parole. Und weil es eine Erfolgsparole war, wurde sie gerne von den anderen Industrien übernommen. Man kann nie genug Autos haben, man kann nie genug Häuser haben, man kann nie genug Hüte, Kugelschreiber, Schreibtische, Fernsehapparate haben. Die Wirtschaft wuchs und wuchs. Den Menschen ging es immer besser. Sie erfanden neue und bessere Maschinen, produzierten noch schneller, die Wirtschaft wuchs noch rascher. Irgendwann muß dann wohl ein Fehler in der Produktion von Gasmasken und Wasserfiltern passiert sein. Die genauen Gründe des Aussterbens der Menschen lassen sich nicht mit Sicherheit feststellen.

Luka



Gedanken zur Arbeit

Die Arbeitszeitverkürzung haben wir längst. Momentan wird sie von den Arbeitslosen, Kurzarbeitern, Zwangsschulungsteilnehmern und Frühpensionisten allein getragen.

★

Die Reihenfolge der Fragen, die wir uns stellen müssen: „Was brauchen wir?" Die zweite Frage: „Wieviel müssen wir arbeiten, um das zu bekommen, was wir brauchen?"

★

Warum ist die Arbeit dessen, der mit 500 (oder 600) PS im Kreis fährt, Lärm erzeugt und die Umwelt verpestet, mehr wert als dessen Arbeit, der Kühe melkt?

★

Die Herstellung von Maschinenpistolen, Panzern und Raketen wird selbstverständlich als für die Gesellschaft notwendige Leistung bewertet. Alle, die in diesem Bereich arbeiten, bekommen dafür ihr Honorar, haben einen Arbeitsplatz, sind sozial integriert, können das Bewußtsein haben, etwas geleistet zu haben. Können diejenigen, die Kinder erziehen, Geschichten lesen, kochen, aufräumen, nähen, putzen, auch stolz auf ihre Leistungen sein?

★

Kindererziehen gilt im Kindergarten und in der Schule als Beruf, waschen in der Wäscherei, kochen im Restaurant, nähen in der Näherei. Die Hausfrau hat keinen Beruf.

★

Macht nur Arbeit die Selbstverwirklichung aus? Nicht einmal immer für die intellektuellen Theoretiker, die diese These aufstellen. Und bei Fließbandarbeitern?

★

Die einen sind die Arbeitgeber, die anderen die Arbeitnehmer. Woher nehmen die, die geben?

★

Wieso dürfen manche zwei und mehr Positionen besetzen und andere dürfen gar nichts?

★

Die einen dürfen bestimmen, die anderen mitbestimmen. Die einen dürfen gestalten, die anderen mitgestalten. Die einen dürfen arbeiten, die anderen mitarbeiten. Die einen dürfen denken, die anderen mitdenken. Wann werden die einen verdienen und die anderen nur mitverdienen? Wann werden die einen essen und die anderen nur mitessen?

Luka

PROKONTRA

Nicht daß ich seine Größe schmälern wollte, wenn ich meine, daß mir sämtliche Feiern IHM zu Ehren auf die Nerven fallen. Nicht daß ich ALLES über IHN wüßte, denn ich bin nicht wie die Historiker bis zu den Quellen gegangen.

Nicht daß ich Bürden und Würden geringschätzte, aber es gäbe gegenwärtig Notwendigeres, das man über alle Medien und Schulen kundtun müßte als den nun schon seit Jahrzehnten kontinuierlichen protegierten, im heurigen Jahr 200 Jahre alten Erzherzog Johann. Alpenkönig und Menschenfreund und Geburtstagsgeplagter scheinen die markantesten Pressebezeichnungen des Augenblickes zu sein. Und obwohl sich sogar die BRD nebst den Wienern (hier bleibt es auf literarisch-politische Kulturebene begrenzt) sich schier enthusiastisch des Kaiserbruders, Reichsverwesers, Brandhofers, Bürgermeisters von Stainz, Grafen von Meran, technischen Offiziers und begeisterten Geographs, Erzherzog Johanns schreibend und diskutierend annehmen, bleibt mir als geborener Steirerin nichts anderes davon fühlbar als die große Verwunderung. Der stehenden Fußes eine körperlich-geistige Abwehr folgt, genau wie bei den stereotypen Aussprüchen: „die heutige Jugend", „zu meiner Zeit hätt' es SOWAS nicht gegeben" oder die Heraufbeschwörung von Bestrafungsmethoden früherer Helden. Alles markante Aussprüche von „Hinterwäldlern", die es zur Hoch-Zeit eines Erzherzog Johann genau so gegeben hat wie heute und die es wieder geben wird, falls es nach unserem zerstörenden Zeitalter noch oder wieder Menschen auf der Erde geben wird. Der Schriftsteller Arnold läßt in seinem Roman Erzherzog Johann denken, daß man ein Volk leichter regierte, wenn es auf einer durchgängig gleichen Stufe der Aufklärung oder selbst des Aberglaubens stünde, als eines, das so weit auseinandergezogen auf dem Marsch ist zwischen Mittelalter und Neuzeit.

Wir sind in der Neuzeit, der Jetztzeit, und es gibt sehr vieles, dem heute die gleiche Bedeutung wie einem vor 150 Jahren tätigen und denkenden vorausblickenden Menschen zukommt.

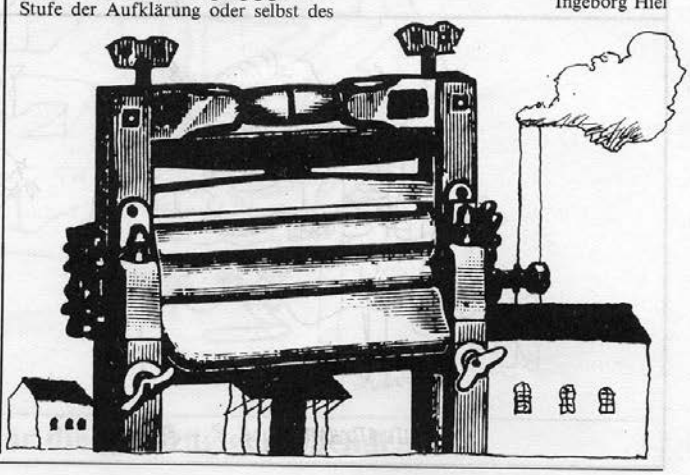
Das Reizvolle an einer lebendig gebliebenen historischen Figur ist allenthalben die Konkurrenzlosigkeit. Erzherzog Johann, nicht nur Gründer der montanistischen Hochschule in Leoben, dem Grazer Joanneum, sondern auch der Grazer Handelskammer ist und bleibt gleichermaßen wiederkäuend unerschöpflich für die Historiker wie für die Alltagsmenschen.

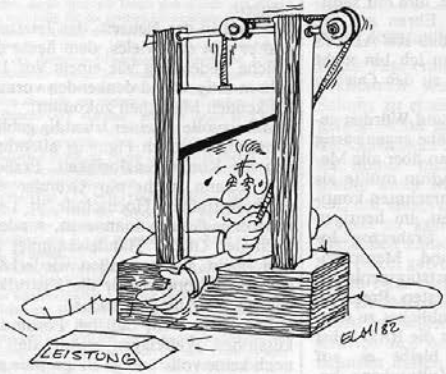
Das geht so weit, daß bei Forumdiskussionen Wehklagen ertönt, daß es noch keine vollständige Biographie gäbe, außer einen Beginn einer solchen, die Univ.-Prof. Dr. Viktor Theiß wohl begonnen, aber durch sein zu frühes Ableben nicht mehr fertigstellen konnte. Daß Menschen aus universellen Kulturbereichen für Multimedienshows im Jahre 1982 ihre first-class-Restauranttische mit grün-weiß-gestreiften Tüchern belegen werden — Vergangenheitskrämpfe nenne ich dies. Wie der angestrebte Neubeschluß zur Inbetriebnahme des Atomreaktors ein Zukunftskrampf ist. Wie sagte doch der schon einmal zitierte Autor Wolfgang Arnold, ebenfalls in seinem Erzherzog-Johann-Roman: „Es gibt ohne Frauen keine Tragödien".

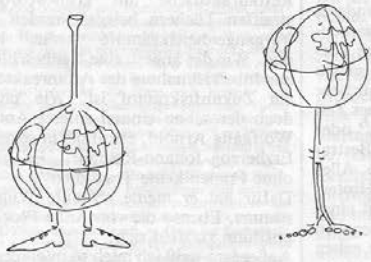
Dafür hat er meine absolute Widerstimme. Ebenso die von Anna Plochl, posthum versteht sich.

Außerdem weiß ich mich so intelligent, daß ich keine Hoffnung hege, wenn man versucht, aus Quellen zu schöpfen, die einbalsamiert in der Dunkelheit der Vergangenheit ruhen, wenn es frischere ursprünglichere in einer lichteren Zukunft geben könnte.

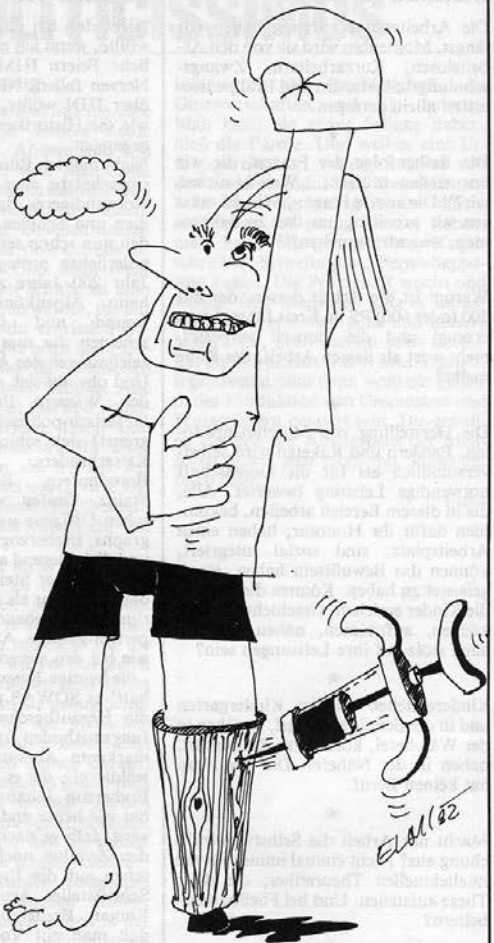
Ingeborg Hiel







FETTE UND MAGERE ZEITEN

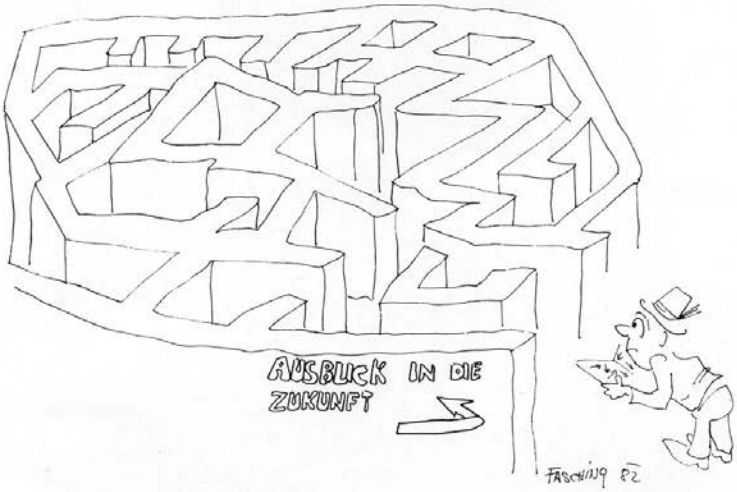


„WIRTSCHAFTSVITAMINE

„WELTWIRTSCHAFTSKRISE ? – BLÖDSINN !"

Als neue Abonnenten begrüßen wir:

Univ.-Prof. Dr. Alexander AIGNER, Graz
Dr. Anton BOGNER, Graz
Dipl.-Ing. Wittekind BOGNER, Graz
Dipl.-Ing. Wolfgang BOSSE, Graz
Maria BRUNNER, Lafnitz
Heinz CZIGLAR, Bad Radkersburg
Oberstudienrat Prof. Dr. Franz DEIMBACHER, Graz
Dr. Heide DOBIDA
Dipl.-Ing. Dieter DREIBHOLZ
BR a. D. Edda EGGER, Graz
Alfred ENGEL, Bruck/Mur
Dipl.-Ing. Peter EUSTACCIO, Graz
Gottfried FABIAN, Voitsberg
Dipl.-Dolm. Dr. Sepp FÄRBER, Graz
FEGERL, Linz
III. Landtagspräsident Franz FELDGRILL
Dr. Alfred FERSTL, Leoben
Peter GAICH, Stainz
Dkfm. Rainer GALLOB, Judenburg
Herbert GANDE, Waltersdorf
Dagmar GRAGE, Graz
Johann GROSS, St. Stefan i. R.
BR Alexander HAAS, Graz
Dr. Erich HACKSTOCK, Graz
Anna HAFNER, Graz
Prof. Dr. F. HAUPTMANN, Graz
Stefan HERKER, Graz
Univ.-Doz. Dr. phil. Hans Ludwig HOLZER, Graz
Mag. Rudolf HÖFER, Graz
Fritz HUBMANN, Stainz
LAbg. Richard KANDUTH, Admont
Peter KAPFER, Graz
Dr. Anton KELLNER, Graz
Fam. H. KIEFER, Graz
Dr. Peter KRENDL, Graz
Werner KÖCHL, Graz
Kolpingfamilie Graz
Hofrat Dr. Heinz KONRAD, Graz
Walter R, KOWATSCH, Judenburg
Fritz KRAINER, Graz
Dr. Kurt KRANICH, Graz
Helmut KRIEGL, Wettmannstätten
Landesberufsschule X, Graz
Landesbuchhaltung Steiermark
Dr. Margarethe LEOPOLD
Franz MAJCEN, Fürstenfeld
Pelzhaus Mangold, Graz
Dr. Adolf MATTNER, St. Marein
Dir. Mag. Helmut MAYER, Knittelfeld
Josef MOSCHER, Graz
G. MOSWITZER, Kriau
Heinrich NEUBAUER, Straden
Österreichische Frauenbewegung, St. Johann i. d. Haide
Österreichische Frauenbewegung, Ortsgruppe Admont
Österreichische Volkspartei, Neuberg
Österreichische Volkspartei, Großwilfersdorf
Mag. Helmut PAPADI, Weiz
Dr. Hannes PIBER, Graz
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Anton PISCHINGER, Graz
Ing. Wolfgang PRAZAK, Graz
Herma RAAB, Gröbming
Dr. Ludwig REIMANN, Leoben
Dr. Hans REINBACHER, Graz
Dr. Franz RESCH, Graz
Franz SCHIFFER, Graz
Mag. Franz SCHMID, Graz
Dr. Franz SCHNITZER, Leoben
Ing. Heinz SCHUSTER, Burgau
Dieter SCHWARZ, Graz
Dir. Amalia SCHEIGHOFER, Graz
Prof. Dr. Hans SEELMEIER, Graz
Dr. Hans SPITZY, Graz
Städtische Handelsakademie und Handelsschule, Leibnitz
Hofrat Prim. DDr. Gerd STEPANTSCHITZ, Graz
Ernst TSCHECH, Graz
Anton UNTERWEGER, Wies
Dipl.-Ing. Manfred UTTENTHALER, Graz
Fritz WAIDACHER, Gaternitz
Dir. Ludmilla WEIHS,
WEITZENDORF, Graz
August WOLF, Pirka



Wir danken herzlich für die großzügigen Spenden.